

Wegweiser zur Geschichte



Zypern

Anregungen und Nachfragen richten Sie bitte an:

Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften
der Bundeswehr (ZMSBw)
Projektbereich Einsatzunterstützung
Zeppelinstraße 127/128
14471 Potsdam

Telefon (0331) 9714-0
BwKz (90) 8529-88
Fax (0331) 9714 507
E-Mail zmsbweinsatzunterstuetzung@bundeswehr.org

www.zmsbw.de (auch im Intranet Bw)

Zypern

Wegweiser zur Geschichte

Begründet vom
Militärgeschichtlichen Forschungsamt

Herausgegeben vom
Zentrum für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Wegweiser zur Geschichte Zypern

Im Auftrag des
Zentrums für Militärgeschichte und
Sozialwissenschaften der Bundeswehr
herausgegeben von
Stefan Maximilian Brenner
und
Erwin Anton Schmidl



BRILL
SCHÖNINGH

Umschlagabbildung:

Die Flaggen von Zypern und der Europäischen Union wehen am
29. Mai 2014 in Nikosia im südlichen Teil der Stadt.

picture alliance/ZB/Jens Kalaene

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk sowie einzelne Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Verlages nicht zulässig.

© 2021 Brill Schöningh, Wollmarktstraße 115, D-33098 Paderborn, ein
Imprint der Brill-Gruppe
(Koninklijke Brill NV, Leiden, Niederlande; Brill USA Inc., Boston
MA, USA; Brill Asia Pte Ltd, Singapore; Brill Deutschland GmbH,
Paderborn, Deutschland; Brill Österreich GmbH, Wien, Österreich)
Koninklijke Brill NV umfasst die Imprints Brill, Brill Nijhoff, Brill
Hotei, Brill Schöningh, Brill Fink, Brill mentis, Vandenhoeck & Ruprecht,
Böhlau, Verlag Antike und V&R unipress.

Internet: www.schoeningh.de

Redaktion und Projektkoordination:

ZMSBw, Fachbereich Publikationen (0893-01)

Koordination, Lektorat: Aleksandar-S. Vuletić

Bildrechte: Esther Geiger

Satz und Layout: Carola Klinke

Karten und Grafiken: Yvonn Mechtel, Bernd Nogli

Druck und Bindung: Druckerei Weidner GmbH

Printed in Germany

ISBN 978-3-506-79194-8 (paperback)

Inhalt

Vorwort	8
Einleitung	10
I. Historische Entwicklungen	
Zypern in der Antike <i>Hartmut Matthäus</i>	13
Das byzantinische Zeitalter <i>Alexandru Ștefan Anca</i>	21
Die Zeit der Kreuzzüge <i>Alexandru Ștefan Anca</i>	27
Das venezianische Jahrhundert 1473–1571 <i>Martin Rink</i>	39
Zypern im Osmanischen Reich <i>Theocharis Stavrides</i>	47
Zypern als Teil des Britischen Weltreiches 1878–1960 <i>Hubert Faustmann</i>	55
Vom antikolonialen Widerstand der griechisch-zyprischen Guerillabewegung zum ethnischen Konflikt 1945–1960 <i>Irene Etzersdorfer</i>	69
Die Zypernkonflikte im Spiegel globaler Entwicklungen und Machtinteressen 1955–1974 <i>Dionysios Chourchoulis</i>	77
Die geteilte Insel: Annäherung und Wiedervereinigungsversuche seit 1974 <i>Hubert Faustmann</i>	89

II. Strukturen und Lebenswelten

Der EU-Beitritt Zyperns und der unregelmäßige ethno-territoriale Konflikt <i>Bruno Schoch</i>	107
Politisches und wirtschaftliches »Sorgenkind« der EU <i>Heinz-Jürgen Axt</i>	117
Die Zypernpolitik der Türkei <i>Hakan Akbulut</i>	129
Die Türkische Republik Nordzypern: Eine völkerrechtliche Betrachtung <i>Markus P. Beham</i>	139
Die Wasser- und Erdgasproblematik auf Zypern <i>Jörg Barandat</i>	147
Der UN-Einsatz auf Zypern seit 1964 <i>Erwin A. Schmidl</i>	155
CIVPOL: Der Zyperneinsatz als Grundstein für zivile UN-Polizeimissionen <i>Mario Muigg</i>	165
Die nachantike Kunst Zyperns vom 4. Jahrhundert bis heute <i>Patrick Schollmeyer</i>	175
Nikosia, die letzte geteilte Hauptstadt Europas <i>Victor Roudometof</i>	181
Anhang	
Geschichte im Überblick	186
Länderinformation	191
Erinnerungstage, Festtage, Feiertage	195
Erinnerungsorte	197
Flaggen und Symbole der Akteure auf Zypern	202
Literatur und neue Medien	205
Abkürzungen	211
Register	213

Karten und Übersichten

Zypern 1959	64
Central Treaty Organization	78
Zypern 1970	82
Operation »Atilla«, 20.7.–18.8.1974	87
Zypern 1975	90
Konflikt um fossile Ressourcen	120
Verschuldung von Zypern und der Eurozone (Angaben in Prozent der BIP)	123
Konflikt um Erdgastransporte	150
Stationierung von Truppenteilen und Polizei (UNPOL) von UNFICYP, Stand 2019	160/161
Organisation of UNFICYP Civilian Police (1964)	168
Nikosia, die letzte geteilte Hauptstadt Europas	184
Länderinformation Zypern	191
Länderinformation türkisch besetzte Zone Nordzypern (international nicht anerkannt)	192
Flaggen und Symbole der Akteure auf Zypern	202–204

Vorwort

Seit 2006 unterstützen Einheiten der Deutschen Marine als Teil des maritimen Einsatzverbandes UNIFIL die libanesische Regierung bei der Sicherung der Seegrenzen, um vor allem den örtlichen Waffenschmuggel zu unterbinden. Neben Beirut und Mersin stellt der Hafen von Limassol eine Basis dar, die sich aufgrund ihrer Infrastruktur und gesicherter Versorgungswege für die logistische Unterstützung der operierenden Marineeinheiten als ideal erwiesen hat. Die Vereinten Nationen haben Limassol zu einem »Port of Call«, einem ständigen Stützpunkt des multinationalen Verbandes, erklärt.

Das deutsche Stabspersonal in Limassol und die Angehörigen des deutschen Marinesicherungszuges stehen dabei auf dem Boden eines geteilten Landes. Ihre österreichischen Kameradinnen und Kameraden haben schon seit 1964 bei der Friedensmission UNFICYP (United Nations Peacekeeping Force in Cyprus) einen wertvollen Dienst geleistet. Zypern gehört zwar seit 2004 zur Europäischen Union. Jedoch findet das EU-Recht im Norden keine Anwendung. Zyperns Einwohner haben ihren ethnischen, emotional aufgeheizten Konflikt bis heute nicht überwunden. Nach wie vor ist die Mittelmeerinsel durch eine Art von »eisernem Vorhang«, Green Line genannt, entlang der UN-Pufferzone zwischen der griechisch-zyprischen Bevölkerung im Süden und der türkisch-zyprischen Volksgruppe im Norden geteilt.

Beim vorliegenden »Wegweiser zur Geschichte« handelt es sich um ein deutsch-österreichisches Gemeinschaftsprodukt sowohl für Bundeswehrangehörige als auch Angehörige des Bundesheeres. Gleichermäßen richtet sich das Werk aber auch an interessierte Leserinnen und Leser, die auf der Suche nach fundierten Hintergrundinformationen zur facettenreichen Geschichte und Politik Zyperns sind. Der Band wurde vom Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Zusammenarbeit mit der österreichischen Landesverteidigungsakademie erstellt. Er ergänzt inhaltlich den 2009 erschienenen »Wegweiser Naher Osten«.

Für die Erarbeitung des Werkes danken wir den Herausgebern, Oberstleutnant Dr. Stefan Maximilian Brenner vom ZMSBw und Dr. Erwin Anton Schmidl von der LVAK/Institut für Strategie & Sicherheitspolitik. Weiterhin danken wir Johannes Christian Habermehl für seine Mitarbeit. Nicht zuletzt möchten wir insbesondere den Autorinnen und Autoren ein Lob aussprechen, die durch ihre wissenschaftliche Expertise diesem Band seine inhaltliche Qualität verliehen haben.

Dr. Sven Lange
Oberst i.G. und Kommandeur
des Zentrums für Militärgeschichte
und Sozialwissenschaften der Bundeswehr

Mag. Erich Csitkovits
Generalleutnant und Kommandant der
Landesverteidigungsakademie

Einleitung

Im Juli 2019 ist zwischen der Europäischen Union (EU) und der Türkei ein neuer Streit um Bohrungen nach fossilen Brennstoffen vor der Küste Zyperns entfacht. Dieser Konflikt stellt eine unmittelbare Folge der bis heute ungelösten, jahrzehntelangen Streitigkeiten zwischen griechischen und türkischen Zypern um die rechtliche Lage und Zukunft der geteilten Insel dar. Die Auseinandersetzung spiegelt die bis heute spürbaren Auswirkungen der Geschichte und der gegenwärtigen politischen Situation Zyperns auf die Beziehungen zwischen Europa und der Türkei wider. Einerseits ist Zypern das südöstlichste Mitglied der EU und verfügt – abgesehen von Israel – als einziger Staat im Nahost-Mittelmeerraum über eine westliche Demokratie. Andererseits stellt die Insel wegen ihrer künstlichen Teilung und der ethnischen Konflikte, aber auch wegen wirtschafts-, rechts- und finanzpolitischer Schwierigkeiten Europa vor Herausforderungen, die in ihrer Gesamtheit so bei keinem anderen Mitgliedstaat der EU anzutreffen sind. Vor diesem Hintergrund war es angebracht, einen »Wegweiser zur Geschichte. Zypern« zu erstellen, der den Angehörigen der deutschen und der österreichischen Streitkräfte ebenso wie einer öffentlichen Leserschaft ein umfassendes Bild zu historischen und aktuellen Fragen rund um die Insel vermittelt.

Der erste Teil des Bandes verfolgt chronologisch die historischen Entwicklungen vom 4. Jahrhundert v.Chr. bis heute. In der Antike wurde Zypern »Insel der Aphrodite« genannt, war geprägt von Stadtkönigtümern und wurde Teil des Reiches Alexanders des Großen. Im weiteren Verlauf geriet die Insel unter römische Herrschaft, entwickelte sich zu einer wohlhabenden Provinz des Römischen Imperiums, wurde aber in der Spätantike Opfer von Raubzügen und Plünderungen im Konflikt zwischen Byzanz und muslimischen Umayyadenherrschern. Im Mittelalter diente Zypern christlichen Kreuzfahrern und Ritterorden als Zwischenstation und strategische Basis, wurde zu Beginn der Frühen Neuzeit ein begehrter Handelsstützpunkt der venezianischen »La Serenissima«, danach für rund 300 Jahre

osmanische Provinz und schließlich im späten 19. Jahrhundert britische Kronkolonie.

Im Zuge des antikolonialen Widerstandes der griechisch-zyprischen Bevölkerung gegen die britische Herrschaft Mitte der 1950er Jahre entwickelte sich die Insel schließlich zum bitteren Zankapfel der beiden NATO-Bündnispartner Griechenland und der Türkei. Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen zwischen griechischen und türkischen Zypern im Sommer 1974 landeten türkische Truppen an der Nordküste und trennten das Land nach erbitterten Gefechten mit der griechisch-zyprischen Nationalgarde gewaltsam in zwei Teile. Der anschließenden, mühsamen Annäherung der beiden Ethnien und den bislang vergeblichen Wiedervereinigungsversuchen widmet dieser Band daher ein längeres Kapitel.

Neben den historischen Ausführungen zu Zypern beleuchtet der zweite Teil des Werkes nicht nur die unverändert andauernden ethnischen Spannungen, sondern auch die internationale Dimension der Zypernfrage. Dies schließt sowohl den mit der Insel verbundenen ethno-territorialen Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei und die türkischen Beziehungen zu Nordzypern ein, als auch den EU-Beitritt Zyperns im Jahr 2004 und das Verhältnis der Türkei zur EU. Ebenso wird auch die heutige Rolle der Insel als geopolitischer Akteur im Mittelmeerraum und »Sorgenkind« der EU betrachtet und ein Blick auf den Status der »Türkischen Republik Nordzypern« aus völkerrechtlicher Sicht geworfen. Nicht zuletzt hat der Zypernkonflikt beim generellen Aufbau und der Entwicklung von UN-(Polizei-)Missionen eine wichtige Rolle gespielt. Der UN-Einsatz UNFICYP wird daher ebenfalls in zwei eigenen Kapiteln behandelt.

Stefan Maximilian Brenner
Erwin Schmidl



Die Zeit um 300 v.Chr. stellt den Beginn der hellenistischen Zeit und gleichzeitig einen Wendepunkt in der Geschichte Zyperns dar. Das 1. Jahrtausend v.Chr. war auf der Insel der Aphrodite geprägt durch die Entstehung und Blüte unabhängiger Stadtkönigtümer, von der etwa die reichen Königgräber von Salamis beredt Zeugnis ablegen. Die Großmächte, die Zypern zwischen dem ausgehenden 8. und dem 4. Jahrhundert v.Chr. beherrschten – Assyrien, Ägypten und das Persische Reich – haben an dieser Struktur wenig geändert, sondern den großen Städten wie Alt-Paphos, Kourion, Amathus, Kition oder Salamis weitgehende Autonomie gewährt. Dies änderte sich um 300 v.Chr. grundlegend.

Das Theater von Kourion an der Südküste Zyperns, das im 2. Jahrhundert v.Chr. entstand, wurde in der Römischen Kaiserzeit (zwischen dem 1. bis 3. Jahrhundert n.Chr.) mehrfach umgebaut. Seit 1935 ausgegraben, wurde es 1961–1963 rekonstruiert.

Zypern in der Antike

Als Alexander der Große von Makedonien ab 336 v.Chr. zu seinem Kriegszug gegen das Persische Großreich aufbrach, schlossen sich ihm, von seinem Erfolg überzeugt, die meisten der zyprischen Stadtkönige an. Nach dem frühen Tod Alexanders mit nur 33 Jahren in Babylon (323 v.Chr.) brachen sehr bald Streitigkeiten zwischen seinen führenden Feldherren aus. Einige Heerführer strebten danach, das Gesamtreich, das sich damals von Makedonien bis an den Indus erstreckte, zu beherrschen, während andere beabsichtigten, einzelne geschlossene Reichsteile aus der Gesamtmasse herauszubrechen und unabhängige Herrschaften einzurichten.

Die hellenistische Zeit

Diese Auseinandersetzungen währten bis in das frühe 3. Jahrhundert v.Chr. Allmählich etablierten sich drei Mächte, die auch in der Folge in stetiger Konkurrenz zueinander standen: Das Antigonidenreich in Makedonien (benannt nach Alexanders Feldherrn Antigonos, der hier eine Dynastie begründete), das Seleukidenreich (begründet von Seleukos, das flächenmäßig größte Gebiet, von Syrien bis zum Indus) und schließlich das Ptolemäerreich, dessen Kern Ägypten war, das sich Alexanders General Ptolemaios sicherte. Ptolemaios und seine Nachfolger weiteten zeitweise ihren politischen Einfluss bis nach Syrien, an die kleinasiatische Küste und bis in die griechische Inselwelt aus. Eine wichtige ptolemäische Provinz wurde Zypern, das nach langen Kämpfen gegen Antigonos und seinen Sohn Demetrios Poliorketes (»der Städtebelagerer«), u.a. einer verlorenen Seeschlacht vor der Küste von Salamis und einer nachfolgenden Niederlage der ptolemäischen Streitkräfte zu Lande (306 v.Chr.), schließlich bald nach 300 v.Chr. dauerhaft dem Reich Ptolemaios' I. angegliedert wurde. Ptolemaios hatte schon 312 v.Chr. die zeitweise mit ihm verbündeten zyprischen Stadtkönige zur Abdankung gezwungen oder ließ sie umbringen.. Die autonomen Stadtregierungen ersetzte er durch eine zentrale Verwaltung in der damals

neu gegründeten Stadt (Neu-)Paphos. An deren Spitze stellte er einen ptolemäischen Gouverneur (mit dem Titel *Strategos*), der von ptolemäischen Beamten unterstützt wurde.

Die Wissenschaft bezeichnet die Zeit zwischen 300 und 30 v.Chr. als Periode des Hellenismus, da sich damals die griechische (hellenische) Kultur fast über die gesamte Alte Welt ausbreitete. Auf Zypern zeugen von dieser Blütezeit die Stadtanlagen mit öffentlichen Bauten nach griechischem Muster, etwa ersten Theaterbauten griechischen Stils, Nekropolen wie den sogenannten Königsgräbern von Paphos. Letztere orientieren sich in ihrer Architektur, die städtische Villen mit Säulenhöfen nachahmt, am Vorbild reicher Grablegen in Alexandria. Alexandria setzte damals kulturell Maßstäbe. Die Insel Zypern hatte für das Ptolemäerreich, einer Land- und Seemacht weit über das Kernland Ägypten hinaus hohe Bedeutung als zentraler Stützpunkt der Seefahrt im östlichen Mittelmeerraum. Die damals reichen Kupfervorkommen und die Möglichkeit, Bauholz für Kriegs- und Handelsschiffe aus den bewaldeten Bergregionen zu beziehen, waren für die ägyptische Ökonomie ein nicht zu unterschätzender Faktor.

Die römische und byzantinische Zeit

Seit dem 2. Jahrhundert v.Chr. begann die Römische Republik als neue Großmacht nach Osten zu expandieren, nachdem sie nach der Niederwerfung des großen Konkurrenten Karthago bereits das westliche Mittelmeer beherrschte. Innere Auseinandersetzungen im Ptolemäerreich kamen Rom dabei gelegen, sodass Zypern nach einigen politischen Umschwüngen 58 v.Chr. zur römischen Provinz wurde. Caesar gab die Insel zwar nach seinem Sieg im Bürgerkrieg gegen Pompeius kurzfristig der ägyptischen Königin Kleopatra, seiner zeitweiligen Geliebten, zurück. Jedoch war dies nur eine Episode, an die sich die Fortsetzung der römischen Herrschaft anschloss. Der Sieg Octavians, des späteren ersten römischen Kaisers Augustus in der Seeschlacht von Actium über Kleopatra und Marcus Antonius 31 v.Chr. bezeichnet den Beginn einer insgesamt stabilen Phase zyprischer Geschichte. Eine lange Friedenszeit, verbunden mit wirtschaftlicher Pro-

sperität – durch Kupferabbau und reiche landwirtschaftliche Erträge – sicherte eine beispiellose kulturelle Blüte. Diese wurde sichtbar am Ausbau der Städte mit Heiligtümern, Sportstätten, Theatern, Thermen und reichen Privathäusern, die mit aufwendigen Mosaikböden geschmückt waren. Große Platzanlagen bildeten den Kristallisationspunkt städtischer Gemeinden. Davon zeugen die nun im großen Stil neu konzipierten Städte wie Alt-Paphos, Salamis, aber auch Kourion oder Amathus. Religiöses Zentrum der Insel, das Pilger aus der gesamten antiken Welt anzog, blieb das große altherwürdige Aphrodite-Heiligtum von Paphos, das in der römischen Kaiserzeit erweitert wurde.

Zypern war zunächst mit Kilikien im südlichen Kleinasien zu einer Provinz verbunden. Verwaltungssitz unter einem römischen Prokonsul wurde Paphos. Rom gewährte den Städten, die sich in einem Städtebund, dem Koinon Kyprion, zusammenschlossen, in Fragen des religiösen Kultes, aber auch in zivilen öffentlichen Angelegenheiten Autonomie. Die insgesamt friedliche Phase wurde lediglich unter der Herrschaft Kaiser Trajans 115/16 n.Chr. durch einen Aufstand der jüdischen Bevölkerung unterbrochen, der nach Auskunft römischer Historiker außerordentlich blutig verlaufen sein muss und schließlich vom römischen Feldherrn Lusius Quietus, dem späteren Statthalter von Iudaea, brutal niedergeworfen wurde. Juden hatten sich schon in ptolemäischer Zeit besonders in Salamis, verstärkt dann nach der Eroberung Jerusalems durch den späteren Kaiser Titus 71 n.Chr. auf der Insel niedergelassen. Auslöser der Erhebung waren vermutlich religiöse Spannungen zwischen Juden und der griechisch-römischen Bevölkerung.

Die urbane Entwicklung der zyprischen Städte beeinflussten während der römischen Kaiserzeit Erdbeben und andere Naturkatastrophen, die zu umfangreichen Wiederaufbauten führten, verbunden mit der Möglichkeit, neue Baukonzepte zu realisieren. 15 v.Chr. etwa erschütterte ein heftiges Erdbeben, dessen Spuren in Paphos noch heute sichtbar sind, die Insel, ebenso 76 oder 77 n.Chr. Nicht zuletzt folgte dann im 4. Jahrhundert eine Serie verheerender Erdbebenkatastrophen, so 332 und 342, als vor allem Salamis Zerstörungen erlitt und 365, als Kourion stark betroffen wurde. Salamis wurde nach seinem Wiederaufbau nach dem Nachfolger Konstantins des Großen, Constantius II., in



picture alliance/imageBROKER | Kim Petersen

Fragmente einer überlebensgroßen Statue Kaiser Konstantins. Palazzo dei Conservatori, Rom

Constantia umbenannt und später anstelle von Paphos zur zyprischen Metropole (Hauptstadt) erhoben.

Eine Veränderung, die zu einem religiösen Wandel führte, der nicht nur die zyprische Gesellschaft bis heute prägt, vollzog sich seit dem 1. Jahrhundert: der Beginn und Aufstieg des Christentums. Die Apostelgeschichte berichtet, dass Paulus auf seiner ersten Missionsreise 45/46, begleitet von einem aus Zypern stammenden bekehrten Juden namens Barnabas, über Salamis, wo er in den jüdischen Synagogen predigte, nach Paphos gekommen sei und dort den römischen Statthalter, Sergius Paulus, für die neue Religion gewonnen habe. Daneben kennt die christliche Überlieferung als ersten Bischof von Kition (Larnaca) in dieser Zeit den auferstandenen, nach Zypern ausgewanderten Lazarus, dessen Grablege heute in der Hauptkirche von Larnaca gezeigt wird. Ob diese Erzählungen fromme Erfindung oder echte historische Realität darstellen, muss an dieser Stelle offenbleiben.

Spätestens im beginnenden 4. Jahrhundert werden die ersten Bischofssitze – darunter Tamassos, Tremithus, Ledra (Nicosia), Kition und Salamis/Constantia – erwähnt. Zyprische Kirchenvertreter nahmen bereits 325 am ersten großen ökumenischen Kon-

zil in Nicaea teil, wo die göttliche Natur Christi als Glaubensgrundsatz festgeschrieben wurde. Den Vorsitz führte dort Kaiser Konstantin I., der sich zur inneren Befriedung des Reiches um einen Ausgleich zwischen den christlichen Gruppen bemühte.

Konstantins Mutter Helena hing bereits dem neuen Glauben an. Sie unternahm bald nach dem Konzil von Nicaea – 327 – eine Pilgerreise ins Heilige Land, die zur Auffindung des »wahren Kreuzes« Christi auf Golgatha führte. Dort wurde kurze Zeit später in kaiserlichem Auftrag die Errichtung der Grabeskirche begonnen. Auf Helena, die gemeinsam mit Konstantin zu den Heiligen der orthodoxen Kirche erhoben wurde, führt die fromme Überlieferung auf die Gründung des Klosters auf dem Stavrovouni, dem Kreuzesberg, westlich Larnaca zurück. Das Kloster verwahrt einen Partikel des aufgefundenen Kreuzes als Reliquie.

In der Zeit des späten 3. und des 4. Jahrhunderts veränderte sich unter dem Druck äußerer Gefährdung und innerer Krisen die Struktur des Römischen Reiches: Kaiser Diokletian (284–305) führte anstelle der früheren Provinzen größere Verwaltungsbezirke, Diözesen genannt, ein. Zypern gehörte seitdem zur Diözese Orient. Zugleich verteilte Diokletian die Regierungsgeschäfte auf zwei Kaiser mit dem Titel *Augusti*, und zwei Juniorpartner, den *Caesares*. Diese Aufspaltung der Macht konnte sich allerdings nicht lange durchsetzen: Der wichtigste Nachfolger, der im politisch-militärischen Ränkespiel die Oberhand gewann, Konstantin, war bereits 324 wieder Alleinherrscher. Dennoch wurde mit den Reformen unter Diokletian eine spätere Entwicklung vorweggenommen, die Konstantin durch die Wahl einer neuen Hauptstadt, nämlich Byzanz/Konstantinopel noch förderte: die endgültige Teilung des Imperium Romanum in ein Westreich mit der Hauptstadt Rom und in ein byzantinisches Ostreich mit der Hauptstadt Konstantinopel im Jahr 395. Zypern lag fortan im byzantinischen Herrschaftsgebiet. Kurz vorher hatte Kaiser Theodosius (379–395), dessen Söhne Honorius (Westen) und Arkadius (Ostreich) seine Nachfolge antraten, das Christentum zur Staatsreligion erhoben.

Insgesamt war die beginnende byzantinische Periode eine friedliche Zeit. Allerdings rückte Zypern zeitweise gegenüber anderen Regionen des Reiches in den Hintergrund. Das gilt



picture alliance/imageBROKER|Stefan Auth

Gruft des Heiligen Barnabas unter der Kapelle des Klosters bei Salamis, Nordzypem

auch für die Zeit, als Kaiser Justinian (527–565) noch einmal den Versuch unternahm, das alte Imperium Romanum wieder zu errichten. Der Schwerpunkt des politisch-militärischen Interesses verlagerte sich nach Westen (Italien, Spanien, Nordafrika) und nach Norden (auf den Balkan). Zugleich nahm der Abbau des Kupfererzes in den zyprischen Bergwerksregionen ab, weil die Vorkommen zur Neige gingen, um dann um das Jahr 1000 ein vollständiges Ende zu finden. Als neuer, nicht zu unterschätzender Wirtschaftszweig etablierte sich auf der Insel die Seidenraupenzucht, die bis in die Frühe Neuzeit weiterlebte.

Eine entscheidende Episode der innerzyprischen kirchlichen Verfassung wurde im 5. Jahrhundert ein länger andauernder Streit um die Autokephalie: die verwaltungsmäßige Selbstständigkeit der kirchlichen Institutionen. Seit dem 4. Jahrhundert hatten sich im Osten vier große Patriarchate entwickelt: Konstantinopel am Sitz der kaiserlichen Regierung, das zugleich das politisch wichtigste (später das ökumenische) Patriarchat war. Hinzu kamen die Patriarchate von Antiochia, Jerusalem und Alexandria. Antiochia beanspruchte die Kontrolle über die zyprischen Bischofssitze, wogegen jedoch die Zypriener mehrfach

Einspruch erhoben. Erst unter Kaiser Zenon (474–491) wurde schließlich – vermutlich im Jahr 488 – der Streit beigelegt und die zyprische Kirche direkt dem Patriarchat von Konstantinopel unterstellt. Der Legende nach trug ein Wunder maßgeblich zu der für Zypern positiven Entscheidung bei: Bischof Anthemios von Salamis/Constantia soll eine Vision gehabt haben, in der ihm der Heilige Barnabas, der Gefährte des Paulus, der in Salamis gegen 61 n.Chr. den Märtyrertod erlitten hatte, erschienen sei. Barnabas soll Anthemios den Platz seiner Grablege offenbart haben, die dann tatsächlich aufgefunden wurde. Auf dem Körper des toten Barnabas lag, angeblich von dessen Hand geschrieben, ein Evangelium des Matthäus. Die im Grab gefundene Schrift wurde dem Kaiser übergeben. Sie diente als endgültiger Beweis für die altherwürdige apostolische Tradition der zyprischen Kirche. Damit war eine weitgehende Unabhängigkeit der kirchlichen Machtstrukturen und eine unabhängige wirtschaftlichen Rolle der Kirche auf Zypern erreicht. Das später im 18. Jahrhundert erbaute Kloster und die Grabkapelle des Heiligen Barnabas liegen in einer der großen antiken Nekropolen von Salamis; das Grab selbst ist ein römisches Arcosol-Grab (Grab mit überwölbten Grabnischen), dessen Datierung ungewiss ist.

Das 5. und 6. Jahrhundert waren durch die erste große Blüte christlicher Kultbauten gekennzeichnet. Diese Kultbauten veränderten entscheidend das Erscheinungsbild der zyprischen Städte. Weiträumige, drei-, gelegentlich sogar fünfschiffige Basiliken, reich mit Marmorintarsien und Mosaiken geschmückt, wurden als Versammlungsorte der christlichen Gemeinden in Paphos, Peyia, Kourion (samt Bischofspalast), Amathus, Salamis, Soloi und an anderen Plätzen errichtet.

Hartmut Matthäus



Römisch-Germanisches Zentralmuseum,
Mainz / V. Iserhardt, R. Müller

Im Jahr 609 stach Flavius Herakleios, Sohn des Exarchen (Statthalters) von Karthago mit einer kleinen Flotte in See. Ziel seiner Reise war Konstantinopel, die Hauptstadt des damaligen Byzantinischen Reiches, wo ein anderer Flavius, genannt Phokas, als Kaiser herrschte. Flavius Herakleios und seine Familie standen in offener Rebellion gegen Kaiser Phokas, der selbst sieben Jahre zuvor als erfolgreicher Usurpator auf den Thron gekommen war. Die Flotte segelte über Sizilien, wählte aber nicht die direkte Route über die Ägäis in Richtung Konstantinopel, sondern nahm einen Umweg über Zypern. Dort angekommen, nahm Flavius Herakleios die Insel nach kurzem Widerstand ein. Man kann heute nur spekulieren, weshalb er sich vom westlichen Mittelmeer in das östliche begab – womöglich dürfte die Besetzung Ägyptens durch einen seiner Vetter eine Rolle gespielt haben. Diese Handlung zeugte jedoch vom strategischen Stellenwert Zyporns, das Flavius Herakleios als politisches Sprungbrett diente: Im Oktober 610 wurde Kaiser Phokas gestürzt und Flavius Herakleios selbst neuer Kaiser (610–641).

Das abgebildete Foto zeigt eine Dromone (Modellbaurekonstruktion), ein zeitgenössisches (ost)römisches Kriegsschiff aus der Zeit des frühen Mittelalters, das Flavius Herakleios für seine Überfahrt benutzt haben könnte.

Das Schiff war vorne mit einem Rammsporn bewaffnet und verfügte im 7. Jahrhundert bereits über das »Griechische Feuer«, einer Art frühem Flammenwerfer aus Bronze, dessen Herstellung die Byzantiner geheim hielten.

Das auf dem Modell abgebildete Deckkastell existierte zu dieser Zeit allerdings noch nicht.

Das byzantinische Zeitalter

Zypern war eine Provinz des Oströmischen bzw. Byzantinischen Reiches, dessen Bevölkerung vermutlich einen gewissen Wohlstand genoss. Über die genaue wirtschaftliche Lage der Insel fehlen detaillierte Daten. Im Jahr 536 wurde Zypern aus der Prätorianerpräfektur des Ostens ausgegliedert und einer neuentstandenen Verwaltung zugewiesen, einer *quaestura militaris*, welche für die militärische Grenzsicherung an der unteren Donau verantwortlich war, mithin die Verteidigung des Reiches sicherstellen musste. Zypern sollte mit seinen ökonomischen Ressourcen und Steuereinnahmen einen Beitrag zur aufwendigen Aufrechterhaltung der Militärgrenze an der unteren Donau leisten.

Das Byzantinische Reich war zu jener Zeit von allen Seiten her von Feinden bedroht und seine Provinzen wurden von Kriegen heimgesucht. Vor den äußeren Gefahren wähten sich nur das Exarchat von Afrika und die Inseln Sizilien, Kreta und Zypern sicher. Das Exarchat von Afrika verdankte seinen Schutz der geografischen Lage – weit entfernt von den großen Konfliktherden –, Zypern wohl seinem Inselstatus. Die geostrategische Lage allein stellte jedoch noch keine Garantie für Zyperns Unversehrtheit dar, wie das Schicksal von Rhodos zeigte, das von den Persern erobert wurde. Zypern aber blieb, abgesehen von einem persischen Angriff auf die Hauptstadt Constantia im Jahr 617, vom Krieg verschont. Es liegt nahe, dass die Invasion einer Insel solcher Größe einer Streitmacht zur See bedurfte, die seinerzeit niemand aufbringen konnte.

Zypern in der Zeit der arabisch-byzantinischen Auseinandersetzungen

Die muslimisch-arabische Expansion setzte nach dem Tod des Propheten Mohammed (632) ein und wurde von dessen Nachfolgern, den Kalifen, betrieben. Dieser Zeitpunkt stellte ungefähr die Endphase der persisch-byzantinischen Kriege dar, die Kaiser Herakleios den ersehnten Sieg einbrachten. Doch waren sowohl

das Byzantinische wie auch das Persische Reich der Sassaniden von den langen Auseinandersetzungen erschöpft. Die im Namen des Islams kämpfenden Araber stellten daher für Byzanz eine neue Bedrohung dar. Sie verfügten zwar über keine großen Truppenkontingente, konnten aber immer wieder auf frisch anrückende Kampfverbände zurückgreifen. Noch vor Ende der Herrschaft von Kaiser Herakleios galten Syrien, Palästina und der größte Teil Ägyptens daher als verloren. Die Initiative des Angriffs auf Zypern stammte, wie üblich in dieser Phase der Expansion, nicht von der Zentralgewalt des Kalifen, sondern von einem regionalen Machthaber, dem Gouverneur von Syrien und Gründer der Dynastie der Umayyaden, Mu'āwiya bin Abī Sufyān. Mu'āwiya, der später selbst Kalif wurde, war derjenige, der zum ersten Mal imstande war, eine Flotte zu organisieren. Die angeblich rund 1700 am Überfall beteiligten Schiffe sprechen für die großen Dimensionen dieses Unternehmens. Die aufwändig auszubildenden Matrosen wurden aus den Reihen der seeerfahrenen Christen aus Syrien und vor allem Ägypten rekrutiert – eine Realität, die bis zur Mitte des 8. Jahrhunderts fort dauern sollte. Der Überfall auf Zypern im Jahr 649, vier Jahre später gefolgt von einem zweiten, stellt eine Zäsur mit politischen, demografischen und ökonomischen Folgen für die Insel dar. Die zeitgenössische Inschrift von Soloi (655) spricht gar von der Verschleppung von 120 000 Zypriern. Auch wenn diese Zahl überhöht sein dürfte und selbst mit einer Flotte von 1700 Schiffen nicht zu bewerkstelligen gewesen wäre, darf man doch einen demografischen Bruch vermuten. Es liegt nahe, dass sich die Insel bis ins 20. Jahrhundert von diesem Bevölkerungsschwund nicht mehr erholt hat.

Über die politischen Folgen des Überfalls berichten vor allem arabischsprachige Quellen. Die beiden Angriffe von 649 und 653 hatten die vollständige Unterwerfung der Insel zum Ziel. Diese gelang jedoch nicht. Folglich entstand ein politisches Konstrukt, das in der Forschung bis heute immer wieder als Kondominium (gemeinschaftlich ausgeübte Herrschaft) bezeichnet wird. Dabei wird auf ein Abkommen Bezug genommen, das 686/687 (in der älteren Forschung 688) zwischen dem Kalifen 'Abd al-Malik bin Marwān (685–705) und dem oströmischen Kaiser Justinian II. (685–695; 705–711) geschlossen wurde. So musste das Steuer-

aufkommen der Insel zwischen dem Byzantinischen Reich und dem umayyadischen Kalifat geteilt werden. Die Hälfte der Abgaben ging an den Kalifen. Die Steuerbehörden und der Gouverneur, seit dem 8. Jahrhundert mit dem Titel eines *Archonten* versehen, gehörten aber ausschließlich dem byzantinischen Verwaltungsapparat an. Da auch manch andere Provinz des Oströmischen Reiches Tributzahlungen an die Kalifen entrichtete, ohne den Status eines arabisch-byzantinischen Kondominiums zu besitzen, ist diese Bezeichnung für Zypern nach wie vor unter Historikern umstritten.

Die Auseinandersetzungen der muslimischen Rechtsgelehrten anlässlich des erwähnten Abkommens zwischen Kaiser Justinian II. und dem Kalifen 'Abd al-Malik bin Marwān sind bei Aḥmad bin Yahyā al-Balādhurī in dessen »Buch der Eroberungen der Länder« (Kitāb futūḥ al-buldan) aus dem 9. Jahrhundert zu finden. Nach der Rechtsauffassung der Kalifen konnte zwischen dem Islam und seinen Feinden nur dann Frieden herrschen, wenn ein asymmetrisches Verhältnis in Form einer direkten Unterwerfung, einer Tributzahlung oder eines zeitlich begrenzten Friedens vorlag. Die christlichen Zyperer wurden daher den *ahl fidiyah*, den tributzahlenden Völkern, zugeordnet und standen damit in einer formalen Abhängigkeit gegenüber dem Kalifat. Das Abkommen von 686/87 erkannte einen von den Zypern erkämpften und mit den vorherigen Kalifen ausgehandelten Status quo an, der die Insel von weiteren Verwüstungen durch die Umayyaden verschonte. Dieser Status blieb Zypern in den darauffolgenden drei Jahrhunderten erhalten. Die Insel musste sich bei byzantinisch-umayyadischen Konflikten neutral verhalten, war aber weder ein gemeinsam regierter, römisch-arabischer »Pufferstaat«, noch entmilitarisiert, wie anderenorts erwähnt. Zypern blieb wehrfähig und konnte verhindern, dass die Araber sich langfristig in irgendeiner Stadt festsetzten. Das Byzantinische Reich wiederum durfte die zyprischen Ressourcen trotz der Neutralität der Insel für militärische Zwecke nutzen. Der letzte arabische Überfall in den Jahren 911/12 war indes als Strafexpedition gedacht, weil die Zyperer ihre unparteiische Haltung im byzantinisch-arabischen Konflikt verletzt hatten. Sie hatten die byzantinische Flotte über die Gegenmaßnahmen des muslimischen Feindes in Kenntnis gesetzt.

Da die Insel eine Provinz an der Peripherie des Reiches war, wuchs ihre Selbstständigkeit und Unabhängigkeit gegenüber dem oströmischen Kaiserhof, je mehr Byzanz seine maritime Überlegenheit an das Kalifat verlor. Der Verlust Kretas an lokale muslimische Machthaber im 9. Jahrhundert machte einen direkten römischen Zugriff auf Zypern noch schwieriger. Kaiser Konstantinos VII. Porphyrogennetos (913–959), betrachtete seine Herrschaft über die Insel daher schließlich nur noch als nominell. Es gab nur vereinzelte und flüchtige Versuche, diese nominelle Kontrolle in tatsächliche Herrschaft zu verwandeln: Konstantin VII. erwähnte, dass beispielsweise Kaiser Basileios I. (867–886) Zypern zu einem *Thema* (Militärprovinz) umorganisiert hatte. Dieses Unterfangen scheint allerdings nur kurzlebig gewesen zu sein. Eine solche, dauerhafte Änderung des zyprischen Status hätte zweierlei bedeutet: eine effektivere oströmische Kontrolle über die Insel, vor allem aber eine Aufkündigung des Neutralitätsabkommens, denn als Militärdistrikt hätte Zypern im Fall einer byzantinisch-arabischen Auseinandersetzung nicht mehr neutral bleiben können. Ein Brief des Patriarchen von Konstantinopel, Nikolaus Mystikos an den Kalifen al-Muqtadir in den Jahren 913/14 deutet auf die arabische Revision der byzantinischen Machtausweitung hin. Der Patriarch erinnerte den Kalifen unter Verweis auf das bestehende Neutralitätsabkommen daran, dass die Steuereinkünfte Zyperns weiterhin aufgeteilt werden müssten.

Die geografische Lage Zyperns

Die geostrategische Lage Zyperns begünstigte seine politische Sonderstellung, ohne nachteilig zu wirken oder die Insel zu isolieren. Bereits im 6. Jahrhundert siedelten sich Armenier auf der Insel an, wie auch später im 12., 13. und 14. Jahrhundert. Maroniten, aramäisch und später arabischsprachende Christen wanderten bereits im 7. Jahrhundert aus Syrien ein, gefolgt von weiteren Zuzüglern. Die Übersiedelung der zu Ketzern erklärten Maroniten zeugt vom Sonderstatus Zyperns als einer Provinz, auf welche die kaiserliche Autorität nur eingeschränkt Zugriff hatten.

Der *Archon* von Zypern stärkte die Wehrhaftigkeit der Insel gegen fremde Überfälle und siedelte Armenier und Maroniten im Pentadaktylos-(heute Kyrenia-)Gebirge im Norden an. Diese sollten als *Akritai* (Bauernkrieger, Wehrbauern) die Bergpässe überwachen und verteidigen.

Zypern am Vorabend der Kreuzzüge

Eine vollständige Eigenständigkeit erlangte die Insel jedoch nie. Byzanz verfolgte im 10. Jahrhundert sowohl im Westen als auch im Osten eine Strategie der Rückeroberung ehemaliger Reichsgebiete. Die Byzantiner reformierten ihr Heer und ihre Flotte, profitierten aber auch von der politischen Schwächung der Zentralgewalt der Kalifen. Nach der Einnahme Kretas im Jahr 961 erfolgte vier Jahre später eine Landung oströmischer Truppen auf Zypern. Die Ankunft der Flotte unter Niketas Chalkutzes beendete das 686/87 mit dem Kalifat geschlossene Abkommen der Insel. Die Herrschaft Ostroms begann nun schrittweise wieder zu erstarren. Zwar rebellierte der zyprische Gouverneur (*Dux*), Theophilos Erotikos im Jahr 1042. Kaiser Konstantin IX. Monomachos besiegte ihn jedoch und ließ ihn nach Konstantinopel bringen, wo Theophiles als Usurpator öffentlich gedemütigt und verspottet wurde. Er musste in Frauengewänder gekleidet in einem schmachvollen »Triumphzug« durch das Hippodrom reiten.

Am Vorabend der Kreuzzüge entglitt Zypern kurzzeitig der kaiserlichen Autorität. Erneut sagte sich ein Gouverneur, diesmal Rapsomates, 1092 von Kaiser Alexios I. Komnenos (1081–1118) los. Es dauerte zwei Jahre, bis der *Basileus* (Titel des oströmischen Kaisers) seine Oberherrschaft wiederherstellte. Da sich das Pentadaktylos-Gebirge bei diesem Feldzug als wichtiges Schlüsselgelände erwiesen hatte, ließ Alexios dort nach der Rückeroberung einige Festungen errichten: Sankt Hilarion, Buffavento und Kantara, die in den darauffolgenden Jahrhunderten noch strategische Bedeutung erlangen sollten.

Alexandru Ștefan Anca



Die Geschichte Zyperns teilt sich während der Zeit der Kreuzzüge in zwei unterschiedliche Epochen: Zypern war zunächst eine byzantinische Provinz, die mit den infolge des Ersten Kreuzzuges neu entstandenen lateinisch-christlichen politischen Gebilden, sogenannten »Kreuzfahrerstaaten« in der Levante, Syrien und Palästina das ganze 12. Jahrhundert hindurch interagierte. Nach der Eroberung durch Richard I. Löwenherz im Verlauf des Dritten Kreuzzuges wurde Zypern selbst integraler Teil der lateinisch-christlichen Welt der Levante. Im Gegensatz zu den levantinischen »Kreuzfahrerstaaten« bestand die Insel in ihrer Eigenschaft als lateinisches Herrschaftsgebiet aber auch nach der Zeit der »klassischen« Kreuzzüge (1095–1291) weiter fort.

Das Foto zeigt die Hafenfestung von Kyrenia, die im 7. Jahrhundert von den Byzantinern erbaut und im 12. Jahrhundert nach der Einnahme durch Richard Löwenherz von den Kreuzfahrern erweitert wurde. Ihre heutige Gestalt erhielt die Burg allerdings erst im venezianischen Zeitalter (15. Jahrhundert), nachdem sie im 14. Jahrhundert fast vollständig zerstört worden war.

Die Zeit der Kreuzzüge

Nicht nur mit Lateinern aus den Kreuzfahrerstaaten hatten die Zyprer zu tun. In der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts gründeten auch Venezianer in Limassol ihre Niederlassungen. Bürger weiterer Seerepubliken, wie etwa Genueser und Pisaner, ließen sich in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts auf der Insel nieder. Die geografische Nähe zum syrischen Raum machte sich vor allem in den Auseinandersetzungen zwischen Byzanz und den Lateinern bemerkbar. 1155/56 überfiel Rainald von Châtillon, Fürst von Antiochia, zusammen mit dem armenischen Fürsten von Kilikien, T'oros II., die Insel. Zypern wurde ausgeplündert und gebrandschatzt, seine Bevölkerung auf grausame Weise gequält und ermordet. Rainald von Châtillon ließ sämtliche Würdenträger, auch Kleriker verschleppen, um später Lösegeld für deren Freilassung zu fordern.

Diese Handlung veranlasste im Jahr 1158 den byzantinischen Kaiser Manuel I. Komnenos zu einem Feldzug gegen T'oros und Châtillon. Die gekränkte Ehre Manuels stand dabei im Vordergrund, zumal sein eigener Neffe Johannes Dukas Komnenos Statthalter von Zypern war. Als byzantinische Truppen in Richtung Kilikien in das Herrschaftsgebiet von T'oros einmarschierten, zog Rainald von Châtillon auf den Rat der Fürsten von Antiochia hin mit seinem Gefolge dem Kaiser entgegen. Barfuß, mit abgeschnittenem Haar und im Büßergewand, mit einem Strick am Hals und entblößtem Schwert in der Hand warf er sich Manuel zu Füßen verblieb dort solange, bis sich die Ehre der Lateiner in eine Schmach verwandelte, wie der Chronist Wilhelm von Tyrus notiert.

Durch dieses Ritual der *Deditio* (Unterwerfung), leistete Rainald dem Kaiser Genugtuung für die gekränkte Ehre und machte das verübte Unheil wieder gut, indem er durch seine öffentliche Demütigung die Autorität und das Prestige des byzantinischen Herrschers wiederherstellte. Manuel ließ Rainald am Leben und vom Boden hochheben – wie gewöhnlich bei solchen Ritualen, welche die gütliche Beilegung eines Konfliktes verdeutlichen

sollten. Somit konnte der Kaiser Rainald von Châtillon für den Angriff auf Zypern auf ehrenrührige Art und Weise bestrafen und seine Oberhoheit über das Fürstentum von Antiochia wiederherstellen.

Gefahr drohte der Insel jedoch von anderer Seite. Im selben Jahr 1158 fand auf Zypern ein Überfall der muslimischen Fatimiden aus Ägypten statt. Ferner wurde die Insel nach der Plünderung durch Rainald von Châtillon nicht zum letzten Mal Opfer der Auseinandersetzungen zwischen dem byzantinischen Kaiser und dessen lateinischen Vasallen in der Levante. 1161 wurde Zypern von Freibeutern heimgesucht. Hinter diesen Angriffen stand der Graf von Tripolis, Raimund III. Er hatte den Kaperern eine Flotte zur Verfügung gestellt, die ursprünglich seine Schwester Melisende als zukünftige Braut Kaiser Manuels nach Konstantinopel hätte verbringen sollen. Da der Kaiser sein Eheversprechen jedoch nicht mehr einzulösen gedachte, hatte Raimund Rachepläne ersonnen. Diese Vergeltung fügte sich in das zeitgenössische adelige Selbstverständnis ein, demzufolge Rang, Prestige und Ehre nach außen getragen werden und stets gewahrt werden mussten.

In der Späthälfte des 12. Jahrhunderts (1185–1191) befand sich ein neuer Herrscher, Isaak Doukas Komnenos, auf Zypern. Diese Periode stellte in vielerlei Hinsicht eine Zäsur dar: Isaak bemächtigte sich der Insel während der Zeit der Wirren nach dem Tod Manuels im Jahr 1180, vollzog einen offenen Bruch mit Konstantinopel und beendete mit seiner Regierungszeit endgültig die byzantinische Ära auf Zypern. Die Machtergreifung von Isaak Komnenos hebt sich insofern von den früheren Rebellionen eines Theophilos Erotikos und Rapsomates im 11. Jahrhundert ab, als Isaak sich vom zyprischen Erzbischof zum Herrscher krönen ließ. Wie Roger von Hoveden, der englische Chronist, zu berichten weiß, ließ Isaak in jeder Kirche pompöse Abbilder seiner Person aufstellen, die das Volk zu verehren hatte. Dieser Personenkult wies auf seine Ambitionen hin, nicht einfach gegen die Herrschaft des Kaisers in Konstantinopel aufzubegehren, sondern selbst die Kaiserwürde zu erlangen.

In der Populärwissenschaft wird Isaak daher meist als großenwahnsinnig beschrieben. Jedoch ist zu bedenken, dass er vom Volk lediglich erwartete, seinen Abbildern zu huldigen, nicht aber beabsichtigte, sich wie eine Ikone verehren zu lassen. Ferner herrschte in Konstantinopel zwischenzeitlich ein anderer Isaak als Kaiser, der nicht einmal der dort herrschenden Dynastie der Komnenen entstammte. Isaak Komnenos hingegen war ein gebürtiger Abkömmling des traditionellen komnenischen Herrschergeschlechts.

Dass Isaak sich auf Zypern behaupten konnte, verdankte er dem Unvermögen der byzantinischen Flotte, sich der Insel zu bemächtigen. Sein Bündnis mit dem sizilischen König Wilhelm II., der selbst über eine starke Flotte verfügte, zahlte sich aus. Mit Hilfe von Mario di Brindisi, eines Freibeuters im Dienste Wilhelms, konnte er die gegen ihn entsandten Schiffe vernichten.

Das Ende des byzantinischen Zypern

Eine ungeplante Begegnung setzte der Regierungszeit Isaaks ein Ende. Sie bewirkte, dass die byzantinische Herrschaft auf Zypern von einer fränkisch-lateinischen abgelöst wurde. Diese Begegnung, die bald eine eigene Dynamik entwickelte, fand 1191 während des Dritten Kreuzzuges statt.

Ein Teil der Flotte des englischen Königs Richard I. Löwenherz (1189–1199) mit der Königsschwester Johanna von England und der Verlobten des Königs, Berengaria von Navarra, erlitt Schiffbruch an der zyprischen Küste. Isaak Komnenos ließ die Schiffbrüchigen gefangen nehmen und das Schiff nach (zeitgenössisch umstrittenem) Gewohnheitsrecht plündern. König Richard war zu diesem Zeitpunkt unterwegs nach Akkon, wo sich ein anderer Kreuzfahrer, König Philipp II. August von Frankreich, bereits befand. Im Lichte der Ereignisse änderte Richard seine Reise in Richtung Zypern. Er konnte sich gegenüber Isaak rasch militärisch behaupten und setzte die Befreiung der Schiffbrüchigen durch. Ob er zu diesem Zeitpunkt bereits den Ent-



Eroberung Zyperns durch König Richard Löwenherz im Jahr 1191. Miniatur aus der Chronik des Wilhelm von Tyrus um 1460

schluss fasste, Zypern zu erobern, ist bis heute nicht eindeutig geklärt. Fest steht indes, dass er vom zyprischen Herrscher Sicherheiten einforderte. Unter welchen Umständen der Konflikt

zwischen dem englischen König und Isaak schließlich wieder aufflammte, bietet Anlass zu Spekulationen. Den Quellen zufolge soll das jähzornige Verhalten des Zyprians zur Eskalation der Ereignisse beigetragen haben, da Richard sich in seiner Ehre verletzt gesehen haben könnte. Es ist auch nicht ausgeschlossen, dass Isaak von einigen Großen (Adeligen) des Heiligen Landes angestachelt worden sein könnte, deren Interesse darin bestand, Richards Ankunft in Palästina zu verzögern, um dem französischen König Gelegenheit zu geben, Akkon alleine zu erobern.

Der führende zyprische Adel, die *Archonten*, sagten sich vor dem Hintergrund der Entwicklungen von Isaak los und liefen zu Richard Löwenherz über. Der Chronist Richard von London weiß zu berichten, dass der englische König den *Archonten* als Zeichen des Herrschaftswechsels die Bärte scheren ließ. Bedenkt man, dass der Erzbischof Wilhelm von Tyrus den hohen Stellenwert des Bartes bei den Orientalen und Griechen hervorhebt und dass das Abscheren des Bartes und der Haare in Byzanz eine Strafe für Delinquenten darstellte, so scheint die Unterwerfung des zyprischen Adels durch Richard Löwenherz unter harten Bedingungen vollzogen worden zu sein.

Isaak Komnenos versuchte zwischenzeitlich, die Festungen des Pentadaktylos weiter zu halten, musste die Burg Kantara aber bald aufgeben und fliehen. Er wurde schließlich am nördlichsten Punkt der Insel, am Kap Sankt Andreas aufgegriffen und gefangengesetzt. König Richard blieb seinem Versprechen jedoch treu, Isaak Komnenos, der nach eigenem Selbstverständnis ein Kaiser war, nicht in eiserne Ketten zu legen: Richard ließ ihn standesgemäß in silberne Ketten schlagen.

Zypern unter fränkisch-lateinischer Herrschaft

Nach der Eroberung Zyperns segelte Richard Löwenherz mit seinen Truppen nach Akkon weiter und beteiligte sich an der Belagerung und Eroberung der Stadt. Die Insel hingegen verkaufte er an die Templer. Noch bevor die Tempelritter jedoch in der

Lage waren, die gesamte Kaufsumme zu entrichten, entbrannte auf Zypern eine Revolte. Die Templer schlugen den Aufstand zwar nieder, waren aber aufgrund ihrer begrenzten Ressourcen nicht in der Lage, die Insel zu beherrschen und gaben das neue Territorium rasch wieder auf. In Anbetracht der Umstände richtete Richard seinen Blick nun auf König Guido von Lusignan, der an der Eroberung Zyperns mitgewirkt hatte. Guido war für Richard kein unbekannter Bündnispartner. Guido und seine Brüder, Aimerich und Gottfried, hatten zu Richards aufmüpfigen Vasallen gehört, als jener vor zwei Jahrzehnten Herzog von Aquitanien gewesen war. Zudem galt die Stellung Guidos als Herrscher des Königreiches von Jerusalem als schwach. Zwar entstammte er einer Familie mit langer Kreuzfahrertradition. 1187 hatte er aber eine schwere Niederlage gegen Sultan Saladin erlitten und dadurch große Teile der Kreuzfahrerstaaten einschließlich der Stadt Jerusalem verloren. Ferner galt er unter den altansässigen Adeligen als Neuankömmling. Erschwerend kam noch hinzu, dass er die Königswürde nur durch die Ehe mit seiner zwischenzeitlich verstorbenen Frau Sybille erlangt hatte. Als somit die Chancen Guidos dahinschwanden, sich in der Auseinandersetzung um den Thron des Königreiches von Jerusalem durchzusetzen, kam ihm das Angebot Richards, Zypern käuflich zu erwerben, sehr gelegen. Guidos Gefolgschaft, die ihn nach Zypern begleitete, setzte sich im Wesentlichen aus Anhängern zusammen, die mit ihm von Poitou aus ins Königreich Jerusalem gekommen waren. Auch der Großteil der übrigen Neuankömmlinge im Heiligen Land folgte ihm nach Zypern.

Auf Zypern entstand nunmehr ein lateinisch-christliches politisches Gebilde nach dem Muster des Königreiches von Jerusalem. Zwar blieb die Insel in all dieser Zeit formalrechtlich eigenständig. Jedoch kam es zu einer tiefgreifenden Vernetzung und verstärkter gegenseitiger Abhängigkeit in politischen, sozialen und ökonomischen Fragen mit der lateinischen Levante.

Als Guido im Jahr 1194 starb, wurde sein älterer Bruder Aimerich sein Nachfolger. Aimerich I., in der Forschung irrtümlicherweise auch Amalrich genannt, entwickelte Zypern zu einem eigenständigen Akteur unter den Kreuzfahrerstaaten. Er schuf eine lateinische Kirchenhierarchie und erhob die Insel zum Königreich. Dies war nach rechtlichen Maßstäben insofern vonnöten, als sein verstorbener Bruder zwar einen (angeheirateten) Königstitel getragen hatte, dieser aber nur ein Überbleibsel aus Guidos Herrschaft als König von Jerusalem dargestellt hatte. Da Zypern bei Guidos Eroberung kein Königreich gewesen war, wäre die Führung eines eigenständigen Königstitels nach mittelalterlichem Selbstverständnis eine unerhörte Ranganmaßung gewesen. Es gab nur zwei Instanzen, die einen solchen Titel verleihen durften: der Papst und der römisch-deutsche Kaiser. Vor dem Hintergrund eines geplanten Kreuzzuges Kaiser Heinrichs VI. erreichte Aimerich im September 1197 schließlich seine Krönung zum König von Zypern durch den Gesandten des Kaisers, Bischof Konrad von Hildesheim.

Im Mittelalter war der biblische Spruch wohl sehr bekannt: »Weh dir, Land, dessen König ein Kind ist, und dessen Fürsten in der Frühe speisen!« (Prediger 10:16). Alle direkten Nachfolger Aimerichs standen im Zeichen von Regentschaften, mithin stellvertretender Herrschaften an Stelle des jeweils minderjährigen und daher regierungsunfähigen Königs: Die eine Regentschaft unter Hugo I. (1195–1218) währte kurz, die andere aber überlebte den König: Nach dem Tode Hugos II. (1252–1267) folgte ihm dessen Regent, Hugo von Antiochia, auf den Thron. Dementsprechend war die Regentschaftszeit einerseits von heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Adeligen geprägt. Andererseits kam es in dieser Periode zu einer engen Verflechtung von Adel und den Königshäusern beider Königreiche, Zyperns und Jerusalems, welche die Insel stärker denn je zu einem lateinisch-christlichen Teil der Levante werden ließen.

Zypern – Land, Leute und Kirche

Unter König Aimerich I. stellten Franken die herrschende Elite. Die byzantinische Führungsschicht, die erwähnten *Archonten*, wurden als sozialer Stand abgeschafft. Die Tatsache, dass die griechisch-orthodoxe Kirche auf Zypern neue Bauten errichtete, die auf reiche Stifter zurückgehen dürften, deutet allerdings auf deren fortgesetzte ökonomische Stärke hin. Nichtsdestoweniger bildete die Abschaffung der *Archonten* in der Levante einen Sonderfall. Auf der Peloponnes im lateinischen Fürstentum von Achaia, entstanden nach der Eroberung Konstantinopels durch die Kreuzfahrer des Vierten Kreuzzuges 1204, gehörten die dortigen *Archonten* weiterhin zur einheimischen Elite.

Die örtliche griechischsprachige Bevölkerung, die mehrheitlich die Landbevölkerung Zyperns in dieser Zeit bildete, unterteilte sich in freie (*Francomati*) und abhängige (*Parici*) Bauern. In den Städten stellten die fränkischen und italienischen Einwohner die Masse der Bürger. Die griechisch- und arabischsprachigen Untertanen nahmen – wie im Heiligen Land – eine untergeordnete Position ein.

Der größte Landbesitzer und Grundherr war der König selbst, gefolgt von den Ritterorden der Templer und Johanniter. Die lateinischen Würdenträger besaßen nur eine eingeschränkte Gerichtsbarkeit. Die höchsten Einrichtungen der Rechtsprechung im Königreich waren die *Haute Cour* (der Hohe Gerichtshof) und die *Cour des Bourgeois* für die nichtadeligen Freien.

König Aimerich gelang die Errichtung eines lateinischen Erzbistums in Nikosia und eines Bistums in Paphos. Die lateinische Kirche und ihre Hierarchie, die unter der Ägide König Aimerichs entstanden, wurden nicht mit Gütern der griechischen, orthodoxen Kirche beschenkt, sondern mit Besitztümern der lateinischen kirchlichen Einrichtungen, die bereits auf der Insel bestanden.

Die orthodoxe Kirche genoss lediglich den Status einer tolerierten Kirche. Sie wurde neben den lateinischen Einrichtungen geduldet, war jedoch Unterwerfungsversuchen der lateinischen

Kirche ausgesetzt. Zudem galt die Toleranz für die orthodoxe Kirche und die Ausübung des griechischen Ritus nur, solange die Oberhoheit der katholischen Kirche anerkannt und nie in Frage gestellt wurde. Von den 15 griechischen Bischöfen durften nur vier ihre Ämter behalten. Ferner waren diese lediglich als *Suffragane* (in diesem Fall untergeordnete kirchliche Würdenträger) der lateinischen Bischöfe von Zypern vorgesehen. Davon abgesehen schien die lateinische Kirche aber nicht allzu stark darauf erpicht zu sein, die dogmatischen Unterschiede zwischen den beiden Glaubensgemeinschaften zu beseitigen. Die Frage des Fegefeuers, an dessen Existenz die orthodoxe Kirche nicht glaubte, dürfte außerhalb der theologischen Kreise keine Rolle gespielt haben.

Viel brisanter erschien dagegen die Verwendung von ungesäuertem Brot für die Eucharistie (christliches Abendmahl) anstelle des gesäuerten Teigs in der orthodoxen Liturgie, weil es sich hier um einen wahrnehmbaren Unterschied handelte. Die Verbrennung von 13 griechischen Mönchen auf dem Scheiterhaufen im Jahr 1231, weil diese die Lateiner wegen der Verwendung von ungesäuertem Brot öffentlich beschimpft hatten, spiegelte die mitunter vorhandene Heftigkeit dieser dogmatischen Gegensätze wider. Öffentliche Verachtungen des lateinischen Ritus, wie im vorliegenden Fall, wurden als Verstoß gegen die Toleranzregel gewertet und dementsprechend geahndet.

Allerdings stellte die außergewöhnlich harte Bestrafung der 13 griechischen Mönche einen Sonderfall dar, der auf die vorherrschenden bürgerkriegsähnlichen Umstände auf Zypern in jenen Jahren zurückzuführen war. Im Jahr 1221 durften die Griechen sogar ihre interne kirchliche Gerichtsbarkeit ausüben, seit 1260 durch die *Bulla Cyprica* an den Papst appellieren und sich somit der Jurisdiktion der lateinischen Bischöfe entziehen. Ihre Bischöfe durften nicht von den örtlichen lateinischen Prälaten abgesetzt werden. Dieses Recht oblag lediglich dem Papst. Es gab somit keine formelle Kirchenunion zwischen der orthodoxen und der katholischen Kirche auf Zypern. Die Leistung eines Treueides auf den Papst – ein gewöhnliches Prozedere –

von manchen Griechen als wahrhaftige Anerkennung einer Kirchenunion verstanden, änderte daran nichts.

Der griechisch-orthodoxen Kirche unterstanden auch arabischsprachende Menschen, wohingegen die Armenier ihre eigene Kirchenhierarchie besaßen. Maroniten galten ab dem Ende des 12. Jahrhunderts mit Rom als uniert. Armenier und Maroniten waren im 6./7. Jahrhundert nach Zypern gekommen und gelangten von Kleinasien und vom heutigen Libanon kommend in den folgenden Jahrhunderten in mehreren Wellen auf die Insel.

Zyperns strategische Bedeutung während der Kreuzzüge und die Situation der Insel nach dem Verlust des Heiligen Landes

Abgesehen vom Bürgerkrieg der Jahre 1229–1233 blieb Zypern relativ unbehelligt von den militärischen Auseinandersetzungen und territorialen Umwälzungen, mit denen sich etwa das Königreich Jerusalem im Kampf mit muslimischen Herrschern der Ayyubiden und Mamelucken konfrontiert sah. Diese Situation verdankte die Insel der Tatsache, dass christliche Flotten das Mittelmeer kontrollierten. Der einzige Eroberungsversuch Sultan Baibars von Ägypten aus scheiterte im Jahr 1271.

Auch wenn sich die Lusignans an den Kreuzzügen beteiligten, blieb die Teilnahme an einem solchen Unternehmen eine Entscheidung, die nur freiwillig getroffen und durch Gelübde abgesichert wurde. Folglich konnten die Könige von Zypern ein Lehnsaufgebot für eine kriegserische Pilgerfahrt nicht erzwingen. Die Insel erlangte ihre Bedeutung daher weniger als Rekrutierungsgebiet für Kreuzfahrer als vielmehr durch ihre geostrategische Lage, wann immer ein Kreuzzug zur Entlastung des Königreiches Jerusalem geplant war. Auf den ersten Blick scheinen die mittelalterlichen Zeitgenossen diese Realität verkannt zu haben. Kaiser Friedrich II. wollte auf Zypern lediglich zu dem Zweck, die dortige politische Lage zu seinen Gunsten zu regeln.

Der französische König Ludwig IX. überwinterte auf der Insel, ehe er einen Angriff in Richtung des ägyptischen Nildeltas (nicht aber ins Heilige Land) unternahm. Auch nutzten christliche Kreuzfahrer Zypern nur sehr selten als Zwischenstation, sondern steuerten die gut ausgebauten Häfen des Königreichs Jerusalem immer öfter direkt an. Hätte aber ein muslimischer Fürst die Insel beherrscht, hätte er christliche Schiffe auf deren Weg ins Heilige Land unmittelbar bedrohen können. Es liegt nahe, dass auch die Zeitgenossen sich dieser Situation bewusst waren. Insofern lässt sich die These von der Verknennung der strategischen Bedeutung Zyperns wieder relativieren.

Im Jahr 1291 gingen nach dem Fall Akkons sämtliche lateinischen Städte im Heiligen Land verloren und das Königreich Jerusalem hörte de facto auf, zu existieren. Dieser Verlust wirkte sich nicht unbedingt negativ auf Zypern aus. Die Ankunft von meist wohlhabenden flüchtigen Franken und einheimischen Christen, die in der Lage waren, eine Überfahrt zu organisieren, trug zum wirtschaftlichen Aufstreben von Städten wie Famagusta, dem späteren Wirtschaftszentrum des Königreiches, bei.

Obwohl das Königreich Jerusalem unwiederbringlich verloren gegangen war, galten die Könige von Zypern auch als Könige von Jerusalem. Titel wurden nicht nur nominell beibehalten – wie etwa »Herr von Beirut« –, sondern klassische Ämter des Hofstaates wie Konstabler, Marschall, Seneschall, Kämmerer auch doppelt belegt. Die Lusignans ließen sich künftig in Nikosia als Könige von Zypern und in Famagusta als Könige von Jerusalem krönen. Zypern blieb als letztes lateinisch-christliches politisches Gebilde in der Levante bestehen, wobei der Verlust der Gebiete im Heiligen Land das zyprische Königtum im Ergebnis sogar aufwertete.

Alexandru Ștefan Anca



Die zeitgenössische Darstellung von Giovanni Francesco Camocio aus dem Jahr 1574 zeigt die osmanische Belagerung der venezianischen Festung Famagusta auf Zypern, die am 1. August 1571 mit der Kapitulation des Festungskommandanten Marcantonio Bragadin endete. Auf dem Bild ist zu erkennen, dass die Verteidiger Ausfallangriffe gegen die Belagerer unternehmen (Truppenkörper der *Stradioti* und *Cristiani*), die osmanischen Angreifer aber kontinuierlich neue Schiffe und Truppen heranführen können, während die Verteidiger zu Wasser und zu Lande vom Nachschub abgeschnitten sind.

Das venezianische Jahrhundert 1473–1571

Das venezianische Kolonialreich erstreckte sich von der Lagenstadt über die Besitzungen an der Adria und auf den griechischen Inseln bis hin nach Zypern. Hier entlang verliefen die für Venedig lebenswichtigen Handelsrouten West- und Mitteleuropas in die Levante, also dem östlichen Mittelmeerraum. Von dort aus verknüpfte sich der Welthandel weiter bis nach Zentralasien, China und Indien sowie über Alexandria in Ägypten über das Rote Meer zum Indischen Ozean. Venedig, *La Serenissima* – die »Allerdurchlauchtigste Republik des Heiligen Markus«, hatte insbesondere vom Vierten Kreuzzug von 1204 profitiert, sodass es unter anderem Korfu sowie Stützpunkte auf der Peloponnes (Morea) und Kreta besaß. Von 1468/73 bis 1571 war Zypern die östlichste Zwischenstation des Levantehandels.

Das venezianische Zypern: von der informellen Herrschaft bis zur Inbesitznahme

Genua, die Konkurrentin Venedigs, hatte mit der Invasion auf Zypern von 1373 deren bedeutendste Hafenstadt Famagusta für fast ein Jahrhundert in ihren Besitz gebracht. Auf der Insel herrschte weiterhin das ursprünglich westfranzösische Königshaus der Lusignans, unter dem Zypern im 15. Jahrhundert jedoch ein Protektorat auswärtiger Mächte wurde. Als Vergeltung für die Aktivitäten zyprischer Piraten gegen Ägypten geriet die Insel unter ägyptische Dominanz. Diese Auseinandersetzungen erleichterten es den Venezianern, während der Regierungszeit König Jakobs II. (1440–1473) die Vorherrschaft über Zypern zu erringen. Der Einfluss Venedigs zeigte sich 1468 in Jakobs Eheschließung mit der venezianischen Patrizierin Caterina Cornaro (oder Corner, 1454–1510). Nach dem Tod des Königs im Juli 1473 und seines Sohnes folgte die Abdankung der Königin. Damit begann die formale Herrschaft Venedigs über die Insel.

Auf den drastischen Bevölkerungsrückgang auf Zypern infolge der Pestepidemie im 14. Jahrhundert schloss sich in der venezianischen Zeit eine demografische Aufwärtsentwicklung an.

Die Bevölkerung der Insel verdoppelte sich nahezu von 106 000 Menschen um 1490 auf rund 200 000 im letzten Herrschaftsjahrzehnt der Venezianer. Die Markusrepublik setzte gezielte Anreize, um Siedler nach Zypern zu ziehen. Zu ihnen gehörten einerseits Militärsiedler, namentlich griechische, dalmatische oder albanische Soldaten (*Stradioten*), andererseits Straffällige, die auf die Insel ins Exil verbracht wurden. Zudem trafen ab Mitte des 15. Jahrhunderts zahlreiche christliche Flüchtlinge aus dem Osmanischen Reich ein, insbesondere nach der Eroberung Konstantinopels im Mai 1453 und erneut mit der osmanischen Expansion nach Syrien und Ägypten in den Jahren 1516/17.

Anfänglich exportierte Zypern Weizen und Gerste nach Venedig, doch reichten diese Nahrungsmittel bald nur für die eigene Bevölkerung. Dagegen entwickelte sich eine Plantagenwirtschaft für Baumwolle und Zucker, die später als Vorbild für die europäischen Überseekolonien auf den Atlantik- und Karibikinseln sowie in Brasilien diente. Schon vor der venezianischen Herrschaft profitierte die Familie der Corner (Cornaro) von den Zuckerplantagen auf Zypern. Zudem war das bei Salina (heute ein Vorort von Larnaka) gewonnene Salz ein wichtiges Exportgut. Daneben bildeten auch Schmuggel und Piraterie einen Wirtschaftsfaktor. Obwohl die venezianischen Behörden ihrer Bevölkerung verboten, an seeräuberischen Aktivitäten gegen muslimische Schiffe teilzunehmen, machten christliche Korsaren des Malteserordens wiederholt Zwischenstation auf der Insel.

Die ethnische Zusammensetzung des venezianischen Zyperns erschließt sich anhand der Religionsgemeinschaften. Neben griechisch-orthodoxen existierten katholische, armenische, maronitische und nestorianische Gemeinden. Als Verwaltungs- und Elitensprache ersetzte die italienische Sprache die Rolle des Französischen. Die Ständestruktur hatte sich seit dem Mittelalter kaum verändert. Über 80 Prozent der Bevölkerung lebte auf dem Land. Unter den einfachen Menschen dominierten zahlenmäßig die Bauern (*Parici*), die ihren Gutsherrn oder Domänenverwaltern Abgaben leisten mussten. Daneben bestanden freie Pächter (*Francomati*), die zum Milizdienst oder Festungsbau verpflichtet waren. Zudem existierte – wie in zahlreichen anderen christlichen Territorien im frühneuzeitlichen

Mittelmeerraum – eine Sklavenbevölkerung aus muslimischen Kriegsgefangenen oder von Korsaren »erbeuteten« Menschen.

Die Beziehungen zum Osmanischen Reich waren komplex. Die Rolle des venezianischen *Stato da Mar*, der venezianischen Kolonien zwischen den christlichen und muslimischen Teilen des Mittelmeers trug der *Serenissima* den Ruf der Wankelmütigkeit ein. Mehrfach führte sie zwischen 1463 und 1573 Krieg gegen das muslimische Großreich. Gleichwohl war Venedig auf gute politische und wirtschaftliche Beziehungen zum Orient angewiesen, sodass Zypern weniger als militärische Bastion, denn als Handelsstation diente. Die regelmäßigen Konvoifahrten von Venedig über Zypern in die Levante brachten auch die zahlreichen christlichen Pilger ins Heilige Land. Angesichts dieser wirtschaftlichen Vorteile akzeptierte Venedig, dass Zypern ab 1516 Tributzahlungen an das Osmanische Reich entrichtete.

Der habsburgisch-osmanische Großkonflikt und die Eroberung Zyperns 1570/71

Die venezianische Herrschaft über Zypern endete während der Endphase des Großkonflikts um die Hegemonie im Mittelmeer in den Jahren 1570/71. Zuvor hatten sich ein christlicher und ein muslimischer Machtblock herausgebildet. Nach dem Abschluss der *Reconquista*, der christlichen »Wiedereroberung« der Iberischen Halbinsel im Januar 1492, breitete sich das unter den »Katholischen Königen« vereinte Spanien auf die nordafrikanische Gegenküste aus, wo es ab dem frühen 16. Jahrhundert Küstenfestungen zur Sicherung des Seeweges zu den spanischen Nebenkönigreichen Sizilien und Neapel errichtete.

Gleichzeitig expandierte das Osmanische Reich im östlichen Mittelmeer: Ende des 14. Jahrhunderts eroberten die Osmanen große Teile der Balkanhalbinsel und Anatolien, in den Jahren 1516/17 dann auch Syrien, Ägypten und die Arabische Halbinsel. Die venezianischen Inseln Kreta und Zypern waren so vom osmanischen Festland eingeschlossen. Mit der osmanischen Einnahme der Johanniterfestung Rhodos 1522 verschob sich auch die Herrschaft über die Seewege, die vom Schwarzen Meer in die Levante führten. In den Jahren 1565 bis 1574 erreichte der

Konflikt zwischen dem spanischen Habsburgerreich und dem Osmanischen Reich mit den Kämpfen um Malta, Tunis und Zypern seinen Höhepunkt. Der große Krieg ums Mittelmeer bestand hauptsächlich aus dem Kampf um Festungen und aus Landungsoperationen. Der Kampf zur See war oft Enterkrieg, verbunden mit der Artillerie am Bug der Schiffe und dem Rammangriff. Gegen Ende des 16. Jahrhunderts verdeutlichte der Einsatz der vier riesigen artilleriestarken venezianischen Galeassen (von sechs insgesamt) bei Lepanto am 7. Oktober 1571 den Erfolg des »Waffensystems« von Schiff und Geschützen.

Abseits der großen Kriege blieb der maritime Kleinkrieg im Mittelmeer stets präsent – mit gleitenden Übergängen zwischen Handel, Raub, Piraterie und Krieg. Das mit dem Großmachtkonflikt aufwachsende Korsarentum speiste sich Anfang des 16. Jahrhunderts oft aus Seeleuten aus der Ägäis; so der Korsar Barbarossa (oder Khair ed-Din, 1478–1546), der sich 1511 zusammen mit seinem Bruder Oruç (1473–1518) zum Herrscher über Algier aufschwang und nach dessen Tod allein regierte. Die vom spanischen König und deutschen Kaiser Karl V. (1500–1558) persönlich geführte Belagerung Algiers im Jahr 1541 scheiterte an einem Unwetter. Zehn Jahre später eroberte der osmanische Korsarenkapitän Dragut (oder Turgut Reis, ca. 1485–1565) den Johanniterstützpunkt Tripolis. Dagegen endete die für beide Seiten verlustreiche osmanische Belagerung der Inselfestung Malta von Mai bis September 1565 erst mit dem Eintreffen einer christlichen Entsatzflotte.

Der 1566 gewählte Papst Pius V. setzte sich energisch für den Kampf gegen das Osmanische Reich ein. Im selben Jahr wurde Selim II. Sultan (1524–1574) in Konstantinopel. Damit verbanden sich weiträumige osmanische Plünderungszüge an den Küsten Süditaliens und der Adria. Ab 1568 verdichteten sich Gerüchte über eine Invasion auf Zypern; im Folgejahr wurde die Aufrüstung einer großen Flotte in Konstantinopel unübersehbar. Dies bildete den Hintergrund der Bündnisverhandlungen für eine erneuerte christliche Heilige Liga, bestehend aus Spanien, Venedig, Genua, Malta und dem Kirchenstaat. Freilich zeigte der spanische König Philipp II. (1527–1598) wenig Interesse, Venedig im östlichen Mittelmeer beizustehen, wo er keine vitalen Interessen seines Reiches berührt sah. Zudem mehrten sich die Probleme in

den Spanischen Niederlanden und in Südspanien. In Andalusien rebellierten in den Jahren 1569–1571 die Morisken, vormalige Muslime, die nach der spanischen Eroberung teilweise nur vordergründig zum Christentum übergetreten waren und weiterhin benachteiligt wurden. In den Monaten ab April 1569 schlug das Heer, angeführt vom Halbbruder des spanischen Königs Don Juan d’Austria (1547–1578), die Rebellion blutig nieder. Auf der osmanischen Seite drängte Lala Kara Mustafa Pascha (ca. 1500–1580), der gescheiterte Belagerer Maltas, auf die Invasion Zyperns. Sein politischer Gegenspieler, der Großwesir Sokullu Mehmed Pascha (1505–1579), befürwortete dagegen eine Unterstützung der Morisken in Spanien; insgeheim stand er auch mit Venedig in Kontakt.

Während der Bündnisverhandlungen zwischen Venedig, Rom und Spanien blieb die Frage nach dem Oberkommando strittig, genauso wie die finanzielle und militärische Lastenteilung. Spanien verdächtigte Venedig der sicherheitspolitischen »Trittbrettfahrerei«. In der Tat stellte die Seerepublik Venedig den Einsatz ihrer Streitkräfte oft unter enge Vorbehaltsrechte. Umgekehrt befürchtete sie, dass, ihre Truppen für spanische Interessen in Nordafrika geopfert würden. Währenddessen war am 9. Juli 1570 eine große osmanische Armee bei Salina auf Zypern gelandet. Es folgte die Belagerung von Nikosia, das am 9. September 1570 fiel und geplündert wurde. Von den einschließlich der Verteidiger und der Flüchtlinge aus dem Umland 56 000 Einwohnern der Stadt kamen angeblich über 20 000 ums Leben, mehr als weitere 13 000 gerieten in die Sklaverei. Insgesamt wurden wohl 50 000 Menschen aus Zypern als Sklaven verschleppt.

Ende August 1570 vereinigten sich die Flotten Spaniens und des Kirchenstaates mit der venezianischen Flotte vor Kreta. Es folgten heftige Auseinandersetzungen unter den drei Admiralen und noch auf dem Weg der Flotte zum Einsatzort veranlasste die Nachricht vom Fall Nikosias den ergebnislosen Abbruch der Operation. Zudem nahte die für die Galeerenschiffahrt ungünstige Herbstzeit. Erst Ende Mai 1571 wurden die Verhandlungen zur Gründung der Heiligen Liga abgeschlossen – nun mit Don Juan d’Austria als gemeinsamem Befehlshaber.

Für fast ein Jahr leistete das venezianische Famagusta Widerstand. Trotz wiederholter Großangriffe und modernster Be-

lagerungstechnik blieb die osmanische Belagerung der Stadt lange erfolglos. Von den angeblich 200 000 Belagerern starben wohl 80 000 im Kampf oder an Krankheiten. Zudem unternahmen die rund 8000 Verteidiger – griechische Milizionäre, italienische Infanterie und berittene *Stradioten* – wiederholte Ausfallgefechte. Die häufigen Aufforderungen, sich zu ergeben, lehnte der venezianische Festungskommandant Marcantonio Bragadin (1523–1571) ab. Er rechnete mit dem Eintreffen einer christlichen Entsatzflotte, doch war diese erst einsatzbereit, nachdem Famagusta am 1. August 1571 bereits kapituliert hatte.

Dem Verständnis der Zeit folgend, regelte eine »Kapitulation« vertraglich die Übergabebedingungen. Den Verteidigern sowie der verbliebenen Stadtbevölkerung wurde ein Abzug mit wehenden Fahnen und freies Geleit nach Kreta zugesichert. Als einer der letzten verließ Bragadin die Festung. Doch versetzten sein wohl übermäßig selbstbewusstes Auftreten, extravagante Galabekleidung und stolze Worte den osmanischen Feldherrn in Rage. Als Lala Mustafa ihm vorwarf, durch die Tötung Gefangener die Kapitulationsbedingungen eidbrüchig verletzt zu haben, eskalierte die Lage: Bragadins Leibgarde wurde von den osmanischen Soldaten niedergehauen, er selbst an Nase und Ohren verstümmelt und in Ketten gelegt. Bragadin wurde am 17. August 1571 auf bestialische Weise zu Tode gefoltert: Nachdem die Sieger ihn zunächst schwere Erdsäcke auf die Belagerungswälle hatten herauftragen lassen und ihn dabei rituell verhöhnt hatten, wurde er zuletzt auf dem Platz von Famagusta lebendig gehäutet, bis er starb. Die Überreste seiner Leiche wurden mit Stroh gefüllt zu einer Stoffpuppe »verarbeitet«, die – angezogen mit seinem Prachtgewand triumphal nach Konstantinopel gesandt wurde. Im Jahr 1580 gelang es einem christlichen Sklaven schließlich, die Überreste des Verteidigers von Famagusta zu stehlen und nach Venedig zu überführen.

Erst im Spätsommer 1571 waren die Flotten der Heiligen Liga einsatzbereit. Am 7. Oktober gelang es den vereinten christlichen Schiffsverbänden bei Lepanto (Naupaktos) im Golf von Korinth, die osmanische Flotte zu vernichten. Bis in die Moderne blieb es eine der größten Seeschlachten überhaupt, an der auch 3000 deutsche Söldner teilnahmen. Die christliche Bündnisflotte versklavte die 14 000 osmanischen Soldaten, die in ihre Hände fie-

len. Die Siegesnachricht überstrahlte in Venedig die kurz darauf eintreffende Nachricht vom endgültigen Verlust Zyperns.

Nach Famagusta und Lepanto: Stabilität im Mittelmeer

Die Heilige Liga war maßgeblich zur Verteidigung Zyperns initiiert worden. Dass dieses Ziel scheiterte, geriet angesichts des bald mythisch verklärten Seesieges von Lepanto zur Nebensache. Die folgenden kriegerischen Unternehmungen der Liga endeten ergebnislos. Für das vom Krieg erschöpfte Venedig überwogen letztlich die Handelsinteressen und die Sorge um den Verlust weiterer Besitzungen. Wie von den Bündnispartnern befürchtet, schloss die Seerepublik am 7. März 1573 einen Separatfrieden mit dem Osmanischen Reich. Der Papst reagierte empört, der spanische König jedoch gelassen, denn jener richtete seine Aufmerksamkeit stattdessen auf Nordafrika.

Der 1581 schließlich erreichte Friedensschluss zwischen den Großmächten schrieb den bis 1571 erreichten Besitzstand fest. Nordafrika und das östliche Mittelmeer blieben osmanisch dominiert, während ab 1609 die Morisken endgültig aus Spanien vertrieben wurden. Erst ein knappes Jahrhundert nach Zypern, im Krieg von 1645 bis 1669, verlor Venedig Kreta an die Osmanen.

Dagegen blieb die Inselfestung Malta bis Ende des 18. Jahrhunderts in den Händen der Malteserritter. Deren Korsaren übten nun Raubzüge auch auf das osmanische Zypern, während muslimische Korsaren bis 1830 von Tunis, Algier und Tripolis aus christliche Schiffe und Länder überfielen. Der große Krieg, genauso wie der weltumspannende Handel verlagerte sich vom Mittelmeer auf die großen Ozeane. Doch blieb das Mittelmeer eine durch Konflikt und Austausch gekennzeichnete Grenz- und Verbindungszone zwischen Europa und dem Orient.

Martin Rink



Diese Illustration aus dem Jahr 1821 zeigt zwei Frauen, die beide aus dem kulturell griechisch geprägten Teil des Osmanischen Reiches stammten. Die links im Bild stehende Person von der ägäischen Insel Ipsara (heute: Psara) westlich von Kleinasien trägt einen Schleier und bringt dadurch ihren muslimischen Glauben zum Ausdruck. Die rechts stehende Frau, die eine Haube trägt, welche ihr Gesicht unbedeckt lässt, stammt aus Zypern und ist christlichen Glaubens. Auffällig sind die ansonsten nur geringen Unterschiede in der Kleidung der beiden weiblichen Personen.

Zypern im Osmanischen Reich

Die Kämpfe auf Zypern stellten einen Schauplatz des Fünften Osmanisch-Venezianischen Krieges (1570–1573) dar. Mit dem Fall von Nikosia und Famagusta in den Jahren 1570/71 und der Hinrichtung der örtlichen venezianischen Festungskommandanten durch die Osmanen endete die Auseinandersetzung durch den Friedensvertrag von 1573. Venedig trat Zypern formell an das Osmanische Reich ab.

Eingliederung in das Osmanische Reich

Die Osmanen zielten darauf ab, die zerstörte (Land-)Wirtschaft ihrer neuen Provinz wiederaufzubauen. Zu diesem Zweck führten sie 1572 eine Volkszählung durch. Wegen der geringen Einwohnerzahl nach dem Krieg zwang der Sultan muslimische Handwerker und Fachleute aus Anatolien, sich auf Zypern anzusiedeln. Die alteingesessenen christlichen Bewohner, *Zimmi* genannt, waren von nun an in ihren Rechten beschränkt, durften ihren Glauben gegen Entrichtung einer Sondersteuer aber weiter frei ausüben. Die osmanischen Herrscher bemühten sich, die Insel behutsam in das Reich zu integrieren, indem sie die ökonomische und soziale Lage der Einheimischen schrittweise verbesserten. Die Bauern erhielten die Möglichkeit, höhere Verfügungsrechte an dem von ihnen bebauten Land zu erwerben und dadurch ihre Abgabenlast zu senken. Auch war der Sultan bestrebt, die griechisch-orthodoxe Glaubengemeinschaft und deren religiöse Praktiken in das Osmanische Reich zu integrieren, um so den Gehorsam der Christen sicherzustellen und Aufstände zu verhindern. Daher ließ er mildtätige Stiftungen (*Waqf*) gründen, die öffentliche Einrichtungen wie Kirchen und Moscheen gleichermaßen, aber auch den Bau von Spitälern, Schulen und Aquädukten förderten.

Zypern wurde zu einer autonomen Provinz mit einem Statthalter (*Gouverneur*) des Sultans an der Spitze, der die Insel mit Unterstützung hochrangiger *Diwan*-Beamter verwaltete. Das klassische osmanische *Timar*-System fand auch auf Zypern seine

Anwendung. Sämtliches kultivierbare Land galt als alleiniges Eigentum der Hohen Pforte (Sitz des Sultans in Istanbul), das der Herrscher den *Sipahi*, den Befehlshabern seiner berittenen Truppen, als Kriegerlehen überließ. Die *Sipahi* wie auch die Janitscharen bildeten das militärische Rückgrat des Osmanischen Heeres.

Betrachtet man die historischen Quellen über die Höhe des Steueraufkommens der Insel, so scheint es, dass die Bevölkerungszahl Zyperns zwischen 1570 und 1600 kurzzeitig anstieg, dann aber bis Mitte des 17. Jahrhunderts um mehr als die Hälfte sank. Vermutlich breiteten sich zu dieser Zeit aufgrund klimatischer Veränderungen Trockenheit, Insektenplagen, Seuchen und Hungersnöte aus. Eine erhöhte Kindersterblichkeit ging mit geringer Lebenserwartung einher. Unter diesen Umständen verwandelte sich das ursprünglich milde Steuerwesen bald in eine drückende Last, die viele Zyprer zwang, der Insel den Rücken zu kehren. Christen, die ihre Sondersteuer nicht mehr entrichten konnten, waren gezwungen, zum Islam überzutreten.

Osmanische Reformen und der Aufstieg der griechisch-orthodoxen Kirche

Das Osmanische Reich befand sich seit Ende des 16. Jahrhunderts in einer Krise. Daher war die Hohe Pforte generell immer weniger in der Lage, die Entwicklung in ihren Provinzen zu steuern.

Im 18. Jahrhundert zerfiel die einst vorbildliche Administration schließlich und führte auch auf Zypern zum Niedergang des osmanischen Systems. Um 1750 befand sich die Insel in einem erbärmlichen Zustand. Seuchen, Trockenheit und Hungersnöte setzten sich unverändert fort. Die Gouverneure neigten dazu, größtmögliche Steuern aus der Provinz zu pressen. Da die Statthalterschaft über die Insel seit 1670 an den jeweils Meistbietenden versteigert wurde, suchte der neue Gouverneur sich im Anschluss an der Bevölkerung schadlos zu halten. Im Jahr 1764 kam es zu einer Revolte gegen den amtierenden Statthalter Muhassıl Cil Osman Aga. Aga wurde getötet und sein Palast niedergebrannt. Obgleich die osmanischen Herren den Aufstand niederschlugen, blieb dieses Ereignis nicht ohne Folgen.

Die Sipahi stellten bis zum 16. Jh. den Kern der berittenen Truppen des Osmanischen Heeres (16. Jh.). Mit der Weiterentwicklung der Feuerwaffen verloren sie – im Gegensatz zu den infanteristisch kämpfenden Janitscharen – ab dem 17. Jahrhundert an Bedeutung.



The Picture Art Collection / Alamy Stock Foto

Die Würdenträger der griechisch-orthodoxen Kirche gewannen in der Bevölkerung zunehmend an Einfluss.

Bereits gegen Ende des 17. Jahrhunderts hatte die Hohe Pforte begonnen, die orthodoxen (Erz-)Bischöfe zu stärken, um die Macht der eigenwillig gewordenen osmanischen Gouverneure zu beschränken. Die Kirche durfte Vertreter nach Istanbul entsenden, um über die Zustände auf Zypern zu berichten und Beschwerden über die Amtsführung der Statthalter vorzutragen.

Der politische und ökonomische Aufstieg der orthodoxen Würdenträger auf Zypern führte zu einem Aufschwung in Bildung und Kultur. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts erreichte ihre Macht einen Zenit. Der bekannteste kirchliche Gelehrte jener Zeit war der Archimandrit Kyprianos, der im Jahr 1788 sein Buch zur »Chronologischen Geschichte der Insel Zypern« in Venedig veröffentlichte. Allerdings endete der politische Aufstieg der Kleriker mit dem Beginn des Griechischen Unabhängigkeitskrieges gegen die osmanische Herrschaft im Jahr 1821 abrupt. Gouverneur Küçük Mehmed nutzte den Aufstand, um mit Billigung der Hohen Pforte die griechisch-orthodoxen Kirchenführer auf Zypern hinzurichten und ihren Besitz

zu konfiszieren. Dessen ungeachtet blieb die christliche Kirche auf der Insel wegen ihrer engen Verbindung zum osmanischen Verwaltungssystem als Institution weiterhin bestehen. Die entscheidenden Konsequenzen des Aufstands waren vielmehr gesellschaftlicher Natur. Während vor 1821 nur ein kleiner Teil der (griechischen) Zyprer dem Ruf nach Freiheit vom osmanischen Joch gefolgt war, verloren die Amtsträger des Sultans in den Augen der Bevölkerung zusehends an Autorität und Legitimität. Die Ereignisse des Jahres 1821 schufen einen Nährboden für das Aufkeimen des griechisch-zyprischen Nationalismus. Das Vorbild der Gründung des Königreichs Griechenland wurde auch für weite Kreise der griechisch-orthodoxen Bevölkerung Zyperns zum erstrebenswerten Ideal.

Das 18. Jahrhundert stellte für Zypern mit Blick auf seine Wirtschaft, Gesellschaft und Verwaltungsstruktur eine Zeit der Veränderungen dar. Das traditionelle *Timar*-System, das in erster Linie von landwirtschaftlicher Subsistenzwirtschaft gekennzeichenet war, verlor zunehmend an Bedeutung. An seine Stelle trat das *Chiflik*. Statt kleiner Bauernhöfe zeichnete sich das *Chiflik* durch große Gutshöfe und ausgedehnte Landgüter aus, auf denen die Bauern nunmehr als Knechte arbeiten mussten. Das Aufkommen des Kapitalismus wie auch das urbane Wachstum begünstigten das neue System und prägten zunehmend die landwirtschaftliche Produktion. Der Anbau auf den Feldern konzentrierte sich zunehmend auf landwirtschaftliche Exportprodukte wie Baumwolle. Die Schwäche der Zentralgewalt des Sultans begünstigte das *Chiflik*-System und ermöglichte nun auch vermögenden Privatpersonen, »Staatsland« zu erwerben, das vorher Militärangehörigen zur Nutzung vorbehalten gewesen war.

Daneben profitierte Zypern aufgrund seiner Lage als Drehscheibe und Knotenpunkt der Handelsrouten vom wachsenden Mittelmeerhandel. Die europäischen Mächte Großbritannien, Frankreich, die Niederlande und Venedig eröffneten Konsulate und Handelsvertretungen in Larnaca. Europäische Kaufleute und Konsuln lebten vom Warenaustausch und Geldverleih, finanzierten die landwirtschaftliche Entwicklung und genossen den Respekt der Einheimischen. Während die Muslime sich vorwiegend auf Grundbesitz und Landwirtschaft konzentrierten, lag der Handel in den Händen der Christen. Erstmals wurde es

christlichen Zypern möglich, Patente zu erwerben, die unter den Schutz einer europäischen (Handels-)Vertretung gestellt werden konnten. Dadurch kamen christliche Untertanen des osmanischen Herrschers in den Genuss von Privilegien, etwa Steuerfreiheiten, die bislang nur ausländische Bürger erhalten hatten. Mit dem Zugewinn wirtschaftlicher und sozialer Macht konnten diese Privilegien auch vererbt werden. Um die Mitte des 18. Jahrhunderts wuchs ein einheimisches griechisch-orthodoxes Großbürgertum heran, das ähnliche Privilegien wie die europäischen Ausländer genoss und in engem kulturellem wie auch geistigem Austausch mit Westeuropa stand. Die Ideen der Aufklärung fanden so in einer kleinen, aber kritischen und weltoffenen Gesellschaftsschicht Eingang.

Sultan Mahmud II. (1808–1839) versuchte das Osmanische Reich durch eine Stärkung der Zentralgewalt und die Schaffung eines effizienteren Verwaltungsapparats zu reformieren. In den 1830er Jahren erreichten seine Reformen auch Zypern. Lokale Machthaber sollten einer stärkeren Kontrolle durch das örtliche christliche Gemeinwesen unterliegen. Dementsprechend wurde 1830 die erste (christliche) Nationalversammlung gegründet. Die Bischöfe mussten fortan ihre Machtbefugnisse mit weltlichen, nichtklerikalen Repräsentanten teilen. Die kleine Schicht des Großbürgertums setzte so ihren Anspruch auf wirtschaftliche und politische Beteiligung in öffentlichen Fragen durch. In den Jahren nach Verkündung des osmanischen Reformedikts (*Hatt-ı Şerif*) von 1839 entstanden weitere Institutionen auf der Insel, wie der Große Rat (*Büyük Meclisi*) in Nikosia und entsprechende Provinzräte, die neben den amtlichen osmanischen Hoheitsträgern unter anderem einige frei gewählte Mitglieder der muslimischen, aber auch der christlichen Glaubensgemeinde aufnehmen mussten. Mit diesem Schritt beabsichtigte die Hohe Pforte, einerseits örtliche Gebietsgouverneure stärker zu kontrollieren, andererseits die Loyalität der christlichen Untertanen sicherzustellen, indem diese in den Verwaltungsprozess eingebunden wurden. Damit einhergehend hatte sich im Jahr 1838 die Stellung des Gouverneurs vom einstigen lokalen Herrscher zum besoldeten Regierungsbeamten der Hohen Pforte gewandelt, dessen Rechte beschränkt und dessen Pflichten eindeutiger festgelegt wurden.

Die Reformen trafen jedoch in Griechenland und Zypern nicht auf ungeteilte Zustimmung. Kleriker und christliche geistliche Führer sahen sich in ihren traditionellen Rechten beschnitten, während gleichzeitig die ethnischen und religiösen Spannungen wuchsen. Eine der unbeabsichtigten Folgen der Reformen war, dass sie den wachsenden griechischen Nationalismus begünstigten, statt diesen zu schwächen. Während des Krimkrieges (1853–1856), den Großbritannien, Frankreich und das Osmanische Reich gegen das Zarenreich Russland führten, weiteten sich diese Konflikte auf Zypern zu einer Krise aus, die zur Ausweisung griechischer Untertanen aus dem Reich und zum Abbruch diplomatischer Beziehungen zwischen Griechenland und der Hohen Pforte führte. Da viele griechische Zyprioten zuvor das griechische Bürgerrecht erworben hatten und nun revolutionäre Schriften auf Zypern kursierten, spitzte sich die Lage weiter zu. Sultan Abdülhamid I. suchte dieser Entwicklung wirksam entgegenzutreten und die Loyalität der griechischen Zyprioten zu stärken, indem er im Jahr 1856 ein neues Reformedikt verabschiedete (*Hatt-ı Hümayun*). Das Edikt versprach, jegliche religiöse, sprachliche oder auf Nationalität beruhende Ungleichbehandlung auf osmanischem Territorium zu beenden. Dieser Schritt erregte wiederum den Zorn der muslimischen Untertanen, die sich ihrer privilegierten Stellung innerhalb des Reiches beraubt sahen. Der Nährboden späterer ethnisch-religiöser Konflikte war damit geschaffen.

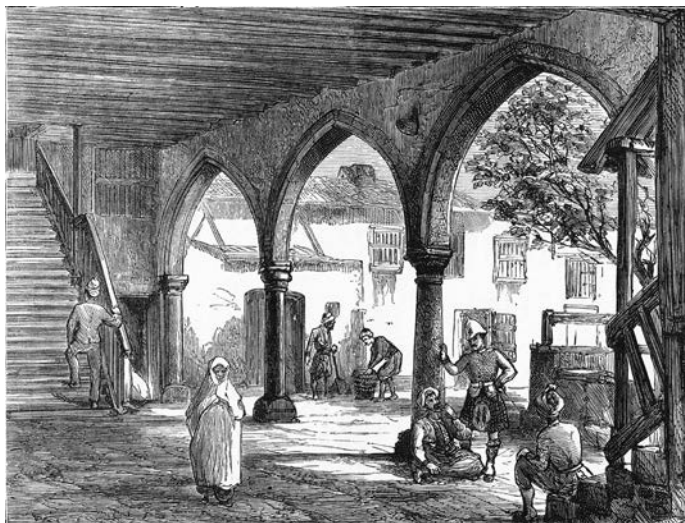
In der Folgezeit bemühten sich die osmanischen Gouverneure mit wechselndem Erfolg um die Modernisierung der zyprischen Infrastruktur. Die Ausrottung der Heuschrecken, die vormals periodisch für Plagen und Hungersnöte gesorgt hatten, der Bau einer Telegrafienverbindung zwischen Zypern und Syrien sowie die Fertigstellung der Verbindungsstraße zwischen Nikosia und Larnaca zählten zu den fortschrittlichsten Errungenschaften. Insgesamt sorgten die Gouverneure in den letzten Jahrzehnten osmanischer Herrschaft über der Insel trotz Rückschlägen für einige Verbesserungen, die eine Belebung des Handels, die Modernisierung des Gesundheitswesens, das Ende der Insektenplagen und eine weniger restriktive Verwaltung zur Folge hatten. Zwischen 1840 und 1860 führten diese Bemühungen zu einem beachtlichen Bevölkerungswachstum.

Grundlagen der Idee einer politischen Vereinigung Zyperns mit Griechenland

Während des *Tanzimats* (Reformzeit nach dem Edikt von 1839) blieb trotz des wachsenden bürgerlichen Einflusses die griechisch-orthodoxe Kirche das offizielle Repräsentationsorgan der christlichen Einwohnerschaft. Die Kirchenoberhäupter Zyperns, insbesondere Erzbischof Makarios I., legten ihr Augenmerk auf Bildung und Erziehung, da sie deren hohen Stellenwert für die weitere Entwicklung des Landes erkannt hatten. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde die griechisch-orthodoxe Gemeinde jedoch in einen schweren ideologischen Konflikt zwischen dem Königreich Griechenland und dem Patriarchat von Konstantinopel (Istanbul) hineingezogen. Griechenland betrachtete sich als »panhellenisches Zentrum« aller Griechen des Osmanischen Reiches mit dem Ziel, alle griechisch-stämmigen Bewohner des östlichen Mittelmeers politisch zu vereinen. Das Patriarchat hingegen bemühte sich um seine religiöse Führungsrolle als Oberhaupt aller orthodoxen, auch der nichtgriechischen Christen. Auf Zypern vertraten vor allem die führenden bürgerlichen Schichten Larnacas und der Bischof von Kition die »nationale« Ideologie, wohingegen das Erzbistum von Nikosia der »ökumenischen« Linie des Patriarchats folgte. Mit Beginn des 20. Jahrhunderts führte dieser Gegensatz zu einem offenen Bruch, bei dem sich die »nationale« Idee schließlich durchsetzen und die weitere Geschichte der Insel bestimmen sollte.

In Anbetracht der politischen und militärischen Schwäche des Osmanischen Reiches gab es im späten 19. Jahrhundert in Europa verschiedene Pläne, Zypern unter europäische Verwaltung zu stellen. Im Zuge des Russisch-Osmanischen Krieges (1877/78) verpflichtete sich Großbritannien, dem Osmanischen Reich gegen einen möglichen Angriff des Zarenreichs zu Hilfe zu eilen. Im Gegenzug stellte Istanbul die Insel im Jahr 1878 unter britische Verwaltung. Obgleich die formale Oberhoheit nach wie vor beim Sultan verblieb, endeten damit faktisch drei Jahrhunderte osmanischer Herrschaft über Zypern.

Theocharis Stavrides



Historical Images Archive / Alamy Stock Foto

Dieses zeitgenössische Bild aus dem Jahr 1896 beschreibt eine typische Alltagsszene vor dem britischen Konsulat in Larnaca. Die britischen Kolonialherren sahen in Zypern vor allem in den ersten Jahrzehnten ihrer Herrschaft lediglich eine abgewirtschaftete osmanische Provinz, die kaum Anlass zu infrastrukturellen und wirtschaftlichen Investitionen oder politischen Reformen gab.

Zypern als Teil des Britischen Weltreiches 1878–1960

Im Jahr 1875 entbrannte auf dem Balkan eine Revolte gegen die dortige osmanische Herrschaft. Der Aufstand mündete schließlich in den Russisch-Osmanischen Krieg. Das Zarenreich ging aus dem Konflikt siegreich hervor, annektierte 1878 nach dem Friedensvertrag von San Stefano Teile des osmanischen Territoriums in Südosteuropa und war nunmehr potenziell in der Lage, bulgarische Häfen für seine Kriegsflotte zu nutzen. Mit dieser Entwicklung geriet jedoch das Gleichgewicht der europäischen Großmächte ins Wanken. Ein russischer Zugriff auf das Mittelmeer gefährdete aus britischer Sicht die Herrschaft des Empires in der Region. Seit der Eröffnung des Suezkanals im Jahr 1869 war das Mittelmeer für Großbritannien zur Lebensader geworden. Der Seeweg zwischen dem britischen Mutterland und seiner Kronkolonie Indien durfte aus Sicht Londons keinesfalls durch russische Ambitionen gefährdet werden. Der Vertrag von San Stefano drohte einen neuen Krieg auszulösen.

Britische Kolonie im 19. Jahrhundert

Auf dem Berliner Kongress im Jahr 1878 schloss das Vereinigte Königreich einen Vertrag mit dem Osmanischen Reich, der die militärische Unterstützung Großbritanniens im Falle weiterer russischer Expansionsbestrebungen garantierte. Im Gegenzug stellte Sultan Abdülhamid II. Zypern unter britische Verwaltung. Formal blieb die Insel zwar Teil des Osmanischen Reiches. Die Verfügungsgewalt über die verarmte und wirtschaftlich schwache osmanische Provinz lag jedoch fortan in britischen Händen. Dennoch bestand bis zur völkerrechtlichen Annexion durch die Briten im Ersten Weltkrieg Unsicherheit über deren Zukunft. London hatte ursprünglich beabsichtigt, den Hafen von Famagusta zu einem Flottenstützpunkt auszubauen. Mit der Kontrolle des Suezkanals und der britischen Herrschaft über das ägyptische Alexandria im Jahr 1882 verlor Zypern für das Empire jedoch an Wert. Die Insel wurde zu einer wirtschaftlich



Südosteuropa/ Osmanisches Reich im Jahr 1892 (Britische Karte von 1907)

vernachlässigten Kolonie, deren Zweck in erster Linie darin bestand, vom Empire ausgebeutet zu werden.

Die britische Regierung führte auf Zypern einen Legislativrat ein, welcher der muslimischen Bevölkerung unter der Voraussetzung der Zusammenarbeit mit der britischen Kolonialmacht ein annähernd gleiches politisches Mitspracherecht wie der griechisch-orthodoxen Mehrheitsbevölkerung gewährte. Das System des Legislativrats setzte im Kern die osmanische *Millet*-Tradition fort, bei der die Bevölkerungsgruppen in Religionsgemeinschaften (Milleten) aufgeteilt waren und dementsprechend Steuern zu entrichten hatten. Mit diesem Konstrukt vermochte die britische Kolonialmacht die Interessengegensätze zwischen der christlich-griechischen und der muslimisch-türkischen Volksgruppe bei Bedarf gegeneinander auszuspielen. Deren Unterschiede und Differenzen wurden somit unter britischer Herrschaft zementiert.

Seit Jahrhunderten wurde Zypern von unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen bewohnt. Die größte und älteste bestand aus griechischsprechenden orthodoxen Zypriern, die im Jahr

1881 rund 74 Prozent der rund 185 000 Personen zählenden Gesamtbevölkerung stellten. Die zweitgrößte Gruppe bildeten überwiegend türkischsprechende Muslime. Diese hatten sich unter der osmanischen Herrschaft auf der Insel (1571–1878) angesiedelt. Jedoch befanden sich darunter auch ursprünglich orthodoxe und katholische Zyprier, die im Laufe der Zeit zum Islam konvertiert waren. Sie stellten insgesamt rund 24 Prozent der Bevölkerung. Die übrigen Bewohner teilten sich in drei kleine, christliche Minderheiten auf: Maroniten aus dem Nahen Osten, Armenier und Lateiner. Die Lateiner sahen sich als Nachkommen der katholischen Fremdherrscher über die Insel. Dazu zählten unter anderem Tempelritter, das französische Adelsgeschlecht der Lusignans sowie die Venezianer. Bis zur Unabhängigkeit der Insel im Jahr 1960 sollte sich das Bevölkerungsverhältnis vor allem durch die Abwanderung von Muslimen leicht ändern. 1960 stellten die griechisch-orthodoxen Zyprier 77,1 Prozent der Bevölkerung, die türkisch-muslimischen Zyprier 18,2 Prozent und die drei kleineren Volksgruppen den Großteil der übrigen Bewohner. Die Einwohnerzahl wuchs während der Kolonialzeit auf etwa 574 000 an.

Die beiden größeren Volksgruppen wandelten sich während der ersten Jahrzehnte der britischen Herrschaft von primär religiös und sprachlich definierten Gruppierungen zu Ethnien mit unterschiedlicher nationaler Identität. Unter der Oberschicht der griechisch-orthodoxen Zyprier breitete sich im Laufe des 19. Jahrhunderts eine Selbstwahrnehmung aus, die sich politisch in der Forderung nach der Vereinigung der Insel mit Griechenland, der *Enosis* äußerte. Diese Forderung wurde auch vom griechischen »Mutterland« erhoben. Zypern wurde Teil der sogenannten *Megali Idea*, dem Streben Griechenlands nach Wiedererrichtung eines als griechisch verstandenen »byzantinischen« Großreiches. In den ersten Jahrzehnten der britischen Kolonialherrschaft gewann die Forderung nach Vereinigung der Insel mit Griechenland zunehmend an Popularität. Spätestens um 1910 schien dieser Prozess der Identitätsbildung seinen Abschluss gefunden zu haben. Die Forderung nach der *Enosis* war zu diesem Zeitpunkt in den politischen Führungsschichten der griechisch-orthodoxen Zyprier Konsens geworden. Uneinigkeit herrschte lediglich in die Frage, wie diese Vereinigung zu erreichen sei. Bis zum Ersten

Weltkrieg wurde das Streben nach der *Enosis* indes nicht gewaltsam verfolgt.

Die auf der Insel lebenden Muslime betrachteten die Möglichkeit einer Vereinigung Zyperns mit Griechenland hingegen als Gefahr. Sie fürchteten, im Falle der *Enosis* als ungeliebte Minderheit gewaltsam aus ihrer Heimat vertrieben zu werden. Obwohl ihre Loyalität während der ersten Jahrzehnte der britischen Herrschaft weiterhin dem osmanischen Sultan galt, stützten sie daher den Fortbestand der britischen Kolonialherrschaft nach Kräften. Im Gegensatz zu den griechisch-orthodoxen Zypriern fand der Gedanke einer eigenen nationalen Identität als türkische Zypriern erst in den 1920er Jahren Eingang in ihr Bewusstsein.

Die ersten Jahrzehnte der britischen Herrschaft verliefen ohne große Zwischenfälle. Großbritannien stellte in erster Linie sicher, dass keine andere europäische Großmacht die Kontrolle über Zypern übernehmen konnte. Am Vorabend des Ersten Weltkrieges stellte die britische Regierung Überlegungen an, die Insel an Griechenland abzutreten, um im Gegenzug griechisches Territorium nutzen zu dürfen mit dem Ziel, Italien und dem Habsburgerreich im Bedarfsfall strategisch entgegenzutreten. Die griechisch-britischen Verhandlungen führten jedoch zu keiner Einigung.

Zyperns Entwicklung während der beiden Weltkriege

Der Erste Weltkrieg veränderte die geopolitische Lage im östlichen Mittelmeerraum. London bot Athen 1915 abermals die Abtretung Zyperns an, obwohl Großbritannien die Insel erst im Jahr zuvor annektiert hatte. Griechenland sollte im Gegenzug auf Seiten der Entente in die Kampfhandlungen eintreten und Serbien militärischen Beistand leisten. Die griechische Regierung war in dieser Frage jedoch gespalten und lehnte das britische Angebot ab. Nichtsdestoweniger erblickten die griechischen Zypriern in dieser Geste Londons eine Legitimation ihrer Forderungen nach einem Anschluss der Insel an ihr »Mutterland«.

Als Teil des Britischen Empires nahmen zyprische Soldaten am Ersten Weltkrieg teil. Rund 12 000 Zypriern beider Volks-

gruppen dienten in Nachschubverbänden der britischen Armee an der mazedonischen Front. Nach dem Griechisch-Türkischen Krieg (1918–1922) erkannte die Türkei die Annexion Zyperns auf Basis des Vertrags von Lausanne völkerrechtlich an. Dies bedeutete, dass eine Rückgabe des Kolonialbesitzes an die Türkei ausgeschlossen war. Andererseits aber fühlten sich die Befürworter der *Enosis* dadurch in ihren Forderungen bestärkt.

In den 1920er Jahren bildeten sich viele Charakteristika einer modernen zyprischen Gesellschaft heraus. Die Anhänger der *Enosis* schufen eine nationale Organisation, um ihrer Forderung nach Abtretung der Insel stärker Ausdruck zu verleihen. Die britische Kolonialverwaltung suchte den Bestrebungen mit Hilfe von Agrarreformen entgegenzuwirken. Die Landbevölkerung sollte aus der wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit der städtischen Oberschicht und der Großgrundbesitzer befreit werden. Letztere vertraten besonders vehement die Forderung nach einer Vereinigung mit Griechenland. Innerhalb der türkisch-zyprischen Volksgruppe wiederum kam es zu politischen Konflikten zwischen den alten Eliten und Anhängern der jungtürkischen Bewegung. Die Jungtürken lehnten die britische Bevormundung ihrer Volksgruppe ab und gefährdeten damit das koloniale Herrschaftsmodell des Legislativrats, das auf die Unterstützung der türkischen Zyprer angewiesen war. Eine dritte politische Gruppe, der sowohl griechische als auch türkische Zyprer angehörten, formierte sich in Form der Kommunistischen Partei Zyperns. Diese konnte anfänglich jedoch nur begrenzten politischen Einfluss gewinnen.

Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise ab 1929 waren auch auf Zypern deutlich spürbar. 1931 entlud sich unter den griechischen Zyprern gewaltsamer Protest gegen die Kolonialherrschaft, gefolgt von erneuten Forderungen nach der *Enosis*. Britische Steuererhöhungen spielten bei der Revolte eine wesentliche Rolle. Die Kolonialmacht schlug die Unruhen nieder, verhängte drakonische Strafen und löste den Legislativrat auf. In den darauffolgenden zehn Jahren erhielten die Angehörigen beider Bevölkerungsteile keine politischen Rechte mehr. Erst am Vorabend des Zweiten Weltkrieges erneuerten die britischen Kolonialherren auf Initiative der Türkei ihre traditionelle Verbindung zu den türkischen Zyprern.

Der Zweite Weltkrieg beendete die diktatorische Phase der britischen Herrschaft. 1941 ließ London die Gründung von Parteien wieder zu. Neben den nationalen, politischen Organisationen der griechischen und der türkischen Zyprier gewannen aber in dieser Zeit vor allem die Sozialisten und Kommunisten an Boden. Die »Fortschrittliche Partei des Arbeitenden Volkes« (AKEL), Nachfolgerin der Kommunistischen Partei Zyperns, erfreute sich zunehmender Popularität und erzielte insbesondere im Jahr 1946 bei Kommunalwahlen große Erfolge. Die griechischen Zyprier suchten dem Aufstieg der AKEL daher mit der Gründung eigener Gewerkschaften und nationalistischen Appellen an die Idee der *Enosis* entgegenzuwirken.

Von wenigen Bombenabwürfen abgesehen fanden während des Zweiten Weltkrieges auf Zypern keine Kampfhandlungen statt. Allerdings nahmen zahlreiche Angehörige beider Volksgruppen vor allem nach dem italienischen Angriff auf Griechenland 1940 und dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion im Jahr 1941 am Kriegsgeschehen teil. Etwa 35 000 zyprische Soldaten leisteten abermals in britischen Nachschubeinheiten ihren Dienst.

Der Weg in die Unabhängigkeit

Nach 1945 erfassten die Welle weltweiter Entkolonialisierung und das Streben nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker auch das östliche Mittelmeer. Viele Angehörige der griechisch-zyprischen Volkgruppe rechneten als Gegenleistung für ihre Dienste in britischen Streitkräften mit einer Abtretung der Insel an Griechenland. London indes betrachtete Zypern als »strategisch bedeutsame« Kolonie, die vorerst nicht aufgegeben werden sollte. Großbritannien bot der zyprischen Bevölkerung daher lediglich eine innere Selbstverwaltung im Rahmen einer neuen Verfassung an, ohne seine eigene Oberherrschaft über die Insel aufzugeben. Die griechisch-zyprischen Nationalisten lehnten das Angebot jedoch sofort ab. Auch die übrigen griechischen Zyprier schlossen sich dieser Meinung nach einer ergebnislosen Teilnahme an einer verfassungsgebenden Versammlung im Jahr 1948 an. Von diesem Zeitpunkt an sah sich die britische Kolonialmacht mit einer weiteren Eskalation der Lage konfrontiert. Diese

wurde vom internen Machtkampf zwischen der kommunistischen Linken und den konservativen Kräften der griechischen Zypriern noch befeuert. Während des Bürgerkrieges in Griechenland (1946–1949) setzte sich die Polarisierung in der griechisch-zyprischen Gesellschaft weiter fort. Links- und rechtsgerichtete Kräfte konkurrierten darum, wer in der Frage der *Enosis* der führende Vertreter des Landes war. In diesem Kontext entwickelte die AKEL die Idee einer allgemeinen Volksabstimmung über die Frage der Vereinigung mit Griechenland, die von politisch im rechten Spektrum stehenden Fraktionen aufgegriffen wurde. 1950 fand ein informelles Referendum unter den griechischen Zypriern statt, bei dem 95,7 Prozent der Teilnehmer für die *Enosis* votierten. Die türkisch-zyprische Bevölkerung wurde in die Abstimmung allerdings nicht einbezogen.

Ende der 1940er Jahre war unter den griechischen Zypriern ein neuer, radikaler Führer hervorgetreten (siehe Infokasten S. 66). Erzbischof Makarios III. bemühte sich inständig, die Frage nach der Angliederung seiner Heimat an Griechenland vor die Weltöffentlichkeit und die Vereinten Nationen zu tragen. Zum Unwillen der britischen Kolonialherren drohte die Zypernfrage nun internationale Aufmerksamkeit zu erlangen. Der Konflikt zwischen den griechischen Zypriern und der britischen Kolonialmacht begann sich zu verschärfen.

Makarios begann Anfang der 1950er Jahre, Druck auf die Regierung in Athen auszuüben, die Streitfrage den Vereinten Nationen vorzulegen. Bis 1954 zeigte die schwache, politisch und ökonomisch von den USA abhängige griechische Regierung wenig Bereitschaft, dem Anliegen von Makarios zu entsprechen. Nachdem aber der britische Unterstaatssekretär Henry Hopkinson im Rahmen einer Debatte über Zypern unmissverständlich erklärt hatte, dass es Territorien im britischen Kolonialreich gebe, die niemals völlig unabhängig werden könnten, änderte sich die Haltung Athens. Der griechische Premierminister Alexandros Papagos war bereits im Jahr 1953 vom britischen Außenminister Anthony Eden beim Versuch, bilaterale Gespräche über Zypern aufzunehmen, brüskiert worden. Zudem drohte Makarios der griechischen Regierung, die Zypernfrage von einer dritten Partei, den arabischen Staaten, vor die Vereinten Nationen bringen zu lassen, sollte sich Griechenland weiterhin diesem Streben ver-

Erzbischof Makarios III. (1913–1977) und die *Enosis*

Myriarthes Michail Christodoulos Mouskos alias Erzbischof Makarios III. entstammte einer Familie der ländlichen Mittelschicht Zyperns, die enge Beziehungen zum griechisch-orthodoxen Klerus und zu gebildeten griechisch-zyprischen Kreisen pflegte. In den 1930er und 1940er Jahren studierte er Theologie an der Universität von Athen. Nach dem Zweiten Weltkrieg begab er sich mit einem Stipendium des ökumenischen Weltkirchenrates in die USA und lernte dort die Geschichte des Amerikanischen Unabhängigkeitskrieges kennen. Die darin vermittelten Ideale der Freiheit und Selbstbestimmung der Völker bestärkten ihn möglicherweise in seinen Plänen, in seiner Heimat die pangriechischen Träume seiner griechisch-zyprischen Landsleute Wirklichkeit werden zu lassen und Zypern unter dem Schlagwort der *Enosis* mit Griechenland zu vereinen.



Erzbischof Makarios (dritter von links) am 4. April 1955 unmittelbar nach Aufnahme des bewaffneten Kampfes der EOKA gegen die britische Kolonialmacht.

Nach seiner Rückkehr nach Zypern verstand er sich darauf, mit rhetorischen Mitteln, die Leidenschaften und den Nationalstolz seiner Landsleute für sich zu gewinnen. Innerhalb kürzester Zeit stieg er zum »Ethnarchen«, dem unumstrittenen geistigen und politischen Führer der griechischen Zyperer, auf.

In den 1950er Jahren wurde er Erzbischof und Oberhaupt der orthodoxen Kirche Zyperns. Zu den griechischen Regierungen hatte er häufig ein angespanntes Verhältnis. International stellte Makarios den Anspruch Zyperns auf Freiheit und Unabhängigkeit in den Vordergrund, wohingegen er in Athen nationalistische Ziele im Hinblick auf den Anschluss an Griechenland vertrat.

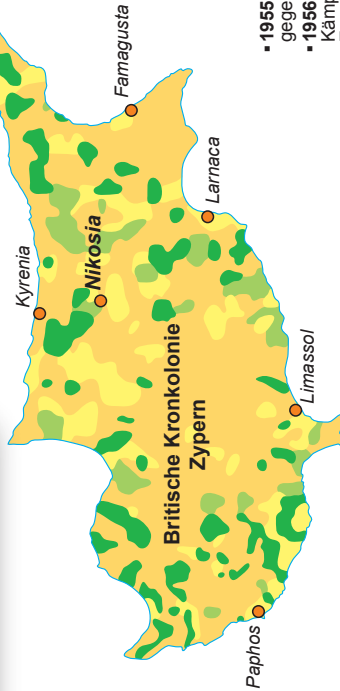
Mit der Unabhängigkeit Zyperns im Jahr 1960 wurde er erster Präsident der jungen Republik.

Obwohl die *Enosis* bis zur Zypernkrise der Jahre 1963/64 noch als ideologische Hypothek nachwirkte und Griechenland weiterhin seine politische und militärische »Schutzherrin« blieb, verfolgte Makarios fortan den Kurs eines eigenständigen Zypern innerhalb der Blockfreien Staaten. Mit der Machtübernahme der griechischen Militärjunta in Athen im Jahr 1967 verlor er jedoch zusehends an Einfluss und politischer Macht und wurde 1974 schließlich von den griechischen Obristen mit Hilfe der griechisch-zyprischen Nationalgarde gewaltsam gestürzt, woraufhin er ins Exil flüchtete. Nach der türkischen Invasion im Sommer 1974 und dem Sturz des Regimes in Athen kehrte er als legales Staatsoberhaupt nach Zypern zurück, wo er bis zu seinem Tod im Jahr 1977 Präsident blieb.

Dionysios Chourchoulis

weigern. Folglich legte die griechische Regierung um die Mitte des Jahres 1954 der UN-Generalversammlung einen Antrag vor mit dem Ziel, den Zypern das Recht auf Selbstbestimmung und eine Volksabstimmung über die *Enosis* einzuräumen. Mit diesem Schritt weitete sich die regionale Auseinandersetzung zwischen der britischen Kolonialmacht und den griechischen Zypern zu einem internationalen Konflikt mit weitreichenden Konsequenzen aus. Nun musste London vor der Weltöffentlichkeit den Fortbestand der eigenen Herrschaft rechtfertigen. Die Frage nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker betraf indes »griechische« wie »türkische« Einwohner gleichermaßen. Im Falle der *Enosis* drohte den türkischen Zypern der Status einer fremdbestimmten Minderheit im eigenen Land. Dementsprechend begann London die Türkei in der Angelegenheit zu instrumentalisieren. Wenn Griechenland und die Türkei wegen

Zypern 1959



- 1955 – 1959 griech.-zyp. Guerillakrieg gegen britische Kolonialmacht
- 1956 – 1959 bürgerkriegsähnliche Kämpfe zwischen griech. und türk. Zyprem

Quelle: Le Monde diplomatique, Berlin, 2007.

der Lösung der Zypernfrage miteinander in Konflikt gerieten, würde Großbritannien seine fortgesetzte Kolonialherrschaft vor der Weltgemeinschaft rechtfertigen können. Aus türkischer Perspektive stellte eine Vereinigung Zyperns mit Griechenland eine Verletzung des Vertrages von Lausanne aus dem Jahr 1923 dar. Vor allem aber bestand aus türkischer Sicht die Gefahr, im Mittelmeer nur noch von griechischen Inseln umgeben und dadurch von Griechenland geostrategisch eingekesselt zu werden. Darüber hinaus betrachtete die Türkei sich mittlerweile als Schutzmacht der türkischen Zyprer. Letztere hatten sich in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg kulturell und politisch immer enger an die Türkei angelehnt und wurden von den Briten seit 1948 offiziell auch nicht mehr als Muslime, sondern als »zypriotische Türken« bezeichnet. Umso mehr war die türkische Regierung jetzt bereit, ihre Gegenposition den Vereinten Nationen vorzutragen.

Washington war angesichts der Blockbildung zwischen Ost und West grundsätzlich offen für Fragen des Selbstbestimmungsrechts der Völker. In Anbetracht des Kalten Krieges bildete das Postulat der »Freien Welt« für die US-Regierung einen wichtigen Pfeiler, um die Ausbreitung der kommunistischen Volksdemokratien einzudämmen. Zugleich fürchtete sie jedoch, den Aufbau der neuen Südostflanke der NATO zu gefährden, sollten Griechenland und die Türkei wegen der Insel einen Konflikt entzünden. Dementsprechend enthielten sich die USA während der Abstimmung über die Aufnahme des griechischen Antrages in die Agenda der UN-Generalversammlung am 23. September 1954 ihrer Stimme. Die anderen europäischen NATO-Partner, insbesondere die Niederlande, Belgien und Portugal, verfügten selbst noch über Kolonialbesitz und waren daher nicht gewillt, den griechischen Partner in der Zypernfrage zu unterstützen und London zu brüskieren. Unterstützung erhielt Athen hingegen von den Staaten des Ostblocks. Der Kalte Krieg begann sich nun auch um die regionale Frage der Zukunft der Mittelmeerrinsel zu ranken. Da die Angelegenheit unter diesen Rahmenbedingungen keine Lösung erfuhr, zog Makarios den Schluss, dass eine begrenzte bewaffnete Kampagne auf der Insel notwendig sei, um die Weltöffentlichkeit im Rahmen der Vereinten Natio-

nen dazu zu bewegen, sich der Sache anzunehmen, und Großbritannien zu einer Abtretung Zyperns zu veranlassen.

Bereits seit den frühen 1950er Jahren hatten griechische Zyprioten sich mit Unterstützung von Makarios für einen bewaffneten antikolonialen Aufstand auf Zypern vorbereitet. Mit Zustimmung des Erzbischofs nahm Oberst Giorgios Grivas am 1. April 1955 den Kampf gegen die britischen Besatzer auf. Grivas und seine Helfer hatten bereits zuvor damit begonnen, junge Zyprioten zu rekrutieren und Waffen und Sprengstoff auf die Insel zu schmuggeln. Dies geschah mit Wissen und Unterstützung von Teilen der griechischen Regierung. Grivas war zuvor zyprischer Offizier in der griechischen Armee und während der deutschen Besatzung Griechenlands und im darauffolgenden Bürgerkrieg militärischer Kopf einer antikommunistischen Untergrundorganisation gewesen.

In den Jahren 1955 bis 1960 tobte auf Zypern ein blutiger Befreiungskampf, der später auch in einen Bürgerkrieg zwischen beiden Volksgruppen mutierte. Die »Nationale Organisation Zypriotischer Kämpfer (EOKA)« bekämpfte dabei nicht nur die britische Kolonialmacht, sondern auch Verräter in den eigenen Reihen, Kommunisten, türkisch-zyprische Polizisten – und ab 1957 nach Angriffen türkischer Zyprioten schließlich auch die türkisch-zyprische Bevölkerung in ihrer Gesamtheit.

Im Ergebnis endeten die Kampfhandlungen 1959 mit der von keiner Seite angestrebten Unabhängigkeit der Republik Zypern auf Basis eines trilateralen Garantievertrages. Die türkischen Zyprioten wurden in der Verfassung zu einer zweiten, nahezu gleichberechtigten Volkgruppe aufgewertet, die über weitgehende Vetorechte verfügte. Sowohl Griechenland als auch Großbritannien und die Türkei erhielten als Garantiemächte das Recht, »aktiv zu werden«, sollten die griechischen oder die türkischen Zyprioten die Verfassung des neuen Staates verletzen. Vor allem die Türkei interpretierte den entsprechenden Artikel als Recht zu einer (bei Bedarf unilateralen) militärischen Intervention. Zudem erhielten sowohl Griechenland als auch die Türkei die Möglichkeit, kleine Militärkontingente von einigen hundert Mann auf der Insel zu stationieren. Großbritannien behielt zwei souveräne Militärbasen im Süden und im Südosten der Insel, die bis heute existieren.

Mit der Entlassung Zyperns aus der britischen Kolonialherrschaft war der Konflikt zwischen den beiden Volksgruppen indes nicht gelöst. Dieser sollte noch über Jahrzehnte andauern und schließlich im Jahr 1974 zur gewaltsam erzwungenen Teilung der Inselrepublik führen.

Hubert Faustmann



Ian Rutherford/Alamy Stock Photo

Antikoloniale Befreiungsbewegungen charakterisieren weltweit die letzte Phase des Kolonialismus. Der Kolonialismus galt seit der Verankerung des Selbstbestimmungsrechts der Völker in der Atlantik-Charta 1941 und in der UN-Charta 1945 als Auslaufmodell ohne konkretes Ablaufdatum. Der Untergang der Kolonialherrschaft sollte oft durch den bewaffneten (Guerilla-)Kampf von Befreiungsbewegungen beschleunigt werden. Sofern diese als Ausdruck eines sich neu bildenden unabhängigen Staates galten, erhielten sie temporär im Internationalen Recht einen anerkannten Status als Rechtssubjekte, wenngleich dieser bis zur Unabhängigkeit nur als minderer Rechtsstatus betrachtet wurde.

In der kleinen Ortschaft Chloraka an der Südostküste Zyperns steht eine Bronzestatue von General Georgios Grivas, dem militärischen Führer der griechisch-zyprischen Aufstandsbewegung. An diesem Ort soll Grivas 1955 mit seinem Schiff angelegt und mit Waffen und Munition verdeckt an Land gegangen sein, um die EOKA in den Unabhängigkeitskampf gegen die britische Kolonialmacht zu führen.

Vom antikolonialen Widerstand der griechisch-zyprischen Guerillabewegung zum ethnischen Konflikt 1945–1960

Der (griechisch-)zyprischen Guerilla kam der Status einer antikolonialen Befreiungsbewegung nie zu, denn sie vertrat einen ethnonationalistischen Standpunkt. Ihr Ziel war nicht die Bildung eines unabhängigen zyprischen Staates und Staatsvolkes. Vielmehr suchte sie die seit dem 19. Jahrhundert unter der griechisch-zyprischen Bevölkerung grassierende, durch massive ethnonationalistische Propaganda der klerikalen Orthodoxie geförderte *Enosis* in Form eines Anschlusses Zyperns an das vermeintliche »Mutterland« Griechenland durchzusetzen. Die an sich kirchenrechtlich unabhängige zyprische Orthodoxie verwaltete seit Jahrhunderten über das *Millet*-System die religiöse, aber auch die politische Einstellung der orthodoxen griechischen Zyprier. Sie sah sich als Trägerin und Beschützerin der hellenistisch-byzantinischen Kultur, die sich gegen alle Fremdherrschaften durchzusetzen vermochte – und sie verfügte als einzige auf Zypern über eine transnationale Organisationsstruktur. Nach der Gründung des griechischen Nationalstaates 1831 übernahm sie das dominierende politische Narrativ der *Megali Idea*, derzufolge auch Zypern Teil der hellenistisch-byzantinischen Welt gewesen war und daher Anschluss an den modernen griechischen Staat suchen sollte. Dies war insofern eine wenig durchdachte Auffassung, als gerade in einem solchen modernen Staat die Rolle der Kirche von der politischen Sphäre in den Bereich der Gesellschaft verwiesen werden sollte. Paradoxerweise hatte gerade der Philhellenismus (Begeisterung für das Griechentum) der Briten viel zur kulturellen »griechischen« Identität der griechischen Zyprier beigetragen. Verstärkt wurde dieser »Patriotismus« durch die von der Orthodoxie forcierte Entscheidung im Jahr 1910, ein ethnisch getrenntes Schulsystem auf Zypern zu errichten und es weitgehend der religiösen Einflussosphäre zu überlassen. Bereits 1950 hatte eine von der orthodoxen Kirche Zyperns initiierte »Volks«-Abstimmung unter den griechischen Zypriern eine nahezu einhellige Zustimmung zur *Enosis* offenbart; ein Ergebnis, das in den folgenden Jahren mit Griechenlands Hilfe bei der

internationalen Gemeinschaft kommuniziert wurde. Allerdings war die Abstimmung lediglich ein »privates« Vorhaben der orthodoxen Geistlichkeit gewesen. Ferner hatte der Klerus massiven psychologischen Druck auf die Bevölkerung ausgeübt, um das gewünschte Ergebnis zu erzielen.

Im Jahr 1954 gelang es dem politischen Volksgruppenführer der griechischen Zyperer, Erzbischof Makarios III., vor der UN-Generalversammlung den Wunsch der Mehrheitsbevölkerung nach *Enosis* zu artikulieren. Dass sich die Forderung *Enosis kai monon Enosis* (»Vereinigung und nur Vereinigung«) gegenüber der Alternative einer mit den türkischen Zyperern gemeinsam erarbeiteten nationalen Unabhängigkeit Zyperns auf der Insel politisch durchsetzen konnte, lag nicht zuletzt auch am Umschwenken der bikommunal organisierten Kommunistischen Partei (AKEL), die – auch in Ermangelung eines Industrieproletariats auf Zypern, das eine soziale Revolution hätte tragen können – der *Enosis*-Bewegung beitrug, sodass eine breite antibritische Front unter den griechischen Zyperern entstand. Bemerkenswert blieb jedoch der Umstand, dass nicht nur türkisch-zyprische, sondern auch griechisch-zyprische Kommunisten von der Mitgliedschaft in den Reihen der EOKA (*Ethniki Organosis Kyprion Agoniston*) ausgeschlossen blieben, obwohl die kommunistische AKEL weder von Moskau gesteuert wurde, noch aus besonders radikalen Marxisten bestand.

In diesem Sinne zeigte der Kampf der Untergrundbewegung von Anfang an starke Elemente einer psychologischen Kriegsführung, um die Sympathien der internationalen Öffentlichkeit dafür zu gewinnen, was der griechisch-zyprische Ethnonationalismus unter seinem »Recht auf Selbstbestimmung« verstand: über das Mehrheitsprinzip die nach Auffassung der EOKA bestehende kulturelle Einheit mit Griechenland auch politisch zu vollziehen. Die Guerilla sah sich selbst als bewaffneten Unterhändler der Forderung nach der *Enosis*, der mit dem Mittel der Gewalt nachgeholfen werde sollte. Sie führte einen »Partisanenkrieg im Dienste der Politik«, wie ihr militärwissenschaftlich geschulter Führer Giorgios Grivas später im ersten Teil seines Buches, *Partisanenkrieg heute. Lehren aus dem Freiheitskampf Zyperns* (1964) beschrieb:

- 1.) Durch *heroische und selbst aufopfernde Taten* das Interesse der öffentlichen Meinung, vor allem der Verbündeten, auf die *Zypern-Frage* zu lenken,
- 2.) durch permanente *Beunruhigung der Engländer auf Zypern* eiserner Entschlossenheit zu bekunden,
- 3.) den Kampf fortzusetzen, *bis die internationale Diplomatie – die UNO – und insbesondere die Engländer sich genötigt sehen, die Zypern-Frage zu untersuchen und sie in Übereinstimmung mit den Wünschen des zypriotischen Volkes und der ganzen griechischen Nation zu lösen.*

Im politischen Auftakt der Dekolonisierung entstand die EOKA im April 1955 dennoch nicht als Volksguerilla – wie andere antikoloniale Guerillagruppen –, sondern wurde von oben herab von einer Handvoll rechtsgerichteter Nationalisten im Bunde mit der Orthodoxie und griechischen Verbündeten errichtet. Dass es über die moderne nationalistische *Megali Idea* auch um eine Bezugnahme zur verlorenen Größe des ehemaligen Byzantinischen Reiches ging, zeigte sich auch in der Wahl der Kampfnamen, die oft dem byzantinischen Fabelschatz entnommen waren, wie etwa bei Giorgios Grivas-*Dighenis*, dem Zwiiegeborenen, der sich auf *Dighenis Akritas*, den Hauptprotagonisten einer Sammlung von Heldengesängen aus dem 12. Jahrhundert bezog. Die Strategie der EOKA glich einem kalkulierten Terrorismus ähnlich dem der zionistischen Untergrundguerilla *Irgun* oder der hebräischen »Stern-Gruppe« im ehemaligen britischen Mandatsgebiet Palästina und entsprach daher nicht einer von unten getragenen Volkserhebung. Letztere entstand erst später. In diesem Sinne konnte die EOKA zwar als tellurische (heimatverwurzelte, heimatverbundene) Partisanengruppe gelten, da sie in einer »wirklichen« und nicht »absoluten« Feinddiskriminierung gegen eine Fremdherrschaft im »eigenen« Territorium stand. Die britischen Kolonialherren stellten in diesem Sinne nur einen Feind dar, solange sie »wirklich« auf Zypern standen, nicht aber einen »absoluten« Feind an sich. Allerdings war die Gruppierung aufgrund des externen Einflusses aus Griechenland keine rein autochthone (einheimische) Aufstandsbewegung und verfolgte auch nicht das klassische Ziel einer Unabhängigkeit ihrer Heimat, sondern strebte die politische und geografische Vereinigung aller »Hel-

lenen« an, dem sich die von der Aufnahme in die EOKA ausgeschlossene türkisch-zyprische Minderheit unterzuordnen hatte.

Strategisch zielte der asymmetrische Kampf der EOKA nicht auf die militärische Niederlage der britischen Kolonialmacht. Vielmehr sollten die Briten über ihre moralische und politische Diskreditierung zeitnah zum Verlassen der Insel gezwungen werden. Daher setzte die EOKA von Anfang an auf eine starke Propagandaabteilung, die die Kolonialherren mit Blick auf ihre Unterdrückungsmethoden vor der Weltöffentlichkeit auf eine Stufe mit den Nationalsozialisten zu stellen versuchte. Gegründet von Oberst Grivas, dem aus Zypern stammenden Offizier der griechischen Armee, der sich während des Zweiten Weltkrieges in Griechenland am Partisanenkampf gegen die deutschen Besatzer beteiligt hatte, begann die Bewegung ihren bewaffneten Kampf im April 1955 mit weniger als 30 Untergrundkämpfern, deren Zahl auch später zu keinem Zeitpunkt mehr als 300 Mann betragen sollte. Auch einschließlich der aktiven Angehörigen, die nicht aus dem Untergrund heraus agierten, wies sie insgesamt nie mehr als etwa 1000 aktive Mitglieder auf.

Den aus ihrem Zivilleben durch hohe politische Motivation oder aus Mangel an Perspektiven ausgestiegenen, äußerst risikant lebenden Untergrundkämpfern stand eine stets wachsende Anzahl von »Teilzeitguerilleros« zur Seite, die sich an Sabotage- und terroristischen Aktionen beteiligten und chamäleonartig ihre Identitäten wechselten, jedoch ansonsten im bürgerlichen Leben verblieben. Einige der Teilzeitkämpfer bekleideten Posten innerhalb der Polizei und der Behörden arbeiteten der EOKA als Aufklärer und Spione bei der Planung und Koordinierung von Anschlägen zu. Da die britische Kolonialverwaltung seit den frühen 1950er Jahren politisch linksgerichtete Personen systematisch aus der kolonialen (Mit-)Verwaltung entfernt hatte, hatten sich deren Reihen mit einem hohen Anteil an Nationalisten gefüllt, die ideologisch mit den Zielen der EOKA sympathisierten. Auch einige griechische Diplomaten leisteten unter Missbrauch ihrer Immunität Unterstützung. Die kämpfenden Einheiten der Untergrundorganisation wurden von einer weiteren Gruppe unterstützt, die Hilfsdienste leistete. Darunter befanden sich auch Frauen für Kurieraufgaben, die anfangs von britischen Soldaten nicht durchsucht werden durften. Ferner beschränkte sich die



Britische Truppen trieben mitunter die Bevölkerung ganzer Dörfer vorübergehend in mit Stacheldraht umzäunte Bereiche, um währenddessen in den geräumten Ortschaften Waffenverstecke ausfindig machen zu können.

Mitwirkung der (zyprisch-)orthodoxen Kirche keineswegs auf passive Unterstützung. Der Klerus stellte den Guerilleros logistische, finanzielle, und infrastrukturelle Mittel zur Verfügung, gewährte den Kämpfern in Klöstern Unterschlupf und stellte zum Zwecke des Nachschubs an Waffen, Munition und anderem Militärgerät Verbindungen nach Griechenland her. Nicht zuletzt leistete die Kirche durch Agitation und Propaganda auch ideologische Hilfe.

Von einer durchgehenden Komplizenschaft der orthodoxen Kirche mit den terroristischen Aktionen der EOKA zu sprechen, dürfte dennoch verfehlt sein. Wohl einte beide das gemeinsame politische Ziel, nicht aber die Wahl der Mittel. Vor allem Erzbischof Makarios III. wollte den Widerstand auf Sabotageaktionen begrenzt halten, da er fälschlicherweise davon ausging, dass die britische Kolonialmacht Zypern schnell aufgeben würde. Oberst Grivas hingegen trachtete danach, die gesamte Insel in ein Schlachtfeld zu verwandeln und begann vor allem in der späteren Phase nach der Verbannung des Erzbischofs auf die Seychellen im Jahr 1956 mit terroristischen Angriffen auf menschliche Ziele. Allerdings war Makarios aber auch nicht willens, die Vorgehensweise der EOKA zu verurteilen, obwohl Grivas nicht

einmal davor zurückschreckte, zahlreiche minderjährige Jugendliche als Guerilleros zu rekrutieren.

Dennoch gelang es der EOKA nur in ihrer Anfangszeit, den vom chinesischen Revolutionär Máo Zédōng als für den Erfolg wesentlich beschriebenen taktischen Vorteil, »sich wie Fische im Wasser zu bewegen«, zu erlangen, weil sie auf Rückhalt in der Bevölkerung setzen konnte. Dieser Rückhalt schwand jedoch zusehends, als sie begann, auch jene griechischen Zyprer zu terrorisieren und zu ermorden, die ihr die Unterstützung versagten. Ihre moralische Wertschätzung verlor sie damit bei den Betroffenen. Wer sich weigerte, den Boykott britischer Waren zu unterstützen, wurde von den Rollkommandos der Widerstandsbewegung unnachsichtig bestraft.

Grivas organisierte die EOKA nach dem Muster seiner einstigen Weltkriegspartisanengruppe streng hierarchisch. Er schuf spezialisierte Sabotageeinheiten und Kommandotrupps zur Ermordung britischer Staatsbürger und kommunistischer »Verräter« sowie Propaganda- und Verbindungsorgane zu Presse und Öffentlichkeit. Standen in der ersten Phase Sabotageaktionen gegen die Infrastruktur, Attentate auf Polizeistationen und Einrichtungen der Kolonialverwaltung in den größeren Städten im Vordergrund, weitete sich der offensive Kampf im Jahr 1956 in einer zweiten Phase auf die ländlichen Gebiete aus mit dem Ziel, die Wirtschaft und den Verkehr zum Erliegen zu bringen. Innerhalb von sechs Monaten verübte die EOKA rund 500 Anschläge. Zu diesem Zeitpunkt verfügte sie bereits über 68 ländliche und 45 urbane »Kampfgruppen«. Diese Strategie sollte mit Nadelstichen dafür sorgen, dass es auf der gesamten Insel für Polizei- und Sicherheitskräfte keinen sicheren Raum mehr geben würde.

In der Tat traf der Aufstand die Kolonialmacht unvorbereitet. Ohne nennenswerte Schulung in der Partisanenabwehr schuf die britische Verwaltung zunächst eine ihr gegenüber loyale Hilfspolizei aus 4200 türkischen Zypfern, die nun ebenfalls Ziele von Anschlägen der EOKA wurden. Auch richtete die EOKA ihre Angriffe ab dem Frühjahr 1956 teilweise direkt gegen türkisch-zyprische Dörfer und Siedlungen. Mit Vergeltungsaktionen begann die türkisch-zyprische Ethnie daraufhin an den Auseinandersetzungen aktiv teilzunehmen und öffnete so die Tür zu einem Bürgerkrieg zwischen den beiden Volksgruppen.

Ab 1957 trat der Konflikt in seine dritte Phase. Da Großbritannien die türkischen Zypriern als zweite Front gegen die EOKA instrumentalisiert hatte und ein militärischer Sieg der Guerilla über die Kolonialmacht nicht in Aussicht stand, richtete Grivas seine Angriffe nun nicht mehr primär gegen die britischen Sicherheitskräfte, sondern gegen die türkisch-zyprische Bevölkerung. Letztere rief daraufhin mit Hilfe der Türkei die türkisch-zyprische Verteidigungsorganisation TMT (*Türk Mukavemet Teşkilatı*) ins Leben und forderte ihrerseits eine Teilung Zyperns oder eine Rückgabe der Insel an die Türkei, dem völkerrechtlichen Nachfolgestaat des Osmanischen Reiches.

In Anbetracht der eskalierenden Situation verhängte der neue britische Gouverneur, Feldmarschall John Harding, das Kriegsrecht und forderte beträchtlichen Truppennachschub aus dem Suezgebiet an. Insgesamt befanden sich schließlich rund 30 000 britische Soldaten auf der Insel. Das Kolonialministerium erhielt aus London polizeiliche Spezialkräfte für die Jagd auf den EOKA-Kommandanten, ohne seiner jedoch habhaft zu werden. Die zivilen und militärischen Maßnahmen wurden daher sukzessive verschärft. Die Briten richteten in Platres und Ormophita Verhörzentren ein, schufen Standgerichte und verhängten Todesurteile. Allerdings haben sich bis heute vorgetragene Behauptungen, die britischen Sicherheitskräfte hätten eigenmächtig Todesschwadronen organisiert und massenweise Frauen vergewaltigt, als Agitationspropaganda der EOKA erwiesen.

Im Jahr 1959/60 einigten sich Großbritannien, Griechenland und die Türkei schließlich auf einen Unabhängigkeitsvertrag für die Insel, dessen Umsetzung und Einhaltung die drei NATO-Partner fortan als »Garantiemächte« überwachen sollten. Der Partisanenkrieg und die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den beiden Volksgruppen auf der Insel endeten damit. Allerdings sollte sich der ethnische Konflikt zwischen den griechischen und den türkischen Zypriern bereits wenige Jahre später aufs Neue entzünden.

Giorgios Grivas und die EOKA gelten unter griechischen Zypriern bis heute überwiegend als Volkshelden. Eine objektive historisch-kritische Betrachtung ihrer Rolle durch die heutige Regierung der Republik Zypern steht bislang noch aus.

Irene Etzersdorfer



Keystone Press / Alamy Stock Foto

Angesichts seiner geostrategischen Lage im östlichen Mittelmeer war Zypern nicht nur Ort eines ethnischen Volksgruppenkonflikts und Zankapfel zwischen Griechenland und der Türkei. Vielmehr wurden die Entwicklungen auf der Insel auch von den Entwicklungen des Kalten Krieges beeinflusst.

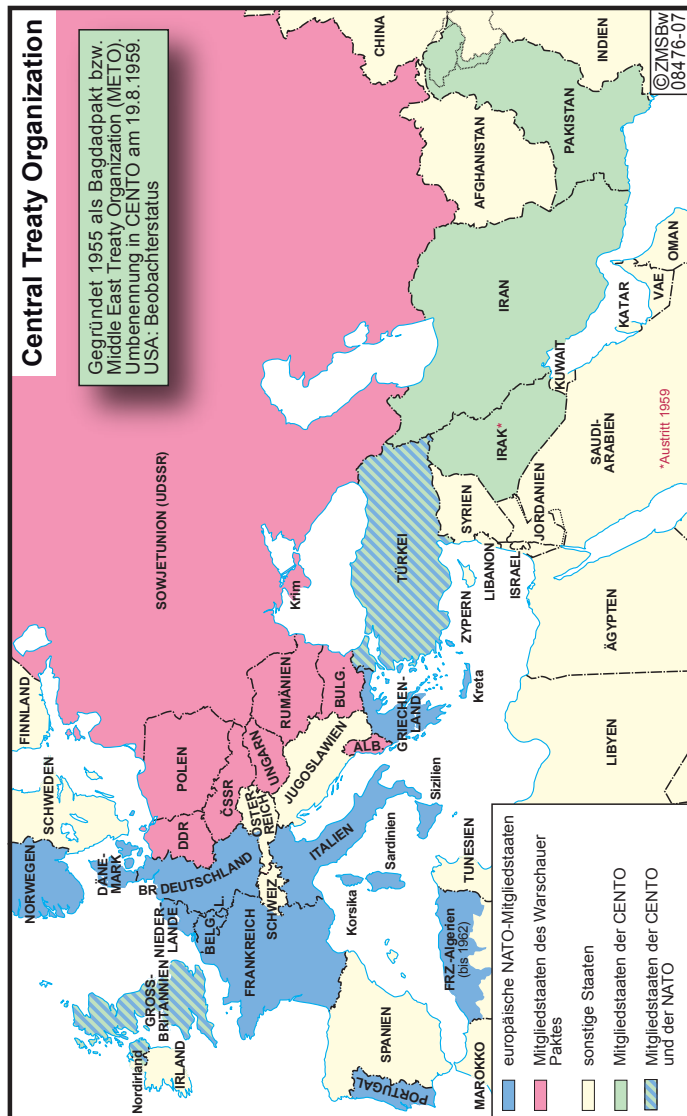
Der UN-Sicherheitsrat verabschiedete am 9. August 1964 einen Resolutionsentwurf zur Überwachung eines Waffenstillstandes zwischen den Bürgerkriegsparteien auf Zypern. Angesichts der unterschiedlichen (Macht-)Interessen zwischen den weltpolitischen Blöcken waren die Interventionsrechte der zu diesem Zweck eingesetzten UN-Friedenstruppe schwach und erwiesen sich als wenig effektiv, um die zyprischen Bevölkerungsgruppen von wechselseitigen Gewalthandlungen abzuhalten.

Die Zypernkonflikte im Spiegel globaler Entwicklungen und Machtinteressen 1955–1974

Obwohl Zypern seit Mitte der 1920er Jahre eine britische Kronkolonie war, widmete die 1949 gegründete Nordatlantische Allianz der Insel zu Beginn der 1950er Jahre nur wenig Aufmerksamkeit. Aus ihrer Sicht handelte es sich bei Zypern lediglich um ein Relikt des zerfallenden Britischen Empires, das nicht Teil des NATO-Vertragsgebiets war. Im Jahr 1955 wurde das Bündnis jedoch jäh mit Ereignissen konfrontiert, welche die Stabilität seiner Südostflanke in Frage stellten. Im Zuge des bewaffneten Untergrundkampfes griechischer Zyprioten gegen die britische Kolonialmacht hatte sich letztere erfolgreich darum bemüht, die Türkei als Schutzmacht der türkischen Zyprioten zu gewinnen. London zielte mit diesem Schritt darauf ab, dem Streben der griechischen Zyprioten nach politischer Angliederung der Insel an Griechenland Einhalt zu gebieten. Ankara sollte nach britischen Vorstellungen bewirken, dass die Forderung nach der Loslösung Zyperns vom Empire wegen der Missachtung der Interessen der türkischen Zyprioten keine völkerrechtliche Legitimität erlangte. Als Folge der türkischen Einmischung brach ein offener Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei um den künftigen Status der Insel aus. In der NATO kam es dadurch zu schweren Verstimmungen zwischen den beiden Mitgliedern.

Die Spannungen beschädigten den militärischen Aufbau und den inneren Zusammenhalt der Südostflanke des Atlantischen Bündnisses schwer und führten sogar zu wechselseitigen Kriegsdrohungen Ankaras und Athens. Gleichzeitig begann auf Zypern ein Bürgerkrieg. Erst Ende 1958 zeichnete sich eine Lösung ab. Die bedrohlichen Entwicklungen im Nahen Osten zwangen die Türkei in der Zypernfrage zum Einlenken. Das Land sah sich mit dem fortschreitenden Zerfall des Bagdad-Paktes (Großbritannien, Türkei, Irak, Iran, Pakistan) konfrontiert und künftig nur noch von feindlich gesinnten Anrainern umgeben. Im Osten und Südosten standen der prosovjetsche Irak und die Vereinigte Arabische Republik Syrien-Ägypten. Im Norden und Nordwesten lauerten die Mitglieder des Warschauer Paktes. Folglich war

Gegründet 1955 als Bagdadpakt bzw. Middle East Treaty Organization (METO). Umbenennung in CENTO am 19.8.1959. USA: Beobachterstatus



Ankara gezwungen, sein Verhältnis zum griechischen Verbündeten auf eine neue Grundlage zu stellen, um den geografischen Anschluss der anatolischen Halbinsel an das NATO-Bündnis nicht zu gefährden. London wiederum trachtete zwischenzeitlich danach, sich des unliebsamen, kostspieligen griechisch-türkischen Zankapfels Zypern zu entledigen.

Mit dem türkischen Einlenken erlangte die Insel im Jahr 1959/60 schließlich auf Basis eines trilateralen Vertrages zwischen London, Ankara und Athen ihre Unabhängigkeit. Das Abkommen schloss eine Angliederung Zyperns an Griechenland ebenso aus wie eine politische Teilung des Landes in einen griechischen und einen türkischen Sektor. Die Auseinandersetzungen zwischen den griechischen und türkischen Zypern fanden somit ein Ende. Die türkische Minderheit erhielt verbrieft Rechte, die ihren Schutzstatus und ihre politische Teilhabe an der Regierung Zyperns sichern sollten. Griechenland, Großbritannien und die Türkei erhielten Sonderrechte, sowohl gemeinschaftlich als auch unilateral eingreifen zu dürfen, falls eine der beiden zyprischen Bevölkerungsgruppen den Vertrag verletzte.

Zypern als Spielball zwischen Ost und West

Das trilaterale Zypernabkommen sollte sich schon bald als unsicherer Vertrag erweisen. Die ethnischen Spannungen auf der Insel verschwanden nicht. Vielmehr waren die Beziehungen zwischen den griechischen und den türkischen Zypern von tiefen Ressentiments geprägt. Darüber hinaus gaben die ehemaligen griechisch-zyprischen Freiheitskämpfer unter ihrem Anführer Giorgios Grivas insgeheim ihr Streben nach einem politischen Anschluss der Insel an das griechische »Mutterland« nicht auf. Auch standen sie nicht hinter der Verfassung der neuen Republik. Aus ihrer Sicht hatten die Türkei und das Königreich Großbritannien sie ihres legitimen Rechts beraubt, die Zukunft ihrer Heimat selbstbestimmt zu gestalten. Dementsprechend bildeten sich mit Wissen und Billigung der (griechisch-)zyprischen Regierung unter ihrem ersten Präsidenten Erzbischof Makarios III. innerhalb kurzer Zeit neue, paramilitärische Gruppierungen heraus. Mit Hilfe von Sympathisanten aus dem Griechischen

Generalstab in Athen und mit technischer und logistischer Hilfe aus Griechenland trieben sie den Aufbau einer verdeckten Streitmacht mit bald mehreren Tausend Mann voran.

Auch die türkischen Zyprer waren mit dem neuen Staat unzufrieden. Sie hatten ihre einstigen Privilegien und Sonderrechte verloren. Zudem fanden sie sich als ungeliebte Minderheit in einem kulturell griechisch dominierten Staat wider und strebten daher nach größtmöglicher kommunaler Autonomie.

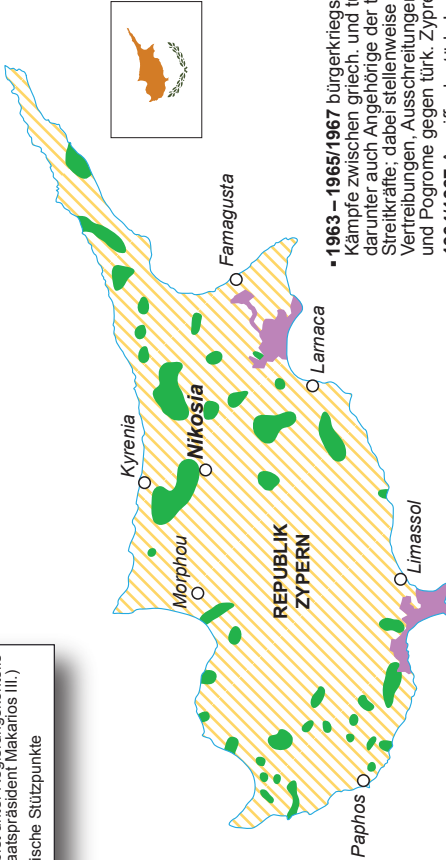
Um die Jahreswende 1963/64 entbrannten aufs Neue bürgerkriegsartige Kämpfe zwischen den beiden Ethnien. Diese sorgten gleichzeitig für erhebliche Spannungen zwischen Griechenland und der Türkei. Ein Krieg der beiden NATO-Verbündeten um die Zukunft der Insel schien nicht mehr ausgeschlossen. Ankara drohte, militärisch auf Zypern zu intervenieren, sollte Großbritannien in seiner Eigenschaft als neutrale Garantiemacht nicht umgehend dafür sorgen, dass die blutigen Auseinandersetzungen ein Ende nähmen. Zypern war jedoch keine britische Kolonie mehr, sondern ein junger blockfreier Staat. Dementsprechend schaltete sich die Sowjetunion in den Konflikt ein und verwandelte die Insel in einen Spielball des Kalten Krieges. Der Kreml drohte, militärisch in das Geschehen einzugreifen, sollte die Türkei es wagen, mit eigenen Truppen auf Zypern zu landen. Die Auseinandersetzungen drohten ähnliche Ausmaße anzunehmen, wie seinerzeit die Kubakrise.

Versuche der NATO, auf Griechenland und die Türkei einzuwirken, waren nicht von Erfolg gekrönt. Ebenso scheiterte die Initiative der Allianz, einen Konsens über die Schaffung einer NATO-eigenen Friedenstruppe zu erzielen mit dem Ziel, die zyprischen Kämpfer beider Seiten zu entwaffnen. Washington kündigte daher – auf Drängen griechischstämmiger Lobbyisten in den Vereinigten Staaten – gegenüber dem türkischen Verbündeten an, die Beistandspflicht der NATO auszusetzen, sollten sowjetische Kräfte nach einer türkischen Intervention auf Zypern tatsächlich militärisch eingreifen. Das amerikanische Vorgehen trug jedoch nur vorläufig zur Entschärfung der Lage bei. Obgleich die türkische Regierung von ihrem Landungsvorhaben Abstand nahm, starteten im August 1964 türkische Jagdbomber Luftangriffe auf griechisch-zyprische Stellungen.

Schlussendlich beendeten nicht die NATO und die Supermacht USA die Krise, sondern der Kalte Krieg. Im Frühjahr 1965 versuchte die sowjetische Führung, die undiplomatische amerikanische Vorgehensweise gegenüber dem türkischen Verbündeten zu nutzen, um die Türkei mit Versprechungen und wirtschaftlichen Hilfsangeboten vom westlichen Bündnis zu lösen und dadurch einen Keil in die Atlantische Allianz zu treiben. Mit diesem Strategiewechsel kündigte Moskau jedoch sein Unterstützungsversprechen gegenüber Makarios und den griechisch-zyprischen Kämpfern auf. Der Kreml ließ erkennen, dass eine Invasion der türkischen Streitkräfte kein sowjetisches Eingreifen mehr nach sich zöge. Vor diesem Hintergrund sahen sich die griechisch-zyprischen Führer schließlich gezwungen, ihre Angriffe auf die türkischstämmige Volksgruppe einzustellen und nach einem friedlichen Ausgleich zu suchen.

Die dritte Krise auf Zypern im Jahr 1967 entstand nicht auf der Insel selbst. Vielmehr wurde der Konflikt mit der Hilfe von Georgios Grivas gezielt von Athen aus entfacht. In Griechenland hatte im selben Jahr eine Militärjunta gewaltsam die Macht übernommen und eine Diktatur im Land errichtet. Die »Junta der Obristen« verfolgte vehementer als ihre demokratischen Vorgängerregierungen das Ziel, Zypern in einen Teil Griechenlands zu verwandeln. Gleichzeitig hatte sich das strategische Gleichgewicht zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt im östlichen Mittelmeer verschoben. Moskau bemühte sich erfolgreich um den Aufbau seiner SOVMEDRON, der sowjetischen Mittelmeerflotte. Diese forderte die traditionelle Vorherrschaft der im Mittelmeer kreuzenden 6. US-Flotte, der STRIKEFORSOUTH zunehmend heraus. Aus westlicher Sicht konnten die sowjetischen Bestrebungen nur eingegrenzt werden, wenn die Südostflanke des Bündnisses stabilisiert würde. Dementsprechend waren NATO und US-Regierung darum bemüht, die neue Krise auf Zypern zu beenden, die abermals in einen offenen Krieg zwischen Griechenland und der Türkei zu münden drohte. Es gelang Washington und der NATO diesmal, die Streitparteien mit Hilfe von zähen Verhandlungen und Sanktionen zu Kompromissen zu bewegen. Ankara verzichtete ein weiteres Mal auf eine militärische Landung. Athen wiederum zog seine Truppen

Zypern 1970



- **1963 – 1965/1967** bürgerkriegsähnliche Kämpfe zwischen griech. und türk. Zypern, darunter auch Angehörige der türk. und griech. Streitkräfte; dabei stellenweise ethnische Vertreibungen, Ausschreitungen, Ermordungen und Pogrome gegen türk. Zypern
- **1964/1967** Angriffe der türk. Luftwaffe auf Stellungen der griech. Zypern, aber auch auf griech.-zyprische Siedlungen mit Napalmbomben

Quelle: Le Monde diplomatique, Berlin, 2007.

von der Insel ab, die verdeckt auf Zypern eingesickert waren und den Konflikt zwischen den Volksgruppen geschürt hatten.

Die türkische Besetzung Nordzyperns

Im Sommer 1974 erreichten die Zypernkonflikte ihren Höhepunkt. Den Anlass für den Ausbruch der neuen Auseinandersetzungen bildete der Sturz von Erzbischof Makarios als Präsident der Republik durch Teile der zyprischen Nationalgarde. Die Putschisten wurden auch in dieser Krise von der griechischen Militärjunta in Athen gesteuert. Auf griechische Weisung hin setzten die Aufständischen Nikos Sampson als neuen Präsidenten Zyperns ein. Sampson hatte sich jedoch in den vergangenen Krisen durch zahlreiche Massaker und Gräueltaten an türkischen Zypriern hervorgetan. Demzufolge reagierte die türkische Regierung in Ankara alarmiert. Sie wies den Generalstab umgehend an, neue Invasionsvorbereitungen zu treffen. Der Nordteil der Insel sollte durch türkische Truppen besetzt werden. Die verfeindeten Ethnien sollten im Rahmen einer groß angelegten Bevölkerungsverschiebung geographisch voneinander getrennt werden.

Wie sieben Jahre zuvor spielten die geostrategischen Interessen der beiden Supermächte USA und UdSSR beim Konfliktverlauf eine entscheidende Rolle. Die griechischstämmige Lobby in den Vereinigten Staaten, die zehn Jahre zuvor Lyndon B. Johnson erfolgreich zu dessen diplomatischer Intervention gegen Ankara gedrängt hatte, war durch ihre Verstrickungen in den Watergate-Skandal um US-Präsident Richard Nixon erheblich geschwächt. Darüber hinaus benötigte Washington die Türkei als strategische Brücke zum Vorderen Orient. Nur so konnte die US-Regierung ihre nationalen Interessen im Nahen und Mittleren Osten durchsetzen und weiterhin amerikanische Truppen auf türkischem Boden stationieren. Ferner stellte die Türkei nach amerikanischer Bewertung ein Schlüsselement dar, ohne welches die Handlungsfähigkeit der NATO im östlichen Mittelmeer nicht aufrechtzuerhalten war. Das US-Außenministerium war daher sichtlich darum bemüht, gute Beziehungen zum türkischen NATO-Partner zu pflegen. Folglich stand dem türkischen Eingreifen von amerikanischer Seite her nichts entgegen. Die

NATO hingegen sah sich außerstande, Ankara ohne die Rücken- deckung der amerikanischen Führungsmacht dazu zu drängen, von seinem Interventionsvorhaben abzusehen.

Dem Kreml war ebenfalls daran gelegen, sein gutes Verhält- nis zur Türkei aufrechtzuerhalten, um die Bewegungsfreiheit seiner SOVMEDRON zwischen Mittelmeer und Schwarzem Meer nicht zu gefährden. Darüber hinaus war die UdSSR selbst von blockinternen Krisen geplagt und besaß daher nur begrenz- tes Interesse, sich in den NATO-internen Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei einzumischen. Dementsprechend signalisierte Moskau gegenüber Ankara Zurückhaltung, sollten türkische Kräfte ihre Operation beginnen.

Folglich landeten im Sommer 1974 türkische Truppen an der Nordküste Zyperns (siehe Infokasten und Karte auf S. 87–89). Sie setzten nach einem verlustreichen Kampf mit den griechi- schen Zypern die politische Teilung der Insel, einhergehend mit einer gewaltsamen Trennung der beiden Bevölkerungsgruppen durch. Rund 170 000 Angehörige beider Ethnien wurden von ihren angestammten Wohnsitzen vertrieben. Die Gefahr eines Krieges zwischen den NATO-Mitgliedern Griechenland und der Türkei stand in dieser Phase auf Messers Schneide. Griechenland sah sich jedoch logistisch außerstande, den griechischen Zypern gegen die türkischen Invasoren militärisch zu Hilfe zu kommen. Ungeachtet des türkischen Sieges mussten auch die türkisch- zyprischen Einwohner im Süden der Insel unter Zwang ihre Heimatorte verlassen und in die türkisch besetzte Zone im Nor- den umsiedeln. Die radikale griechisch-türkische Bevölkerungs- verschiebung des Jahres 1923, die seinerzeit nach dem Ende des Griechisch-Türkischen Krieges in der Ägäis stattgefunden hatte, schien rund 50 Jahre später auf Zypern ihren tragischen Ab- schluss gefunden zu haben.

Dionysios Chourchoulis

Operation »Atilla«: Die türkische Besetzung Nordzyperns im Sommer 1974

Am 19. Juli 1974 starteten die türkischen Streitkräfte das Unternehmen »Atilla«. Türkische Zerstörer versenkten vor der Küste zwei Kanonenboote der griechischen Zyperer. In den frühen Morgenstunden des Folgetages entluden die Landungsboote rund 1200 Soldaten und 60 Kampfpanzer am Strand von Kyrenia. Zeitgleich setzten türkische Transportmaschinen drei Luftlandeverbände über der türkisch-zyprischen Enklave nordöstlich von Nikosia ab mit dem Ziel, die Hauptverkehrsroute in Richtung Küste einzunehmen. Türkische Jagdbomber griffen währenddessen den Flugplatz der Hauptstadt sowie die südlich davon gelegene Kaserne der griechisch-zyprischen Nationalgarde an.

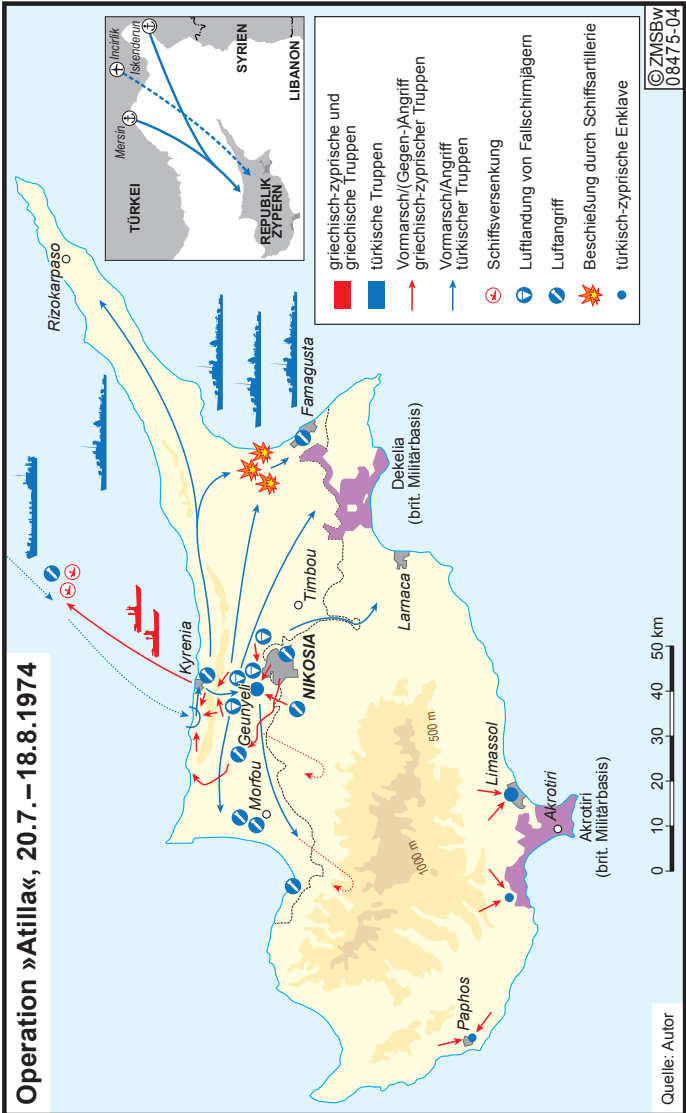
Ungeachtet der Verwirrung begannen sich die Nationalgarde und die übrigen griechisch-zyprischen Truppen aber nach und nach zu sammeln, um sich dem türkischen Vormarsch entgegenzuwerfen. In den folgenden Tagen tobten die Kämpfe auf Zypern, ohne dass der türkische Invasionsverband nennenswerte Erfolge erzielen konnte. Mit Ausnahme des Brückenkopfes, der sich von der Küste Kyrenias bis zu den Nordausläufern der Hauptstadt Nikosia zog, kontrollierte die türkische Armee trotz ihrer unumschränkten Luftherrschaft lediglich einige verstreute Enklaven, in denen sich eigene Fallschirmjäger eingenistet hatten.

Auf den Höhenzügen um Kyrenia sowie am Flughafen von Nikosia lieferten sich die griechischen Zyperer weiterhin erbitterte Gefechte mit den Eindringlingen. In den frühen Morgenstunden des 22. Juli suchten beide Kriegsparteien letzte Geländegewinne zu erzielen, um sich vor Inkrafttreten des mit Hilfe der NATO und der UNO ausgehandelten Waffenstillstands aus einer Position der Stärke heraus in die anstehenden Verhandlungen zu begeben. Es war der türkischen Armee aber nicht gelungen, die Hauptverbindungsstraße zwischen der Küste und der zyprischen Hauptstadt vollständig in Besitz zu nehmen. Der Flughafen von Nikosia befand sich nach wie vor in der Hand der griechisch-zyprischen Verteidiger. Fanatische Nationalisten formierten in der sommerlichen Hitze jugendliche Freischärler zu einer Art »Volkssturm«, um dem türkischen Feind Einhalt zu gebieten. Nachrichten über Massaker und Gräueltaten an der türkisch-zypris-

chen Bevölkerung erreichten zunehmend die US-Botschaft in Nikosia. Es schwirrten aber auch Gerüchte über Folter und Massaker der türkischen Armee an griechischen Zypriern, die von der örtlichen Presse noch geschürt wurden.

Nach einer dreiwöchigen Waffenruhe befanden sich die türkischen Kräfte im August jedoch in einer militärisch weit günstigeren Lage. Die türkischen Streitkräfte hatten die Zeit intensiv genutzt, um in großem Stil Nachschub und Verstärkungen heranzuführen. Den 45 000 griechisch-zyprischen Bewaffneten standen nun nicht weniger als 32 000 türkische Soldaten gegenüber. Im Gegensatz zu den Verteidigern waren die türkischen Kräfte voll mechanisiert und mit schwerer Artillerie, Hunderten von Panzern und Truppentransportern ausgestattet. Auch kontrollierte die türkische Luftwaffe unverändert den Luftraum über der Insel. Griechenland hingegen sah sich militärisch nicht imstande, selbst in das Kriegsgeschehen einzugreifen oder die verbündeten griechischen Zypriern auf dem Seeweg mit Nachschub zu versorgen. In der Nacht des 13. August begannen türkische Jagdbomber von ihrem Fliegerhorst İncirlik aus, die militärischen Einrichtungen des Gegners mit dichten Bombenteppichen zu belegen. Bodentruppen durchbrachen die griechisch-zyprischen Verteidigungsstellungen und stießen von den Außenbezirken der Hauptstadt aus im Eiltempo in Richtung ihres östlich gelegenen Angriffsziels Famagusta vor. Im Westen riegelten die türkischen Truppen die nördlichen Gebirgszüge westlich von Kyrenia ab und zwangen die dort verbliebenen Verteidiger zur Kapitulation. In den Abendstunden des 14. August belagerten die Angreifer die Ortschaft Morphou nahe der nördlichen Westküste der Insel. Die Invasoren kesselten auch den Flughafen von Nikosia ein. Mit der Einnahme Famagustas gelang es den türkischen Invasoren schließlich, den gesamten Nordostteil der Insel zu besetzen und den strategisch wichtigen Flugplatz Timbou zu erobern. Der türkische Expeditionsverband kappte auch die Versorgungsrouten zwischen Nikosia und dem Seehafen von Larnaca. Die verbliebenen Kräfte der griechischen Zypriern waren schließlich gezwungen, ins südliche Kernland der Insel auszuweichen und den Nordteil der Insel aufzugeben. Mit Erreichen ihrer Schlüsselziele erklärte sich die Türkei zu Verhandlungen für einen endgültigen Waffenstillstand bereit.

Stefan Maximilian Brenner





picture alliance / NurPhoto | Diego Cupolo

Obwohl es seit der gewaltsamen Teilung der Insel 1974 nicht an Versuchen mangelte, diese zu überwinden, konnten sich die am Zypernkonflikt beteiligten Parteien bis heute nicht auf eine Lösung einigen. Dies betrifft sowohl die griechischen und türkischen Zyprier als auch deren Schutz-mächte Griechenland und die Türkei. Zypern steht seit den vergangenen Jahrzehnten im Ruf, eine Art von »Friedhof« für diejenigen Diplomaten der Vereinten Nationen geworden zu sein, die sich um eine Lösung am Verhandlungstisch bemühten.

Das auf dem Foto erkennbare verrostete Schild, welches seit Jahr-zehnten die türkische Sperrzone am »Palmenstrand« von Varosha (Vor-ort von Famagusta) markiert, und der dahinter erkennbare, verlassene Wohnbezirk können sinnbildlich für den langen Stillstand in den Verhand-lungen stehen.

Die geteilte Insel: Annäherung und Wiedervereinigungsversuche seit 1974

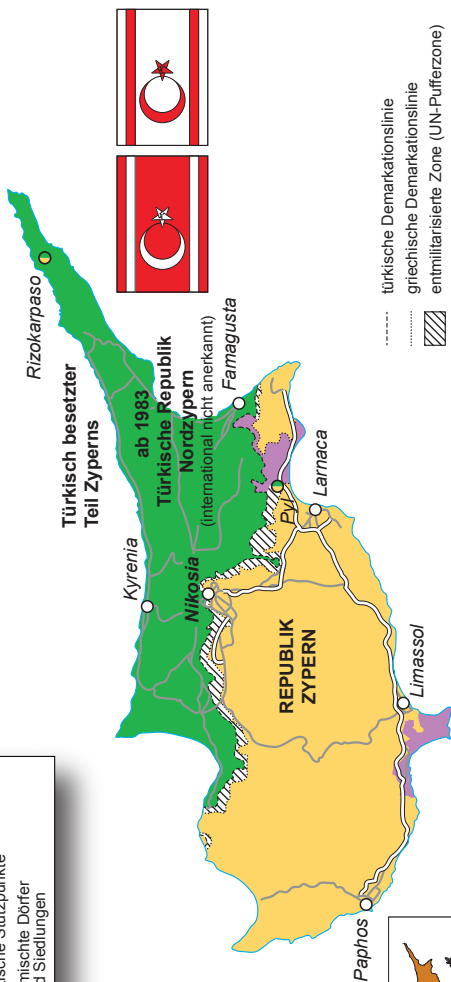
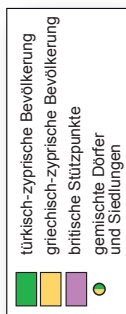
Die türkische Invasion vom Sommer 1974 hatte zur faktischen Zweiteilung der Insel geführt. Die damit verbundenen gewaltsamen Vertreibungen besiegelten bis 1975 die nahezu vollständige Trennung der beiden zyprischen Volksgruppen. Allen Konfliktparteien war bewusst, dass nach den Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre eine Rückkehr zur Verfassungsordnung von 1960 keine Option mehr darstellte. Bereits im Dezember 1974 fanden dennoch erste Gespräche statt mit dem Ziel, die Teilung der Insel zu überwinden und eine neue politische Ordnung zu erarbeiten. Im November hatten die Vereinten Nationen in einer Resolution unter anderem den Rückzug aller auswärtigen Truppen, die Rückkehr aller Flüchtlinge und direkte Verhandlungen zwischen den Vertretern der beiden Bevölkerungsgruppen der Vereinten Nationen gefordert.

Erste Initiativen zur Überwindung der Teilung

Im Februar 1975 endete die erste Verhandlungsrunde ohne Erfolg. Der türkisch-zyprische Volksgruppenführer Rauf Denktaş erklärte den besetzten Nordteil der Insel einseitig zu einem türkisch-zyprischen Bundesland des noch zu schaffenden föderalen (Gesamt-)Staates Zypern. Mit diesem Vorstoß wollte er zum einen der seit 1964 bestehenden internationalen Anerkennung der griechisch-zyprischen Führung als Vertreterin der Republik Zypern eine eigene, türkisch-zyprische Staatlichkeit entgegensetzen. Zum anderen verfolgte er aber auch separatistische Ziele.

Unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen kamen beide Seiten noch im selben Jahr zu drei weiteren Verhandlungsrunden in Wien und in New York zusammen. In den ersten Sitzungen konnten sich die Parteien nicht auf die Kompetenzen der Zentralregierung und die Wiedereröffnung des Flughafens von Nikosia einigen. Der zweite Verhandlungsgang scheiterte an der Frage, ob erst über territoriale Fragen oder aber über die Modalitäten der Zentralregierung verhandelt werden solle. Die

Zypern 1975



Quelle: Le Monde diplomatique, Berlin, 2007.

türkische Seite schlug dazu im Sommer 1975 die Bildung einer gemeinsamen föderalen Übergangsregierung vor. Die griechischen Zyprier lehnten den Vorschlag jedoch ab. Sie waren nicht bereit, ihre völkerrechtliche Anerkennung als alleinige Regierung Zyperns aufzugeben. Die dritte Runde erbrachte ebenfalls keine Annäherung. Denktas wiederum suchte die Teilung der Insel zu zementieren, indem er auf Zeit spielte. Die griechischen Zyprier beantworteten sein Vorgehen mit einer Internationalisierungskampagne, in der sie Denktas vergeblich aufforderten, Resolutionen der Vereinten Nationen in der Zypernfrage, die zum Beispiel den Abzug aller unrechtmäßig auf der Insel weilenden auswärtigen Truppen vorsahen, umzusetzen.

Auch im Folgejahr zeichneten sich keine Fortschritte ab. Der Unterhändler der griechischen Zyprier, Glafkos Cleridis, trat zurück, nachdem er sich intensiv, aber vergeblich um einen Konsens bemüht hatte. Neue Vorschläge beider Seiten führten ebenfalls zu keinen Ergebnissen, da Verhandlungen darüber nicht in Gang kamen. Denktas weigerte sich, Cleridis' Nachfolger, Tassos Papadopoulos, als Verhandlungspartner zu akzeptieren. Jener war unter den türkischen Zypriern für seine unnachgiebige Haltung berüchtigt.

Neue Gespräche fanden daher erst wieder im Januar 1977 statt. Es gelang Denktas und dem griechisch-zyprischen Präsidenten Erzbischof Makarios schließlich, sich auf ein erstes Abkommen zu einigen (Makarios-Denktas-Leitlinien). Dieser Grundstein führte zu zaghaften Fortschritten. Im Jahr 1979 stimmten beide Volksgruppen schließlich gemeinsamen, sogenannten High Level Agreements zu, welche die Grundprinzipien für eine Wiedervereinigung der Insel festlegten. Zypern sollte als bizonale, bikommunale Föderation wiedervereinigt und entmilitarisiert werden. Die territorialen Bestimmungen, ebenso die drei Grundfreiheiten (Bewegungsfreiheit, Recht auf Freizügigkeit und Recht auf Eigentum) sowie die Kompetenzen der Zentralregierung basierten auf vage formulierten Kriterien. Diese erlaubten beiden Verhandlungsparteien, ihre bisherigen Positionen aufrechtzuerhalten. Die türkischen Zyprier erhielten zum ersten Mal die Aussicht auf ein in sich geschlossenes Siedlungsgebiet, sollte Zypern wiedervereinigt werden. Dessen Größe blieb allerdings umstritten.

Gegen Ende der 1970er Jahre widmeten das amerikanische State Department und das britische Foreign Office Zypern verstärkte Aufmerksamkeit. Gemeinsam mit Kanada legten sie den Volksgruppenvertretern einen 12-Punkte-Plan vor. Das Konzept sah die Einführung eines Parlaments mit zwei Kammern vor. Die erste Kammer, das Oberhaus, sollte je zur Hälfte aus Abgeordneten beider Ethnien bestehen, während die Zusammensetzung des Unterhauses die Anteile der beiden Ethnien an der Gesamtbevölkerung widerspiegeln sollte. Der Plan enthielt jedoch kein vollständiges Rückkehrrecht für Flüchtlinge und er sah Einschränkungen bei der Niederlassungsfreiheit und in Eigentumsfragen vor. Die griechischen Zyprer lehnten den Vorschlag daher ab.

Obwohl das britisch-amerikanische Angebot scheiterte, blieb sein Inhalt in den folgenden Jahrzehnten weiter auf der Agenda. Kurz nach der Unterzeichnung des zweiten High Level Agreements kamen die Verhandlungen jedoch abermals zum Stillstand. Die türkischen Zyprer drohten daraufhin, einseitig einen

picture alliance/Pacific Press | Sahar Nuhoglu



Blick auf ein Gebäude der verlassenen »Geisterstadt« Varosha (Vorort von Famagusta). Vor der Teilung der Insel war dieser Ort eine prosperierende Touristenmetropole.

unabhängigen Staat auszurufen. Erst nach langwierigen Sondierungsgesprächen waren die Streitparteien schließlich bereit, mit Hilfe der Vereinten Nationen auf Basis der bisherigen Über-einkünfte weiter zu debattieren. Indes blieb der erhoffte Durchbruch weiterhin aus.

Ungeachtet der zahllosen Gespräche der Jahre 1980 bis 1983 trat immer deutlicher zutage, dass die unterschiedlichen Auffassungen und Vorstellungen von der bizonalen Föderation nicht miteinander vereinbar waren. Die eigentlich bereits verbindlich vereinbarte Rückgabe eines seit der Invasion leerstehenden Stadtteils von Famagusta (Varosha) an die griechischen Zyprer wurde nicht verwirklicht. Die türkische Seite wollte lediglich einen Teil der Flüchtlinge in die »Geisterstadt« zurückkehren lassen. Darüber hinaus verweigerte sie die Übertragung der Verwaltung des Wohnbezirks an die griechisch-zyprischen Behörden.

Den Hauptkonfrontationspunkt bildete allerdings die unterschiedliche Interpretation der High Level Agreements: Die griechische Verhandlungspartei forderte bis 2018 eine Föderation mit starker Zentralregierung unter besonderer Berücksichtigung des Mehrheitsprinzips. Dem standen (und stehen bis heute) die türkischen Forderungen nach einer Konföderation oder zumindest einer losen Föderation mit schwacher Zentralregierung, basierend auf politischer Gleichheit der türkischen Zyprer, gegenüber.

Der 1983 wiedergewählte griechisch-zyprische Präsident Spyros Kyprianou setzte seine Internationalisierungskampagne fort und berief sich dabei auf die Beschlüsse der Vereinten Nationen. Rauf Denктаş beantwortete dieses Vorgehen, indem er das Ziel verfolgte, Nordzypern für unabhängig zu erklären. In Anbetracht des griechisch-zyprischen Verhaltens war er entschlossen, sein Vorhaben trotz der zögerlichen Haltung seiner Schutzmacht, der Türkei, umzusetzen. Eine weitere UN-Resolution zugunsten der griechischen Seite lieferte ihm den passenden Vorwand, ein Regierungswechsel in Ankara ebnete ihm den Weg. Der erste Schritt war die Einführung der türkischen Lira als Währung und die Einrichtung einer eigenen Zentralbank. Im Anschluss daran forderte das türkisch-zyprische Parlament am 17. Juni 1983 ein Referendum über die Unabhängigkeit des Nordens.

Vor dem Hintergrund der angespannten Atmosphäre suchten die Vereinten Nationen abermals zu vermitteln. UN-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar entwickelte zwei Lösungsmodelle mit dem Ziel, einen Kompromiss zu finden. Die türkischen Zypriern sollten Teile ihres Territoriums an die griechischen Zypriern abtreten und im Gegenzug weitreichende politische Rechte erhalten. Das eine Modell sah mehr Territorium und weniger politische Rechte für die türkischen Zypriern vor, der andere Entwurf beinhaltete das Gegenteil. Während Kyprianou die Vorschläge nach längerem Zögern als Verhandlungsbasis akzeptierte, vermied Denktaş eine klare Antwort. Da er die Vorschläge der Vereinten Nationen für inakzeptabel hielt, rief er stattdessen mit türkischer Rückendeckung im November 1983 die »Türkische Republik Nordzypern« (TRNZ) aus. Obwohl die TRNZ von der internationalen Staatengemeinschaft nicht anerkannt wurde, entwickelte sich daraus ein von Ankara abhängiger De-facto-Staat. Die Türkei ist bis heute der einzige Staat der Welt, der Nordzypern völkerrechtlich als souverän betrachtet.

Entwicklungen 1984–2008

Im September 1984 begannen neue Verhandlungen. Beide Seiten einigten sich auf die Grundlagen der möglichen Lösung. Demnach sollte eine bizonale, bikommunale Föderation geschaffen werden, deren Territorium zu rund einem Drittel aus einem türkisch-zyprischen Bundesstaat bestehen sollte. Ferner sollten alle fremden Truppen von der Insel abgezogen werden. Im Januar 1985 trafen sich Denktaş und Kyprianou zum ersten Mal seit 1977 zu direkten Gesprächen. Diese scheiterten jedoch bereits nach kurzer Zeit am mangelnden Willen beider Seiten, ernsthaft und einvernehmlich auf ein Abkommen hinzuarbeiten.

Im Folgejahr bemühte sich UN-Generalsekretär de Cuéllar mit neuen Vorschlägen, die Parteien wieder zu Initiativen zu bewegen. Jedoch gelang es ihm erst im Frühjahr 1988, die Führer beider Volksgruppen in Genf wieder an den Verhandlungstisch zu bringen, um sich auf die Wiederaufnahme von Gesprächen auf Basis der High Level Agreements zu einigen.

Mit dem neu gewählten Präsidenten George Vassiliou stand erstmals ein moderater Politiker an der Spitze der griechischen Zypren. Denktas forderte nach wie vor von den griechischen Zypren, die Existenz zweier gleichberechtigter Völker auf der Insel anzuerkennen. Beide sollten ein separates Recht auf Selbstbestimmung erhalten. Vassiliou aber lehnte dieses Ansinnen ungeachtet seiner gemäßigten Ansichten ab. Er fürchtete, mit seiner Zustimmung einer politischen Abspaltung der türkisch-zyprischen Gebiete erst recht den Weg zu ebnen. Folglich blieb ein Durchbruch abermals aus.

Im Sommer 1990 gestaltete sich die Lage noch schwieriger. Die Republik Zypern stellte einen Antrag auf Aufnahme in die Europäische Gemeinschaft. Daraufhin brach Denktas die Gespräche ein weiteres Mal ab. Erst im April 1992 konnte der neu gewählte UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali den Verhandlungsparteien eine erweiterte Fassung der ursprünglichen Vorschläge seines Vorgängers präsentieren. Da die türkisch-zyprische Seite zwar dieses Mal den Großteil des Konzepts akzeptierte, aber in entscheidenden Punkten eine Einigung verweigerte, blieb ein endgültiges Abkommen nach wie vor aus.

Aber auch der neue griechisch-zyprische Präsident Glafkos Cleridis trug seinen Teil zum Scheitern der Initiative bei. Obwohl Cleridis traditionell zu den moderaten Politikern in der Zypernfrage gehörte, hatte er bereits im Zuge seiner Wahlkampagne angekündigt, die Initiative der Vereinten Nationen abzulehnen mit dem Ziel, seine Popularität zu steigern und sich im Wahlkampf die Stimmen seiner Landsleute zu sichern. Mitte der 1990er Jahre erklärte nun auch Rauf Denktas, eine föderale Lösung nicht länger akzeptieren zu können. Aus türkisch-zyprischer Sicht bildete eine lose Konföderation zweier souveräner Staaten den einzig gangbaren Weg. Zudem forderte Denktas von den griechischen Zypren, Nordzypren und die türkisch-zyprische Volksgruppe vor der Aufnahme weiterer Verhandlungen völkerrechtlich anzuerkennen. Statt einander anzunähern, hatten sich die Verhandlungsparteien im Ergebnis weiter von einem Konsens entfernt. Allen Beteiligten war damit bewusst, dass auf dieser Basis kein Abkommen erzielt werden konnte.

In den folgenden Jahren änderten sich die Rahmenbedingungen des Zypernproblems dramatisch. Im Jahr 1998 nahm

die Republik Zypern Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union (EU) auf. Zunächst gingen Denктаş und auch die Türkei in ihrer Eigenschaft als Schutzmacht Nordzyperns davon aus, dass der Beitrittsantrag keine Aussicht auf Erfolg haben würde. Ankara rechnete mit einer Haltung der EU, die darauf abzielen würde, Spannungen mit der Türkei in der Zypernfrage zu vermeiden. Ferner drohte die Türkei offen mit einer Annexion des Nordens, sollte Zypern in die EU als Vollmitglied aufgenommen werden.

Als sich jedoch abzeichnete, dass die EU die Inselrepublik auch ohne eine Lösung der Teilungsfrage in ihre Reihen aufnehmen würde, begannen im Januar 2002 erneute Verhandlungen unter Federführung der Vereinten Nationen. Diesmal lenkte die Türkei ein. Die neu gewählte AKP-Regierung rückte im November desselben Jahres von der langjährigen türkischen Position ab, die 1974 gewaltsam geschaffenen Fakten als Lösung des Zypernproblems zu betrachten. Die Türkei beabsichtigte mit diesem Schritt, ihre eigenen Aussichten auf einen EU-Beitritt zu verbessern. Gleichzeitig begannen nun auch die türkischen Zypriern, ihrem langjährigen Führer Rauf Denктаş den Rücken zu kehren. Die lukrative Perspektive einer Aufnahme in die EU stellte in ihren Augen eine Möglichkeit dar, die politische und ökonomische Isolation zu beenden, unter der Nordzypern seit Jahren litt. Denктаş verlor an Einfluss und musste später auch dem Oppositionspolitiker Mehmet Ali Talat weichen. Damit dominierten sowohl auf türkischer als auch auf türkisch-zyprischer Seite erstmals moderatere Stimmen. Dies traf jedoch nicht auf die griechischen Zypriern zu. Sie wählten im Jahr 2003 Tassos Papadopoulos zum neuen Präsidenten, der nach wie vor eine wenig kompromissbereite Politik vertrat.

Dessen ungeachtet lag Anfang 2004 die Endfassung eines Lösungsplans der Vereinten Nationen vor. Dieser umfasste erstmals alle Aspekte einer künftigen politischen Ordnung. Kernpunkte des nach dem Generalsekretär der Vereinten Nationen benannten Annan-Plans waren:

- Schaffung einer vom Parlament gewählten Regierung. Diese sollte sich aus vier griechischen und zwei türkischen Zypriern zusammensetzen und eine kollektive Führung mit Vetorechten für beide Volksgruppen bilden.

- Aufbau eines Parlaments mit zwei Kammern nach dem Modell des Jahres 1978.
- Nordzypern sollte 27 Prozent des Territoriums der Insel umfassen.
- Schaffung einer »konstruktiven Ambivalenz«: Sowohl der griechisch-zyprische als auch der türkisch-zyprische Standpunkt sollten in der Frage der Gründung eines neuen gemeinsamen Staates Berücksichtigung finden. Die türkische Seite forderte als Grundlage die vorherige Bildung von zwei souveränen zyprischen Staaten, die anschließend vereinigt werden sollten. Die griechische Seite hingegen bestand darauf, lediglich die bestehende Republik Zypern in einen gemeinsamen Staat umzuwandeln. Auch in der Frage der Charakterisierung des neuen Staates als Föderation oder Konföderation herrschten unterschiedliche Auffassungen, denen Kofi Annan mit seinem Plan Rechnung tragen wollte.
- Rückkehr von mehr als der Hälfte aller griechisch-zyprischen Flüchtlinge in festgelegte Gebiete Nordzyperns, die dann in einem gemeinsamen Staat Teil des griechisch-zyprischen Verwaltungsdistrikts/Bundeslandes werden sollten, bei gleichzeitiger Umsiedlung von mehreren zehntausend türkischen Zypriern in andere Gebiete Nordzyperns.
- Erhebliche und möglicherweise auf Dauer angelegte Beschränkungen der Rückkehr von griechisch-zyprischen Flüchtlingen in Gebiete, die in einem gemeinsamen Staat Teil des türkisch-zyprischen Verwaltungsdistrikts/Bundeslandes werden sollten, und Beschränkungen der dortigen Niederlassungsfreiheit für griechische Zypriern.
- Erteilung der zyprischen Staatsangehörigkeit an mehr als 45 000 Einwanderer aus der Türkei.
- Einrichtung einer griechischen und türkischen Militärpräsenz auf dem Niveau von 1960 (950 griechische und 650 türkische Soldaten).
- Fortsetzung des Garantiemächtestatus mit Interventionsrechten für Griechenland, die Türkei und Großbritannien.

Sowohl die griechischen als auch die türkischen Zypriern stimmten über den Annan-Plan jeweils in einem Referendum ab. Während etwa zwei Drittel der türkisch-zyprischen Bevölkerungsgruppe dem Konzept zustimmten, lehnten mehr als drei Viertel der grie-



picture-alliance/dpa | epa UN

UN-Generalsekretär Kofi Annan (Mitte) trifft am 10. Februar 2004 am Sitz der Vereinten Nationen in New York mit dem zyprischen Präsidenten Tassos Papadopoulos (rechts im Bild) und dem Führer der türkischen Volksgruppe, Rauf Denktaş (links im Bild) zusammen.

chischen Zypriern den Plan ab. Im Süden Zyperns herrschte die Meinung vor, der Lösungsvorschlag sei ungerecht und das zu schaffende Staatswesen in der Praxis nicht funktionsfähig. Daneben erhofften sich die griechischen Zypriern von der Mitgliedschaft in der EU ein neues Abkommen zu ihrem Vorteil.

Obwohl der Annan-Plan somit im Kern scheiterte und die internationale Staatengemeinschaft den Ausgang des Votums auf griechisch-zyprischer Seite kritisierte, wurde Zypern Teil der EU. Völkerrechtlich wurden damit alle Zypriern EU-Bürger. Dies galt für die türkischen Zypriern gleichermaßen. Allerdings erkannte die internationale Staatengemeinschaft nur die Regierung der Republik Zypern als hoheitliche Vertretung der gesamten Insel an. In der weiterhin bestehenden, international nicht anerkannten Türkischen Republik Nordzypern besitzen die Regeln und Gesetze der Republik Zypern und der EU de facto bis heute keine Gültigkeit.

Die Entwicklung der Jahre 2008–2018

Bis zum Frühjahr 2008 gab es kaum neue Fortschritte. Mit der Wahl von Dimitris Christofias zum Präsidenten der Republik Zypern im Februar 2008 keimten jedoch neue Hoffnungen auf. Zum ersten Mal in der neueren Geschichte Zyperns standen zwei als moderat geltende Politiker gleichzeitig an der Spitze ihrer jeweiligen Volksgruppe. Der neue Kurs äußerte sich in symbolischen Gesten, wie der Öffnung des Überganges in der Ledrastraße, der Hauptfußgängerzone der geteilten Hauptstadt Nikosia. Trotz großer Fortschritte, wie der zeitweisen griechisch-zyprischen Zustimmung zu einer rotierenden Präsidentschaft und der türkisch-zyprischen Einwilligung in eine wechselseitige Beteiligung beider Wählerschaften an den Wahlen der politischen Führer der jeweils anderen Volksgruppe (Cross-Voting), gelang der Durchbruch auch diesmal nicht.

Im Sommer 2012 übernahm Zypern turnusmäßig für sechs Monate die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union. Da die Türkei und die türkischen Zyprier die Republik Zypern völkerrechtlich nicht anerkannten (und bis heute nicht anerkennen), ließ Ankara seine Beziehungen zur EU für die Dauer der zypriischen Ratspräsidentschaft ruhen. Dementsprechend brachen – wie so oft zuvor – auch die Verhandlungen zur Wiedervereinigung der Insel ab.

Auch wenn die Gespräche mit einer vielversprechenden gemeinsamen Erklärung beider Volksgruppenführer im Jahr 2014 offiziell wiederaufgenommen wurden, ließen weitere Fortschritte auf sich warten. Erst die Wahl von Mustafa Akıncı im April 2015 zum Präsidenten der Türkischen Republik Nordzypern führte zu neuen, substanziellen Verhandlungen. Beide Seiten einigten sich auf die gemeinsame Bekanntgabe einer Serie von wichtigen vertrauensbildenden Maßnahmen. Akıncı und der neue griechisch-zyprische Präsident Nikos Anastasiades führten intensive Beratungen und trafen auf zwei gemeinsamen Gipfeltreffen in der Schweiz im November 2016 zusammen. Der für das Jahr 2016 angestrebte, endgültige Abschluss der Verhandlungen gelang jedoch nicht. Die Beteiligten konnten sich lediglich auf eine für das kommende Jahr angesetzte, internationale Konferenz in Genf unter Beteiligung der Garantiemächte Grie-

chenland, Türkei und Großbritannien einigen. Diese Tagung war ursprünglich als abschließendes Gipfeltreffen zur Unterzeichnung eines Einigungsvertrages ins Auge gefasst worden.

Im Januar 2017 berieten Akıncı und Anastasiades in Genf ein weiteres Mal über einen Konsens im Hinblick auf alle noch ausstehenden Fragen. Obwohl eine Einigung auch dieses Mal nicht gelang, tauschten beide Politiker erstmals streng vertraulich Landkarten über die präferierten Binnengrenzen der beiden Föderalstaaten aus. Seit den Gesprächen vom November des Vorjahres schwebte unter anderem die Frage im Raum, welche Größe der türkisch-zyprische Teilstaat letztendlich umfassen sollte.

Wenige Tage später traten die Außenminister der drei Garantmächte hinzu, um erstmals den internationalen Aspekt der Zypernfrage, den Garantmächtestatus Griechenlands, der Türkei und Großbritanniens sowie die Frage der Stationierung von griechischen und türkischen Truppen auf der Insel gemeinschaftlich zu verhandeln und endlich eine Einigung herbeizuführen. Zur Überraschung der Teilnehmer endete die Konferenz jedoch vorzeitig, da Griechenland um zusätzliche Zeit für die Vorbereitung der eigenen Position bat. Athen schlug erfolgreich vor, die Sicherheitsthematik zunächst auf technischer Ebene weiter zu verhandeln. Anders als in den Jahrzehnten zuvor, wich Griechenland bereits im Vorfeld der Konferenz von Genf von seinem Grundsatz ab, den griechischen Zypriern lediglich politische Rückendeckung zu geben und deren eigene Absichten ansonsten nicht zu konterkarieren. Dies stellte von nun an ein zusätzliches Problem dar.

Dessen ungeachtet bildete die Tagung das erste Gespräch seit 1974, an dem alle fünf beteiligten Parteien an einem Tisch saßen. Den Teilnehmern war bewusst, dass angesichts der für Anfang 2018 angesetzten Präsidentschaftswahlen im Süden der Insel eine Einigung bis Jahresmitte 2017 erzielt werden musste. Zudem wurden abermals zwei Volksbefragungen in beiden Teilen der Insel vereinbart. Seit den Referenda des Annan-Plans im Jahr 2004 waren Volksabstimmungen fester Bestandteil einer jeden Lösung des Zypernproblems geworden. Die Beilegung des ohnehin schwierigen Konflikts wurde dadurch jedoch noch unwahrscheinlicher. Die Handlungsspielräume der politischen

Führungen waren enger geworden. Als das griechisch-zyprische Parlament im Februar 2017 beschloss, einen Gedenktag an öffentlichen Schulen für die 1950 abgehaltene Volksabstimmung über eine Vereinigung Zyperns mit Griechenland (*Enosis*) einzuführen, brachen die türkischen Zypriern die Verhandlungen auf. Neue für zwei Monate ab. Im April wurde offenbar, dass das anfänglich sehr gute (Vertrauens-)Verhältnis zwischen Akıncı und Anastasiades erheblich gelitten hatte. Erst auf massives Drängen von UN-Generalsekretär António Guterres hin erteilten beide Seiten ihre Zustimmung zu einer weiteren, internationalen Zypernkonferenz für Ende Mai.

An dieser Tagung im schweizerischen Crans-Montana nahmen die beiden Volksgruppenführer Nikos Anastasiades und Mustafa Akıncı, die Außenminister Griechenlands und der Türkei, Nikos Kotzias und Mevlüt Çavuşoğlu, sowie eine britische Delegation und Vertreter der Vereinten Nationen teil. Die Anwesenheit des UN-Generalsekretärs bewirkte, dass die Debatte schließlich in Gang kam. Guterres legte den Verhandlungsführern ein Rahmenpapier vor, das Kernelemente einer Lösung der noch offenen Fragen aufzeigte:

- Sicherheit und Garantien: Ein neues sicherheitspolitisches System sollte den griechischen, türkischen und britischen Garantiemächtestatus mit seinem Interventionsrecht ersetzen.
- Militärpräsenz Griechenlands und der Türkei: Mit dem Tag der Inkraftsetzung des Abkommens sollte eine rapide Truppenreduzierung beginnen. Für die Reduzierung der griechischen und türkischen Kontingente auf 950 bzw. 650 Mann, wie ursprünglich zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit vereinbart, war ein fester Zeitrahmen vorgesehen. Indes blieb die Frage offen, ob der griechischen Forderung nach einem endgültigen Abzugstermin der restlichen Truppen (»Sunset Clause«) entsprochen oder dem türkischen Vorschlag nach einer Evaluierung der Lage zu einem festgelegten Zeitpunkt (»Evaluation Clause«) Rechnung getragen werden sollte. Das türkische Modell bedeutete, dass Ankara sich die Möglichkeit vorbehielt, dauerhaft mit türkischem Militär auf Zypern zu verbleiben. Guterres schlug daher vor, diese Frage auf höchster Ebene zwischen Griechenland und der Türkei zu besprechen.

- Territorium: Die türkisch-zyprische Seite sollte sich bereit erklären, einige Gebiete an die griechischen Zyprioten abzutreten. Obwohl keine konkreten Territorien festgelegt wurden, wussten beide Parteien, dass es sich in erster Linie um die Rückgabe des Dorfes Morphou handelte.
- Eigentum: In der Kontroverse um die Frage der Rückgabe von enteigneten Gütern schlug Guterres vor, dass in denjenigen Gebieten, die an die griechischen Zyprioten zurückgegeben würden, der ursprüngliche (griechisch-zyprische) Eigentümer wiedereinzusetzen sei. In denjenigen Gebieten, die unter türkisch-zyprischer Verwaltung verblieben, sollte der gegenwärtige (türkisch-zyprische) Nutzer Vorrang haben. Abweichungen von dieser Regelung waren im Einzelfall jedoch vorgesehen. Die Alteigentümer sollten entschädigt werden.
- Gleichbehandlung türkischer Einwohner: In der umstrittenen Frage, ob diejenigen türkischen Einwanderer, die auf der Insel ohne zyprische Staatsbürgerschaft lebten, gleiche (EU-) Rechte wie die auf der Insel lebenden Festlandgriechen genießen sollten, schlug Guterres die Einführung einer Quote vor. Die Zahl der Festlandtürken mit gleichen staatsbürgerlichen Rechten sollte nach einem festgelegten Schlüssel bestimmt werden. Die übrigen eingewanderten Türken sollten lediglich den Status von Immigranten erhalten.
- Machtaufteilung: Im Disput um die Machtverteilung zwischen beiden Volksgruppen und der damit verbundenen Umsetzung der politischen Gleichheit zwischen beiden Ethnien blieb Guterres vage. Die türkisch-zyprische Seite bestand darauf, dass keine Entscheidung ohne eine Mindestzahl von Stimmen türkisch-zyprischer Mandatsträger getroffen werden dürfe. Auch forderte sie in diesem Zusammenhang eine rotierende Präsidentschaft. Eine solche wurde von der griechisch-zyprischen Seite allerdings abgelehnt.

Trotz der Bemühungen des UN-Generalsekretärs, beiden Verhandlungsparteien gerecht zu werden, waren kaum Annäherungen zu verzeichnen. Die griechische und die griechisch-zyprische Seite bestanden auf ihrer Maximalforderung, alle fremden Truppen von der Insel zu entfernen und gleichzeitig die Interventionsrechte der Türkei aufzuheben. Die türkische Seite signalisierte zwar ihre Bereitschaft, über den Garantiemächtestatus

zu verhandeln, beharrte aber auf einer dauerhaften türkischen Militärpräsenz. Am 5. Juli 2018 unterbreitete Anastasiades ein neues Vorschlagspaket, um die festgefahrenen Verhandlungen wieder in Gang zu bringen. Er legte das Konzept einer gemeinsamen Kandidatur des griechisch-zyprischen und des türkisch-zyprischen Präsidentschaftskandidaten vor. Eine rotierende Präsidentschaft war darin eingeschlossen. Außerdem sollte bei politischen Entscheidungen stets mindestens eine türkisch-zyprische Stimme erforderlich sein, um Beschlussfähigkeit herzustellen. Im Gegenzug forderte Anastasiades die Türkei auf, ihren Garantiemächtestatus aufzugeben und alle verbliebenen Truppen von der Insel abzuziehen. Zudem bestand er auf der Rückgabe des Dorfes Morphou an die griechischen Zypriern. In der Frage der bürgerlichen Rechte für eingewanderte Türken schlug er einen Schlüssel von 1:4 im Verhältnis zu den immigrierten Griechen vor.

Der türkische Außenminister unterbreitete den Gegenvorschlag, wonach eine Revision der Truppenpräsenz erst nach etwa 15 Jahren erfolgen sollte. Morphou sollte nur teilweise an die griechischen Zypriern zurückgegeben werden. Ferner sollten alle türkischen Staatsbürger auf Zypern die gleichen Rechte wie dort lebende griechische Staatsbürger erhalten. In diesem Rahmen kam es am 6. Juli in einer nächtlichen Sitzung neben intensiven Diskussionen zu heftigen verbalen Auseinandersetzungen. Çavuşoğlu gab zwar der Forderung nach einem Ende des Garantiemächtesystems nach, weigerte sich aber, dieses Zugeständnis in schriftlicher Form vor einem endgültigen Abkommen zu übergeben. Zudem wich der türkische Außenminister nicht von der türkischen Position einer Revisionsklausel für den endgültigen Truppenabzug ab, während die griechische Seite auf einem festen Abzugsdatum beharrte. In den frühen Morgenstunden des 7. Juli musste UN-Generalsekretär Guterres die Verhandlungen schließlich für gescheitert erklären.

Nach der Konferenz verkündete die türkische Regierung, dass der Abbruch der Gespräche in Crans-Montana aus ihrer Sicht bewiesen habe, dass eine Lösung auf der Basis einer bizonalen, bikommunalen Föderation nicht möglich sei. Nach türkischem Verständnis blieb nur die Möglichkeit einer Zweistaatenlösung, einer Konföderation oder einer direkten Annexion

Nordzyperns durch die Türkei. Akıncı selbst teilte die Auffassung der türkischen Regierung indes nicht. Er blieb bei seinem Ziel der Schaffung einer bikommunalen, bizonalen Föderation mit rotierender Präsidentschaft auf Basis der politischen Gleichheit beider Seiten.

Seit dem Scheitern der Gespräche befinden sich alle Parteien offiziell in einer Phase der Reflexion. Im Spätsommer 2018 fanden unter dem Dach der Vereinten Nationen Sondierungen für eine Wiederaufnahme der Gespräche statt. Es bleibt daher abzuwarten, ob und wann die Verhandlungen weitergeführt werden können. Washington übt zwischenzeitlich Druck auf die griechisch-zyprische Seite aus. Das US-Außenministerium hat nach dem Scheitern der Gespräche von Crans-Montana signalisiert, einer weiteren Verlängerung des Mandats UNFICYP der seit 1964 auf Zypern stationierten UN-Friedenstruppen im UN-Sicherheitsrat möglicherweise nicht zuzustimmen. In einem solchen Fall wären die griechischen Zyprier ihren türkisch-zyprischen Landsleuten bei Ausbruch eines Bürgerkrieges oder inneren Konflikts militärisch unterlegen. Im Zuge der Sondierungen hat Anastasiades daher im Oktober 2018 überraschend erklärt, dass er nun doch Gespräche über eine bizonale, bikommunale Föderation in Form einer »losen Föderation« in Erwägung ziehe. Die Zentralregierung solle seiner Ansicht nach über deutlich weniger Kompetenzen verfügen, als von der griechisch-zyprische Seite bis dato präferiert. Bislang haben die türkische und die türkisch-zyprische Seite – auch aufgrund der sehr vagen Äußerungen von Anastasiades – dazu noch nicht endgültig Stellung bezogen. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass eine erneute Verschiebung des Lösungsrahmens Jahre weiterer Verhandlungen nach sich ziehen dürfte.

Derzeit deutet daher alles auf eine Fortsetzung der Teilung der Insel hin. Die fortschreitende »Türkifizierung« des Nordens durch türkische Einwanderer, die zunehmende Kontrolle der Wirtschaft und zentraler Elemente der staatlichen Infrastruktur (Wasser- und Stromversorgung) durch die Türkei sowie Versuche, die säkularen türkischen Zyprier auch religiös den Festlandstürken anzugleichen, drohen die Teilung weiter zu verfestigen. Diese Entwicklung führt zu einer augenscheinlichen Umwandlung des Nordens in eine De-facto- und möglicherweise eines Tages auch De-jure-Provinz der Türkei. Der 2020 neu gewählte

türkisch-zyprische Präsident Ersin Tatar ist im Gegensatz zu seinem Vorgänger Mustafa Akinci ein politischer „Hardliner“ und befürwortet die Teilung der Insel. Eine Wiedervereinigung Zyperns scheint damit in Zukunft eher unwahrscheinlich zu werden.

Hubert Faustmann



picture alliance/AP Photo | Petros Karadjias

UN-Generalsekretär Kofi Annan beschrieb den Umstand, dass der ethno-territoriale Konflikt von beiden Seiten als Nullsummenspiel aufgefasst werde, als ein entscheidendes Hindernis auf dem Weg zu einer Lösung: Der Gewinn der einen Streitpartei bedeute zwangsläufig einen Verlust für die andere. Am 1. Mai 2004 ist die Republik Zypern der EU beigetreten. De jure wurde die ganze Insel Mitglied, De facto indes setzte die EU den Norden, der nicht der effektiven Kontrolle Nikosias untersteht, von ihrem *acquis communautaire* aus. Diese Anomalie währt bis heute. Zypern stellt den bizarren Fall eines EU-Mitglieds dar, dessen Staatsgebiet zu einem guten Drittel besetzt ist, noch dazu von der Armee eines Landes, das selbst, wenngleich mit wechselhaftem Eifer, in die EU strebt.

Das Foto zeigt die Parade türkischer Soldaten in Lefkosa am 20. Juli 2017 anlässlich des 43. Jahrestages der türkischen Landung auf Zypern im Sommer 1974.

Der EU-Beitritt Zyperns und der unregelte ethno-territoriale Konflikt

Zur Spezifik des ethno-territorialen Konflikts auf Zypern gehört, dass er überdeterminiert ist von der Last zweier Nationalismen und externer Akteure: Griechenland und die Türkei sind Musterbeispiele für moderne Nationsbildung durch scharfe Feindabgrenzung: Die griechische Nationalbewegung stellte historisch ihre ausgesprochen schwierige innere Einheit her durch schroffe Abgrenzung von der muslimischen Osmanenherrschaft. Auf der anderen Seite löste der Angriff Griechenlands auf das kleinasiatische Festland nach dem Ersten Weltkrieg die türkische Revolution aus. Und der in Lausanne 1923 vereinbarte »Bevölkerungstransfer« vermochte die Feindschaft nicht zu beenden, sondern hat sie vielmehr verschärft. Damit ist der Zypernkonflikt unlösbar verwoben: Er gründet im religiösen und nationalen Gegensatz zwischen Griechenland und der Türkei, um nicht von Erbfeindschaft zu reden, verhindert aber seinerseits eine Aussöhnung zwischen Athen und Ankara.

1952 traten Griechenland und die Türkei der NATO bei. Gleichwohl trieb die Zypernfrage die beiden Verbündeten, die zusammen mit der ehemaligen Kolonialmacht Großbritannien Garantiemächte der 1960 unabhängig gewordenen Insel wurden, mehrfach an den Rand eines Krieges. Zum ethno-territorialen Zwist auf Zypern kamen Auseinandersetzungen zwischen Griechenland und der Türkei in der Ägäis hinzu. Dort geht es bis heute um strittige Abgrenzungen der Hoheitsgewässer und des Luftraums sowie um Rechte zur Ausbeutung von unterseeischen Öl- und Gasvorkommen. Eine von nationalistischen Emotionen aufgepeitschte Atmosphäre führte Anfang 1996 zu einem Streit um die unbewohnte Ägäisinsel Imia (türkisch: Kardak), der beinahe in einen bewaffneten Zusammenstoß mündete. Das war umso gefährlicher, als Griechenland und die Türkei, beide NATO-Staaten, in den 1990er Jahren massiv gegeneinander aufrüsteten. Dies stand im schroffen Widerspruch zum Abrüstungstrend in Europa nach dem Epochenumbruch von 1989.

Das gefährliche Wettrüsten umfasste auch das geteilte Zypern: Während die Türkei in den 1990er Jahren neben den rund

4000 Soldaten der »Türkischen Republik Nordzypern« (TRNC) 35 000 Mann auf der Insel stationierte (ein Soldat auf vier Bewohner), bestellte Nikosia trotz internationaler Warnungen russische Boden-Luft-Raketen vom Typ S-300, um die türkische Luftüberlegenheit und militärische Übermacht abzuschrecken. Davon wiederum fühlte sich Ankara bedroht und kündigte mehrfach an, diese Raketen als *casus belli* zu betrachten und nicht zu zögern, sie zu bombardieren, sollte es zu einer Stationierung kommen. Auch die Regierung in Athen drängte Nikosia, die Raketenpläne fallen zu lassen. Diese liefen darüber hinaus den Interessen der USA und der NATO zuwider, denn mit den vorgesehenen russischen Spezialisten hätte Moskau Einblick in sämtliche Flugbewegungen im östlichen Mittelmeerraum und im Nahen Osten erhalten. Ende 1998 schließlich gab die griechisch-zyprische Regierung dem internationalen Druck nach und verzichtete auf den Erwerb der S-300.

Die Wende der EU

Mitte der 1990er Jahre beschloss die Europäische Union im Grundsatz, Beitrittsverhandlungen mit Zypern aufzunehmen. Dies stellte eine Kehrtwende dar, hatte sie doch zuvor stets betont, Verhandlungen über einen Beitritt nur zu beginnen, wenn der Konflikt vorher geregelt würde – aus gutem Grund, ist doch die EU ein Bund souveräner, nicht durch Fremdherrschaft eingeschränkter Staaten. Dass die EU mit einem Mal von ihrem Grundsatz abrückte, lag an Griechenland. Athen drängte seit Langem auf Beitrittsverhandlungen mit Zypern. Da die EU nun die griechische Zustimmung zu ihrer geplanten Zollunion mit der Türkei benötigte, gab sie schließlich dem Drängen Athens nach. Nikosia bot an, Vertreter der türkisch-zyprischen Seite an den zyprischen Beitrittsverhandlungen mit der EU zu beteiligen. Das jedoch lehnte der »Präsident« der TRNC, Rauf Denктаş, ab. Da Zypern aus türkisch-zyprischer Sicht zweigeteilt war, Nikosia aber für sich in Anspruch nahm, die gesamte Insel zu vertreten, hielt er die Verhandlungen als solche für einseitig und illegal. Lange unterstützte die Türkei diese Sichtweise. Dennoch schien sich die politische Elite in Ankara in der Zypernfrage nie ganz

zwischen zwei Optionen entscheiden zu können: Die eine zielte darauf ab, im Namen nationaler strategischer Interessen die Militärpräsenz auf Zypern zu festigen, um die TRNC gegebenenfalls in das türkische Staatsgebiet einzugliedern, die andere dagegen verstand die TRNC als ein Faustpfand, um die eigenen Europaaspirationen durchzusetzen.

Als die EU auf ihrem Gipfel im Dezember 1997 beschloss, mit Zypern Beitrittsverhandlungen zu beginnen, nicht aber mit der Türkei, hatte sie gute Gründe dafür. Zum einen war die Türkei, was die Beachtung von Menschen- und Bürgerrechten betraf, weit davon entfernt, die Kopenhagener Kriterien zu erfüllen. Auf Zypern traf dies nicht zu. Zum anderen setzte Griechenland die EU massiv unter Druck. Das Prinzip der Einstimmigkeit in der EU verleiht jedem Mitglied ein Vetorecht. Die griechische Regierung nutzte ihr Vetorecht, indem sie ankündigte, die gesamte Osterweiterung der EU zu blockieren, sollte die Union keine konkrete Zusage für Beitrittsverhandlungen mit Zypern machen. 1994 bis 1996 hatten Tschechien und Slowenien, Ungarn, Polen, Rumänien, Bulgarien, die Slowakei sowie die drei baltischen Staaten Aufnahmeanträge gestellt. Da die EU die rasche Eingliederung der mittelosteuropäischen Länder für das vorrangige Mittel hielt, um deren dringend gebotene Demokratisierung und sozioökonomische Transformation zu stabilisieren, gab sie dem griechischen Drängen nach und begann 1999 auch mit Zypern über einen Beitritt zu verhandeln. Ankara seinerseits drohte der EU zwar kurzzeitig mit Konsequenzen. Jedoch zögerte die Türkei, konkrete Schritte zu unternehmen, weil sie die eigene europäische Perspektive – eine Maxime der türkischen Politik seit Kemal Atatürks revolutionärem Bestreben, das Land politisch und kulturell zu verwestlichen – nicht gefährden wollte. Kurz vor dem EU-Gipfel im Dezember 2001 gab die türkische Regierung Denktaş unumwunden zu verstehen, dass sie nicht bereit war, die eigene EU-Beitrittsperspektive für die TRNC zu opfern.

Tauwetter zwischen Ankara und Athen

In Griechenland gewann 1996 Kostas Simitis, Nachfolger von Andreas Papandreou als Vorsitzender der PASOK (Panhellenische Sozialistische Bewegung), die Parlamentswahlen und wurde Ministerpräsident. Der überzeugte Europäer bemühte sich umgehend, Griechenlands Beziehungen zu seinen Nachbarn zu verbessern. Er lud die Balkanstaaten zu einem Gipfeltreffen auf Kreta ein und regte an, strittige Fragen friedlich zu regeln und die Wirtschaftskooperation in der Region zu forcieren. Auf dieser Konferenz, an der neben Griechenland die Türkei, Serbien, Albanien, Mazedonien, Rumänien und Bulgarien teilnahmen, kam es zu zwei historischen Begegnungen: Zum ersten Mal seit 1948 trafen sich die Repräsentanten Serbiens und Albaniens. Und Simitis sprach mit dem türkischen Ministerpräsidenten Mesut Yılmaz, der ihn daraufhin nach Ankara einlud. Zuletzt hatte ein griechischer Ministerpräsident die türkische Hauptstadt 1959 besucht.

Gegen diesen neuen Kurs der Entspannung gab es zunächst erhebliche Widerstände. Die lange Gewöhnung an konfrontative nationalistische Rhetorik wirkte sowohl in Griechenland als auch in der Türkei nach. In Griechenland widersetzen sich die Opposition, die seit jeher nationalistisch geprägte griechisch-orthodoxe Kirche, aber auch Nationalisten in der Regierungspartei PASOK dem neuen Kurs. Auch die häufigen Koalitionswechsel in Ankara erschwerten die Entspannungsbemühungen, weil dort relevante Kräfte des Establishments, vor allem im Militär, weiterhin eine streng nationalistische Politik verfolgten, die wenig Kompromisse zuließ. Anfang 1999 kam es zu einer akuten Krise zwischen Athen und Ankara, als der türkische Geheimdienst den flüchtigen Kopf der kurdischen PKK, Abdullah Öcalan, in Nairobi festnahm. Öcalan hatte dort ausgerechnet in der griechischen Botschaft Unterschlupf gefunden. Der in diese Geschichte verstrickte griechische Außenminister, ein »Hardliner«, musste zurücktreten.

Nachfolger wurde der EU-freundliche Giorgos Papandreou. Dessen Politik, die auf Kooperation statt auf harte nationale Konfrontation setzte, erfuhr bald unverhoffte Unterstützung aus der Bevölkerung. Ein Erdbeben in der türkischen Marmara-Region

im August 1999 löste eine Welle spontaner griechischer Hilfsbereitschaft aus. Zum Dank spielte die Fußballmannschaft Galatasaray-Istanbul in einem Benefizspiel in Thessaloniki, was ein Novum darstellte. Und ein paar Tage danach kam es nach einem Erdbeben bei Athen zu beeindruckenden Gesten der Solidarität auf türkischer Seite. Im Zeichen dieses Stimmungsumschwungs brach Athen mit seiner Vetopolitik gegen die Türkei und gab der EU den Weg frei, Ankara eine Beitrittsperspektive zu eröffnen.

Die griechische Entspannungsoffensive verfolgte, auch vor dem Hintergrund des Generationswechsels in der Regierungspartei noch ein anderes Motiv: Das Interesse, sich an der Europäischen Währungsunion zu beteiligen, ließ es Athen geraten erscheinen, sein schwieriges und durch die Blockadedrohungen angespanntes Verhältnis zur EU-Kommission in Brüssel zu verbessern. Zudem intensivierten sich in den 1990er Jahren die Beziehungen Griechenlands mit seinen Nachbarstaaten rapide. Griechenland und die Türkei schlossen eine Reihe bilateraler Abkommen: Sie beinhalteten Kooperation in der Schifffahrt, eine Eisenbahnverbindung von Thessaloniki nach Istanbul, modernisierte Zollsysteme und wissenschaftliche Zusammenarbeit. Lediglich der Disput um die territoriale Hoheit in der Ägäis und der Zypernkonflikt blieben von dieser Annäherung ausgeklammert. Doch relativierte das politische Tauwetter auch die kompromisslose türkische Haltung in der Zypernfrage. Die Perspektive eines EU-Beitritts genoss in Ankara Priorität vor den Belangen Nordzyperns.

Der Annan-Plan und der EU-Beitritt

Die Beitrittsverhandlungen der EU mit Zypern suchte UN-Generalsekretär Kofi Annan als willkommene Gelegenheit zu nutzen, um mit einer neuen Initiative der Vereinten Nationen endlich eine Regelung des Zypernkonflikts in Gang zu bringen. Er unternahm eine Offensive diplomatischer Gespräche mit den Regierungen in Athen und Ankara sowie mit Glafkos Cleridis und Rauf Denktaş, den beiden Repräsentanten der geteilten Insel. Parallel dazu ließ er einen umfassenden Lösungsvorschlag, den Annan-Plan, ausarbeiten. Dieser sah vor, Zypern in eine Konfö-

deration weitgehend selbstständiger Teilstaaten umzuwandeln (siehe dazu den Beitrag zur geteilten Insel von Hubert Faustmann).

Die türkische Regierung drängte Denktaş zu Verhandlungen. Denn sie befürchtete, dass der anstehende EU-Beitritt Zyperns die eigene Beitrittsperspektive verschließen könnte, wenn die Insel der Union beitrete, ohne vorher eine einvernehmliche Lösung zur Beilegung des Volksgruppenkonflikts und zur Frage Nordzyperns erzielt zu haben. Sowohl Cleridis als auch Denktaş sollten daher noch vor dem entscheidenden EU-Gipfel im Dezember 2002 dem Annan-Plan zustimmen. Kofi Annan wiederum wollte den Zeitdruck nutzen, um die immer wieder stockenden Gespräche voranzutreiben. Eine besonders günstige Gelegenheit sah er nach den Parlamentswahlen in der Türkei, welche die parteipolitische Landkarte regelrecht umgewälzt hatten. Die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) von Recep Tayyip Erdoğan hatte eine komfortable Zweidrittelmehrheit gewonnen. Und Erdoğan kündigte auf seiner ersten Europareise an, die »Ära der Falken« sei jetzt vorbei. Nun gelte es, selbstkritisch die Zypernpolitik der letzten vierzig Jahre zu bilanzieren. Erdoğan drängte Denktaş wiederholt, eine konstruktive Lösung auf der Grundlage des Annan-Plans zu suchen. Doch genoss Denktaş noch immer die Protektion führender Militärkreise in Ankara, weshalb er mit deren Rückendeckung die Vereinbarung für eine Zypernlösung im März 2003 scheitern ließ. Annan musste enttäuscht einräumen, dass seinem Plan der Erfolg vorerst versagt blieb.

Zyperns EU-Beitritt ohne Lösung des Konflikts

Trotz des gescheiterten Annan-Plans gelang es Erdoğan kurz darauf, das Militär, für die Kemalisten der traditionelle Hüter der Verfassung, der zivilen politischen Kontrolle zu unterstellen. Auch in der Zypernfrage gewann er die Machtprobe mit den »Falken« der kemalistischen Elite. Seine Regierung befürwortete offen die Wiederaufnahme von Verhandlungen mit Nikosia und zeigte sich entschlossen, alle Hindernisse für Beitrittsverhandlungen der Türkei mit der EU einschließlich des Zypern-



picture-alliance/dpa/dpaweb | epa stringer

Griechische Zypriern unterstreichen am 24. April 2004 Ihre mehrheitliche Meinung zur Ablehnung des Annan-Plans (oben), wohingegen türkische Zypriern (unten) den erfolgreichen Ausgang ihres Referendums zur Annahme des Plans bejubeln.



picture-alliance/dpa/dpaweb | epa stringer

problems beiseite zu räumen. Dabei spielte Erdoğan auch die innere Entwicklung in Nordzypern in die Hände. Denn nun begannen, von den Veränderungen in Athen und Ankara beflügelt, viele Kräfte im Norden Zyperns auf eine Verhandlungslösung zu dringen. Sie hofften, von den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Vorteilen eines EU-Beitritts ebenfalls zu profitieren. Und sie mobilisierten Demonstrationen mit Zehntausenden von Teilnehmern, bis zu einem Viertel der gesamten Bevölkerung der TRNC, gegen die Obstruktionspolitik ihres Präsidenten Denktaş, der Jahrzehnte lang unangefochten die Politik in Nordzypern bestimmt hatte. Ihre blauen EU-Fahnen ließen wenig Zweifel an der Zielsetzung, die sich auch aus der ökonomischen Misere Nordzyperns ergab. Während der reiche griechisch-zyprische Süden fast 80 Prozent des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens der EU erzielte, betrug dieses im Norden gerade einmal ein Drittel davon. Das Embargo ließ die TRNC seit 1974 fast nur mit der Türkei Handel treiben. Und während der Tourismus im Süden seit Jahren boomte, lag er im Norden, der nicht am direkten internationalen Luftverkehr teilnehmen konnte, seit 1974 darnieder. So sah die Mehrheit der türkischen Zyprier im Annan-Plan einen Türöffner, der auch sie in die reiche EU führen und sie so aus ihrer internationalen Isolierung befreien könnte.

Der bevorstehende EU-Beitritt Zyperns wurde zusammen mit dem von neun weiteren Beitrittsländern am 16. April 2004 in Athen beschlossen, was den Lauf der Dinge beschleunigte. Nur acht Tage später waren die Wählerinnen und Wähler Zyperns in zwei getrennten Volksabstimmungen aufgerufen, über den Annan-Plan zu entscheiden. Nun verkehrten sich die Positionen: Die türkisch-zyprische Bevölkerung, die bislang eine Einigung mit der Regierung in Nikosia stets abgelehnt hatte, votierte mit rund 65 Prozent für den Plan und desavouierte so ihren »Hardliner« Denktaş. Dagegen lehnte die griechische-zyprische Bevölkerung den Annan-Plan mit der überwältigenden Mehrheit von 75 Prozent ab. Anders als Denktaş genoss ihr Präsident Tassos Papadopoulos mit seiner wenig kompromissbereiten Haltung hohes Ansehen. Viele vertrauten zudem darauf, dass ihnen die EU-Mitgliedschaft mit Blick auf Gesamtzypern später eine vorteilhaftere Regelung bringen werde, und sie sahen keinen Grund, von ihrer starken Position durch Teilung der Macht abzurücken.

Eine Woche später, am 1. Mai 2004, wurde Zypern Mitglied der Europäischen Union. In Wirklichkeit wurden es aber nur drei Fünftel der Insel, da Nordzypern wegen der anhaltenden Teilung bis heute faktisch weiterhin eine völkerrechtlich ungeklärte Entität ist. Daran vermochte weder die letzte politische Tat von Rauf Denktaş, nämlich die Öffnung der zuvor hermetisch abgeriegelten innerzyprischen Grenze, der *Green Line*, etwas zu ändern, noch die Tatsache, dass auch die Zypriern im Norden seit 2004 de jure EU-Bürger sind.

Bruno Schoch



Als die Republik Zypern am 1. Mai 2004 gemeinsam mit neun anderen Staaten der Europäischen Union beiträt, ging die Gemeinschaft davon aus, das neue Mitglied könnte der Union zwar Probleme wegen der seit 1974 anhaltenden Teilung der Insel bereiten. Jedoch war man in Europa der Auffassung, dass der von den griechischen Zypriern bewohnte Südteil der Insel ökonomisch und finanziell gefestigt sei. Es schien seinerzeit unvorstellbar, Zypern neun Jahre später wegen eines drohenden Finanzkollapses mit einem Rettungsprogramm beistehen zu müssen. Auch unterschätzte die EU in ihrer Erweiterungseuphorie die Auswirkungen der zyprischen Mitgliedschaft auf ihr Verhältnis zur Türkei.

Im Frühjahr 2013 rechnete die EU mit einer Schrumpfung der zyprischen Wirtschaft um mindestens 10 Prozent.

Der Mann auf dem Foto versucht, mit Straßenmusik etwas Geld zu verdienen. Das Geschäft hinter ihm bietet – möglicherweise wegen drohender Insolvenz – einen Räumungsverkauf an.

Politisches und wirtschaftliches »Sorgenkind« der Europäischen Union

Obwohl die Verfassung des 1960 gegründeten Staates Zypern ein ausgeklügeltes Proporzsystem für ein einvernehmliches Zusammenleben der griechischen und türkischen Zyprer etabliert hatte, konnte dieses Ziel nicht erreicht werden. Die Konflikte zwischen beiden Volksgruppen eskalierten bereits zu Beginn der 1960er Jahre und mündeten schließlich 1974 in die Intervention und Invasion türkischer Truppen. Seit dieser Zeit ist die Insel geteilt. Der UN-Sicherheitsrat hatte mit seiner Resolution 186 im Jahr 1964 die damalige Regierung von Erzbischof Makarios III. und ihrer Nachfolger als einzig legitime Vertretung Zyperns anerkannt. Nachfolgende UN-Resolutionen bekräftigten diese Rechtsposition. Somit kam der griechisch-zyprischen Seite ein Alleinvertretungsanspruch zu. Die EU schloss sich der Position der Vereinten Nationen an und führte Beitrittsverhandlungen ausschließlich mit den Repräsentanten der griechischen Zyprer. Nolens volens war die EU damit von Anfang an in die inner-zyprischen Auseinandersetzungen verstrickt. Die Vertreter der türkischen Zyprer bestreiten bis heute den Alleinvertretungsanspruch der (griechisch-zyprischen) Regierung in Nikosia und gehen davon aus, dass die von Makarios im Jahr 1963 verfolgte Änderung der Verfassung (»13-Punkte-Programm«) die Grundlagen des gemeinsamen Staates zerstört habe. Nach Ansicht der türkischen Zyprer hat die Republik Zypern seit diesem Zeitpunkt in ihrer ursprünglichen Form nicht mehr bestanden, sondern sich in zwei Staaten geteilt.

EU-Beitritt eines geteilten Landes und dessen Implikationen

Vielfältige Bemühungen – vor allem von Seiten der Vereinten Nationen – zur Beilegung des Zypernkonflikts blieben erfolglos. Die Bereitschaft der EU zur großen Erweiterungsrunde Anfang der 2000er Jahre bot die Gelegenheit, die Konfliktbeilegung mit

der EU-Perspektive zu verbinden. Es ergab sich die vermutlich einmalige historische Chance, die Wiedervereinigung zu realisieren, weil beide Volksgruppen großes Interesse an einem Beitritt zur Gemeinschaft der Europäer bekundeten. Die türkischen Zypriern rechneten damit, dass die EU nach dem Eintritt des Landes nicht länger einseitig die Interessen der griechischen Zypriern berücksichtigen werde.

2002 startete UN-Generalsekretär Kofi Annan den Vermittlungsprozess zwischen griechischen und türkischen Zypriern, der zwei Jahre später schließlich zum Annan-Plan führte. Das Konzept zielte darauf ab, ein wiedervereintes Zypern als neues Mitglied in die EU aufzunehmen.

Als Zypern im Jahr 1990 seinen Beitritt zur damaligen Europäischen Gemeinschaft (EG) beantragt hatte, hatte jene eher zurückhaltend reagiert. Drei Jahre später bescheinigte die EU-Kommission Zypern in ökonomischer Hinsicht zwar weitgehende Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft. Jedoch standen Vorbehalte wegen des ungelösten Konflikts im Raum. Es gelang Griechenland aber, sich gegenüber der EU durchzusetzen. Das Land betrachtete sich selbst als Schutzherr über die Insel. Athen forderte unter Verweis auf sein Stimmrecht bei der Herstellung einer Zollunion zwischen der EU und der Türkei erfolgreich, die zyprische Konfliktfrage nicht an Beitrittsverhandlungen der Insel zu koppeln. Der Europäische Rat erklärte daher auf seiner Tagung auf der Insel Korfu 1994, Zypern werde in die nächste Erweiterungsrunde einbezogen werden.

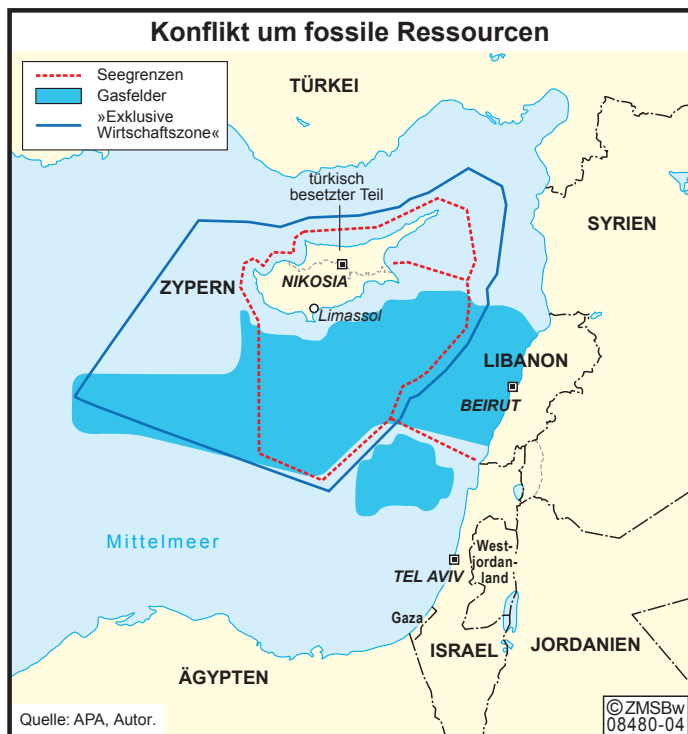
Als 2004 der Annan-Plan beiden Volksgruppen zur Abstimmung vorgelegt wurde, eröffnete sich für die EU eine Möglichkeit, das Dilemma zu überwinden, einerseits nur mit den Vertretern der griechischen Zypriern zu verhandeln, andererseits aber ein vereintes Zypern aufzunehmen. Allerdings blieb die Inkraftsetzung des EU-Rechts auf Nordzypern eine offene Frage. Zwar befürworteten die türkischen Zypriern am 24. April 2004 mehrheitlich den Annan-Plan. Dies traf jedoch nicht auf die griechischen Zypriern zu. Aus deren Sicht war der Inhalt des Entwurfs ungerecht und in der Praxis kaum realisierbar. Folglich trat ein geteiltes Zypern der EU bei, das von der (griechisch-)zyprischen Regierung in Nikosia repräsentiert wurde und in dem der rechtliche Besitzstand der EU (*acquis communautaire*) nur im

Süden der Insel zur Anwendung gelangte. Mit der Ablehnung des Annan-Plans hatte Europa jedoch seinen wichtigsten Anreiz aus der Hand gegeben, die Teilung der Insel zu überwinden. Darüber hinaus strapazierte die Ablehnung des Konzepts durch die griechischen Zyprrer die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei. Letztere hatte den Annan-Plan mit Rücksicht auf die türkisch-zyprischen Bevölkerung, vor allem aber auch mit dem Ziel eines späteren eigenen EU-Beitritts aktiv unterstützt.

Erdgassuche und Konflikte mit der Türkei

Der Anspruch der Regierung in Nikosia, legitime Vertreterin von ganz Zypern zu sein, hat bis heute immer wieder zu Konfrontationen mit der Türkei geführt. Diese Konflikte sind dementsprechend auch zu einem Problem der EU geworden, deren Verhältnis zur Türkei seit dem Beitritt Zyperns ohnehin belastet ist.

Die Entdeckung von Erdgasfeldern rund um die Insel stellt dabei ein zusätzliches Spannungsfeld dar. Schon 2009 wurden vor der Küste Israels größere Erdgasvorkommen entdeckt. Es wird vermutet, dass im östlichen Mittelmeer etwa 3,5 Billionen Kubikmeter Erdgas auszubeuten sind, womit die Abhängigkeit Europas von Russland erheblich reduziert werden könnte. Damit diese Vorräte ausgebeutet werden können, müssen Abkommen zwischen den beteiligten Staaten geschlossen werden. Einerseits unternimmt die griechisch-zyprische Seite wenig, um sich der türkisch-zyprischen Seite anzunähern. Andererseits spricht die Türkei der Republik Zypern das Recht ab, ohne Beteiligung der türkischen Zyprrer ein Abkommen über die exklusive Wirtschaftszone mit anderen Staaten zu schließen. Die Türkei akzeptiert nicht die zwischen der Republik Zypern und Ägypten, dem Libanon und Israel geschlossenen Abkommen über die Einrichtung einer exklusiven Wirtschaftszone. Ebenso fordert Ankara von Nikosia, sämtliche Erlöse aus dem Erdgasgewinn proportional zwischen den griechischen und den türkischen Zyprrern aufzuteilen. Der griechisch-zyprische Vorschlag, die Gewinne erst dann zu verteilen, wenn es zu einer Wiedervereinigung gekommen sei, und die Erlöse bis zu diesem Zeitpunkt auf einer Art Sperrkonto anzulegen, fand weder bei den türki-



schen Zypern noch in Ankara Zustimmung. Auf internationalen Druck hin fand sich die Regierung in Nikosia schließlich zu vagen Zugeständnissen bereit, ohne allerdings den türkischen Zypern Mitspracherechte einzuräumen. Als Antwort auf das Vorgehen Nikosias hat Ankara mit Nordzypern ein eigenes Abkommen geschlossen, um auf dieser Basis türkische Bohrungen in der umstrittenen Zone vorzunehmen. Der Konflikt ähnelt in dieser Hinsicht sehr den griechisch-türkischen Spannungen um Bohrrechte in der Ägäis.

Undurchsichtige Wirtschaftssektoren: Offshore-Zentren und Finanzinstitutionen

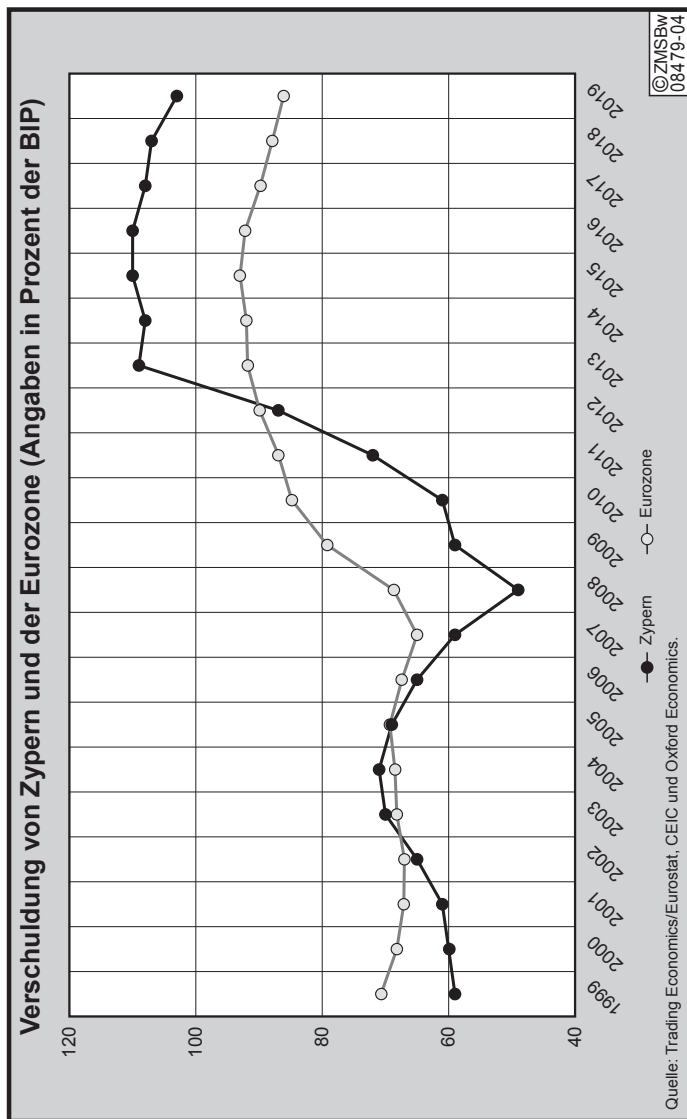
Unter dem Begriff »Offshore-Finanzplatz« werden Standorte verstanden, die sich durch niedrige Steuern sowie ein hohes Maß an Verschwiegenheit und Geheimhaltung auszeichnen. Die Entrichtung hoher Steuersätze in den jeweiligen Heimatländern kann von Unternehmen auf diese Weise umgangen werden. Informationen über Finanztransaktionen und Eigentumsverhältnisse werden der Öffentlichkeit gezielt vorenthalten. Regulierung und Aufsicht des Finanzsektors werden auf ein Minimum reduziert, wohingegen dem Bankgeheimnis besonders hohe Bedeutung beigemessen wird. Politisch stabile Staaten bieten Offshore-Anlegern die gewünschte Rechtssicherheit, die instabile Regionen der Welt nicht bieten können. Banken, Versicherungen und andere Finanzdienstleister lassen sich in stabilen Staaten nieder und gründen mitunter eigene Firmen, die einen Teil der Geschäfte abwickeln. Zum einen lassen sich dadurch Haftungsverpflichtungen verringern, zum anderen aber auch gesetzeswidrige Aktivitäten verschleiern. Reedereien nutzen bisweilen Offshore-Plätze zur Registrierung ihrer Schiffe, um arbeitsrechtliche Vorschriften ihrer Heimatländer zu umgehen. Kritisiert werden Offshore-Finanzplätze aber vor allem wegen ihrer Eignung als Steueroasen, die unter dem Siegel der Verschwiegenheit die Steuerhinterziehung in anderen Ländern begünstigen. Auch Geldwäscheaktivitäten von Mafiaorganisationen und anderen kriminellen Vereinigungen können in diesem Zusammenhang erleichtert werden. Wegen der schwachen Finanzaufsicht kann dadurch langfristig die Stabilität des jeweiligen Finanzmarkts eines Offshore-Staats gefährdet werden.

1998 vermerkte die Europäische Kommission in ihrem Fortschrittsbericht, Zypern habe zwar Fortschritte im Binnenmarktbereich durch die Übernahme des *acquis communautaire*, der vollständigen Übernahme des EU-Rechts erreicht. Jedoch bleibe die Kontrolle der Finanzaktivitäten im Offshore-Bereich unzulänglich. In diesem Zusammenhang stellte die Kommission Defizite im Umgang mit dem allgemein geltenden Bankenrecht auf dem zyprischen Binnenmarkt fest. Indes war das Problem nicht

neu. Bereits im Jahr 1993 hatte die Europäische Kommission anlässlich des zyprischen Beitrittsgesuchs auf die Schwierigkeiten des überaus großen Offshore-Sektors hingewiesen. Sie ging damals davon aus, dass rund 13 000 Unternehmen, überwiegend aus der Russischen Föderation, sich auf Zypern niedergelassen hatten, um die Vorteile des Offshore-Geschäfts in Anspruch zu nehmen. Die Kommission forderte Nikosia daher auf, diesen Sektor stärker zu regulieren. Allerdings deutet vieles darauf hin, dass diese Aufforderung auch nach dem EU-Beitritt der Republik Zypern nur bedingt umgesetzt wurde. Der im Jahr 2013 drohende Zusammenbruch des zyprischen Finanzsystems war nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass Unternehmen und Personen aus dem Ausland Kapital nach Zypern transferierten, um einer strengeren Überwachung in ihren Heimatländern zu entgehen. Jene Offshore-Aktivitäten trugen dazu bei, den zyprischen Finanzsektor aufzublähen. Dementsprechend war dieser Bereich überaus schwierig zu kontrollieren. Bis zur Umstrukturierung des zyprischen Bankenwesens im Jahr 2013 galt Zypern unter russischen Oligarchen und Magnaten als beliebteste Adresse für Offshore-Aktivitäten. Das britische Wirtschaftsmagazin »Forbes« listete auf, dass russische Offshore-Investitionen zeitweise bis zu 9,7 Milliarden US-Dollar umfasst hatten.

Heute hat Zypern nach der Reform des Bankensystems als Finanzplatz für Offshore-Aktivitäten deutlich an Bedeutung verloren. Für Reedereien ist die Insel aber ein bevorzugter Ort zur Registrierung ihrer Schiffe geworden. Die Republik zählt heute zu den zehn führenden Seenationen der Welt. Reedereien müssen weder Gewinne aus dem Betrieb der in Zypern registrierten Schiffe versteuern, noch entfallen Steuern auf Dividenden der Reedereien. Dementsprechend fehlen derartige Einnahmen im Haushaltsbudget des kleinen Landes.

Der Konvergenzbericht der Europäischen Kommission berichtete 2007 noch optimistisch darüber, dass das Haushaltsdefizit Zyperns auf lediglich 1,4 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) gesenkt worden war und damit unterhalb der von der EU gesetzten Grenze von 3 Prozent lag. Die Staatsverschuldung hatte 2006 mit 65,3 Prozent des BIP die zulässige Höchstgrenze von 60 Prozent nur geringfügig übertroffen. Diese Zahlen spiegelten jedoch nicht die Gefahren wider, die der Republik



aus ihrem aufgeblähten und instabilen Finanzsektor erwachsen waren. Zypern hatte seine Staatsverschuldung lediglich in denjenigen Jahren senken können, die für eine Aufnahme in die Europäische Währungsunion relevant waren. Nach seiner Aufnahme in die Eurozone 2008 stieg der Schuldenberg Zyperns wieder auf den hohen Stand früherer Jahre an.

Als Griechenland bereits im Oktober 2009 eingestehen musste, seine Schuldenlast nicht länger schultern zu können, und das Land keinen Zugang mehr zu den privaten Finanzmärkten erhielt, war es fortan auf Unterstützung durch die Euro-Partner und den Internationalen Währungsfonds (IWF) angewiesen. Irland, Portugal, Spanien und schließlich auch Zypern gerieten in eine ähnlich ernste Lage.

Die Kernursache für Zyperns Entwicklung zum Sanierungsfall im Euroraum lag zunächst weniger in der Höhe seiner Staatschulden als vielmehr in der überdimensionalen Expansion seines Finanzsektors. Im Jahr 2012 stand Zypern hinter Luxemburg und Malta auf Rang 3 der Länder mit den weltweit größten Bankwesen. Kreditinstitute auf der Insel verfügten über Einlagen, die dem siebenfachen Wert des BIP Zyperns entsprachen. Auffälligerweise war der Bankensektor nach dem Beitritt des Landes zur EU noch gewachsen, obwohl die Europäische Kommission Zypern bereits im Jahr 1998 aufgefordert hatte, seine Wirtschaftsentwicklung nicht einseitig auf den Finanzsektor auszurichten. Im Jahr 2004 hatten die Einlagen lediglich den vierfachen Wert des BIP betragen.

Die Finanzlage Zyperns wurde 2012 insofern kritisch, als die Verschuldung auf 85,5 Prozent und das Haushaltsdefizit auf 6,3 Prozent des BIP anstiegen und gleichzeitig die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Landes sank. Um die wachsenden Staatsausgaben unter Kontrolle zu bringen, wäre es erforderlich gewesen, die Einkommen stärker an der Produktivitätsentwicklung auszurichten und die Finanzierung der Rentenkassen durch Beitragsanpassungen zu stabilisieren. Zu solchen Korrekturen sah sich Präsident Dimitris Christofias in seiner Amtszeit zwischen 2008 und 2013 aber nicht in der Lage, weil er den Konflikt mit den Gewerkschaften scheute.

Da die Eigenkapitalquote im zyprischen Bankenwesen relativ niedrig lag, waren die heimischen Kreditinstitute für Stö-

rungen auf dem Finanzsektor besonders verwundbar. Dementsprechend traf die weltweite große Rezession ab 2009 die Insel hart. Sowohl die Zentralbank als auch die zyprische Regierung hatten keine hinreichenden Instrumente entwickelt, um den risikobehafteten Bankensektor steuern zu können. Zyprische Banken hatten wegen der Aussicht auf hohe Renditen griechische Staatsanleihen in Höhe von rund 40 Prozent des zyprischen BIP gekauft. Die Institute investierten selbst dann noch in Griechenland, als der dortige fiskalische Zusammenbruch offenkundig war. Die als notwendig erachtete Umstrukturierung und Verkleinerung des zyprischen Bankenwesens erfolgte erst, nachdem das Land seinen Antrag auf einen Hilfskredit der Euro-Partner und des IWF gestellt hatte.

Obwohl im Februar 2012 deutlich geworden war, dass Zypern ohne externen Finanzbeistand seine Probleme nicht würde lösen können, hatte Präsident Christofias den Antrag lange hinausgezögert. Immer wieder hatte er als Alternative auf einen russischen Kredit gehofft, um auf diese Weise unliebsame Auflagen der europäischen Kreditgeber und des IWF vermeiden zu können. Russland hatte Zypern im Dezember 2011 einen Kredit in Höhe von 2,5 Mrd. Euro zu moderaten Zinsen zur Verfügung gestellt. Ein weiteres Mal war man in Moskau dazu jedoch nicht mehr bereit. Nikosia verlor lediglich Zeit und konnte seine Verhandlungen mit der Euro-Gruppe und dem IWF erst mit rund einjähriger Verzögerung abschließen.

Davon abgesehen lösten die Finanzhilfen neue Probleme aus. Es kam zu Auseinandersetzungen zwischen der Europäischen Zentralbank (EZB) und der zyprischen Regierung. Jene warf der EZB vor, marode Banken auf der Insel mit Krediten zu versorgen, damit aber letztendlich nur ausländische Investoren und Spekulanten zu entschädigen, die daraufhin im Jahr 2012 begannen, rund 10 Mrd. Euro von der Insel abzuziehen. Nicht zuletzt stammten Teile der Bankeinlagen aus unlauteren Quellen. Berichte des Expertenausschusses des Europarates für die Bewertung von Maßnahmen gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung, Moneyval, und der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte monierten die mangelnden Erfolge Zyperns im Kampf gegen Geldwäsche. Bis zur Finanzkrise hatten Investoren aus der Russischen Föderation rund 20 Mrd. Euro zweifelhafter Her-

kunft bei zyprischen Banken angelegt – eine Summe, die dem gesamten BIP Zyperns entsprach. Im März 2013 mussten die Euro-Partner und der IWF Zypern eine Finanzhilfe in Höhe von 10 Mrd. Euro zur Verfügung stellen, obwohl die Insel erst fünf Jahre zuvor den Euro als offizielle Währung eingeführt hatte.

Es dauerte zwei Jahre, bis Zypern 2015 die daraufhin eingeführten Kapitalverkehrskontrollen schließlich beenden und im März 2016 das Rettungsprogramm wieder verlassen konnte. Von den zugesagten 10 Mrd. Euro wurden 6,3 Mrd. Euro abgerufen. Zypern sanierte seinen angeschlagenen Staatshaushalt, indem der Staat die Gehälter des Öffentlichen Dienstes bis 2015 um 8 Prozent kürzte. Das Volumen des Bankensektors sank von 700 auf 420 Prozent des BIP. Seit 2016 kann sich Zypern – trotz einer Staatsverschuldung, die noch bei knapp 100 Prozent liegt – auf den Finanzmärkten wieder selbst finanzieren.

Konflikte mit der Türkei in der Flüchtlingsfrage

Als im Herbst 2015 der Flüchtlingsstrom nach Europa massiv zunahm, war auch Zypern davon betroffen. Zwischen den Jahren 2002 und 2016 wurden laut United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR) rund 54 000 Asylanträge gestellt, von denen rund 7000 bewilligt wurden. Die meisten Ankömmlinge stammten der Rangfolge nach aus Syrien, Palästina, der Ukraine, Ägypten, Somalia, dem Irak, Vietnam, Pakistan, dem Libanon und dem Iran. Im Jahr 2015 war gegenüber dem Vorjahr bei den Asylanträgen ein Anstieg von rund 10 Prozent zu verzeichnen. Allerdings waren die Flüchtlinge als solche nicht das Kernproblem. Die Zahl der Geflüchteten rangierte proportional zur Einwohnerzahl des Landes im EU-Vergleich lediglich im oberen Mittelfeld. Im Oktober 2015 kamen in der Republik Zypern rechnerisch 2,1 Asylbewerber auf 1000 Einwohner. Beim »Spitzenreiter« Ungarn betrug das Verhältnis 18 zu 1000. In Schweden kamen 11,5, in Österreich 8 und in Deutschland 4,5 Asylbewerber auf 1000 Einwohner.

Zypern weist zwar eine größere Nähe zu den Konfliktherden im Nahen Osten auf, aus denen ein Großteil der Flüchtlinge stammte. Jedoch bieten Inseln Menschen auf der Flucht weniger Möglichkeiten, in den von ihnen zumeist bevorzugten Norden und Westen Europas zu gelangen. Dementsprechend hielt sich der Flüchtlingsstrom nach Zypern in gewissen Grenzen. Problematisch stellte sich hingegen das Verhältnis zum türkischen Nachbarn dar. Als die EU versuchte, den Flüchtlingsstrom über die Ägäis mit Hilfe eines Abkommens mit der Türkei unter Kontrolle zu bringen, drohte die Zypernfrage kurzzeitig den Pakt zu verhindern.

Im März 2016 verkündete der griechisch-zyprische Präsident Nikos Anastasiades, sein Land werde weitere Beitrittsverhandlungen zwischen Ankara und Brüssel blockieren, falls die Türkei die Republik Zypern nicht zumindest durch die Öffnung türkischer Flughäfen und Häfen für (süd)zyprische Spediteure de facto anerkenne. Obgleich die Türkei den Flüchtlingspakt an der Frage ihres verwehrten EU-Beitritts nicht scheitern ließ, zeigte sich an dieser Stelle deutlich, dass Zypern vorerst weiterhin ein »Sorgenkind« der Europäischen Union bleiben wird.

Heinz-Jürgen Axt



picture alliance/AP Photo | Petros Karadjias

Das Foto zeigt den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan und den türkisch-zyprischen Volksgruppenführer Mustafa Akıncı im Oktober 2015 anlässlich der Inaugurationsfeier der neuen Trinkwasserpipeline Barış Suyu im Gespräch. Trotz Meinungsverschiedenheiten zwischen Akıncı und Erdoğan über das gegenseitige Verhältnis betrachtet sich die Türkei bis heute als Schutzherrin über Nordzypern und bringt dies im politischen Kontext auch unmissverständlich zum Ausdruck.

■ Die Zypernpolitik der Türkei

Die Zypernfrage hatte die Beziehungen der Türkei zum griechischen Nachbarn seit 1955 nachhaltig belastet und darüber hinaus zu folgenschweren Krisen in den amerikanisch-türkischen Beziehungen geführt. Insbesondere ab Mitte der 1990er Jahre sollte sie zu einer weiteren Herausforderung und zu einem Hindernis in der Weiterentwicklung des ohnehin schwierigen Verhältnisses zwischen der Türkei und der EU werden. Die durch den Zypernfaktor hervorgerufenen Kosten und Komplikationen in den türkischen Beziehungen des Landes zur Europäischen Union trugen maßgeblich zu Verschiebungen in der Zypernpolitik bei. Die negativen Einflussfaktoren der Zypernfrage auf die Beziehungen der Türkei zur EU und den damit verbundenen Nutzen einer Verhandlungslösung für Ankara gilt es daher im Folgenden näher zu beleuchten.

Nordzypern – eine nationale Angelegenheit mit Konsequenzen

Im Jahr 2015 brach zwischen Mustafa Akıncı, dem neugewählten Präsidenten der international nicht anerkannten Türkischen Republik Nordzypern (TRNZ), und dem türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan eine Kontroverse darüber aus, welche Beziehung zwischen der Türkei und der TRNZ bestehen sollte: Akıncı hatte sich vor den Wahlen in Nordzypern dafür ausgesprochen, das Narrativ eines Verhältnisses zwischen einem türkischen »Mutterland« (*ana vatan*) und einem türkisch-zyprischen »Tochterstaat« (*yavru vatan*) aufzugeben. Es sei notwendig, nunmehr eine Beziehung zwischen zwei gleichberechtigten Bruderstaaten zu etablieren. Erdoğan zeigte sich empört über diese Aussage und verwies auf die Opfer, welche die Türkei für Nordzypern in der Vergangenheit erbracht habe und als Schutzmacht bis heute noch erbringe. Akıncı entgegnete daraufhin später, die »Tochter« wolle und müsse eines Tages erwachsen werden und in der Lage sein, auf eigenen Beinen zu stehen. In der

Tat erreichte Ankara in den mehr als vier vergangenen Dekaden seit der Invasion im Sommer 1974 – die aus türkischer Sicht einen legitimen und legalen Akt darstellte – weder eine völkerrechtliche Anerkennung Nordzyperns durch andere Staaten noch eine Beendigung der internationalen Isolation der türkischen Zyper. Auch eine Eingliederung des türkisch-zyprischen Teils in einen gemeinsamen Staat Zypern blieb aus, da eine Einigung mit den griechischen Zypern zu Konditionen, die für die türkische Seite annehmbar gewesen wären, nicht erzielt werden konnte. Folglich stellte die Fortführung des mit der Invasion von 1974 geschaffenen Status quo für die türkische Regierung und die türkisch-zyprische Führung zunächst die geeignetere Option, wenn nicht gar die Lösung an sich dar.

Allerdings verlor dieser Status quo im Laufe der Zeit zunehmend an Attraktivität und war mit steigenden Kosten verbunden. Der EU-Faktor trug maßgeblich dazu bei. Der Europäische Gerichtshof untersagte im Jahr 1994 mit seinem Urteil den türkischen Zypern, ihre Produkte und Waren auf Grundlage des zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Republik Zypern im Jahr 1972 geschlossenen Assoziationsvertrages zu vergünstigten Konditionen in die EG/EU auszuführen. Da die Union für Nordzypern den wichtigsten Handelspartner darstellte, erlitt die Wirtschaft der TRNZ schmerzhaft Einbußen. Eine weitere Verschärfung brachte der EU-Faktor mit der Entscheidung der Union im Jahr 1997, die Republik Zypern zum Beitrittskandidaten zu küren. Griechenland war 1981 der EG beigetreten und hatte dadurch seine Konflikte mit der Türkei um Zypern und die Ägäis zu einem »europäischen« Problem aufgewertet. Athen hatte im Jahr 1995 seine Zustimmung zum Abschluss einer Zollunion zwischen der EU und der Türkei von der europäischen Zusage abhängig gemacht, Beitrittsgespräche mit der Republik Zypern aufzunehmen. Des Weiteren drohte Griechenland, die für das Jahr 2004 geplante Osterweiterung der EU zu blockieren, sollte die Inselrepublik nicht ebenfalls Teil der Union werden. Der Beschluss des EU-Gipfels von Kopenhagen 2002 und der darauffolgende Beitritt Zyperns zur Union zwei Jahre später trugen den griechischen Forderungen Rechnung. Jedoch brachte er Ankara mit Blick auf die Frage eines EU-Beitritts der Türkei in Bedrängnis. Eine einvernehmliche Lösung der Zy-

pernfrage wurde nun zur festen Voraussetzung für eine Aufnahme der Türkei.

In der türkisch-zyprischen Bevölkerung wie auch in der Türkei selbst schienen diese Bedingungen tatsächlich den Willen und die Bemühungen zur Wiedervereinigung der Insel zu verstärken. Im Jahr 2002 gingen in Nordzypern 60 000 Menschen auf die Straße, um gegen die fehlende Kompromissbereitschaft des damaligen Präsidenten der TRNZ, Rauf Raif Denktaş, zu protestieren. Sie forderten eine Wiedervereinigung der Insel noch vor dem für Mai 2004 angesetzten EU-Beitrittstermin. Die Zahl der Demonstranten betrug rund ein Drittel der Gesamtbevölkerung Nordzyperns. In der Türkei wiederum hatte die Regierung von Bülent Ecevit zunächst versucht, einen EU-Beitritt der griechischen Zypriern mit Drohungen zu torpedieren. Sie ließ erkennen, dass die Türkei Nordzypern gegebenenfalls annektieren würde.

Im November 2002 wurde Ecevits Regierung jedoch von der neu gewählten AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) unter Recep Tayyip Erdoğan abgelöst. Die AKP strebte unter der Prämisse einer »Nullproblempolitik« in den Außenbeziehungen des Landes eine Lösung langjährig bestehender Konflikte und Streitigkeiten mit Nachbarländern an. Nach Ansicht der neuen Regierung hatten diese Auseinandersetzungen die politische und wirtschaftliche Entwicklung der Türkei deutlich gehemmt. Obgleich es solche Bestrebungen teilweise auch schon vorher gegeben hatte, waren in den Jahren nach der Regierungsübernahme der AKP in vielen außenpolitischen Feldern deutliche Änderungen in der Außenpolitik zu beobachten – so auch in der Zypernfrage. So setzte sich die neue Regierung trotz des Widerstands von Denktaş und der anfänglichen Ablehnung des türkischen Militärs für eine Neuauflage des Annan-Plans ein. Auch arbeitete sie auf eine Lösung der Zypernfrage noch vor dem EU-Beitrittstermin der griechischen Zypriern hin. Ihr Ziel bestand zum einen darin, auch den türkischen Zypriern den Eintritt in die EU zu ermöglichen. Zum anderen beabsichtigte die Türkei mit diesem Schritt, ihren eigenen Beitritt zu erleichtern. Obwohl sich die türkischen Zypriern ebenfalls mehrheitlich für eine Umsetzung des Annan-Plans aussprachen, kam eine Wiedervereinigung auf dieser Grundlage aber nicht zustande. Die Mehrheit der griechischen Zypriern lehnte die Endfassung des von UN-

Rauf Denktaş – politisches Oberhaupt der türkische Zyperer

Rauf Raif Denktaş gilt als wichtigste Politiker der türkischen Zyperer (nationale Eigenbezeichnung: Zyperntürken oder Inseltürken) der jüngeren Geschichte. Geboren wurde er im Januar 1924 in Paphos, wuchs auf bei den Großeltern und beim Vater, von Beruf Richter in Nikosia. Rauf Denktaş selbst wollte Veterinär werden, Jura oder Politik gehörten nicht zu seinen Ausbildungswünschen. Auf Drängen seines Vaters studierte er dann doch Rechtswissenschaften in London. Zu dieser Zeit verfasste er politische Artikel für die Zeitung *Halkın Sesi* von Fazıl Küçük, der zusammen mit Denktaş später die zentrale Rolle bei der Unabhängigkeit der türkischen Zyperer spielte.

1948 wurde Denktaş Rechtsanwalt Mitglied des Verfassungsrats, der für die britische Kolonialmacht in London eine etwaige Verfassung für Zypern erörtern sollte. Später wurde Denktaş Mitglied des Komitees für Türkische Angelegenheiten. 1957, mitten im Unabhängigkeitskampf der griechischen Zyperer, übernahm er den Vorsitz der Vereinigung türkischer Verbände und Organisationen Zyperns und kehrte so der Anwaltstätigkeit den Rücken. Ihm wird die Mitbegründung der türkischen Verteidigungsorganisation TMT (*Türk Mukavemet Teşkilatı*) zugeschrieben. Denktaş wurde nach Gründung der Republik 1960 Vorsitzender der türkischen Volksgruppenkammer und war infolgedessen besonders auf die türkischen Interessen Zyperns bedacht.

Nach den Verfassungsänderungen durch Makarios III. reiste er 1964 nach Ankara. Die griechische Führung in Athen verhinderte die Rückreise und Denktaş blieb bis 1968 im Exil. 1973 wurde er Nachfolger von Küçük im Amt des Vizepräsidenten. Nach der Zweiteilung Zyperns 1974 führte er die Gespräche mit Makarios, die zu den sogenannten Makarios-Denktaş-Leitlinien führten (1977), die bis heute Grundlage der Verhandlungen sind.

Im Jahr 1976 gründete Denktaş die konservative Nationale Einheitspartei UBP und wurde Präsident des inseltürkischen Föderativstaats (TFSC). In dieser Zeit trieb er die Unabhängigkeit des Nordens voran. 1983 proklamierte er nach Beschluss des Parlaments des TFSC die Türkische Republik Nordzypern, deren Präsident er 1985 wurde. 1990, 1995 und 2000 wurde er wiedergewählt. Denktaş trat fortan Zeit vehement dafür ein, keine Lösung zu akzeptieren, welche die politische

Gleichberechtigung der Türken nicht anerkennt. So lehnte er den UN-Friedensplan 2004 ab und trat 2005 nicht mehr an. Im Januar 2012 starb Denктаş, im Norden noch immer sehr geschätzt.

Uli Piller

Generalsekretär Kofi Annan vorgelegten Plans ab, wobei auch der griechisch-zyprische Präsident Tassos Papadopoulos für ein Nein zum besagten Plan geworben hatte.

Somit traten im Mai 2004 de facto lediglich die griechischen Zyprier der Europäischen Union bei. Angesichts der Zustimmung der türkischen Zyprier zum Wiedervereinigungsplan plädierte Annan jedoch dafür, deren Isolation zu beenden. Die EU selbst stellte nun Finanzhilfen für Nordzypren in Aussicht. Gleiches galt für die Aufnahme des Direkthandels mit dem Nordteil, der zumindest nach völkerrechtlichen Gesichtspunkten ebenfalls zur Europäischen Union gehörte. Während es der EU gelang, ihre Finanzhilfen durchzusetzen, wurde der Direkthandel nicht realisiert. Die griechisch-zyprische Seite fürchtete dadurch eine Aufwertung Nordzyprens und sucht daher bis heute den unmittelbaren Warenaustausch zu verhindern. Die Türkei wiederum macht die Wiederaufnahme des Direkthandels und die Zulassung von internationalen Flügen über den nordzyprischen Flughafen Ercan zu einer Vorbedingung für ihre eigene Zustimmung zur Öffnung türkischer Häfen und Flughäfen für griechisch-zyprische Schiffe und Luftfahrzeuge. Diese Haltung Ankaras und auch die damit verbundene Weigerung, das Zusatzprotokoll zum Assoziationsabkommen mit der EU im Fall der (von der Türkei nicht anerkannten) Republik Zypern anzuwenden, hatten bereits 2006 zu einer Entscheidung der EU geführt, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei teilweise auszusetzen. Darüber hinaus hat aber auch die Republik Zypern die Aufnahme von Verhandlungen in bestimmten Bereichen blockiert. Ferner verhindern die griechischen Zyprier das Zustandekommen eines Sicherheitsabkommens zwischen der Türkei und der EU. Gleiches gilt für die Einwilligung zur Inkraftsetzung eines Implementationsdokuments, welches die Grundlage für die Zusammenar-

beit zwischen der Europäischen Verteidigungsagentur und der Türkei bilden würde. Ankara wiederum blockiert in seiner Eigenschaft als NATO-Mitglied den Abschluss eines Sicherheitsabkommens zwischen dem Atlantischen Bündnis und der Republik Zypern. Die Insel kann somit nicht an der Kooperation zwischen der NATO und der EU teilhaben.

Die Zypernfrage stellt für die Türkei nicht den einzigen Stolperstein in ihren Beziehungen zur EU dar. Obgleich die Perspektive eines Beitritts derzeit nicht gegeben scheint und die Lösung des Zypernkonflikts nur eine von vielen Bedingungen für die Aufnahme des Landes in die Union darstellt, ist dennoch offensichtlich, dass die Zypernfrage auch die allgemeine Weiterentwicklung und den Ausbau der Beziehungen außerhalb des Rahmens der Beitrittsverhandlungen zwischen Ankara und der EU beeinflusst. Dies schließt bilaterale Beziehungen der Türkei zu den einzelnen Mitgliedsstaaten der Union ein. Zuletzt hat sich dies bei den Verhandlungen über das Flüchtlingsabkommen zwischen der EU und der Türkei in den Jahren 2015 und 2016 bestätigt. Ankara erklärte sich bereit, die Flüchtlingsbewegung in Richtung der EU einzudämmen und suchte im Gegenzug unter anderem die Zustimmung der griechischen Zypriern zur Aufnahme der Beitrittsverhandlungen bei blockierten Themengebieten zu erreichen. Nikosia indes knüpfte den erfolgreichen Fortgang des türkischen EU-Beitrittsprozesses weiterhin an eine einvernehmliche Lösung der Zypernfrage und an eine Normalisierung der Beziehungen der Türkei zur Republik Zypern. Obgleich die Türkei den Flüchtlingspakt deswegen nicht scheitern ließ, wird an diesem Beispiel deutlich, dass die Kooperation mit Europa in spezifischen Feldern abseits des Beitrittsprozesses vom Zypernfaktor nachhaltig tangiert werden kann.

Der Streit um fossile Ressourcen

Ein zusätzliches Problemfeld stellen die im östlichen Mittelmeer entdeckten Erdgasvorkommen dar. Diese Ressourcen haben weitere Spannungen um Zypern ausgelöst und eine Einigung in der Frage um die politische Zukunft der Insel erschwert. Aus türkischer Sicht besitzt die griechisch-zyprische Seite kein



picture alliance / AP Photo | Uncredited

Bohrinsel des US-amerikanischen Konzerns Noble Energy bei Bohrungen vor der Südküste Zyperns im Jahr 2011.

Recht, ohne die Beteiligung der türkischen Zyperer Verträge mit anderen Ländern zur Abgrenzung ihrer ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) abzuschließen oder Lizenzen für die Erkundung des Gewässerbodens und die Förderung von Erdgas oder Erdöl zu vergeben. Erschwerend kommt hinzu, dass sich Teile der von der Republik Zypern beanspruchten AWZ mit dem von der Türkei beanspruchten Festlandsockel überschneiden. Als Reaktion auf die griechisch-zyprische Vergabe von Bohrlizenzen an internationale Konzerne haben die Türkei und Nordzypern gleichfalls einen Vertrag über die Abgrenzung des Festlandsockels abgeschlossen. Damit einhergehend erteilte Nordzypern der türkischen Erdölgesellschaft TPAO die Genehmigung für die see- und landgebundene Suche nach Erdgas und Erdöl. Die von nordzyprischer Seite beanspruchte ausschließliche Wirtschaftszone überschneidet sich dabei teilweise mit den von den griechischen Zyperern beanspruchten Parzellen.

Da die griechischen Zyperer trotz der scharfen Proteste und Einsprüche der türkischen Seite internationale Konzerne mit der Suche und Förderung entdeckter Ressourcen beauftragten, startete die türkische Seite ebenfalls eine Exploration. Parallel dazu

begann die türkische Marine, die im Auftrag der Republik Zypern agierenden Konzerne an der Aufnahme von Bohrungen in umstrittenen Gewässern zu hindern. So wurde beispielsweise im Februar 2018 ein Schiff der italienischen ENI davon abgehalten, Arbeiten in einer der Parzellen der AWZ der Republik Zypern durchzuführen. Mitte März verließ das Schiff schließlich die Region, ohne die geplanten explorativen Bohrungen vorgenommen zu haben. Dieser Umstand könnte künftig auch zu Spannungen zwischen der Türkei und den Heimatstaaten der betroffenen Konzerne führen. Der Konflikt könnte insgesamt weiter an internationaler Brisanz gewinnen. So haben sich etwa Griechenland, die Republik Zypern und Israel seit 2010 einander angenähert, während die Beziehungen zwischen der Türkei und Israel mehrere Krisen durchliefen.

Insgesamt haben die Erdgasfunde bislang nicht die von vielen Beobachtern erhoffte positive Wirkung auf den Zypernkonflikt entfaltet, sondern diesen um eine zusätzliche Facette erweitert. Gleichzeitig aber haben sie die Kosten einer fehlenden Lösungsfindung auf Zypern für alle beteiligten Parteien, somit auch für die türkischen Zyprer und die Türkei weiter erhöht. Eine Wiedervereinigung würde zumindest den Ressourcenkonflikt zwischen den beiden Volksgruppen auf der Insel beenden und eine Lösungsfindung zwischen dem wiedervereinigten Zypern und der Türkei deutlich erleichtern. Zudem könnte eine Lösung der Zypernfrage und die Klärung der Streitigkeiten im Hinblick auf die Abgrenzung des Festlandsockels und der AWZ kostengünstigere und einfacher zu realisierende Optionen für die Vermarktung zyprischen Gases nach Europa über türkisches Territorium mit sich bringen. Gleichzeitig würde die Türkei für Europa als Energietransportroute zusätzlich an Bedeutung gewinnen.

Die Fortführung des Status quo auf Zypern stellt für die türkische Seite insgesamt weder das denkbar schlechteste noch ein optimales Szenario dar, während die hiermit verbundenen Kosten auch wegen des EU-Faktors über die Jahre deutlich gestiegen sind. Der EU-Faktor schafft somit gleichzeitig Anreize für eine Verhandlungslösung. In der Frage aber, wie eine solche Lösung am Ende aussehen könnte, konnten sich die beteiligten Parteien bis dato nicht einigen. Nach türkischer Vorstellung müsste sie in

erster Linie die Sicherheit und politische Gleichstellung der türkischen Zyprer gewährleisten sowie den Prinzipien der Bizonalität und Bikommunalität auf der Insel weitestgehend Rechnung tragen.

Hakan Akbulut



Allard Schager / Alamy Stock Foto

Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wirft aus völkerrechtlicher Perspektive eine ganze Reihe theoretischer sowie praktischer Fragen auf. Wie im Rahmen einer 2014 in Wien zum Zypernproblem stattfindenden Tagung bemerkt wurde, könnte man eine Lehrveranstaltung entwerfen, in der allein anhand des Sonderfalls Zypern das gesamte Völkerrecht behandelt würde. Dabei spielt freilich der Status der TRNZ als De-facto-Regime eine wesentliche Rolle innerhalb des Gesamtproblems.

Das abgebildete Foto zeigt einen innerzyprischen »Grenzübergang« an der Demarkationslinie vom südzyprischen Teil aus betrachtet.

■ Die Türkische Republik Nordzypern: Eine völkerrechtliche Betrachtung

Primäres Subjekt des Völkerrechts ist der Staat. Ein solcher besteht nach der klassischen Definition des österreichischen Staatsrechtlers Georg Jellinek (1851–1911) aus drei Elementen: Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt. Traditionell wird dabei auch die Frage diskutiert, ob es für das Vorliegen von Staatlichkeit der Anerkennung durch andere Staaten bedarf. Nach der bislang herrschenden deklarativen Theorie bedarf es lediglich des Vorliegens der drei Elemente, nach der konstitutiven Theorie bedarf es zusätzlich der Anerkennung. Unabhängig von dieser praxisfernen Schwarz-Weiß-Sicht bleibt ein »Staat«, der von der internationalen Gemeinschaft nicht anerkannt wird, letztlich isoliert. Die konstitutive Theorie findet sich auch in der oft zitierten Staatsdefinition des Artikels 1 der Konvention von Montevideo über Rechte und Pflichten der Staaten von 1933. Es handelt sich hier um die Fähigkeit, mit anderen Staaten in Beziehung zu treten.

Um nicht anerkannte Gebilde wie etwa die TRNZ zu erfassen, hat sich im völkerrechtlichen Diskurs die Kategorie des De-facto-Regimes oder auch De-facto-Staates herausgebildet. Unter diesem Begriff werden etwa Palästina (das allerdings bereits von einer großen Mehrheit innerhalb der Staatengemeinschaft anerkannt wird), die Republik China bzw. Taiwan (»Ein-China-Politik«), Transnistrien (Teil der Republik Moldau), Westsahara (Teil von Marokko) oder historisch die DDR diskutiert. Im Fall der TRNZ kommt hinzu, dass der UN-Sicherheitsrat im Jahr 1983 nach Erklärung der Unabhängigkeit durch das De-facto-Regime die internationale Staatengemeinschaft in der Resolution 541 explizit dazu anhielt, »keinen anderen zyprischen Staat als die Republik Zypern anzuerkennen«. Dies entspricht dem völkerrechtlichen Grundsatz, wonach territoriale Gegebenheiten, die durch Verletzungen des Gewaltverbots entstehen, nicht anerkannt werden dürfen und einer allfälligen Staatlichkeit entgegenstehen. Im Fall Zyperns zeichnet die Grenzlinie der TRNZ zugleich den in Folge der türkischen Invasion Zyperns 1974 entstandenen Status quo nach. In der Rechtswissenschaft herrscht vereinzelt die irri-ge Meinung vor, nach welcher der Staat Zypern spätestens zum



picture alliance/imageBROKER | STELLA

Die Flaggen von Nordzypern und der Türkei, Gazimagusa, auch Famagusta, Nordzypern, 14.4.2009

Zeitpunkt der türkischen Intervention bereits untergegangen sei und die türkischen Streitkräfte lediglich Niemandsland besetzt hätten.

Der UN-Sicherheitsrat hat im Jahr 1984 auch in der Resolution 550 seine Ansicht bekräftigt. Bezieht er sich hingegen selbst auf die TRNZ, so etwa in der Resolution 649 aus dem Jahr 1990, spricht er von »Gemeinschaften«, nicht aber von einem De-facto-Regime. Die vorhin erwähnte Resolution 541 verwendet allerdings den Begriff »türkisch-zyprische Behörden«.

Bis heute erkennt lediglich die Türkei die TRNZ als Staat an. Vertreter einer Mindermeinung sind der Ansicht, dass die türkisch-zyprische Ethnie durchweg in Ausübung ihres Rechts auf Selbstbestimmung handelt.

Historische Entwicklung

Vor dem Hintergrund gewalttätiger Ausschreitungen und Reformbestrebungen unter Präsident Makarios III., welche die türkischen Zypriert ihre Rechte aus der Verfassung von 1960

beschnitten, organisierte die türkische Ethnie schließlich eine autonome Verwaltung der Enklaven, in die sich spätestens im Jahr 1964 ein Großteil der türkisch-zyprischen Bevölkerung zurückgezogen hatte. Vor diesem Hintergrund finden sich in der Literatur auch kritische Stimmen hinsichtlich der verfassungsrechtlichen Legitimität der Fortführung der Republik Zypern unter Kontrolle der griechischen Zypriern.

Ende 1967 verkündeten die politischen Vertreter der türkischen Zypriern in Anwesenheit des Generalsekretärs des türkischen Außenministeriums sowie dessen höchsten Rechtsberaters die Errichtung einer »Vorläufigen Türk-zyprischen Verwaltung«, die für sich selbst auch sogleich ein eigenes verfassungsähnliches Grundgesetz schuf. Darüber hinaus begann die Verwaltung eigene Truppen aufzustellen, die allerdings unter türkischem Kommando standen. 1970 folgten Wahlen für das Repräsentantenhaus. Im darauffolgenden Jahr legte die neue Administration den Zusatz »Vorläufige« ab und eröffnete im Jahr 1972 eine »Vertretung« in Ankara. Allerdings bestritten die türkisch-zyprischen Repräsentanten, Sezessionsbestrebungen zu verfolgen.

Unmittelbar im Anschluss an die türkische Militärinvasion 1974 änderte sich die Bezeichnung der türkisch-zyprischen Seite zunächst in »Autonome türkische Verwaltung auf Zypern«, später in »Türkischer Föderativstaat von Zypern«. Es liegt nahe, dass die türkischen Zypriern eine föderale Lösung anstrebten, welche die Insel künftig in zwei Gliedstaaten unterteilen sollte. 1975 fand ein erfolgreiches Referendum über eine neue Verfassung statt, woraufhin im Folgejahr erste Wahlen abgehalten wurden.

Nach erfolglosen politischen Verhandlungen wurde am 15. November 1983 unter Berufung auf das völkerrechtliche Recht auf Selbstbestimmung die unabhängige TRNZ ausgerufen. Zwei Jahre darauf gab sich die TRNZ eine eigene Verfassung, die im Wesentlichen der türkischen Verfassung nachgebildet war und 1985 in Kraft trat.

Die türkische Militärpräsenz sowie die staatliche Anerkennung durch die Türkei bewirken bis heute türkische Einflussnahmen auf die Politik der TRNZ. So wurde innerhalb des Mehrparteiensystems der TRNZ Rauf Denktaş, Gründer der Nationalen Einheitspartei und Präsident der TRNZ von 1983 bis 2005, mehrfach aktiv von türkischer Seite unterstützt. Beim Refe-

rendum über den Annan-Plan 2004 herrschte international Kritik darüber, dass die aus Sicht der Republik Zypern illegal eingewanderten türkischen Siedler auf Nordzypern ebenso wahlberechtigt waren wie die türkischen Zyprier. Ankara musste sich vorwerfen lassen, die Wahl auf diesem Wege indirekt beeinflusst zu haben.

Internationale Beziehungen der TRNZ

Völkerrechtssubjektivität, also die Fähigkeit, Träger von Rechten und Pflichten zu sein, findet ihren Ausdruck insbesondere in der Vertragsschlusskompetenz. Da die Subjektivität der TRNZ von der Staatengemeinschaft nicht anerkannt wird, werden mit ihr auch keine Verträge geschlossen. Lediglich informelle Kanäle können genutzt werden, um vertragliche Vereinbarungen zu erzielen.

Dieser Umstand und die damit einhergehende Nicht-Mitgliedschaft in internationalen Organisationen erzeugen eine Reihe von Problemen im Alltag. So verhindert etwa die fehlende Zugehörigkeit zum Weltpostverein oder zur Internationalen Fernmeldeunion direkte Postsendungen an Adressen in der TRNZ oder die Vergabe einer eigenen telefonischen Länderdurchwahl. Ebenso wenig existiert im Internet ein eigener Second-Level-Domain-Name. Diese Probleme können daher lediglich mit Umleitungen über die Türkei umgangen werden (postalisch etwa durch Sendung »via Mersin 10, Türkei«, im Internet durch »nc.tr«).

Darüber hinaus besteht auch kein direkter internationaler Flugverkehr. Die Regierung der Republik Zypern müsste dafür erst die Flughäfen innerhalb der TRNZ bei der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation registrieren lassen und die Zustimmung zu Linienflügen erteilen. Nikosia verweigert dies aber bis heute. Dementsprechend können diese Flughäfen nur von der Türkei aus angeflogen werden. Für Touristen in der TRNZ kann auch kein ordentlicher konsularischer Schutz gewährleistet werden. Bei strafrechtlichen Verurteilungen von Ausländern bestehen keine Auslieferungsabkommen der TRNZ mit den Herkunftsländern. Die Nichtanerkennung erschwert zudem neben

der fehlenden Mitgliedschaft in internationalen Organisationen auch die Teilhabe am internationalen Wirtschaftsverkehr und globalen Warenaustausch. So sind neben dem Welthandel internationale Förderprogramme vielfach versperrt, die Beschaffung von Kapital wird wegen des scheinbar höheren Risikos erschwert. Gleiches gilt für ausländische Direktinvestitionen. Die Teilnahme von Athleten und Athletinnen der TRNZ an internationalen Sportveranstaltungen, etwa an den Olympischen Spielen oder an den Spielen der FIFA, ist ebenfalls nicht möglich.

Obwohl ein Großteil der Staatengemeinschaft die TRNZ nicht anerkennt, nimmt diese an einer Reihe internationaler Foren teil, insbesondere im Rahmen der Friedensgespräche um Zypern. Nach 1974 war bei den Sitzungen des UN-Sicherheitsrats zur Zypernfrage stets auch ein türkisch-zyprischer Vertreter anwesend. Mitteilungen der TRNZ werden innerhalb der Vereinten Nationen durch die Türkei bekannt gemacht. Während sämtliche Handlungen der TRNZ – mit Ausnahme jener in der Kompetenz der türkisch-zyprischen Seite nach der Verfassung von 1960 – von der Republik Zypern als unwirksam betrachtet werden, bestehen Kontakte zu Amtsträgern der TRNZ als Vertreter der türkisch-zyprischen Gemeinschaft, um Friedensgespräche zu führen. Wie eingangs erwähnt, bezieht sich der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen etwa auf »Gemeinschaften« als handelnde Akteure.

Allerdings leitet sich der besondere Status in den Friedensgesprächen aus Sicht der Republik Zypern noch aus der Verfassung von 1960 und nicht aus den internen Strukturen der TRNZ ab. Zudem kommt ein Element personeller Kontinuität hinzu: Von 1974 bis zu seiner Abwahl im Jahr 2005 nahm Rauf Denktaş, der noch 1973 zum Vizepräsidenten der Republik Zypern gewählt worden war, die Rolle des höchsten Vertreters der »Autonomen türkischen Verwaltung auf Zypern«, später des »Türkischen Föderativstaats von Zypern« und anschließend der TRNZ ein.

Die TRNZ ist aber auch in internationalen Organisationen wie etwa in der Organisation Islamischer Kooperation (ehemals Organisation der Islamischen Konferenz) als Beobachter unter dem Namen »Türkisch-zyprischer Staat« vertreten. Beim Eurasischen Postverein wurde die TRNZ sogar als Gründungsmitglied geführt. Die TRNZ unterhält Vertretungen in mehreren Staaten,

die jedoch aufgrund fehlender Anerkennung meist lediglich privatrechtliche Einrichtungen darstellen.

Eine Reihe von Staaten unterhält über ihre diplomatischen Vertretungen in der Republik Zypern zumindest informelle Kontakte zur TRNZ, insbesondere auf kommunaler Ebene. Allerdings kommt für die internationalen Beziehungen der TRNZ stets erschwerend hinzu, dass die Republik Zypern jeden unautorisierten Kontakt als diplomatisch unfreundlichen Akt wertet. In ihrer Sicherheitspolitik stützt sich die TRNZ nahezu ausschließlich auf die Türkei, die sie auch als eigene Schutzmacht gegenüber der Republik Zypern betrachtet.

Die TRNZ als Teil Europas

Obwohl die gesamte Insel als Teil der Europäischen Union verstanden wird, ist die Anwendung von Unionsrecht entsprechend dem Protokoll Nr. 10 des EU-Beitrittsvertrages von 2003 auf dem Gebiet der TRNZ ausgesetzt. Allerdings hielt der Europäische Gerichtshof fest, dass Gerichte der Republik Zypern über eigentumsrechtliche Fragen auf dem Gebiet der TRNZ urteilen dürfen. Dies hat zur Folge, dass der dortige Eigentumserwerb stets potenziellen Ansprüchen seitens der 1974 vertriebenen Bevölkerung unterliegt. Die Organe der Union sprechen in Bezug auf die TRNZ ebenso wie die Vereinten Nationen von »Gemeinschaften«. Die Republik Zypern erlaubte wiederholt EU-Förderungen innerhalb der TRNZ zur Vorbereitung der zukünftigen Annahme des *acquis communautaire* (Gesamtheit des gültigen EU-Rechts).

Grundsätzlich haben Individuen türkisch-zyprischer Herkunft, die einen rechtmäßigen Aufenthalt ihrer Familie in der Zeit vor den Auseinandersetzungen nachweisen können, Anspruch auf die Staatsangehörigkeit und den Pass der Republik Zypern. Damit sind sie rechtlich EU-Bürger. Die Republik Zypern lehnt dies allerdings Berichten zufolge dann ab, wenn ein Elternteil eine andere Staatsangehörigkeit, insbesondere die türkische besitzt. Nikosia argumentiert offenbar, dass dem Betroffenen in einem solchen Fall bereits die Möglichkeit einer anderen Staatsangehörigkeit eröffnet ist.

Während der Europarat die TRNZ nicht anerkennt, wurden wiederholt türkisch-zyprische Vertreter zu Sitzungen der Parlamentarischen Versammlung sowie zum Kongress der Gemeinden und Regionen in Europa eingeladen. In einer Reihe von Entscheidungen musste sich auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) mit den aus dem Zypernkonflikt hervorgegangenen Fragen auseinandersetzen. Die bekanntesten Fälle betreffen Rechtsstreitigkeiten um Eigentumsrechte von Vertriebenen. Allerdings hat der EGMR die TRNZ in seinen Urteilen nicht als Staatsgebilde wahrgenommen, sondern vielmehr die Türkei für Handlungen auf dem Gebiet Nordzyperns verantwortlich gemacht. Wohl aus derselben Anerkennungsproblematik heraus hat auch die Türkei bis dato keine Rechtsverletzung der Republik Zypern gegen die türkisch-zyprische Seite geltend gemacht. Allerdings hat der EGMR im Fall »Zypern gegen Türkei« auch entschieden, dass in der TRNZ getroffene Gerichtsentscheidungen grundsätzlich sehr wohl anzuerkennen sind.

Markus P. Beham



Alle Mittelmeeranlieger stehen schon seit Jahrzehnten vor einer der größten Herausforderungen für ihre politische und wirtschaftliche Stabilität: der Sicherstellung eines nachhaltigen Managements ihrer begrenzt verfügbaren Wasserressourcen. Ihrer stetig ansteigenden Wassernachfrage und dem mitunter wenig nachhaltigen Umgang mit der knappen Ressource als Lebens- und Produktionsmittel stehen abnehmende Niederschlagsmengen infolge klimatischer Veränderungen gegenüber. Trendanalysen zufolge ist bis zum Jahr 2050 mit einem Niederschlagsrückgang von rund 20 Prozent zu rechnen. Die trockene Vegetation auf der Halbinsel Karpas (Nordzypern) ist dafür ein besonders auffälliges Beispiel.

Die Wasser- und Erdgasproblematik auf Zypern

Wasserknappheit und Lösungsversuche

Die Insel Malta ist nach heutigem Kenntnisstand der wasserärmste Staat Europas. Zypern folgt an zweiter Stelle. Auf beiden Inseln sind die hydrologischen Grundlagen sehr ähnlich beschaffen. In den grundwasserführenden Bodenschichten bildet sich durch das Einsickern von Niederschlagswasser eine »Süßwasserlinse«, die aufgrund ihres leichteren spezifischen Gewichts gleichsam auf dem Salzwasser »schwimmt«. Eine langsame Vermischung findet nur an den Kontaktzonen statt. Voraussetzung für einen langfristigen Erhalt der Stabilität einer solchen Süßwasserlinse ist ein anhaltender Wasserdruck, der das Salzwasser aus den grundwasserführenden Bodenschichten herausdrückt. Ein solcher Druck kann jedoch nur aufrechterhalten werden, wenn ein Gleichgewicht zwischen menschlicher Wasserentnahme und natürlicher Niederschlagsmenge herrscht.

Die über das Versorgungsnetzwerk der Republik Zypern aus Staudämmen, Grundwasser und Wasserentsalzungsanlagen abgegebene Wassermenge verteilt sich zu rund 69 Prozent auf die Landwirtschaft, 10 Prozent auf private Haushalte, 4 Prozent auf Industrie und Handwerk, 17 Prozent auf den Tourismus (u.a. Pools, Grünanlagen). Darüber hinaus bestehen unkontrollierte Entnahmen aus geschätzten 50 000 illegal gebohrten Brunnen. In der Wassernachfrage sind die exportorientierte Landwirtschaft und der Tourismus schärfste Konkurrenten. Beide zählen zu den wichtigsten Arbeitgebern und Einnahmequellen Zyperns und stehen daher im Zentrum des Konflikts, wann immer sich die Frage nach Senkungen des Verbrauchs stellt.

In der Republik Zypern wurde die kritische Wassersituation bereits frühzeitig erfasst. Der Staat ergriff Maßnahmen, um die Belastungs- und Widerstandsfähigkeit der Wasserversorgung zu verbessern. So wurden zwischen 1960 und 2009 zahlreiche Staudämme errichtet mit dem Ziel, die Speicherkapazität von 6 Mio. auf 327 Mio. m³ zu erhöhen. Mit diesem Schritt sollte ein ungenutzter Ablauf von Oberflächenwasser ins Meer verhindert

und durch Versickerung aus den Speichern die Süßwasserlinse nachgefüllt werden. Mit Blick auf die Staudamm-Infrastruktur zählt die Republik Zypern heute zu den am weitesten entwickelten Staaten. Für die Versorgung von Haushalten, Wirtschaft und Tourismus wurden vier Wasserentsalzungsanlagen in Nikosia, Limassol, Larnaca und Famagusta in Betrieb genommen. Ein bevorzugter Partner bei dieser Technologie ist der israelische Wasserversorger Mekorot. Er bietet die modernsten und effizientesten Anlagen an. Grundsätzlicher Nachteil der Entsalzung ist jedoch, dass der Betrieb generell sehr kostenintensiv und mit einem hohen Verbrauch an fossilen Brennstoffen verbunden ist. Allerdings zeichnen sich auch hier mit neuen Technologien aus Israel Fortschritte durch die Nutzung von Solarenergie ab. Zudem werden insbesondere seit 2006 zunehmend die Nutzung von »Grauwasser« (aufbereitete/recycelte, fäkalienfreie Abwässer) in der Landwirtschaft, der Zisternenbau und der Einsatz effizienter Bewässerungsmethoden vorangetrieben. Auch hier sind israelische Unternehmen beteiligt. Israel zählt heute, begünstigt durch seine geografische Nähe, mit Blick auf Wasser und Erdgas zu einem der wichtigsten Partner Zyperns.

Als Mitglied der Europäischen Union folgt die Republik Zypern in ihrer Wasserpolitik den europäischen Grundsätzen und Richtlinien und nimmt auch EU-Kompetenzen und -Mittel in Anspruch. Während ihrer EU-Ratspräsidentschaft im Jahr 2012 hat die Regierung in Nikosia die Themen Wasser und Klimaveränderung, insbesondere die Vorbereitungen zur neuen Wasserstrategie der Europäischen Kommission, »Blueprint Water«, zu zentralen Schwerpunkten ihrer europapolitischen Agenda erklärt. Zeitgleich entwickelte Zypern 2013 mit »Global Water Partnership« (Sitz in Stockholm) das »Mission Water Cyprus«-Programm. Darin geht es nicht nur um technische, rechtliche und politische Fragen, wie die Bekämpfung der illegalen Grundwassernutzung, die verpflichtende Einführung von Wasserzählern, eine realistische Preispolitik und die Reduzierung von Leitungsnetzverlusten. Vielmehr handelt es sich vor allem auch um die Vermittlung einer Kultur des verantwortungsvollen Umgangs mit Wasser, die über Forschungs- und Bildungseinrichtungen in staatlichen Institutionen und in der Privatwirtschaft verbreitet werden soll.

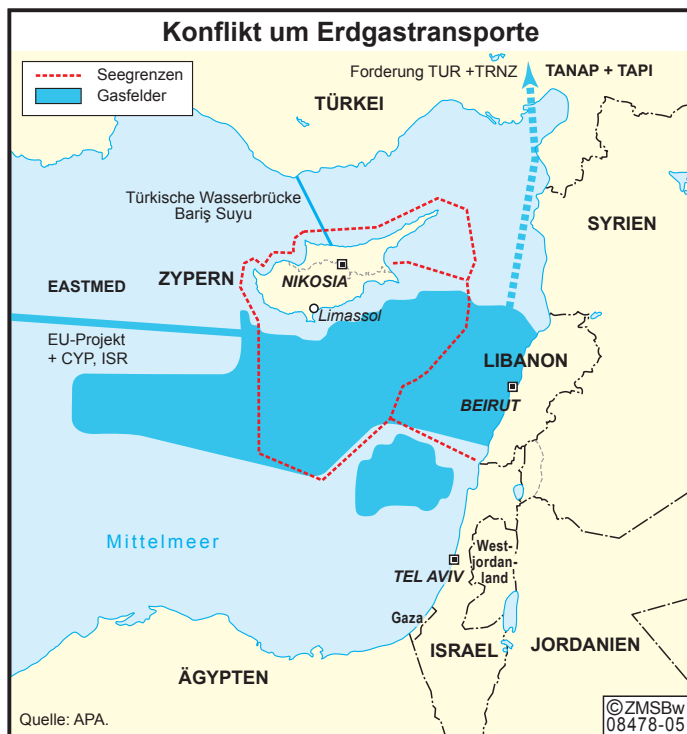
Trotz all dieser Maßnahmen geriet im Jahr 2008 die Süßwasserlinse auf Zypern in einen äußerst kritischen Zustand. Nach vier Jahren geringer Niederschläge zeichnete sich die größte Wasserknappheit in der Geschichte der Insel seit Beginn der Aufzeichnungen und Messungen ab. Mit Tankschiffen wurden daher große Mengen Wasser (8 Mio. m³) vom griechischen Festland importiert. Die Regierung ordnete als Notmaßnahme die Reduzierung der Wasserentnahme aus dem Grundwasser um bis zu 30 Prozent an. 2017/18 wiederholte sich diese Krise nach weiteren drei Jahren geringer Niederschläge. Zwar war die Lage weniger kritisch als 2008; sie führte dennoch abermals zu Wasserrationierungen, insbesondere für die Landwirtschaft.

Nordzypern steht hinsichtlich seiner Wasserversorgung noch schwierigeren Herausforderungen als der Süden gegenüber. Die Ausgangslage ist hier besonders ungünstig, da die jährliche Niederschlagsmenge deutlich geringer ausfällt als im griechisch-zyprisch besiedelten Landesteil. Zudem reichen die Süßwasser führenden Bodenschichten nicht sehr weit nach Nordzypern hinein und begrenzen dadurch die Teilhabe an der Süßwasserlinse. Daher löst die TRNZ das Problem der Wasserknappheit auf eine völlig andere Weise: mit der Wasser-Brücke *Barış Suyu* (»Friedenswasser«).

Seit Oktober 2015 werden jährlich 75 Mio. m³ Frischwasser aus dem Alaköprü-Stausee in der türkischen Provinz Mersin über eine insgesamt 107 km lange (davon 80 km in 250 m Tiefe im Mittelmeer schwebende) Pipeline in den Geçitköy-Stausee auf Nordzypern gepumpt. Grundsätzlich problematisch ist dabei die im Raum stehende Frage, wie lange sich die Türkei solche umfangreichen Wasserexporte noch leisten kann. Bestehende Konflikte mit Syrien und dem Irak um Staudämme und die Verteilung der Wasserressourcen aus dem Euphrat und Tigris dürften die türkischen Spielräume einer großzügigen Wassernutzung in Zukunft deutlich einschränken. Aktuelle Trendanalysen und Prognosen für 2040 lassen befürchten, dass die Türkei infolge der globalen klimatischen Veränderungen selbst vom Wasserreichtum in die Wasserarmut abstürzen könnte.

Die Republik Zypern lehnte ihrerseits ein Angebot zur Beteiligung an *Barış Suyu* kategorisch ab. Aus Sicht Nikosias handelte es sich bei dem Vorschlag der türkischen Regierung um

ein »Trojanisches Pferd«, das lediglich einen »unfreundlichen Akt der Aggression« darstellte. Nikosia bezichtigte Ankara, die Unabhängigkeit der Insel in eine Abhängigkeit von der Türkei verwandeln zu wollen, zumindest aber auf diesem Weg die Produktionskosten türkisch-zyprischer Agrarprodukte zu Lasten der griechisch-zyprischen Landwirte einseitig zu senken und so der Republik insgesamt zu schaden. Darüber hinaus warf Nikosia der türkischen Regierung vor, mit dem Projekt *Bariş Suyu* die Spaltung der Insel zu zementieren und damit einer Lösung des Zypernkonflikts und dem Ziel einer möglichen staatlichen Einheit diametral entgegenzuarbeiten.



Regionaler Konflikt um zyprisches Erdgas: Globale Konfrontation um fossile Ressourcen?

Wie in der Wasserfrage, so sind auch bei der Erdgasfrage die Zyprier zutiefst gespalten. Die Förderung der im Seegebiet zwischen Zypern und Israel lagernden Erdgasvorkommen und die Wege, sie auf den Weltmarkt zu bringen, entzweien einerseits Israel und den Libanon, andererseits die Türkei und die von Griechenland gestützte Republik Zypern. Ankara strebt an, die Türkei als Erdgasdrehscheibe für die Lieferungen aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie der Kaspischen Region nach Europa und Asien zu etablieren. Mit der Trans-Anatolian Natural Gas Pipeline (TANAP) vom Kaspischen Meer nach Westen in die Ägäis und zum Balkan, nach Osten mit dem Anschluss an die Turkmenistan-Afghanistan-Pakistan-Indien-Pipeline (TAPI), die auch weiter nach China verlängert werden kann, schafft die Türkei die dafür notwendige Infrastruktur. Diese Pipelinenetzwerke werden mit hoher Wahrscheinlichkeit auch nach einem Ende fossiler Brennstoffe von Bedeutung sein, da sie auch durch Sonnenenergie erzeugtes, synthetisches Gas aus den Wüstengebieten der Arabischen Halbinsel und Nordafrikas befördern können.

Die Volksrepublik China ist ein neuer Akteur in der Region. Sie hat nicht nur ein hohes Interesse an Energielieferungen, sondern ist auch einer der weltweit führenden Anbieter von Solartechnologie. Das Land hat in den letzten Jahren seine Präsenz im östlichen Mittelmeerraum systematisch und stetig ausgeweitet. Der Kauf des griechischen Hafens Piräus, eine Vielzahl von Investitionsprojekten in der arabischen Welt, in Nordafrika und auf dem Balkan machen deutlich, dass diese Region ein wichtiger Baustein bei der Realisierung der chinesischen »Seidenstraßenstrategie« ist. Aus chinesischer Perspektive sind Zypern, Griechenland und der Balkan Teil eines eurasischen Korridors, eine Erweiterung Westasiens für Pekings Anbindung nach und Einflussnahme in Europa.

Eine solche Entwicklung steht dem strategischen Interesse der Europäischen Union zur Diversifizierung (Vielfältigkeit zur Risikostreuung) von Rohstoffquellen, Transportwegen, Märkten und Lieferanten diametral gegenüber. Die Erdgasversorgung



picture alliance/Xinhua News Agency | Marios Lolos

Der zyprische Präsident Nikos Anastasiades (links), der griechische Premierminister Kyriakos Mitsotakis (Mitte) und der israelische Premierminister Benjamin Netanyahu (rechts) reichen sich vor der Unterzeichnung des Abkommens über den Bau der EASTMED in Athen am 2. Januar 2020 die Hände.

der EU aus Zypern und Israel soll daher nicht über die Türkei führen. Stattdessen soll sie entweder mit Tankschiffen oder über das neu konzipierte Pipeline-Projekt der Europäischen Union, die Eastern Mediterranean Natural Gas Pipeline (EASTMED), von Israel und Zypern direkt über Kreta nach Griechenland und Italien erfolgen.

Die TRNZ erhebt gegen diese Pläne scharfen Widerspruch. Sie fordert nicht nur eine Beteiligung an den Gewinnen der Republik Zypern aus der Erdgasförderung, sondern kritisiert EASTMED als unwirtschaftlich und gar als Bedrohung des Friedens. Nach Ansicht Nordzyperns und der Türkei können Frieden und Stabilität in der Region nur gewährleistet werden, wenn das gesamte zyprische Erdgas über die türkische TANAP transportiert wird.

Die geteilte Insel bildet somit einen globalen Brennpunkt zwischen europäischen und asiatischen Interessen. Zypern steht an einer Wegscheide: Wird die Insel künftig zu einer Bruchzone mit zunehmenden Konflikten oder zu einer Transferregion mit

zunehmender Kooperation? Einerseits scheint ein konstruktiver Interessenausgleich mit vielfältigen Arten, Kooperationsgewinne zu erzielen, möglich. Zypern und Israel benötigen Trinkwasser, Europa und die Türkei im Gegenzug Energie. Ähnlich der europäischen Montanunion, die seit Anfang der 1950er Jahre über Kohle und Stahl den europäischen Einigungsprozess gefördert hat, könnten Erdgas und Wasser eine Wiedervereinigung der Insel bewirken. Andererseits stellt sich die politische Realität im östlichen Mittelmeer deutlich anders als in Europa dar. Die unterschiedlichen Ansätze im griechischen und türkischen Teil Zyperns zur Lösung der Wasser- und Erdgasfrage scheinen vor dem Hintergrund des ungelösten Konflikts zwischen den beiden zyprischen Ethnien, der angespannten Beziehungen zwischen Israel und der Türkei sowie angesichts des neuen Akteurs China in der Region weniger zu einer Kooperation als zu einer wachsenden Konfrontation aller beteiligten Parteien zu führen.

Jörg Barandat



Granger Historical Picture Archive/Alamy Stock Foto

Nach den schweren Auseinandersetzungen der zweiten Zypernkrise im Dezember 1963 vermittelten die Vereinten Nationen zwischen den beiden Konfliktparteien einen ersten Waffenstillstand. Die Hauptstadt Nikosia wurde durch eine neutrale, von britischen Truppen überwachte Zone geteilt. Da ein britischer Offizier die Teilung auf einer Karte mit grünem Stift einzeichnete, sprach man von der Grünen Linie (Green Line). Der UN-Vermittler Galo Plaza Lasso aus Ecuador schrieb, dass sich rasch zwei solche Linien herausbildeten: Neben der Trennung zwischen der griechisch-zyprischen und der türkisch-zyprischen Volksgruppe entstünde eine zweite, weit gravierendere Trennlinie, nämlich eine psychologische Barriere, die dazu führe, dass Vorschläge der einen Seite zur Entschärfung des Konflikts von der anderen sofort zurückgewiesen würden.

Das Foto zeigt patrouillierende UN-Soldaten in den Straßen von Nikosia 1964 (nach Übergabe der britischen Verantwortung an die Vereinten Nationen).

Der UN-Einsatz auf Zypern seit 1964

In London suchten Griechenland, die Türkei und Großbritannien als Garantiemächte für Zypern zu Beginn des Jahres 1964 nach einer friedlichen Lösung. Eine Initiative der NATO, aus den nordatlantischen Mitgliedstaaten eine Friedenstruppe unter britischem Kommando zu rekrutieren, um die Streitparteien zu entwaffnen, scheiterte sowohl an der fehlenden Einigkeit der Bündnispartner als auch an der Forderung des zyprischen Präsidenten Erzbischof Makarios III., diese Truppe dem UN-Sicherheitsrat zu unterstellen. Somit sahen sich die Vereinten Nationen vor die Aufgabe gestellt, Soldaten auf die Insel zu entsenden. Am 4. März 1964 erteilte der Sicherheitsrat mit der Resolution 186 das vorerst auf drei Monate beschränkte Mandat für die »United Nations Peace-Keeping Force in Cyprus« (UNFICYP).

UNFICYP: eine erfolgreiche UN-Friedenstruppe?

Die 1945 gegründeten Vereinten Nationen hatten seit 1947 Einsätze von Militärbeobachtern in Griechenland, Indonesien, im Nahen Osten sowie zwischen Indien und Pakistan organisiert. Nach der Suezkrise im Jahr 1956 stellten die Vereinten Nationen erstmals eine große Friedenstruppe mit knapp 6000 Mann auf, um den Abzug der britisch-französischen Interventionstruppen aus Ägypten und die ägyptisch-israelische Waffenstillstandslinie zu überwachen. Da die eingesetzten Soldaten ihre nationalen Uniformen mit einheitlich blauen Kopfbedeckungen trugen, sprach man von »Blauhelmen« oder »blauen Baretten«. Es folgten kleinere Missionen im Libanon (1958), in West-Neu-Guinea (West-Irian, 1962/63) und im Jemen (1963/64).

In der Zeit von 1960 bis 1964 unternahmen die Vereinten Nationen einen großen Einsatz im Kongo, der zeitweise bis zu 18 000 Mann umfasste, mit dem Ziel, die nach der unvorbereiteten Überleitung der bisherigen belgischen Kolonie in die Unabhängigkeit ins Wanken geratene politische Stabilität des

Landes wiederherzustellen. Die UN-Operation konnte das Land aber nicht dauerhaft befrieden und die Weltorganisation erlitt durch dieses Scheitern einen schweren Prestigeverlust. Auch die Finanzlage der Vereinten Nationen war durch das Kongo-Unternehmen äußerst angespannt. Nicht zuletzt deshalb sollte die neue Mission auf Zypern von den truppenstellenden Nationen selbst finanziert werden.

Um nicht nur Kontingente aus NATO-Staaten in der Truppe zu haben, ersuchte UN-Generalsekretär Sithu U Thant (1909–1974) auch neutrale Staaten um militärisches Personal. UNFICYP umfasste schließlich jeweils ein Bataillon der NATO-Staaten Großbritannien, Dänemark und Kanada sowie der neutralen Nationen Finnland, Irland und Schweden. Österreich wurde ebenfalls um Unterstützung gebeten, sah sich aber zu diesem Zeitpunkt noch nicht in der Lage, ein Bataillon zu stellen. Wien bot daher – wie bereits für den Einsatz im Kongo – die Bereitstellung eines Feldspitals an. Die UN-Truppe auf Zypern erlangte im April 1964 mit 6350 Mann, die auf der ganzen Insel verteilt waren, Einsatzstatus. Da UNFICYP neben ihrer militärischen Präsenz auch die zyprische Polizei überwachen sollte, entstand zusätzlich eine polizeiliche Komponente mit damals 173 Angehörigen.

Teile der türkisch-zyprischen Bevölkerung waren nach den Unruhen 1963/64 in »Enklaven« geflüchtet und wurden dort von der UN-Truppe betreut und versorgt. Den Konflikt konnten die UN-Soldaten jedoch nicht entschärfen und auch die ge-

Amerika Haus/Süddeutsche Zeitung Photo



Kanadischer UN-Soldat
auf Zypern 1966

waltsamen Auseinandersetzungen nicht beenden. UNFICYP war weder befugt noch in der Lage, den illegalen Zufluss von Personal, Waffen und anderem Gerät aus Griechenland und der Türkei zu unterbinden oder die Streitparteien zu entwaffnen.

Die Mission entfaltete aber ihren Wert als Beobachtungs- und Überwachungsinstrument und lieferte präzise Lagebilder über die örtliche Einhaltung wechselseitiger Waffenstillstandsvereinbarungen. Das Mandat wurde dementsprechend immer wieder verlängert. Nach dem Jom-Kippur-Krieg zwischen Ägypten und Israel im Oktober 1973 konnte UNFICYP den Vereinten Nationen sogar als »Personalreserve« für den Einsatz einer neuen Friedenstruppe im Nahen Osten dienen.

Die UN-Friedenstruppe in den Kämpfen des Jahres 1974

Nach der Landung der türkischen Truppen auf Zypern im Sommer 1974 stand die UN-Friedenstruppe plötzlich zwischen den Fronten. Da ihre Soldaten nur leicht bewaffnet waren und zudem keinen Kampfauftrag besaßen, konnten sie lediglich den Flughafen von Nikosia sichern, der vom UN-Sicherheitsrat zur Schutzzone (United Nations Protected Area, UNPA) erklärt wurde, wobei den kämpfenden Parteien eine Annäherung bis zu 500 Meter erlaubt war. Der Flughafen wurde stillgelegt und zu einem Teil des Hauptquartiers von UNFICYP.

Bei den heftigen Kämpfen zwischen den türkischen Truppen und den türkisch-zyprischen Milizen auf der einen sowie der griechisch-zyprischen Nationalgarde und den ebenfalls in die Kämpfe verstrickten griechischen Armeeangehörigen auf Zypern auf der anderen Seite gerieten auch Camps und Beobachtungsposten von UNFICYP unter Beschuss – so auch das österreichische Camp bei Larnaca. Die »Blauhelme« bemühten sich vergeblich, lokale Waffenruhen zu vermitteln und Zivilisten nach Kräften zu schützen. Am 14. August 1974 starben drei österreichische UN-Soldaten, als ihr Kraftfahrzeug trotz seiner UN-Kennzeichnung bei Goshi von einem türkischen Jagdbomber mit Napalmbomben angegriffen und zerstört wurde. Ob der Angriff

vorsätzlich erfolgte, lässt sich heute nicht mehr feststellen. Außerdem kamen bei den Kämpfen auf Zypern zwei dänische und ein kanadischer UN-Soldat ums Leben. Erst am 16. August erklärte sich Ankara nach Erreichen seiner strategischen Ziele auf Zypern zu einem Waffenstillstand bereit und erteilte den Vereinten Nationen die Möglichkeit, einen solchen zu vermitteln.

UNFICYP und die Pufferzone

Nach dem Ende der Kämpfe und den damit verbundenen wechselseitigen Bevölkerungsvertreibungen wurde eine Pufferzone zwischen dem Nord- und dem Südteil der Insel geschaffen, die von UNFICYP bis heute kontrolliert und überwacht wird. Wie in Nikosia wird auch diese als »Grüne Linie« bezeichnet. Die nördliche Grenze der Pufferzone gilt den Türken als »Atilla-Linie«. In Nikosia ist die Zone nur wenige Meter breit, in anderen Teilen der Insel dagegen mehrere Kilometer. Einige der Siedlungen in der Pufferzone werden sogar von Angehörigen beider Volksgruppen bewohnt – auf Zypern nach 1974 eine absolute Ausnahme. Darunter ist vor allem Pyla mit 2771 Einwohnern (im Jahr 2011) zu nennen, dessen Einwohnerschaft aus rund zwei Dritteln griechischen und einem Drittel türkischen Zypern besteht.

Die UN-Friedenstruppe auf Zypern nach 1974

Mit der Teilung der Insel änderte sich die Aufgabe von UNFICYP: War sie ursprünglich eine auf ganz Zypern eingesetzte Friedenstruppe zur Stabilisierung der Lage gewesen, überwachte sie ab 1974 ausschließlich die Pufferzone. Betrachtet man die verschiedenen Typen der Friedensoperationen (oft fälschlich als »Generationen« bezeichnet), so wurde aus einer Operation des zweiten Typs (»erweitertes« oder Wider Peacekeeping) eine solche des ersten Typs (»traditionelles« Peacekeeping zur Truppentrennung).

Die Pufferzone verläuft über eine Länge von rund 180 Kilometern von West nach Ost. Innerhalb der Zone befinden sich neben Stützpunkten der UN-Truppe zahlreiche Beobachtungs-

posten (Observation Posts), die von West nach Ost durchnummeriert sind. Zur Beobachtung des Status Quo kamen Verwaltungsfunktionen für die Siedlungen innerhalb der Pufferzone und humanitäre Aufgaben wie die Versorgung der wenigen auf der Karpas-Halbinsel im Nordosten der Insel noch verbliebenen rund 300 griechischen Zypriern hinzu. Außerdem unterstützt UNFICYP weiter die Bemühungen der Vereinten Nationen im Rahmen des Friedensprozesses.

Das Hauptquartier befindet sich auch heute noch in der Hauptstadt Nikosia. Die Truppenstärke hat sich im Laufe der Jahrzehnte jedoch deutlich verringert. Das irische Kontingent hatte die Insel schon 1972/73 verlassen, die finnischen Kameraden folgten 1977 und das schwedische Kontingent zog 1987 ab.

Die Finanzierung von UNFICYP

Die Finanzierung von UNFICYP erfolgte seit 1964 durch die truppenstellenden UN-Mitgliedstaaten. Neben den Pflichtbeiträgen bestand die Möglichkeit, freiwillig zusätzliche Beiträge zu entrichten. Dennoch reichten die Finanzmittel nicht aus. 1993 wurde ein Defizit von 200 Millionen US-Dollar erreicht. Ende 1992 hatte Dänemark sein Bataillon abgezogen und dementsprechend seinen monetären Beitrag gekürzt, Kanada war 1993 gefolgt. Unter dem Druck der verbliebenen Truppensteller beschloss der UN-Sicherheitsrat daher mit der Resolution 831 vom 27. Mai 1993 die Umstellung der Finanzierung der Mission auf höhere Pflichtbeiträge. Gleichzeitig verringerten die Vereinten Nationen die Stärke der Truppe zu Beginn des Jahres 1993 von 1513 Soldaten um rund ein Drittel auf drei Bataillone zu je 350 Soldaten mit dem Ziel, die Kosten des Einsatzes zu reduzieren.

Die Einsatzstruktur seit 1993

Damit unterteilte sich die Pufferzone fortan in nur mehr drei Sektoren: Im Sektor 1 im Westen der Insel ist seit 1993 ein argentinisches Bataillon stationiert, dem auch Angehörige anderer lateinamerikanischer Staaten angehören. Sektor 2, im Raum Ni-

Stationierungen von Truppenteilen und Polizei (UNPOL) von UNFICYP, Stand 2019



Quelle: Map No. 2930 Rev. 98, United Nations.

© ZMSBW
08481-09



kosia, wird traditionell von einem britischen Kontingent besetzt. Der im Osten der Hauptstadt gelegene Sektor 3 wurde 1993 zwischen dem britischen Sektor 2 und dem östlichen Sektor 4 aufgeteilt. Im Sektor 4, mit dem Hauptquartier in Famagusta, befand sich seit 1977 das österreichische Bataillon (das davor in Paphos und dann in Larnaca stationiert gewesen war). Ab 1995 wurden die Österreicher von einem ungarischen Kontingent (zuerst ein Zug, dann eine Kompanie) und ab 1998 durch einen slowenischen Zug verstärkt.

Wegen seiner erhöhten Beteiligung an den NATO-Missionen in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo entschloss sich Österreich jedoch im Jahr 2001, sein Kontingent mit Ausnahme des Stabspersonals von Zypern abzuziehen. Da auch Slowenien seine Truppen zurückbeordnete, blieb nur die ungarische Kompanie zurück, die seither dem slowakischen Bataillon untersteht, das 2001 den Sektor 4 übernahm. Nach einer weiteren Truppenreduzierung im Jahr 2004 wurden nicht mehr alle 146 Beobachtungsposten permanent besetzt. Dafür wurden die Patrouillen verstärkt. Zusätzlich zu den drei Sektoren verfügt UNFICYP in Nikosia bis heute über eine Mobile Force Reserve, die mit Radpanzern ausgestattet ist. Daneben existiert eine Force Military Police Unit (FMPU), die für alle Kontingente zuständig ist. Argentinien stellt den UN Flight mit drei Hubschraubern. Schlussendlich verfügt UNFICYP noch über eine Pionier-Kompanie, die Force Engineer HQ Unit.

Im November 2020 umfasste UNFICYP rund 1000 Personen, rund 80 Prozent davon militärisches Personal. Das Jahresbudget für 2019/20 wurde auf 54,17 Millionen US-Dollar festgesetzt. Die knapp 800 Soldaten der UNFICYP stammen aus Großbritannien (259), Argentinien (253), der Slowakei (247), Irland und Paraguay (je 12), Ungarn (11), Russische Föderation (10), Bosnien und Herzegowina (8), Indien und Pakistan (je 6). Dazu kommen 68 Polizisten und 116 Zivilisten.

Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs für Zypern und Weisungsbefugte gegenüber UNFICYP ist seit Juni 2016 die Kanadierin Elizabeth Spehar. Das Kommando über UNFICYP hatte zwischen 2014 und 2016 mit Generalmajor Kristin Lund aus Norwegen erstmals in einer UN-Mission eine Frau inne. Ihr folgten Generalmajor Mohammad Humayun Kabir aus Bangladesh und

2018 bis Ende 2020 mit Generalmajor Cheryl Pearce aus Australien erneut eine Frau als militärischer Kommandeur.

Seit dem Ende der kriegerischen Ereignisse der 1970er Jahre gilt UNFICYP für das auf Zypern eingesetzte UN-Personal als wenig gefährvolle und recht unspektakuläre Peacekeeping-Mission. Der Stellenwert der Insel als beliebtes Urlaubsziel verstärkt diesen Eindruck erheblich. Der Dienst auf den Beobachtungsposten, oft nur wenige Kilometer von den Badestränden im Süden entfernt, lässt den dort eingesetzten Soldaten und Polizisten ihre Aufgaben bisweilen überflüssig erscheinen. Zum einen darf aber nicht übersehen werden, dass bei diesem Einsatz seit 1964 183 UN-Angehörige ums Leben kamen (172 Soldaten, 3 Polizisten, 6 internationale und 2 lokale zivile Beamte). Zum anderen herrscht zwischen den beiden Teilen der Insel bis heute eine Art »kalter Krieg«. Im Norden befinden sich nach wie vor Tausende von türkischen Armeeangehörigen mit schwerem Militärgerät, während die Spannungen zwischen der Türkischen Republik Nordzypern und ihrer Schutzmacht Türkei mit der Republik Zypern in jüngster Zeit wegen der Frage der Bohrrechte nach fossilen Ressourcen wieder gestiegen sind. Ferner ist die Lage auf der Insel zwar ruhig, aber noch keineswegs so stabil, dass Konflikte um ungeklärte Besitz- und Eigentumsrechte zwischen den getrennten Volksgruppen nicht wieder ausbrechen könnten, zögen die Vereinten Nationen ihre Friedenstruppen von der Pufferzone ab. Ferner bilden die Einrichtungen von UNFICYP stellenweise das einzige offizielle Sprachrohr und Vermittlungsorgan zwischen den beiden Territorien und Volksgruppen. Solange eine politische Einigung nicht in Sicht ist, dürfte die UN-Mission daher weiter Fortsetzung finden. Allerdings wird den »Blauhelmen« von verschiedenen Seiten mitunter vorgeworfen, mit ihrer Präsenz den Status Quo zu zementieren und dadurch beiden Seiten die Motivation zu nehmen, eine umfassende Lösung zu finden, die sowohl den griechischen als auch den türkischen Zypriern gerecht würde.

Erwin A. Schmidl



Internationale Friedensoperationen werden in der Regel mit militärischen Einsätzen – wie etwa den der Blauhelmsoldaten der Vereinten Nationen – in Verbindung gebracht. Weit weniger bekannt als die militärischen sind die polizeilichen Einheiten dieser Missionen. Obwohl polizeiliche Komponenten bereits in den ersten Friedensmissionen des 19. und frühen 20. Jahrhunderts eine Rolle spielten, wird ihnen im Vergleich zu den militärischen Komponenten wenig Beachtung geschenkt. In Forschung und Literatur deutlich unterrepräsentiert, ist die Präsenz polizeilicher Einheiten im Rahmen internationaler Friedenseinsätze auch im öffentlichen Bewusstsein kaum bis gar nicht vorhanden. Dies mag einerseits verständlich erscheinen, weil sie zahlenmäßig eine weit geringere Rolle als das Militär spielen. Die Abwesenheit im öffentlichen Bewusstsein ist andererseits aber umso befremdlicher, als die polizeilichen Komponenten (hier eine Streife der CIVPOL auf Zypern im Jahr 1965) ein wesentliches Element innerhalb der internationalen Friedensmissionen bilden.

CIVPOL: Der Zyperneinsatz als Grundstein für zivile UN-Polizeimissionen

Neben den Vereinten Nationen sind heute viele andere internationale Organisationen und Staatengemeinschaften – wie etwa die EU, die OSZE oder die NATO – an Friedensoperationen beteiligt. Sucht man nach den Anfängen internationaler Friedenseinsätze, wird schnell deutlich, dass die heutigen Akteure lediglich an Entwicklungen anknüpfen, die zumindest bis ins 19. Jahrhundert zurückreichen. Missionen wie in Schleswig-Holstein (1848–1850), Kreta (1897–1909), Mazedonien (1904–1914) oder Albanien (1913/14) beinhalteten bereits eine Reihe von polizeilichen Maßnahmen. Nach dem Ersten Weltkrieg entstand mit dem Völkerbund eine internationale Organisation, die in den Grundzügen der späteren Organisation der Vereinten Nationen ähnelte und rückblickend als ihr Testlauf gesehen werden kann. Eine der bekanntesten Missionen des Völkerbundes stellte der Einsatz im Saargebiet dar. Dabei kam schon in den 1920er Jahren ein 800 Mann umfassendes internationales Polizeikontingent zum Einsatz, ehe in den 1930er Jahren – bei der Volksabstimmung zur Klärung der künftigen staatlichen Zugehörigkeit (1935) – im Rahmen der »Saar Force« – erneut auf polizeiliche Einsatzkräfte zurückgegriffen wurde. Die Eskalationsspirale am Vorabend des Zweiten Weltkrieges drängte jedoch den Völkerbund immer mehr in Richtung Bedeutungslosigkeit, ehe mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges sein Ende nicht mehr aufzuhalten war. 1945 wurden die Vereinten Nationen als Instrument der Friedenssicherung ins Leben gerufen. Nun begann auch die Zeit der eingangs erwähnten und einer breiten Öffentlichkeit bekannten »Blauhelmmissionen«.

Die ersten UN-Einsätze der späten 1940er und der 1950er Jahre setzten auf rein militärische Elemente und verfügten – abgesehen von Einheiten der Militärpolizei, deren Aufgabenbereich lediglich Maßnahmen zur Überwachung der Disziplin der eigenen UN-Truppen umfasste – über keine zivilen Polizeieinheiten. Dies änderte sich 1960, als der UN-Mission im Kongo erstmals Polizisten zur Unterstützung der lokalen Polizei und

zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zugeteilt wurden. Doch der umstrittene Einsatz von Polizisten aus Ghana wurde aus politischen Gründen bereits nach wenigen Monaten beendet und die kleine ghanaische Polizeieinheit durch ein 400 Mann starkes Kontingent aus Nigeria ersetzt. Allerdings war dieses neue Element, das bis 1965 im Einsatz stand, nicht Teil der UN-Truppe, sondern gehörte zum »Technical Assistance«-Programm. Die Schutzleute waren unter anderem für die Bewachung von UN-Dienststellen zuständig. Abgesehen von der UN-Übergangsverwaltung in West-Neuguinea (1962/63), wo für die Übernahme von Polizeiaufgaben neben den lokalen Beamten und der scheidenden niederländischen Kolonialpolizei auch philippinische Ordnungskräfte eingesetzt wurden, dauerte es bis 1964, ehe mit der Konzeption der UN-Zypernmission erstmals eine eigenständige Polizeikomponente in die Einsatzplanungen einer UN-Friedenstruppe aufgenommen wurde.

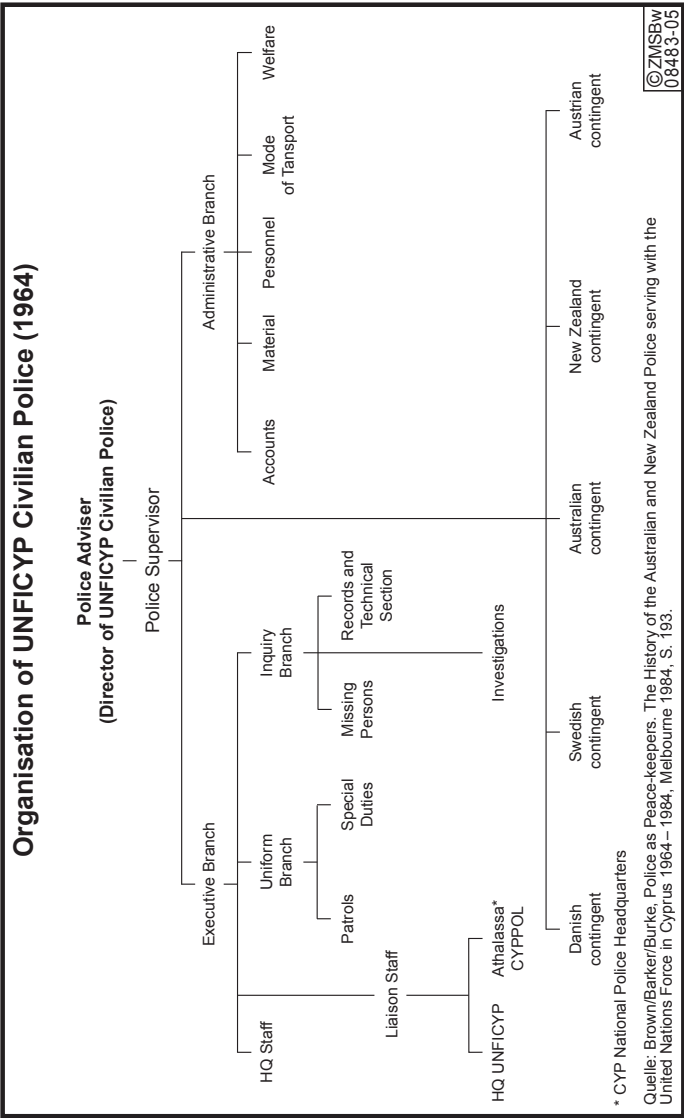
CIVPOL (»Civilian Police«) als eigenständiges Element bei UNFICYP

Im Rahmen der Vorbereitungen für die UN-Zypernmission UNFICYP gab es zunächst Bemühungen, den UN-Truppen eine starke Militärpolizei anzugliedern. Dies war kein unüblicher Vorgang, zumal schon bei den bisherigen UN-Einsätzen auf Militärpolizisten zurückgegriffen worden war, um polizeiliche Aufgaben abzudecken. Kritische Stimmen äußerten jedoch, dass Militärpolizisten Teil der Streitkräfte seien und nur in wenigen Staaten (zivil-)polizeiliche Aufgaben wahrnehmen würden. Die Militärpolizei sei für die Umsetzung der regulären polizeilichen Zielsetzungen einer UN-Mission daher wenig geeignet. In der Folge wurde erstmals der Einsatz einer aus zivilen Polizeibeamten bestehenden, eigenständigen UN-Polizeitruppe vorbereitet. Diese war ebenso zur Unterstützung des UN-Militärs vorgesehen, sollte aber in rein polizeilichen Angelegenheiten weitgehend unabhängig agieren. Der dafür geprägte und fortan auch für künftige UN-Polizeimissionen verwendete Begriff CIVPOL (»Civilian Police«) grenzte sich – nicht zuletzt hinsichtlich der

UNFICYP – CIVPOL 1964

Der Oberkommandierende der UN-Streitkräfte (Force Commander) hatte im UNFICYP-Hauptquartier neben einem militärischen auch einen zivilen Stab zur Verfügung, dem wiederum der Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs (Special Representative of the Secretary-General) vorstand. Der zivile Stab setzte sich aus einem leitenden Verwaltungsbeamten, einem Presse- und Öffentlichkeitsbeauftragten, einem politischen Berater, einem juristischen Berater und einem Polizeiberater (Police Adviser) zusammen. Der Polizeiberater stand an der Spitze der CIVPOL und nahm an sämtlichen Besprechungen teil, die polizeiliche Angelegenheiten betrafen. Er leitete und koordinierte die UN-Polizeitruppe und war dem Force Commander gegenüber für die Tätigkeit der UN-Polizei verantwortlich. Zudem war er ein wichtiger Gesprächspartner für die Polizeieinheiten der griechischen und türkischen Zyprer. In seiner Arbeit wurde er von einem Police Supervisor und den jeweiligen Kommandanten der nationalen Polizeikontingente unterstützt, die wiederum den militärischen Verbänden der UN-Friedenstruppe zugeordnet, aber nicht unterstellt waren. Der Police Adviser verfügte über ein eigenes Hauptquartier mitsamt eines rund um die Uhr besetzten »Report Centre«. Hier eintreffende Meldungen wurden durch Polizeioffiziere gesichtet, für den Police Adviser und seine tägliche Lagebesprechung im UNFICYP-Hauptquartier aufbereitet und dienten als Basis für die weitere Vorgehensweise. CIVPOL gliederte sich in eine Einsatzabteilung und einen Verwaltungsbereich. Während im Verwaltungsbereich Material-, Wohlfahrts-, Rechnungs- und Personalangelegenheiten bearbeitet wurden, war die Einsatzabteilung in einen uniformierten und investigativen Bereich (Uniform Branch und Inquiry Branch) unterteilt. Der Uniform Branch oblag der Dienst an den Kontroll- und Beobachtungspunkten (Checkpoints), die Begleitung und Bewachung von Konvois sowie Patrouillen- und Streifendienste. Der Inquiry Branch oblagen Erhebungen und Ermittlungen, nicht zuletzt rund um die hohe Anzahl an vermissten Personen. Darüber hinaus war die Einsatzabteilung durch polizeiliche Verbindungs-offiziere im Hauptquartier der UNFICYP-Mission vertreten und hielt Verbindung zu den Polizeiführern der griechischen und türkischen Zyprer.

Mario Muigg



sichtbar abweichenden Uniformierung der Polizisten gegenüber dem Militär – klar von der »Military Police« ab und geht auf die UNFICYP-Mission auf Zypern zurück.

Wie die militärischen UNFICYP-Verbände wurden auch die einzelnen UN-Polizeikontingente distriktweise eingesetzt. Zu ihren zentralen Aufgaben zählten vor allem ihre physische Präsenz in bewohnten Gebieten, Beobachtungen, Beratungen und Verhandlungen sowie im Bedarfsfall unmittelbares Einschreiten. Fußpatrouillen und Streifen mit Kraftfahrzeugen sowie die Begleitung von Konvois waren Teil des täglichen Dienstes. Wann immer einzelne Checkpoints unbesetzt blieben, verstärkte man dafür die Überwachung an anderen Kontrollstellen. Zudem untersuchten UN-Polizisten Zwischenfälle und starteten Ermittlungen bei Vorfällen, in die Angehörige beider Ethnien verwickelt waren. Die einheimische Bevölkerung schätzte diese Vorgehensweise sehr, da die Stimmung zwischen den verfeindeten Volksgruppen sehr schnell eskalieren konnte und bereits kleinere Vergehen wegen der ethnischen Spannungen unkontrollierbare politische Folgen nach sich ziehen konnten. Gemeinsame Patrouillenfahrten internationaler und zyprischer Polizisten (joint patrols) waren von Beginn an Teil der Mission. Internationale Exekutivbeamte beobachteten und dokumentierten das Einschreiten der lokalen Polizei mit Blick auf die Einhaltung gesetzlicher Grundlagen. Die UN-Polizisten traten auf Zypern grundsätzlich unbewaffnet auf. Sie hatten zwar ihre eigenen Dienstwaffen aus ihren Heimatländern mitgebracht, trugen diese im Einsatz aber nicht am Körper, um im Vorfeld deeskalierend zu wirken. Nur im Notfall oder bei unmittelbaren Bedrohungen griffen die UN-Polizisten auf ihre Waffen zurück.

Die häufigen Unruhen und ethnischen Auseinandersetzungen auf Zypern führten mehrmals zu gefährlichen Situationen für die leicht bewaffneten und teils an entlegenen Außenposten eingesetzten Beamten. Deren Lage war umso kritischer, als sie nicht in gesicherten Militärcamps, sondern in Hotelanlagen (später auch Privathäusern) untergebracht waren. So wurden UN-Polizisten gleich zu Beginn ihres Einsatzes im Zuge der erneut aufflammenden Kämpfe im Sommer 1964 unter heftigen Beschuss genommen. Erst als UN-Soldaten zu Hilfe eilten, gelang es, die Angreifer in die Flucht zu schlagen. Gänzlich außer Kon-

trolle geriet die Lage im Herbst 1967, als es zur direkten Konfrontation zwischen griechisch-zyprischen und türkisch-zyprischen Milizen kam. Die Vereinten Nationen mussten hilflos mitansehen, wie ihre eigenen Beobachtungsposten unter Beschuss gerieten, Funkverbindungen der Blauhelmsruppen zerstört wurden und sie den Verlust zahlreicher Menschenleben unter der zyprischen Bevölkerung nicht verhindern konnten. Auch die vor Ort eingesetzten UN-Polizisten waren nicht mehr handlungsfähig. Sie erhielten den Befehl, isolierte Außenposten aufzugeben, sich umgehend in ihre Unterkünfte zu begeben, sich dort einzugeln (dafür war auch ein gewisser Splitterschutz vorgesehen) und zum nächstmöglichen Zeitpunkt mit ihren gekennzeichneten Fahrzeugen befestigte UN-Stützpunkte anzusteuern. Erst als sich die Sicherheitslage entspannt hatte, konnten die Einsatzkräfte der Vereinten Nationen ihre Tätigkeit wiederaufnehmen.

Die Zypernkrise 1974: Bewährungsprobe für CIVPOL

Einen markanten Wendepunkt in der Zypernfrage stellte die türkische Militärintervention im Sommer 1974 dar. Die Vereinten Nationen wurden von dem massiven Gewaltausbruch überrascht. Dennoch versuchten UN-Einheiten im Rahmen ihrer Möglichkeiten, Übergriffe zu verhindern und ihr Mandat trotz der Kriegshandlungen und radikal veränderten Begleitumstände zu erfüllen. Viele UN-Angehörige riskierten in Ausübung ihrer Pflicht ihr Leben und für manche endete der Einsatz tödlich. Die heftigen Gefechte führten dazu, dass der Bewegungsradius stark eingeschränkt wurde und Stützpunkte geräumt werden mussten. Viele UN-Polizisten waren direkt von den Kämpfen betroffen und konnten sich mit ihren Fahrzeugen nur durch Geschick, Taktik und Glück in besser gesicherte Einrichtungen begeben. UN-Polizisten beteiligten sich während der Kämpfe an der Evakuierung ausländischer Staatsbürger, versuchten geräumte Außenstellen schnellstmöglich wieder zu erreichen und scheuten

auch sonst keine persönlichen Risiken, um trotz der aussichtslosen Lage ein Minimum an Handlungsfähigkeit zu behalten. So wurde etwa der Flughafen von Nikosia durch Polizisten der UNFICYP handstreichartig besetzt, ehe besser ausgerüstete UN-Streitkräfte die Kontrolle übernehmen konnten. Diese riskante, aber letztlich erfolgreiche Aktion fand in den Reihen der Vereinten Nationen große Anerkennung.

Nach dem Ende der Kämpfe blieb die Lage angespannt. Aufgrund der häufigen Alarmbereitschaften und rigorosen Ausgangsbeschränkungen erschwerten sich auch für die UN-Polizeikräfte die Arbeits- und Lebensbedingungen. Dies schlug sich auch in deren Bewaffnung nieder. Neben den üblichen Dienstpistolen wurden UN-Polizeikontingente mit Maschinenpistolen, Tränengaswurfkörpern und ABC-Schutzmasken ausgerüstet. UNFICYP rechnete mit bewaffneten Überfällen auf UN-Einrichtungen und stärkte so die Widerstandsfähigkeit ihrer Polizeikräfte, bis militärisch bewaffnete UN-Friedenstruppen eintreffen würden. Zusätzlich zu den bekannten Aufgaben unterstützten UN-Polizisten nunmehr bei der Flüchtlingsbetreuung, beim Austausch von Kriegsgefangenen, bei der Durchführung und Überwachung von Lebensmitteltransporten in die verschiedenen Notstandsgebiete, bei der Suche nach vermissten Personen und nicht zuletzt mit Ermittlungen zu Plünderungen und Kriegsverbrechen.

Am Ende hatte die türkische Militärintervention eine gänzlich neue Situation auf Zypern geschaffen. Im Grunde war das internationale Bemühen um ein friedliches Zusammenleben der beiden zyprischen Volksgruppen gescheitert. Hatte sich UNFICYP über zehn Jahre lang bemüht, die junge Republik Zypern mitsamt ihrer ethnisch gemischten Bevölkerung – trotz wiederholter Rückschläge – zu stabilisieren, so stand man ab 1974 einer zweigeteilten Insel gegenüber. Während der Großteil der griechisch-zyprischen Bevölkerung aus dem Norden der Insel in den Süden flüchtete oder dorthin vertrieben wurde, ereilte die türkisch-zyprische Bevölkerung das gleiche Schicksal in die Gegenrichtung. Die Vereinten Nationen waren aufgrund der veränderten Situation gezwungen, ihre Friedensmission neu auszu-

richten. Das ursprüngliche Mandat war obsolet geworden. Die Hauptaufgabe der Friedenstruppe bestand fortan in der Überwachung der quer durch die Insel verlaufenden, zu einer Pufferzone erweiterten Waffenstillstandslinie. Allerdings erlaubte die weitgehende Trennung der verfeindeten Volksgruppen im Gegensatz zur bis dahin durchmischten Siedlungsstruktur nun eine Reduktion der UN-Einsatzkräfte. Die Vereinten Nationen verringerten nicht nur die militärischen Einheiten, sondern stückweise auch die Zahl ihrer Polizeikräfte. Der Einsatz einer zivilpolizeilichen Komponente ist aber bis heute Teil von UNFICYP geblieben, wenngleich die Personalstärke deutlich gesunken ist. Die anfangs rund 6500 Mann zählende UN-Friedenstruppe (darunter 173 UN-Polizisten) verringerte sich bis zum Jahr 2018 auf einen Personalstand von rund 1000 UN-Angehörigen, darunter 65 polizeiliche Einsatzkräfte.

UNFICYP und heutige Polizeimissionen

Für die weitere Entwicklung internationaler Polizeimissionen in anderen Teilen der Welt spielte der Zyperneinsatz der Vereinten Nationen eine wesentliche Rolle. Es war die UNFICYP-Mission, die mit dem Einsatz von CIVPOL-Einheiten den Grundstein für den Einsatz selbstständig agierender Polizeikräfte im Rahmen internationaler Friedensmissionen legte. Mittlerweile wurde der Begriff CIVPOL durch »United Nations Police« (UNPOL) ersetzt. Die Aufgaben sind aber im Kern unverändert geblieben. Alle im Zyperneinsatz gewonnenen Erfahrungen flossen in zukünftige Polizeieinsätze mit ein, wie etwa das gemeinsame Auftreten von einheimischen und internationalen Polizisten, die gemeinsamen Streifentätigkeiten (joint patrols) oder die multinational durchmischten UN-Polizeikontingente. Letzteres war zu Beginn der Zypernmission nicht vorgesehen. UN-Polizeieinheiten agierten im nationalen Verbund, ehe man schrittweise davon Abstand nahm, die Beamten nur nach nationalen Gesichtspunkten zusammenzufassen und einzusetzen. So wurden im Laufe der UNFICYP-Mission erstmals Polizisten auf freiwilliger Basis zwischen den Kontingenten ausgetauscht, was insbesondere den wechselseitigen Erfahrungsaustausch förderte. Heute sind mul-

tinational zusammengesetzte Polizeikontingente die Regel. Der erstmalige Einsatz von CIVPOL-Einheiten im Rahmen der UN-Zypernmission hat nach heutiger, rückblickender Bewertung die gestellten Erwartungen erfüllt. Der Beginn des Einsatzes im Jahr 1964 kann daher mit Recht als Geburtsstunde der UN-Polizeimissionen bezeichnet werden.

Mario Muigg



Es ist im Grunde genommen unmöglich, die nachantike Kunstentwicklung Zyperns in der immer noch aktuellen ethnisch und religiös aufgeladenen Konfliktsituation ausschließlich kunsthistorisch zu würdigen. Gegen eine solche wertneutrale Betrachtungsweise steht die jeweilige politische Instrumentalisierung des kulturellen Erbes durch die einzelnen Konfliktparteien. Hinzu kommt, dass sowohl in der modernen Kunstgeschichte als auch in der Reiseführerliteratur die Kunstentwicklung gerne parallel zur politischen Historie Zyperns, folglich als Spiegel der diversen Fremdherrschaften betrachtet und entsprechend interpretiert wird.

Auf dem beiliegenden Bild aus dem 13. Jahrhundert ist ein Wandgemälde eines griechisch-orthodoxen Heiligen in der Kirche Panagia Tou Moutoulla in zyprischen Bergdorf Moutoullas zu sehen, das heute zum UNESCO-Weltkulturerbe zählt.

Die nachantike Kunst Zyperns vom 4. Jahrhundert bis heute

Die exakte zeitliche Festlegung des Beginns der nachantiken Kunstentwicklung auf der Insel Zypern stellt die Forschung bis heute vor ein Problem. Denn diese lässt sich nicht als eine historische Zäsur im eigentlichen Sinn fassen. So haben weder die Einführung des Christentums noch das Ende der römischen Herrschaft schlagartig zu tiefgreifenden Veränderungen in Architektur und bildender Kunst geführt.

Zypern als oströmisch-byzantinisches Kunstzentrum (4.–12. Jahrhundert)

Die kunsthistorische Forschung hat sich seit Langem angewöhnt, die nachantike Entwicklung als byzantinisch zu bezeichnen, auch wenn der Begriff im Grunde genommen nicht wirklich korrekt ist. Zwar machte Kaiser Konstantin am 11. Mai 330 n.Chr. die am Bosporus gelegene, dort schon im 7. Jahrhundert v.Chr. gegründete griechische Stadt Byzantion (das heutige Istanbul) aus strategischen Gründen zu seiner Hauptresidenz und baute sie in der Folgezeit zur neuen Hauptstadt des Römischen Reiches aus. Doch verlor diese im Zuge dessen ihren alten Namen, wurde zunächst Nea Rhōmē (Neues Rom) und nach dem Tod des Kaisers 337 n.Chr. fortan bis zur osmanischen Eroberung am 29. Mai 1453 Konstantinopolis (große Stadt des Konstantin) genannt. An Stelle von Rom entwickelte sich die Stadt zum neuen Machtzentrum des Römischen Reiches und damit auch für lange Zeit zum Zentrum jedweder Form von Kunst und Kultur. Die hauptsächlich in Konstantinopel entstandene, sogenannte byzantinische Architektur- und Bildsprache wirkte entsprechend vorbildhaft und setzte vor allem im östlichen Mittelmeer- sowie im angrenzenden Schwarzmeergebiet bis zum Kaukasus sowohl die architektonischen als auch bildlichen Standards. Die Insel Zypern gilt dabei zu Recht als eines der wichtigsten regionalen Zentren byzantinischer Kunst im östlichen Mittelmeerraum.

Die schon von Konstantin gesuchte enge Bindung von Herrscheramt und christlicher Religion hatte zugleich Auswirkungen auf die Entstehung einer neuen religiösen Bildkunst, die basierend auf Formen römisch-kaiserlicher Bildpropaganda Christus, Maria, die zwölf Apostel sowie andere Heilige an Stelle irdischer Würdenträger treten ließ. Das Wurzeln in antiken Vorbildern gilt gleichermaßen für die frühchristlich-spätantike Architektur. So wurde im Kontext der kaiserlichen Baupolitik des Christenförderers Konstantin die Basilika (gr. Königliche Halle) zum idealen Bautypus für Kirchen umfunktioniert, da sie im Gegensatz zu den alten Tempeln genügend Raum für die versammelte Gemeinde bot. An Stelle des in der Apsis einer profanen Basilika thronenden Kaisers oder eines anderen hochrangigen Würdenträgers stand in einer christlichen der Altar. Archäologisch lassen sich einige frühe Basiliken des 4.–7. Jahrhunderts mit zum Teil ehemals reichem Mosaikschmuck (in der Regel Fußböden) in Agia Triada, Famagusta, Kourion, Paphos, Salamis und Soloi nachweisen. Zum UNESCO-Weltkulturerbe gehört das aus dem 6. Jahrhundert stammende Apsismosaik mit einer Darstellung Marias in Kiti (Südteil der Insel). Das etwa gleichzeitige Pendant in Lythtrangomi (heute türk. Boltaşlı im Nordteil der Insel) hat dagegen ein Schicksal erfahren, das als geradezu symptomatisch für die desolaten Verhältnisse infolge der Teilung Zyperns gelten kann. So wurde es 1978 von skrupellosen Kunsträubern herausgelöst und in mehrere Partien zerschnitten auf dem internationalen Kunstmarkt angeboten. Ein Teil der Fragmente konnte immerhin sichergestellt und zurückgegeben werden, befindet sich aber aufgrund des völkerrechtlichen Status des türkischen Nordens heute im Ikonenmuseum im griechischen Teil von Nikosia und nicht mehr in der Kirche selbst.

Die 647/48 erstmals unternommenen Plünderungszüge der Araber auf Zypern wie auch die inneren Religionsstreitigkeiten in Byzanz/Konstantinopel, wo es zweimal zu großen Bildzerstörungswellen kam, führten dazu, dass die Kunstentwicklung auf der Insel für gut 300 Jahre nahezu zum Erliegen kam. Erst unter Kaiser Nikephoros II. Phokas im 10. Jahrhundert begann eine neue kulturelle Blüte, die sich unter anderem in zahlreichen Klosterneugründungen sowie in der Errichtung von Kirchenbauten mit reichem Freskenschmuck fassen lässt, der oftmals einen

vom byzantinischen Hof in Konstantinopel direkt beeinflussten Stil zeigt. Zu nennen sind etwa auf der Karpasia-Halbinsel bei Triкомо (heute Iskele) die im 11. oder 12. Jahrhundert erbaute Kirche mit ihren Wandmalereien, die Bilder der Kreuzkuppelkirche des Heiligen Nikolaus bei Kakopetria aus dem 11. Jahrhundert sowie vor allem die bedeutenden, beide zum UNESCO-Weltkulturerbe zählenden Freskenzyklen des 12. Jahrhunderts von Asinou (1105/06) und Lagoudera (1192).

Kunst unter fremden Oberherren: Franken, Venezianer, Osmanen (13.–19. Jahrhundert)

Mit der 1192 einsetzenden und bis 1571 dauernden Fremdherrschaft durch auswärtige christliche Mächte, welche die Griechen allesamt unter dem Begriff der Franken subsumierten, endete diese Phase der byzantinisch beeinflussten Kunst keineswegs. Auch wenn die griechisch-orthodoxe Kirche zeitweilig von den neuen katholischen Machthabern in ihren Rechten beschnitten wurde, so blieben die Künstler in der Regel dennoch der byzantinischen Formensprache verpflichtet. Dies hatte zur Folge, dass auch die katholischen Kirchenbauten vielfach mit »byzantinischem« Bildschmuck versehen worden sind. Einen eigenständigen Beitrag stellen dagegen die im gesamten östlichen Mittelmeerraum einzigartigen gotischen Bauwerke Zyperns dar. Diese damals hochmoderne Architektursprache wurde von den aus dem französischen Geschlecht der Lusignans stammenden Herrschern direkt aus Frankreich importiert. Als besonders bedeutende Zeugnisse dieser Baukunst dürfen die Krönungskirchen in Nikosia (Sophien-Kathedrale; 1209–1326) und Famagusta (Nikolaus-Kathedrale; 1298–1326) sowie das Kloster Bellapais bei Kyrenia (13./14. Jh.) gelten. Sehr sehenswert ist ferner der burgähnliche Sommersitz der Dynastie in Hilarion (ab 1228), der auf ein byzantinisches Kloster des 11. Jahrhunderts zurückgeht.

Die vergleichsweise kurze Herrschaft der Venezianer (1489–1571) hinterließ ihre architektonischen Spuren hingegen vor allem im Bereich der militärischen Nutzarchitektur (Festungsbauten von Famagusta, Kyrenia und Nikosia). Deutlich von der

italienischen Formensprache sind hingegen die Malereien der sogenannten Lateinischen Kapelle von Kalopanagiotis (um 1500) beeinflusst – ein besonderes Zeugnis des künstlerischen Kulturaustauschs zwischen Ost und West. Vergleichbare Einflüsse zeigt der Bildzyklus der Panagia-Poditou-Kirche (ab 1502) von Galata, während die Fresken der dortigen Erzengel-Michael-Kirche (ab 1514) eine stärker traditionelle byzantinische Formensprache aufweisen, auch wenn beide Gotteshäuser nachweislich von Venezianern gestiftet worden sind. Mit Philippos Goul lässt sich inschriftlich sogar zweimal eine Künstlerpersönlichkeit der Zeit namentlich fassen. Seine Künstlersignaturen zieren in Platanistasa (Kirche Stavros tou Agiasmati; 1494) und Louvaras (Kirche des Heiligen Mamas; 1495) recht aufwändige Wandmalereien, die an sich in herkömmlicher byzantinischer Weise gestaltet sind, bei denen aber zumindest die perspektivische Darstellung der jeweiligen Hintergrundarchitektur ebenso einen westlichen, d.h. italienischen Stileinfluss bezeugt.

Die 1571 beginnende längere Periode der osmanischen Herrschaft hat in kunsthistorischer Hinsicht nur wenig Bemerkenswertes erbracht. Große Moscheen wurden zunächst nicht errichtet, da man zu diesem Zweck einfach die gotischen Kathedralen nutzte, die wie in Famagusta und Nikosia Minarette und Gebetsnischen erhielten. Eigenständige Moscheen, d.h. Bauten ohne jedwede christliche Vornutzung scheinen erst im 18. und 19. Jahrhundert errichtet worden zu sein (so etwa die Arab-Achmet-Moschee und Moschee des Klosters der Tanzenden Derwische in Nikosia sowie die Chala Sultan Tekke bei Larnaka). In der Altstadt von Nikosia und anderswo belegen darüber hinaus Bäder, Brunnen, Karawansereien sowie andere Nutzbauten wie die Sultan-Mahmud-Bibliothek in Nikosia und die Wasserleitung bei Larnaka die Leistungen türkisch-osmanischer Baukunst. Ferner ist in Nikosia mit dem Haus des Hadjiyorgákis Kornésios, der hier von 1779 bis 1809 mit seiner Familie residierte und als oberster christlicher Verwaltungsbeamter Zyperns für den osmanischen Sultan in Konstantinopel die Steuern eintrieb, ein Beispiel der damaligen Wohnkultur erhalten. Auch in der Zeit der osmanischen Herrschaft wurden neue Kirchen errichtet oder alte restauriert. Sie sind aber mehr oder minder unspektakulär.

An der Schwelle zur Moderne und aktuelle Entwicklungen (20.–21. Jahrhundert)

Diese Einschätzung gilt auch für die Phase der britischen Kolonialherrschaft auf Zypern. Baugeschichtlich stellten vor allem die in rascher Folge errichteten Nutz- und Infrastrukturbauten gegenüber der Vergangenheit etwas eigentlich Neues dar. Ein gutes Beispiel ist das alte Kraftwerk in Nikosia (Old Powerhouse). Heute befindet sich dort das Nicosia Municipal Arts Centre (NiMAC), das der Förderung der zeitgenössischen Kunst dient.

Einerseits werden weiterhin die byzantinischen Bildtraditionen in sakralen Kontexten gepflegt. Andererseits existiert auf Zypern eine sehr lebendige moderne Kunstszene, die ebenfalls eine zum Teil schon jahrzehntelange Tradition aufweist. Offizielle Bau- und Bildwerke wie der neue erzbischöfliche Palast samt Statue von Erzbischof Makarios III. in Nikosia oder das gegenüber liegende pompöse Befreiungsdenkmal sind jedoch nicht unbedingt exemplarisch für dieses moderne Kunstschaffen. Überhaupt fällt es schwer, zu definieren, was im aktuellen Kunstbetrieb als typisch zyprisch zu gelten hat. Die seit 1968 regelmäßig auf der Biennale in Venedig vertretenen Künstler arbeiten auf internationalem Niveau in entsprechend internationalen Stilformen. Darüber hinaus bietet Zypern immer wieder auch Externen eine künstlerische Heimstatt. So beteiligten sich 2017, als Paphos Kulturhauptstadt Europas war, nicht nur zyprische Künstlerinnen und Künstler an den Ausstellungen. Im nur wenige Kilometer von Paphos entfernt gelegenen »Künstlerdorf« Lemba, dessen kunstvoll gestaltete Mauer sich mittlerweile zu einem touristischen Highlight der Insel entwickelt hat, wurde ein »Cyprus College of Art« gegründet, das gerade jungen Kunstschaffenden ein lokales Domizil bieten soll. Zugleich zieht es nicht wenige der heute aktiven jungen zyprischen Künstlerinnen und Künstler in die Fremde, wo sie in aktuellen Kunstmetropolen wie Berlin, London oder New York Fuß zu fassen suchen. Spürbar ist bei vielen von ihnen der Versuch, mit Hilfe der Kunst die andauernden ethnisch-religiösen Konflikte endlich zu entspannen, wenn nicht sogar zu überwinden.

Patrick Schollmeyer



picture alliance / Bildagentur-online/Joko

Durch die Altstadt verläuft die »Green Line«, die Trennlinie zwischen der Türkischen Republik Nordzypern (TRNZ) und der Republik Zypern. Diese Grenze existiert seit den innerstädtischen, ethnischen Auseinandersetzungen der Jahre 1963/64 und wurde von den Vereinten Nationen gezogen. Die Teilung zwischen den griechisch-zyprisch und den türkisch-zyprisch bewohnten Stadtvierteln wurde mit einem »grünen Stift« besiegelt, wobei die Wohngebiete der kleineren Minderheiten der Lateiner, Maroniten und Armenier unberücksichtigt blieben. Da die Grenze zum (türkisch-zyprischen) Nordteil durch die Altstadt und nicht durch die neueren Wohngebiete verläuft, fühlen sich die meisten Menschen dadurch in ihrem täglichen Leben in der Regel nur wenig gestört. Das Foto gibt einen Blick auf die Ledra-Straße im Zentrum Nikosias, welche die letzte geteilte Hauptstadt Europas verbindet.

Nikosia, die letzte geteilte Hauptstadt Europas

Nikosia ist die Hauptstadt der Republik Zypern und zugleich die bevölkerungsreichste Metropole der Insel. Der Nordteil, von den türkischen Zypern Lefkoşa genannt, bildet den Regierungssitz der international nicht anerkannten Türkischen Republik Nordzypern (TRNZ). Die Gesamtzahl der Einwohner beträgt rund 280 000. Die Entwicklung der Stadt wurde und wird bis heute von ihrer Teilung maßgeblich beeinflusst.

Städtisches Wachstum und urbane Entwicklung

Seit 1974 ist Nikosia enorm gewachsen. Unter den Zugezogenen befinden sich viele Familien, die nach der türkischen Invasion von ihren angestammten Wohnsitzen vertrieben wurden. Das äußere Stadtgebiet teilt sich in die fünf Bezirke, Engomi, Latsia, Strovolos, Lakatamia und Geri auf, die früher außerhalb der Stadtgrenzen lagen. Seit den 1970er Jahren lebt in diesen Vierteln jedoch der größte Teil von Nikosias Einwohnerschaft. Strovolos weist dabei die höchste Siedlungsdichte auf. Anders als Larnaca und Limassol verfügt die Hauptstadt nur über eine kleine russischsprachige Einwohnerschaft. Auch der übrige Ausländeranteil ist gering. Eine Ausnahme bilden lediglich die Zuwanderer aus Südostasien, meist Frauen aus Sri Lanka, Malaysia und den Philippinen, die in der Regel haushaltsnahe Dienstleistungen erbringen. Ansonsten dominiert die einheimische Bevölkerung, die überwiegend im öffentlichen Dienst tätig ist, das Stadtbild.

Die Stadt ist bemüht, ihr Bildungs- und Kulturwesen zu fördern. Rund 20 000 Studentinnen und Studenten besuchen die beiden staatlichen Hochschulen »University of Cyprus« und die »Open University of Cyprus« sowie die drei staatlich anerkannten privaten Bildungseinrichtungen »European University of Cyprus«, »University of Nicosia« und die »Frederik University«. Daneben verfügt die Stadt über eine lebhafte Theaterkultur, die

überwiegend in griechischer Sprache praktiziert wird. Ähnlich wie in den anderen Hauptstädten Europas ist Wohnraum in der Nähe der höheren Bildungsstätten jedoch mittlerweile knapp und teuer.

In der Altstadt prägen Fußgängerwege und enge Straßen das Stadtbild. Befestigungsanlagen der venezianischen Epoche markieren die historischen Stadtgrenzen. Die umfangreichen EU-Fördermittel, die Nikosia erhält, werden von der Stadtverwaltung überwiegend dazu genutzt, nach Jahren des Verfalls den Wiederaufbau und die Sanierung des Altstadt-kerns voranzutreiben. In den anderen Wohnbezirken ist das Gegenteil der Fall. Der Kraftfahrzeugverkehr ist immens, da der öffentliche Nahverkehr unzureichend ausgebaut ist und daher gewöhnlich nur von Studierenden und Immigranten genutzt wird. Fuß- oder gar Fahrradwege sind kaum vorhanden. Eine hohe Verkehrsdichte und lange Fahrtzeiten sind nicht ungewöhnlich. In den Vorstädten wiederum gleicht das tägliche Leben US-amerikanischen Verhältnissen: ausgedehnte Straßen, Handels- und Gewerbebereiche, weitläufige Einkaufsmeilen und Gastronomieketten. Nur das Nachtleben und die abendlichen Vergnügungszentren konzentrieren sich in erster Linie auf die Altstadt.

Die Trennlinie

Weil die Teilung Nikosias zehn Jahre vor der türkischen Invasion erfolgte, blieben der Stadt im Jahr 1974 die andernorts erfolgten »ethnischen Säuberungen« erspart. Allerdings gab es nach der Trennung keinen Kontakt und keine Kommunikation zwischen den abgeschotteten Stadtteilen mehr. Grenzübertritte waren ebenfalls nicht mehr möglich. Erst im Jahr 2002 wurden die Sperren beseitigt und gestatteten den griechischen Zypriern ab dem Folgejahr wieder Besuche im Nordteil. Der Übertritt ist jedoch bis heute nur über festgelegte Grenzübergangsstellen möglich. In den letzten Jahren wurden zu diesem Zweck weitere »Checkpoints« geöffnet. Der bekannteste – vergleichbar dem (damaligen) Berliner Checkpoint Charlie – ist der seit 2008 geöffnete Übergang in der Ledra-Straße im Herzen der Altstadt.

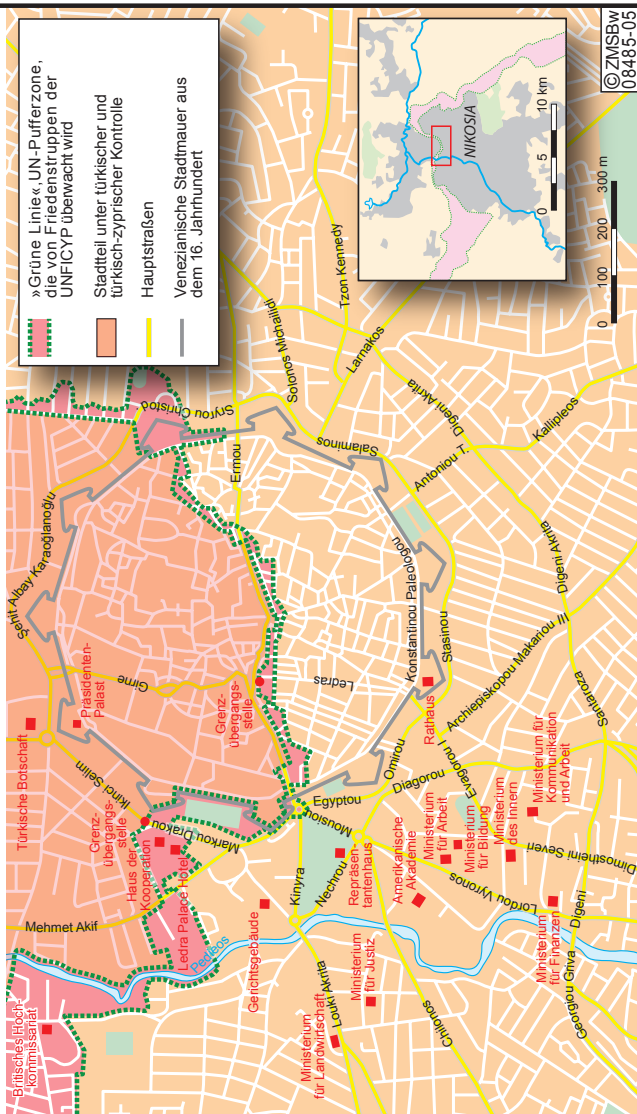
Während die Zypernfrage politisch nach wie vor ein heikles Thema ist, bemühen sich beide Seiten, den täglichen Grenzverkehr pragmatisch zu handhaben. Mit gültigen Papieren ist ein wechselseitiger Übertritt im Prinzip jederzeit möglich. Dies schließt gleichermaßen die türkischen Zyprier ein, die den Süden besuchen wollen. Allerdings sind die Behörden der TRNZ in jüngster Zeit dazu übergegangen, den Grenzübertritt ihrer Landsleute in die Republik Zypern wieder zu beschränken, da ihnen deren »Hamsterkäufe« in griechisch-zyprischen Geschäften zunehmend ein Dorn im Auge sind. Ferner klagen die griechischen Zyprier bis heute heftig über die aus ihrer Sicht völkerrechtswidrigen Passkontrollen durch türkisch-zyprische Grenzbeamte.

Die Zahl der Grenzübertritte war in den Anfangsjahren nach der Öffnung hoch, nahm mit der Zeit aber schrittweise wieder ab. Vertriebene oder geflüchtete griechische Zyprier waren zunächst neugierig, ihre ehemaligen Besitztümer und Heimstätten zu sehen. Türkische Zyprier waren hingegen meist auf der Suche nach Arbeit im Baugewerbe des Südens. Die große Wirtschaftskrise des Jahres 2008 beendete diesen »Boom« jedoch wieder.

Anfangs verweigerten die griechisch-zyprischen Behörden ausländischen Staatsbürgern den Grenzübertritt nach Süden, sofern jene über die TRNZ nach Zypern eingereist waren. Seit der großen Rezession im Jahr 2008 scheint diese Praxis jedoch gelockert worden zu sein. Sowohl griechische Zyprier als auch Ausländer nutzen bisweilen den international nicht anerkannten Flughafen der TRNZ, um die hohen Flugkosten und Servicegebühren des teuren Flughafens von Larnaca zu umgehen. Da der Lebensstandard zwischen den Einwohnern der Republik Zypern und der TRNZ enorme Unterschiede aufweist, lassen griechische Zyprier sich auch gerne dazu verleiten, ihre Kraftfahrzeuge im Norden günstig zu betanken oder dort lokale Lebensmittel preiswert zu erwerben. Indes werden solche Praktiken im Süden mit Missfallen beäugt. Nicht zuletzt profitiert die Kriminalität von der fehlenden wechselseitigen Anerkennung der beiden zyprischen Landesteile. Polizeilich gesuchte Personen nutzen häufig die Gelegenheit des Grenzübertritts, um sich strafrechtlicher Verfolgung im jeweils anderen Landesteil zu entziehen.

Private Bekanntschaften zwischen den Bewohnern der getrennten Stadtteile sind wegen fehlender wechselseitiger Sprach-

Nikosia, die letzte geteilte Hauptstadt Europas



kennntnisse eher die Ausnahme. Während die ältere Generation türkischer Zypriern noch den griechisch-zyprischen Dialekt beherrscht, ist die Muttersprache der jüngeren Generation nur noch das Türkische. Zwar ist eine Verständigung auf Englisch jederzeit möglich. Jedoch bildet diese Fremdsprache keine Brücke für persönliche Kontakte. Die Sprachbarriere stellt indes nur einen Teil der Ursachen dar, die den Graben zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen offenhält. Wechselseitiges Misstrauen ist nach wie vor latent und der Umgang beschränkt sich in der Regel auf Begegnungen, die von Diplomaten und Nichtregierungsorganisationen vermittelt werden.

Es ist daher bezeichnend, dass das »Haus der Kooperation«, einer gemeinschaftlichen Initiative für Frieden und Konfliktlösung, im Niemandsland der Altstadt errichtet wurde. Da beide Seiten sich weigerten, gemeinsamen Treffen auf dem jeweiligen Territorium der Gegenseite beizuwohnen, wurde das Gebäude innerhalb der Pufferzone erbaut. Das Haus bietet zwar Möglichkeiten für bilaterale Sitzungen und Konferenzen, die von den Vereinten Nationen und Nichtregierungsorganisationen ins Leben gerufen werden, und kann als gegenseitiges Sprachrohr genutzt werden. Diese Initiative ändert aber wenig daran, dass im täglichen Leben zwischen der griechisch-zyprischen und der türkisch-zyprischen Bevölkerung nach wie vor kaum persönliche Berührungspunkte bestehen und noch weniger der Wille vorherrscht, solche Verbindungen herzustellen. Das einzige echte Bindeglied zwischen den beiden Ethnien stellt bis heute das gemeinschaftlich betriebene Kanalisations- und Abwassersystem dar, das alle Krisen seit 1963 unbeschadet überstanden hat.

Victor Roudometof

Geschichte im Überblick

Frühgeschichte und Antike

- | | |
|----------------------|--|
| um 9000 v.Chr. | Erste Spuren einer dauerhaften Besiedlung Zyperns |
| ab 3000 v.Chr. | Beginn des Kupferbergbaus auf der Insel (griech. Kypros = Kupfer); Zypern entwickelt Handelsbeziehungen zu Kreta, Griechenland, zur Levante und zu Ägypten |
| ab 1400 v.Chr. | Griechisch-mykenische Sprache und Kultur dominieren auf Zypern |
| ca. 1000 v.Chr. | Entstehung unabhängiger zyprischer Stadtkönigtümer |
| ca. 700–300 v.Chr. | Zypern jeweils unter assyrischer, ägyptischer und persischer Herrschaft |
| 333 v.Chr. | Schlacht bei Issos und Niederlage der Perser gegen Alexander den Großen; Bündnis der zyprischen Stadtkönige mit Alexander |
| 323–358 v.Chr. | Zypern Teil des Ptolemäerreiches |
| 58 v.Chr.–395 n.Chr. | Römische Herrschaft über Zypern |
| 395–649 | Zypern Teil des Oströmischen Reiches |

Mittelalter und fränkisch-lateinische Herrschaft

- | | |
|-------------|--|
| 649 und 653 | Überfälle der islamischen Umayyaden auf Zypern; Zypern ist formal weiter Teil des Oströmischen Reiches, aber den Umayyaden tributpflichtig |
| 965 | Wiedererstarben der oströmischen Herrschaft auf der Insel nach Landung einer byzantinischen Flotte |
| 1191 | Eroberung Zyperns durch Richard Löwenherz; Erwerb der Insel durch das franz. Haus Lusignan nach gescheitertem Versuch, eine Templerherrschaft zu errichten |

Mittelalter und fränkisch-lateinische Herrschaft

- 1291** Nach dem Verlust des Heiligen Landes nennen sich die Könige von Zypern auch »Könige von Jerusalem«; Zypern u.a. Hauptsitz des Johanniterordens
- ab 1373** Eroberung Famagustas durch die Venezianer; wachsender venezianischer Einfluss auf der Insel (Zypern nach wie vor unter Herrschaft der Lusignans)

Frühe Neuzeit und Kolonialzeit

- 1489** Beginn der venezianischen Herrschaft auf Zypern
- 1570/71** Eroberung Zyperns durch die Osmanen im Zuge des habsburgisch-osmanischen Großkonflikts; in der Folge Einwanderung muslimischer Siedler aus Anatolien
- 9.9.1570** Massaker des Osmanischen Heeres nach der Eroberung Nikosias im habsburgisch-osmanischen Großkonflikt. Am 9. September 1570 plündern die osmanischen Eroberer die Stadt und ermorden den Großteil der Einwohner (rund 20 000 Todesopfer)
- 1571–1878** Zypern ist Provinz des Osmanischen Reiches
- 9.7.1821** Nach Ausbruch des Griechischen Aufstands gegen die osmanische Herrschaft (1821–1829) Hinrichtung von rund 470 griechisch-orthodoxen Kirchenführern und hochstehenden griechisch-zyprischen Persönlichkeiten (darunter auch der Archimandrit Kyprianos) durch den osmanischen Gouverneur Küçük Mehmed
- 1878–1922** Zypern unter britischer Verwaltung (formal weiter Teil des Osmanischen Reiches)
- 1922/23–1960** Annexion als britische Kolonie auf Basis des Vertrags von Lausanne; ab 1925 Kronkolonie
- 1955–1959** Gewaltsamer Aufstand der EOKA gegen die britische Kolonialherrschaft und Bürgerkrieg zwischen griechischen und türkischen Zypriern; erste Zypernkrise zwischen den NATO-Partnern Griechenland und der Türkei

- 1959/60** Entlassung Zyperns in die Unabhängigkeit; Gründung der Republik Zypern auf Basis des trilateralen britisch-griechisch-türkischen Garantievertrages (Londoner und Züricher Abkommen);
Erzbischof Makarios III. wird erster Präsident
- 1961** Zypern wird Mitglied des Commonwealth of Nations
- 1963–1964** Ethnische Auseinandersetzungen zwischen griechischen und türkischen Zypern mit mehreren hundert Todesopfern auf beiden Seiten. Gewaltsame Vertreibungen von rund 25 000 türkischen Zypern von ihren angestammten Wohnorten und Auswanderung von rund 19 000 türkischen Zypern in die Türkei; zweite Zypernkrise zwischen den NATO-Partnern Griechenland und der Türkei; Start der bewaffneten UN-Friedensmission UNFICYP auf der Insel
- 1967** Neue ethnische Auseinandersetzungen zwischen griechischen und türkischen Zypern, angestachelt durch die griechische Militärjunta; dritte Zypernkrise zwischen den NATO-Partnern Griechenland und Türkei
- 1973** Politischer Führer der türkischen Zyperer Rauf Denktaş wird Vizepräsident der Republik Zypern; ethnische Spannungen bleiben bestehen
- 1974** Putsch der zyprischen Nationalgarde auf Betreiben der griechischen Diktatoren gegen Makarios III.; Landung türkischer Truppen auf der Insel (Operation »Attila«) – gewaltsame Teilung der Insel und wechselseitige Bevölkerungsvertreibungen
- Aug. 1974** Wechselseitige Massaker griechisch-zyprischer und türkisch-zyprischer Milizen und der türkischen Armee an griechischen und türkischen Zypern mit insgesamt rund 350 Todesopfern
- 1975** Erste Verhandlungen zwischen griechischen und türkischen Zypern über eine Wiederannäherung
- 1977** Gemeinsames Abkommen über die Absicht der Schaffung einer bizonalen, bikommunalen Föderation Zyperns als Diskussionsgrundlage weiterer Verhandlungen

Ethnische Konflikte und gewaltsame Teilung

- 1979 10-Punkte-Abkommen über die Grundprinzipien einer Wiedervereinigung der Insel (teilweise ohne konkrete Festlegungen)
- 1979–1983 Erfolgreiche Vermittlungsversuche durch die USA, Großbritannien und die UNO
- 1983 Ausrufung der Türkischen Republik Nordzypern (TRNZ) durch den politischen Führer der türkischen Zypriern, Rauf Denktaş; die TRNZ wird von der internationalen Staatengemeinschaft nicht anerkannt
- 1992 UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali scheitert mit neuem Konzept zur Lösung der Zypernfrage
- 1998 Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen der Republik Zypern

Wiederannäherung und Entwicklungen seit 2000

- 2003 Erstmalige Öffnung von Grenzübergängen zwischen dem Nord- und Südteil der Insel
- 2004 Scheitern des Lösungsplans der UN (Annan-Plan) zur Wiedervereinigung Zyperns; EU-Beitritt Zyperns (EU-Recht auf Nordzypern de-facto nicht in Kraft)
- 2008 Öffnung eines zentralen Grenzübergangs in der Ledra-Straße, Nikosia
- Größte Wasserknappheit auf Zypern seit Beginn der Aufzeichnungen
- 2010 Entdeckung großer Gasfelder im östlichen Mittelmeerraum (Levantisches Meer); dies führt zu neuen Konflikten zwischen der Republik Zypern und der Türkei
- 2012 Erste EU-Ratspräsidentschaft Zyperns
- 2012/13 Finanzkrise auf Zypern mit Zusammenbruch des Finanzsektors; Unterstützung der Insel durch die EU mit rd. 6 Mrd. Euro
- 2015 Errichtung der türkischen Wasserpipeline »Barış Suyu« durch das Mittelmeer zur Versorgung Nordzyperns

Wiederannäherung und Entwicklungen seit 2000

- 2017/18 Erneute Wasserknappheit in der Republik Zypern
- 2018 Neue Absichtserklärung der Republik Zypern, die Zypernfrage durch ein Entgegenkommen in Form einer »losen Föderation« lösen zu wollen
- 2019 Zuspitzung des Konflikts um fossile Ressourcen Zyperns zwischen der Türkei und der EU



Länderinformation Zypern

Landesname:	Republik Zypern/Kypriaki Dimokratia/Kibris Cumhuriyeti
Hauptstadt:	Nikosia/Lefkoşa, 0,4 Mio. Einwohner (2018)
Unabhängigkeit:	16.8.1960
Staats- und Regierungsform:	Republik, Präsidialdemokratie
Amtssprachen:*	Griechisch, Türkisch, Englisch (Verkehrssprache)
Staatsoberhaupt und Regierungschef:	Nikos Anastasiades (seit 2013 mit Wiederwahl)
Landesfläche gesamte Insel:	9 251 km² (davon 59 % unter CYP-Kontrolle)
Bevölkerung:	1,15 Mio. Einwohner (2019)
Städtische Bevölkerung:	70,2 % (2018)
Bevölkerungswachstum:	1,37 % (2018)
Lebenserwartung:	81 Jahre Männer, 84 Jahre Frauen (2018)
Größte Ethnien:*	81 % Griechen, 11 % Türken, 8 % Sonstige (2017)
Im Ausland geborener Bevölkerungsanteil:	16,8 % (2015)
Religionen:*	95 % griech.-orthodoxe Christen, 4 % sunnitische Muslime, 1 % Sonstige (2017)
Alphabetisierungsrate:	99 % (2017)
Unterhalb der Armutsgrenze:	18,7 % der Gesamtbevölkerung (2017)
Bruttoinlandsprodukt in US-Dollar:	24,5 Mrd. (2018)
Pro-Kopf-Einkommen in US-Dollar:	22 400 (2017)
Reales Wachstum BIP 2000 - 2018:	45 % (Gesamtzeitraum)
Staatsverschuldung:	102,5 % des BIP (2018)
Arbeitslosenquote:	10,8 % (2017)
Jugendarbeitslosenquote:	23,1 % (2017)
Beschäftigte in der Landwirtschaft:	3,5 % (2017)
Beschäftigte im Dienstleistungssektor:	79,5 % (2017)
Beschäftigte in der Industrie:	17,0 % (2017)
Wichtigste Exportgüter:	Wasserfahrzeuge, mineralische Brennstoffe, pharmazeutische, elektronische und landwirtschaftliche Erzeugnisse (2018)
Wichtigste Importgüter:	Wasserfahrzeuge, mineralische Brennstoffe, Kraftwagen, Maschinen, mechanische und elektronische Erzeugnisse (2018)
Wichtigste Handelspartner:*	Griechenland, Libyen, Italien, Südkorea, Großbritannien, Israel (2018)

* ohne Landesteil Nordzypern

Bemerkung: Soweit nicht gesondert angegeben, beziehen sich die Angaben auf die gesamte Insel einschließlich Nordzypern

Quellen: Geoinformationsdienst der Bundeswehr, Aktuelle Geo-Information (2017); Auswärtiges Amt (2018); Wirtschaftskammer Österreich (2018); Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Länderprofil Republik Zypern (2016); Statistisches Bundesamt, Statistisches Länderprofil Zypern (2019); Deutsche Stiftung Weltbevölkerung, Datenreport 2019; Statista GmbH (2019).

© ZMSBw
08486-04

	Länderinformation türkisch besetzte Zone Nordzypern (international nicht anerkannt)
Landesname:	Türkische Republik Nordzypern
Hauptstadt:	Lefkoşa (Nordteil), 75 000 Einwohner (2018)
Gründung:	15.11.1983
Staats- und Regierungsform:	Republik, Präsidialdemokratie mit Premierminister
Amtssprache:	Türkisch
Staatsoberhaupt:	Ersin Tatar (seit 2020)
Landesfläche:	3 355 km ²
Bevölkerung:	0,3 Mio. Einwohner (2018)
Größte Ethnien:	97 % Türken, 3 % Sonstige (2017)
Religionen:	97 % sunnitische Muslime, 3 % Sonstige (2017)
Bruttoinlandsprodukt in US-Dollar:	5,6 Mrd. (2010)
Arbeitslosenquote:	11,9 % (2010)
Beschäftigte in der Landwirtschaft:	5,7 % (2020)
Wichtigste Exportgüter:)	Maschinen und Halbfabrikate, Nahrungsmittel und landwirtschaftliche Erzeugnisse, mineralische Brennstoffe (2010)
Wichtigste Importgüter:	Maschinen und Transportausrüstungen, mineralische Brenn- und Treibstoffe, Nahrungsmittel und landwirtschaftliche Erzeugnisse, Trinkwasser (2010)
Wichtigste Handelspartner:	Türkei, Großbritannien (2010)
Bemerkung: Angaben für Nordzypern unvollständig, da offizielle Statistiken nicht existieren	
Quellen: Geoinformationsdienst der Bundeswehr, Aktuelle Geo-Information (2017); Auswärtiges Amt (2018).	
©ZMSBw 08488-04	

Streitkräfte auf der Insel

Seit ihrer Gründung im Jahr 1960 unterhält die Republik Zypern auf dem von ihr kontrollierten Territorium die zyprische Nationalgarde als Land-, Luft- und Seestreitkräfte des Landes. Der Inselstaat wendet für sein Militär ca. 1,9 Prozent (2017) seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf. Die Garde zählt rund 12 000 aktive Soldaten. Das Heer verfügt an Kampftruppen über drei Infanteriedivisionen und eine Panzerbrigade, die Luftwaffe über zwei Staffeln Kampfhubschrauber und die Marine über elf Schnellboote. Das Land verpflichtet seine männliche Bevölkerung zu einem 14-monatigen Wehrdienst. Daneben befindet sich auf Zypern griechische mechanisierte Infanterie in Stärke von rund 1000 Mann, ELDYK genannt. Deren Auftrag ist es, die zyprische Nationalgarde im Verteidigungsfall zu unterstützen.

Demgegenüber werden die Streitkräfte der international nicht anerkannten »Türkischen Republik Nordzypern« von der Türkei protegiert. Die knapp 5000 Soldaten umfassende Truppe ist in sieben Bataillone Infanterie gegliedert, die direkt von einem türkischen General geführt werden. Wie in der Republik Zypern herrscht auch auf Nordzypern die Wehrpflicht, deren Dauer zwischen acht und 15 Monaten beträgt. Türkische Streitkräfte befinden sich ebenfalls auf der Insel. Das dortige, der 4. Türkischen »Ägäischen« Armee zugehörige Korps umfasst nach türkischen Angaben rund 17 000 Soldaten. Es wird jedoch vermutet, dass tatsächlich nach wie vor mehr als 30 000 Mann auf der Mittelmeerinsel stationiert sind. Neben maritimen Anteilen gehören dem türkischen Großverband zwei mechanisierte Infanteriedivisionen, eine Panzer- und eine Artilleriebrigade sowie ein Regiment Spezialkräfte an.

Ferner befinden sich auf Zypern zwei britische Militärbasen, die aus der kolonialen Vergangenheit des Landes herrühren. Das westlich von Limassol im Süden der Insel gelegene Gelände Akrotiri beherbergt ein Bataillon Infanterie sowie eine SAR-Hubschrauberstaffel der britischen Streitkräfte. Die im Osten befindliche Basis Dekelia ist Standort eines weiteren infanteristischen Verbandes. Die Militärstützpunkte dienen nicht nur als Stützpunkt für Einsätze im Nahen Osten, sondern dem britischen Government Communications Headquarters und der US-amerikanischen National Security Agency (NSA) auch zum Zwecke der fernmeldetechnischen Aufklärung.

Robert Wagner

Das politische System der Republik Zypern

Die zyprische Präsidialdemokratie basiert auf der Verfassung vom 16. August 1960. Charakteristisch für diesen Staatsaufbau ist die Exekutivgewalt des Staatspräsidenten, der zugleich Staatsoberhaupt und Regierungschef ist. Der Präsident wird direkt vom Volk gewählt. Das Abgeordnetenhaus als Teil der Regierung Zyperns verfügt hingegen über die Legislativgewalt (Gesetzgebung). Vertreter der jeweiligen Parteien werden auf der Grundlage eines Verhältniswahlrechts gewählt. Das Einkammerparlament besteht derzeit aus 56 Sitzen für griechisch-zyprische und 24 Sitzen für türkisch-zyprische Abgeordnete. Letztere sind seit den Konflikten zwischen beiden Volksgruppen (1963) jedoch vakant.

Bis 2013 stach in der zyprischen Parteienlandschaft vor allem die Fortschrittliche Partei des arbeitenden Volkes (AKEL) hervor. 1926 unter der Bezeichnung »Kommunistische Partei Zyperns« gegründet, bekennt sich diese ursprünglich kommunistische Bewegung heute zu einem demokratischen Sozialismus. Politischer Hauptrivale der AKEL ist die seit 1974 existierende Christdemokratisch-Konservative Partei (DISY). Sie steht für die konservative Säule in der griechisch-zyprischen Politik. Freie Marktwirtschaft, eine innenpolitische Lösung des Zypernkonflikts und die Förderung des europäischen Integrationsprozesses bilden die Grundlagen für ihre Politik. Zwischen den Kontrahenten AKEL und DISY stellt die Demokratische Partei (DIKO) seit 1976 die liberale Mitte dar und ist aktuell die politisch drittstärkste Kraft. Als viertes Schwergewicht kann seit 1969 die Vereinigte Demokratische Zentrumsunion (EDEK) gedeutet werden. Sie vertritt ein stark nationalistisches und antikommunistisches Konzept mit hoher Akzeptanz in der zyprischen Bevölkerung, weit über die politische Stärke der Partei hinaus. Seit dem letzten Jahrzehnt ergänzen vier weitere Splitterparteien Zyperns politische Landschaft: die Europäische Partei, die Umweltpartei (Grüne), die nach ganzstaatlicher Einheit strebende Citizens Alliance und die rechtsextreme Nationale Volksfront (ELAM).

Zypern wird seit 2013 von Präsident Nikos Anastasiadis (DISY) im Rahmen einer Koalitionsregierung aus DISY und DIKO regiert.

Thomas Hübner

Erinnerungstage – Festtage – Feiertage

Christlich-orthodoxe Feiertage	[orth.]
Islamische Feiertage (auf Zypern)	[isl.]
Nationale Feiertage der Türkischen Republik Nordzypern	[TRZ]
Nationale Feiertage der Republik Zypern	[RZ]
Sonstige Fest- und Erinnerungstage	[s.]

Feiertage, die (auch) bei den christlichen Glaubensgemeinschaften der Katholiken und Protestanten gelten (wie z.B. Ostern und Weihnachten), werden wegen ihrer allgemeinen Bekanntheit nicht gesondert aufgeführt.

01.01.	Neujahrstag	[RZ; TRZ]
06.01.	Epiphanias: Erscheinung des Herrn und Dreikönigstag; orthodoxes Weihnachtsfest	[orth., RZ]
13.01.	Todestag von Rauf Denктаş (2012)	[s.]
04.03.	Offizieller Beginn des UNFICYP-Einsatzes auf Zypern (1964)	[s.]
15.03.	Reiner Montag: Beginn der 50-tägigen orthodoxen Fastenzeit	[orth., RZ]
19.03.	Offizieller Beginn des UNIFIL-Einsatzes im Libanon (1978)	[s.]
25.03.	Griechischer Unabhängigkeitstag: Erinnerung an den griechischen Befreiungskrieg gegen die osmanische Herrschaft 1821–1829 (Festtag auch auf Zypern)	[RZ]
01.04.	Zyprischer Nationalfeiertag: Erinnerung an den Beginn des Unabhängigkeitskampfes gegen die britische Herrschaft (1955)	[RZ]
12.04.	Beginn des Ramadan (Islamischer Fastenmonat)	[isl., TRZ]
23.04.	Tag der Nationalen Souveränität der Türkei und Tag des Kindes	[TRZ]
30.04.	Orthodoxer Karfreitag	[orth., RZ]
01.05.	Tag der Arbeit	[RZ, TRZ]
01.05.	Beitritt der Republik Zypern zur Europäischen Union (2004)	[s.]
01.05.	Orthodoxer Karsamstag	[orth., RZ]

02.05.	Orthodoxer Ostersonntag	[orth., RZ]
03.05.	Orthodoxer Ostermontag	[orth., RZ]
04.05.	Orthodoxer Osterdienstag (Bankenfeiertag)	[orth., RZ]
11.05.	Ramazan Bayrani (Fest des Fastenbrechens: Ende des Ramadan)	[isl., TRZ]
19.05.	Gedenktag an Kemal Atatürk: Tag der Jugend und des Sportes	[TRZ]
20.06.	Orthodoxer Pfingstsonntag	[orth., RZ]
21.06.	Orthodoxer Pfingstmontag	[orth., RZ]
19.–23.07.	Islamisches Opferfest (Kurban bayram)	[isl., TRNZ]
20.07.	47. Jahrestag der türkischen Landung auf Zypern	[TRNZ]
01.08.	Tag des nordzyprischen Widerstands (Tag der Türkischen Widerstandsorganisation TMT)	[TRZ]
03.08.	Todestag von Erzbischof Makarios III. (1977)	[s.]
19.08.	Aschura-Fest (für muslimische Sunniten Versöhnungstag, an dem die Israeliten aus ihrer Gefangenschaft in Ägypten befreit wurden)	[isl., TRNZ]
01.10.	Zyprischer Unabhängigkeitstag	[RZ]
19.10.	Mawlid an-Nabi (Fest zu Ehren des Propheten Mohammed)	[isl., TRNZ]
28.10.	Ochi-Tag (Ochi = Nein; Erinnerung an die Ablehnung des von Benito Mussolini gestellten Ultimatums an Griechenland und an den Beginn des Italienisch-Griechischen Krieges)	[RZ]
29.10.	Tag der Republik Türkei (Festtag auch in Nordzypern)	[TRZ]
15.11.	Proklamation der Türkischen Republik Nordzypern	[TRZ]
31.12.	Neujahrsabend	[RZ, TRZ]

Erinnerungsorte

(siehe hierzu Klappkarte am Ende des Buches)

Die Karte umfasst eine Auswahl vorwiegend militärgeschichtlicher und politisch bedeutsamer Erinnerungsorte und auch solcher von politischer Brisanz. Für Informationen zu sonstigen historischen (Ausgrabungs-)Stätten, Sehenswürdigkeiten und Plätzen des UNESCO-Weltkulturerbes auf Zypern siehe die einschlägigen Publikationen, Reiseführer und elektronischen Medien.

1. **Asha/Sinta (türk. Paşaköy):** Massaker türkisch-zyprischer Milizen und der türkischen Armee an ungefähr 85 griechischen Zyprern im August 1974.
2. **Buffavento/Löwenburg:** mittelalterliche Burg(-Ruine) auf einem Berggipfel (ca. 1000 Höhenmeter) im Pentadaktylos-/Kyrenia-Gebirge, von zeitgenössischer strategischer Bedeutung. Die Ursprünge reichen bis ins 10. Jahrhundert zurück, der Hauptteil wurde im 11./12. Jahrhundert durch die Byzantiner errichtet. Als mittlere Burg zwischen Kantara und St. Hilarion wurde Buffavento u.a. zur Signalweitergabe verwendet.
3. **Chloraka:** In der kleinen Ortschaft an der Südostküste Zyperns steht eine Bronzestatue von General Georgios Grivas. Für die griechischen Zyprer stellt sie ein Heldendenkmal dar. An diesem Ort soll Grivas seinerzeit 1955 mit seinem Schiff angelegt und mit Waffen und Munition verdeckt an Land gegangen sein, um die EOKA in den Unabhängigkeitskampf gegen die britische Kolonialmacht zu führen. Diese Art der Erinnerungskultur erschwert den griechischen Zyprern bis heute eine differenzierte, kritische Aufarbeitung ihrer jüngsten Geschichte.
4. **Kantara (türk. Kantara kalesi):** mittelalterliche Burg(-Ruine) auf etwa 700 Höhenmetern im Pentadaktylos-/Kyrenia-Gebirge, von zeitgenössischer strategischer Bedeutung. Die Ursprünge reichen ebenfalls bis ins 10. Jahrhundert zurück, der Hauptteil wurde im 11./ 12. Jahrhundert durch die Byzantiner errichtet.

5. **Goshi/Goşşi:** Türkische Jagdbomber vom Typ F-100 »Super Sabre« beschießen am 14. August 1974 bei Goshi ein weißes, gekennzeichnetes Kraftfahrzeug des österreichischen UN-Kontingents in zwei Anflügen und werfen beim dritten Anflug eine Napalmbombe ab. Dabei kommen drei österreichische UN-Soldaten ums Leben.
6. **Kolossi:** Mittelalterliche (teilweise noch erhaltene) Burg im Flachland nahe der Stadt Limassol. Sie wurde Anfang des 13. Jahrhunderts von fränkischen Soldaten errichtet und diente u.a. der Lagerung des wichtigen Exportguts Zucker.
7. **Kykkos-Kloster:** Das »Heilige Kloster der Jungfrau von Kykkos« wurde ursprünglich am Ende des 11. Jahrhunderts errichtet. Aufgrund von mehrfachen Bränden und Zerstörungen stammt die neuere Anlage des Klosters aus dem 19. Jahrhundert. Die Klosteranlage beherbergt die Grabstätte von Erzbischof Makarios III. (gestorben 1977), die für viele griechische Zyprioten bis heute eine Art von politischem »Wallfahrtsort« darstellt. Daneben befindet sich dort auch eine 10 Meter hohe Steinbüste des Erzbischofs, die von Nikosia dorthin verlegt wurde.
8. **Kyrenia:** Die Hafenfestung von Kyrenia wurde ursprünglich im 7. Jahrhundert errichtet. Die Byzantiner erweiterten die Burg im 10. Jahrhundert und die Kreuzfahrer bauten sie zu Beginn des 12. Jahrhunderts noch stärker aus. Im Jahr 1373 zerstörten die Genuesen das Bauwerk fast vollständig. Die Venezianer errichteten die Festung während des Konflikts mit den Osmanen jedoch wieder und gaben ihr ihre heutige Gestalt. Die britische Kolonialmacht nutzte die Burg später als Gefängnis.
9. **Larnaka:** Das Hafenkastell von Larnaka wurde im 14. Jahrhundert von Jakob I. von Lusignan zum Schutz des Seehafens errichtet und befindet sich am Ende der Finikoudes-Promenade. Seine heutige Gestalt erhielt das Fort jedoch erst im frühen 17. Jahrhundert unter osmanischer Herrschaft. Unter den britischen Kolonialherren diente das Kastell im späten 19. Jahrhundert als Gefängnis und bis 1948 auch als Hinrichtungsstätte.
10. **Limassol:** Wie in Chloraka steht vor dem »Museum of Strategos Georgios Grivas Digenis« in Limassol eine Bron-

zestatue von General Georgios Grivas, jedoch in kleinerer Ausführung (siehe Anmerkung zu Chloraka). Die Statue wurde von Unbekannten nachts mehrfach mit Farbbeuteln beworfen, zuletzt im Sommer 2019.

11. **Maratha, Santalaris und Aloda (türk. Muratağa, Sandallar und Atlılar):** Massaker griechisch-zyprischer Milizen bzw. der griechisch-zyprischen Nationalgarde an circa 130 türkischen Zyprern am 14. August 1974. Nahezu alle Bewohner der drei Ortschaften wurden getötet.
12. **Nikosia:** »Geister«-Flughafen von Nikosia, seit 1974 innerhalb der UN-Schutzzone und daher nicht mehr genutzt. Der internationale Flugverkehr der Republik Zypern wird seitdem über Larnaka abgewickelt.
13. **Nikosia:** Die Freiheitsstatue in Nikosia (Mnēmeío Eleftherías/Eleftheria Monument) wurde 1973 von den griechischen Zyprern errichtet, um den EOKA-Kämpfern in deren Kampf gegen die britische Kolonialherrschaft (1955–1959) zu gedenken. Es befindet sich bei der Podocattaro-Bastion der Venezianischen Mauer. An dessen Spitze befindet sich eine Frauenstatue, welche die Freiheit symbolisieren soll und über zwei EOKA-Kämpfer wacht, die an Ketten ziehen, um ein Gefängnis zu öffnen, um griechisch-zyprische Gefangene der britischen Herrschaft zu befreien. Der Bürgerkrieg mit den türkischen Zyprern und deren Rolle und Stellung im zyprischen Staat wird indes nicht thematisiert.
14. **Nikosia:** Hinrichtung von ungefähr 470 griechisch-orthodoxen Kirchenführern und hochstehenden griechisch-zyprischen Persönlichkeiten (darunter auch des Archimandriten Kyprianos) am 9. Juli 1821 durch den osmanischen Gouverneur Küçük Mehmed. Der genaue Ort des Massakers ist unbekannt. Eine Gedenktafel existiert dazu nicht. Lediglich zum Andenken an Kyprianos selbst wurden in Nikosia mehrere Steinbüsten errichtet.
15. **Nikosia/Lefkoşa (türk.-zypr. Teil):** Im Cumhuriyet-Park im Stadtteil Gönyeli befindet sich die Grabstätte von Rauf Denктаş, der dort 2012 beerdigt wurde. 150 Meter nördlich davon befindet sich das Denkmal zur Erinnerung an die türkisch-zyprische TMT, welche für die türkischen Zyprer eine ähnlich hohe Bedeutung besitzt wie die EOKA für die

griechischen Zypriern. Es handelt sich um eine gigantische, monumentale Säule (etwa 20 Meter hoch, genaue Höhe nicht bekannt), die mit einem türkischen Halbmond und Stern sowie der Aufschrift »Türkisches Märtyrerdenkmal 1570–1974« versehen ist. Dadurch soll dem Besucher augenscheinlich eine vom 16. bis ins 20. Jahrhundert durchgängige Opferrolle der türkischen Zypriern bzw. der Türken auf Zypern (offensichtlich gegenüber den griechischen Zypriern) suggeriert werden. Im Jahr 2017 wurde der 1. August, der alljährliche Tag des »sozialen Widerstands« und (angeblicher) Jahrestag der Gründung der TMT mit einem Zeremoniell vor dem Monument gefeiert. Diese Art der Erinnerungskultur erschwert den türkischen Zypriern bis heute eine differenzierte, kritische Aufarbeitung ihrer Geschichte.

16. **Nikosia:** Massaker des Osmanischen Heeres nach dem Fall der Stadt im habsburgisch-osmanischen Großkonflikt. Am 9. September 1570 plünderten die osmanischen Eroberer Nikosia und ermordeten den Großteil der Einwohner (rund 20 000 Todesopfer). Eine Gedenktafel dazu ist nicht vorhanden.
17. **Nikosia:** Vor dem Erzbischöflichen Palast im Süden Nikosias stand seit 1987 eine zehn Meter hohe und 20 Tonnen schwere, monumentale Statue von Erzbischof Makarios III., die in dieser Form einen Personenkult suggerierte, der auch unter griechischen Zypriern politisch umstritten war. Zwischenzeitlich wurde das Denkmal ins Kykkos-Kloster ins Troodos-Gebirge verlegt, wo Makarios als Novize seine Laufbahn als Kleriker begonnen hatte. Als Ersatz wurde eine neue, rund 7 Meter hohe Statue vor den Erzbischöflichen Palast in Nikosia gesetzt. Diese Art der Erinnerungskultur (wie auch bei Georgios Grivas) erschwert den griechischen Zypriern bis heute eine differenzierte, kritische Aufarbeitung ihrer jüngsten Geschichte.
18. **Paphos:** Das mittelalterliche Fort von Paphos wurde im 12. Jahrhundert von fränkischen Truppen zur Sicherung des Seehafens errichtet. Es befindet sich am Westende des Hafens von Paphos.
19. **St. Hilarion:** Mittelalterliche Burg(-Ruine) auf einem Berggipfel (ca. 600 Höhenmeter) nahe Kyrenia, von zeitgenös-

sischer hoher strategischer Bedeutung. Die Besatzung der Festung kontrollierte seinerzeit die Passstraße von Kyrenia nach Nikosia. Die Ursprünge gehen auf das im 9./10. Jahrhundert errichtete Bergkloster St. Hilarion zurück, das von den Byzantinern im 11./12. Jahrhundert zur Burg ausgebaut wurde.

20. **Tochni (türk. Dohni/Taşkent):** Massaker griechisch-zyprischer Milizen und der griechisch-zyprischen Nationalgarde an rund 80 türkischen Zyprern am 14. August 1974.
21. **Varosha (türk. Maraş):** Verlassene »Geisterstadt« am Stadtrand von Famagusta, 1974 von türkischen Truppen besetzt und zum militärischen Sperrgebiet erklärt. Wegen fehlender Einigung über Rückgabemodalitäten an die griechischen Zypriern ist eine Rückkehr der Bewohner bis heute nicht möglich.

Flaggen und Symbole der Akteure auf Zypern (1)

Historische Flaggen



Flagge des mittelalterlichen Königreichs Zypern unter der Herrschaft des Hauses der Lusignans (1192 – 1489)



Wappen



Flagge Zyperns unter osmanischer Herrschaft (nur für die Periode 1844 – 1871)



Wappen Zyperns unter osmanischer Herrschaft



Blue Ensign; Flagge Zyperns unter britischer Verwaltung mit dem Abzeichen des britischen »Cyprus High Commissioner« (1881 – 1922)



Blue Ensign; Nationalflagge Zyperns unter britischer Herrschaft, seit 1925 als Kronkolonie (1922 – 1960). Die beiden heraldischen Leoparden verweisen auf Richard Löwenherz



Nach dem Annan-Plan vorgeschlagene Flagge einer Vereinigten Republik Zypern (geplant zwischen 1999 und 2004, nicht in Kraft getreten)



Flagge der Republik Zypern (1960 – 2006)

Staatssymbole der Republik Zypern



Staatsflagge der Republik Zypern (seit 24. April 2006)



Staatswappen der Republik Zypern

Flaggen und Symbole der Akteure auf Zypern (2)



Emblem der Zypri-
schen
Nationalgarde, das
sich nur im Detail vom
Emblem der
griechischen Streit-
kräfte unterscheidet



Flagge der
Republik Zypern
zur See

Symbole und Flaggen der bedeutendsten politischen Parteien der Republik Zypern



Logo der kommunistischen »Anorthotiko Komma Ergazomenou Laou«, AKEL (Fortgeschrittliche Partei des werktätigen Volkes)



Logo der christlich konservativ-liberalen »Dimokratikos Synagermos«, DISY (Demokratischer Alarm)



Logo der »Kinima Sosialdimokraton«, EDEK (Bewegung der Sozialdemokraten)



Logo der liberalen »Dimokratiko Komma«, DIKO (Demokratische Partei)



Flagge der rechts-extremistischen »Ethniko Laiko Metopo«, ELAM (Nationale Volksfront)



Logo der »Symmachia Politon«, SYPOL (Bürgerallianz)



Logo der grünen Kinima Ikologon-Synergasia Politon, KOSP (Ökologenbewegung – Bürgerkooperation)

»Staatssymbole« der international nicht anerkannten Türkischen Republik Nordzypern



Staatsflagge der Türkischen Republik Nordzypern (seit 9. März 1984) in starker Anlehnung an die Türkische Republik



Flagge des Präsidenten der Türkischen Republik Nordzypern

Flaggen und Symbole der Akteure auf Zypern (3)



Staatswappen der
Türkischen Republik
Nordzypern



Emblem der
türkischen
Besatzungsgruppe
auf Zypern

Symbole nichtstaatlicher Akteure der »Türkischen Republik Nordzypern«



Logo der sozial-
demokratischen, auf
Wiedervereinigung
ausgerichteten
»Cumhuriyetçi Türk
Partisi«
(Republikanisch-
Türkische Partei)



Logo der sozial-
demokratischen
»Toplumcu
Demokrasi Partisi«
(Partei der gesell-
schaftlichen Demo-
kratie)



Logo der liberal-natio-
nalkonservativen
»Ulusal Birlik Partisi«
(Nationale Einheits-
partei)



Logo der konser-
vativen »Parti-Ulusal
Güçler«
(Demokratische
Partei Nationale
Macht)

Symbole und Flaggen nichtstaatlicher Akteure auf Zypern (historisch)



Flagge der griechisch-
zyprischen Wider-
standsbewegung
EOKA (1955 bis 1959)



Logo der türkisch-
zyprischen »Türk
Mukavemet Teşkilatı«
(Türkische Wider-
standsorganisation)
auf Zypern

Die hier dargebotene Literaturliste ist lediglich eine Auswahl. Soweit vorhanden, sind bei fremdsprachigen Buchtiteln die deutschen Übersetzungen aufgeführt. Bei vergriffenen Titeln wenden Sie sich bitte an Bibliotheken oder suchen nach antiquarischen Ausgaben (z.B. bei www.zvab.com).

Wissenschaftliche Literatur (Auswahl)

- Arbel, Benjamin, *Cyprus, The Franks and Venice, 13th–16th Centuries*, London 2000
- Axt, Heinz-Jürgen, Die Republik Zypern als Sanierungsfall: Legenden und Fakten zur Finanzkrise: In: *Südosteuropa-Mitteilungen*, 53 (2013), S. 26–44
- Axt, Heinz-Jürgen, Oliver Schwarz und Simon Wiegand, *Konfliktbeilegung durch Europäisierung? Zypernfrage, Ägäiskonflikt und griechisch-mazedonischer Namensstreit*, Baden-Baden 2008.
- Aydın-Düzgit, Senem, and Nathalie Tocci, *Turkey and the European Union*, London 2015
- Beihammer, Alexander Daniel, The First Naval Campaigns of the Arabs Against Cyprus (649–653). In: *Graeco-Arabica*, 9/10 (2004), S. 47–68
- Beyond a Divided Cyprus: A Society in a State of Transformation*. Ed. By Nicos Trimikliniotis and Umut Bozkurt, Basingstoke 2012
- Brenner, Stefan Maximilian, *Die NATO im griechisch-türkischen Konflikt 1954–1989*, Berlin u.a. 2017 (= Entstehung und Probleme des Atlantischen Bündnisses, 11)
- Britain in Cyprus. Colonialism and Post-Colonialism 1878–2006*. Ed. by Hubert Faustmann and Nicos Peristianis, Mannheim, Möhnesee 2006 (= Studien zur Archäologie und Geschichte Griechenlands und Zyperns, 19)
- Cheyne, Jean-Claude, *Pouvoir et contestations à Byzance (963–1210)*, Paris 1996 (= Byzantina Sorbonensia, 9)
- Chourchoulis, Dionysios, *The Southern Flank of NATO, 1951–1959, Military Strategy or Political Stabilization*, Lanham 2014
- Cyprus – A Conflict at the Crossroads*. Ed. By Thomas Diez and Natalie Tocci, Manchester 2013
- Cyprus Offshore Hydrocarbons: Regional Politics and Wealth Distribution*. Ed. by Hubert Faustmann and Ayla Reichenberg, Nicosia 2012
- Cyprus. Society and Culture 1191–1374*. Ed. by Angel Nicolaou-Konnari and Chris Schabel, Leiden, Boston 2005 (= The Medieval Mediterranean, 58)
- Direkli, Mehmet, *Die politischen Hintergründe der Ablehnung des Annan-Plans V*, Wien 2014
- Edbury, Peter W., *The Kingdom of Cyprus and the Crusades, 1191–1374*, Cambridge 1991
- French, David, *Fighting EOKA. The British Counter-Insurgency Campaign on Cyprus 1955–1959*, Oxford 2015
- Gazioglu, Ahmet C., *The Turks in Cyprus. A Province of the Ottoman Empire (1571–1878)*, London 1990
- Gürel, Ayla, Fiona Mullen, and Harry Tzimitras, *The Cyprus Hydrocarbons Issue: Context, Positions, and Future Scenarios*, PCC Report 1/2013 (PRIO Cyprus Centre), Oslo 2013
- The Greek-Turkish Conflict in the 1990s. Domestic and External Influences*. Ed. by Dimitri Constanas, London 1991

- Greek-Turkish Relations in the Era of Globalization. Ed. by Dimitris Keridis and Dimitrios Triantaphyllou, Herndon 2001
- Grivas-Dighenis, Georgios, Partisanenkrieg heute. Lehren aus dem Freiheitskampf Zyperns, Frankfurt a.M. 1964
- Hannay, David, Cyprus. The Search for a Solution, London et al. 2005
- Hill, George F., A history of Cyprus, vol. I–IV, Cambridge et al. 1952–1972
- Histories of Ottoman Larnaca. Ed. by Evangelia Balta, Theoharis Stavrides and Theocharides Ioannis, Istanbul 2012
- Holland, Robert, Britain and the Revolt in Cyprus, 1954–1959, Oxford 1998
- Ioannides Christos P., Colonial Rule. Culture, Politics, and Movement toward Union with Greece (1878–1954), Lanham et al. 2019
- Isachenko, Daria: The Making of Informal States: Statebuilding in Northern Cyprus and Transnistria, Basingstoke, New York 2012
- Jennings, Ronald C., Christians and Muslims in Ottoman Cyprus and the Mediterranean World, 1571–1640, New York, London 1993
- Kelling, George Horton, Countdown to Rebellion. British Policy in Cyprus 1939–1955, New York et al. 1990
- Ker-Lindsay, James, An Island in Europe. The EU and the Transformation of Cyprus, London 2011
- Lim, Preston Jordan, The Evolution of British Counter-Insurgency during the Cyprus Revolt, 1955–1959, Basingstoke 2018
- Medieval Cyprus – A Place of Cultural Encounter. Ed. by Michael Grünbart and Sabine Rogge, Münster 2015 (= Schriften des Instituts für Interdisziplinäre Zypern-Studien, 11)
- Metcalf, David Michael, Byzantine Cyprus, 491–1191, Nikosia 2009 (= Texts and Studies of the History of Cyprus, 62)
- Muigg Mario, Die österreichische Polizei im internationalen Friedenseinsatz. Vorgeschichte, die erste Mission in Zypern und allgemeiner Überblick, Wien 2018
- Ottoman Cyprus. A Collection of Studies on History and Culture. Ed. by Michael N. Michalis, Matthias Kappler and Eftihios Gavriel, Wiesbaden 2009 (= Near and Middle East Monographs, 4)
- Palley, Claire, An International Relations Debacle. The UN Secretary-General's Mission of Good Offices in Cyprus 1999–2004, Oxford et al. 2005
- Pelt, Mogens, Military intervention and a crisis of democracy in Turkey. The Menderes era and its demise, London 2014
- Pericleous, Chrysostomos, The Cyprus Referendum. A Divided Island and the Challenge of the Annan Plan, London et al. 2009
- Perisianis, Michalis, Cyprus »Bleak recovery« and signs of hope (Studie der Friedrich-Ebert- Stiftung), Berlin 2015
- Perspektiven im Zypernkonflikt. Hrsg. von Abraham Ashkenasi und Georgia Duprés, Frankfurt a.M. 2002
- Petre, James, Crusader castles of Cyprus. The fortifications of Cyprus under the Lusignans. 1191–1489, Nikosia 2012 (= Texts and Studies of the History of Cyprus, 69)
- Poew, René, Der Beitritt Zyperns zur EU – Probleme des Völkerrechts, des Europarechts und des zypriotischen Rechts. Leitideen für die Entwicklung eines zukünftigen reorganisierten gesamtzypriotischen Staates, Hamburg 2007

- Rappas, Alexis, *Cyprus in the 1930s. British Colonial Rule and the Roots of the Cyprus Conflict*, London et al. 2014
- Resolving Cyprus. *New Approaches to Conflict Resolution*. Ed. by James Ker-Lindsay, London et al. 2015
- Reunifying Cyprus. *The Annan Plan and Beyond*. Ed. by Andrekos Varnava and Hubert Faustmann, London et al. 2011
- Richter, Heinz A., *Geschichte der Insel Zypern*, 4 Bde, Mannheim u.a. 2006–2009
- Schabel, Christopher, *Greeks, Latins, and the Church in Early Frankish Cyprus*, Aldershot et al. 2010 (= *Variorum Collected Studies Series*, 949)
- Schmidl Erwin A., *Police in Peace Operations*, Wien 1998 (= *Informationen zur Sicherheitspolitik*, 10)
- Stavrides, Theoharis, *Studies on the History of Cyprus under Ottoman Rule*, Istanbul 2012
- Ströwsand, Hauke, *Zyperns Beitritt zur Europäischen Union: Vom Antrag auf Mitgliedschaft bis zum Protokoll der Beitrittsakte*, Frankfurt a.M. 2007
- Talmon, Stefan, *Kollektive Nichtanerkennung illegaler Staaten. Grundlagen und Rechtsfolgen einer international koordinierten Sanktion, dargestellt am Beispiel der Türkischen Republik Nord-Zypern*, Tübingen 2006
- Die Türkei im Wandel. Innen- und außenpolitische Dynamiken*. Hrsg. von Olaf Leïße, Baden-Baden 2013
- Tzermias, Pavlos, *Geschichte der Republik Zypern. Mit Berücksichtigung der historischen Entwicklung der Insel während der Jahrtausende*, 4. Aufl., Tübingen 2004
- Varnava, Andrekos, *British Imperialism in Cyprus, 1878-1915. The Inconsequential Possession*, Manchester et al. 2009
- Zelevos, Ioannis, *Die Ethnisierung griechischer Identität 1870–1912. Staat und private Akteure vor dem Hintergrund der »Megali Idea«*, München 2002

Belletristik sowie Reise- und Erinnerungsliteratur (Auswahl)

- Benson, Raymond, *James Bond. Tod auf Zypern*, München, 2000
- Dowley, Tim, *High above Kibris*, London 1987
- Dunnet, Dorothy, *Das Spiel der Skorpione. Niccolo und der Kampf um Zypern*, Stuttgart 2007
- Durrell, Lawrence, *Bittere Limonen. Erlebtes Zypern*, Hamburg, 1990
- Herbert, Heinz, *Nordzypern ... wie es nicht im Reiseführer steht*, Offenbach, 2008
- Hislop, Victoria, *The Sunrise*, London 2015
- Huber, Lotti, *Diese Zitrone hat noch viel Saft*, München 1983
- Ioannides, Panos, *Census*, Athen, 1993
- Marangou, Niki, *Und sie feierten Hochzeit 40 Tage lang. Märchen aus Zypern*, Köln 2008
- Piller, Uli, *Im Kreis reisen*, Books on Demand, o.O. 1999
- Sachs-Collignon, Jetta, *Caterina Cornaro. Königin von Zypern*, München 1998
- Sartorius, Joachim, *Mein Zypern*, Hamburg 2013
- Schultheis, Lili M., *Auf der Insel der Aphrodite. Eine Zypernfahrt*, Berlin 1942
- Shakespeare, William, *Othello*, Leipzig 1995
- Thubron, Collin, *Zypern*, München 1976
- Zeilingner, Johannes, *Cypern, Orient und Okzident. Ein Lesebuch*, München 1997

Filme

- A better Hole, Zypern 2008, Regie: Theo Panayides [Dokumentarfilm, der die Entwicklung der verschlafenen Hafenstadt Paphos zum Feriendomizil wohlhabender (Mittel-)Europäer mit all seinen Komplikationen nachverfolgt]
- A shot on Cyprus, Finnland 1965, Regie: Åke Lindman [Seichter Film über den Einsatz finnischer UN-Truppen auf Zypern und deren (romantische) Kontakte zur Lokalbevölkerung]
- A Walk in the Sun, Schweden 1978, Regie: Hans Dahlberg [Ein ruheloser schwedischer Sportjournalist versucht, auf Zypern seinen Beziehungsproblemen und dem schwedischen Winter zu entfliehen]
- Akamas, Türkei/Ungarn/Griechenland/Zypern 2009, Regie: Panikos Chrissanthou [Liebesgeschichte zwischen einem gemischt-zyprischen Pärchen, dass sowohl innerfamiliären Vorbehalten als auch der interkommunalen Gewalt der 60er Jahre auf Zypern trotzen muss]
- Attila '74. The Rape of Cyprus, Zypern 1974, Regie: Michael Cacoyannis [Dokumentation über die türkische Invasion 1974 aus der griechischen Perspektive]
- Die Hölle des Krieges, Zypern 1981, Regie: Michael Papas [Ein griechisch-zyprischer Junge und seine Familie kämpfen während der türkischen Invasion in einem Flüchtlingslager um ihr Überleben; OT: »Tomorrow's Warrior«]
- Ein Sommer auf Zypern, Deutschland 2017, Regie: Jorgo Papavassiliou [Interkulturelle Romanze vor dem Hintergrund telegener zyprischer Landschaften]
- Exodus, USA 1960, Regie: Otto Preminger [Bildgewaltiger, an historische Tatsachen angelehnter Epos über die Flucht von auf Zypern internierten jüdischen KZ-Überlebenden nach Palästina]
- Fish n' Chips, Zypern/Griechenland/Großbritannien 2011, Regie: Elias Demetrios [Britisch-zyprisches Drama über Identität und Heimat]
- Guilt, Griechenland/Zypern 2009, Regie: Vassilis Mazomenos [Ein ehemaliger griechisch-zyprischer Waffenhändler resümiert an der Schwelle zum Tod alptraumhaft über sein Leben vor dem Hintergrund der zyprischen Tragödie]
- Othello, USA 1995, Regie: Oliver Parker [Der dunkelhäutige venezianische Feldherr Othello tötet zur Zeit der venezianischen Herrschaft über Zypern durch Intrige befeuert in wahnhafter Eifersucht zuerst seine Geliebte und dann sich selbst; eine der zahlreichen Filmadaptionen der gleichnamigen Tragödie von Shakespeare.]
- Parallel Trips, Türkei 2004, Regie: Dervis Zaim/Panicos Chrysanthou [Türkisch-griechischer Dokumentarfilm über das Drama der Teilung und deren Erbe]
- Shadows and Faces, Türkei 2011, Regie: Dervis Zaim [Geschichte eines türkisch-zyprischen Mädchens, das zu Beginn des Bürgerkrieges von ihrem Vater, einem Meister des türkischen Schattentheaters, getrennt wird]
- Sunrise in Kimmeria, Zypern 2018, Regie: Simon Farmakas [Ein friedliebender junger Dorfbewohner gerät in dieser Tragikomödie in die Machenschaften fremder Geheimdienste, nachdem eine merkwürdige Kugel in seinen Kartoffelacker gestürzt ist]
- The High Bright Sun, Großbritannien 1965, Regie: Thomas Ralph [Actionfilm, angesiedelt auf Zypern während des EOKA-Terrors gegen die britische Herrschaft]
- The Last Homecoming, Zypern 2008, Regie: Corinna Avraamidou [Drama, das den romantischen und politischen Beziehungen einer griechisch-zyprischen Familie während der Invasion 1974 folgt]

- The Palace, Zypern/Australien 2011, Regie: Anthony Maras [Kurzfilm; eine griechisch-zyprische Familie versteckt sich vor anrückenden türkischen Truppen in einen osmanischen Palast, wo sie von einem jungen türkisch-zyprischen Wehrpflichtigen aufgespürt wird, der durch das Aufeinandertreffen seine Rolle in diesem Krieg hinterfragen muss]
- Whispers of Dead Zone, Türkei 2012, Regie: Firat Çağrı Beyaz [Drama über einen jungen türkisch-zyprischen Regisseur, der sich zwischen der endgültigen Emigration oder der abschließenden Konfrontation mit seinen Identitätszweifeln entscheiden muss]

(Aus Platzgründen wurden nur einige TV-Dokumentationen aufgenommen. Für weitere Dokumentationen siehe die Programme der einschlägigen Sender, unter anderem arte, 3sat, ntv, phoenix)

Internettipps.....

- <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/zypern-node/-/210292> [Aktuelle Informationen des Auswärtigen Amtes zum Zypernkonflikt]
- <https://www.bpb.de> [Bundeszentrale für politische Bildung, Themenhefte zu Zypern]
- <https://citypopulation.de/> [Einwohnerstatistiken über Zyperns Bevölkerung]
- https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Internationales/Laenderprofile/zypern.pdf?__blob=publicationFile [Statistisches Bundesamt zum Länderprofil von Zypern, Stand 8/2019]
- https://europa.eu/european-union/about-eu/countries/member-countries/cyprus_de [Umfangreiche Hintergrundinformationen zu Zypern in seiner Eigenschaft als EU-Mitglied]
- https://www.fescyprus.org/fileadmin/user_upload/newsletter/german/1_18_Zypern_Newsletter_Nr67_de.pdf [Information der Friedrich-Ebert-Stiftung zur wirtschaftlichen und innenpolitischen Lage Zyperns, Januar 2018]
- <https://www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/Meta/Formulare/suche.html?formId=412&searchTerm=Zypern&submit+=> [Germany Trade & Invest, die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland für Außenwirtschaft und Standortmarketing, mit Wirtschaftsdaten zu Zypern]
- <https://www.kas.de/laenderberichte/detail/-/content/gasfunde-zypernfrage> [Bericht der Konrad-Adenauer-Stiftung zur Problematik der neu entdeckten fossilen Ressourcen bei Zypern, Mai 2019]
- <https://www.mena-watch.com/mena-analysen-beitraege/gasvorkommen-im-oestlichen-mittelmeer-tuerkei-droht-zypern-mit-krieg/> [Nahost-Thinktank MENA mit Sitz in Wien zur sicherheitspolitischen Lage zwischen Zypern und der Türkei anlässlich der neu entdeckten fossilen Ressourcen bei Zypern, Mai 2019]
- http://www.mfa.gov.cy/mfa/mfa2016.nsf/index_en/index_en?OpenDocument [Aktuelle Informationen des zyprischen Außenministeriums zum Stand der Verhandlungen]
- http://www.moa.gov.cy/moa/wdd/Wdd.nsf/page18_en/page18_en?opendocument [Webseite des Cyprus Water Development Department]
- <https://www.nationsonline.org/oneworld/Country-Stats/Cyprus-statistics.htm> [Statistiken zu Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt auf Zypern in den Jahren 2000 bis 2010, Informationen der UN Statistic Division vom Mai 2010]

- https://www.ris.uu.nl/ws/files/42297216/Water_technology_and_sustainability_in_north_Cyprus_ENGLISH.pdf [PCC-Report 1/2017 zum Klimawandel und zur türkisch-nordzyprischen Wasserpipeline]
- <https://www.truppendienst.com/themen/beitraege/artikel/un-mission-in-zypern-wie-sie-heute-ist/#page-1> [Magazin des österreichischen Bundesheeres mit Artikel zu UNFICYP, Januar 2019]
- <https://www.securitycouncilreport.org/un-documents/cyprus/> [Dokumente des UN-Sicherheitsrats zu Zypern]
- <https://www.un.org/press/en/2019/sc13683.doc.htm> [Resolution 2453 des UN-Sicherheitsrats zu Zypern mit Stand Januar 2019]

(Nicht aufgeführt sind in der Übersicht die Internetauftritte der gängigen Medien, Zeitungen und TV-Sender)

AKEL	Anorthotiko Komma Ergazomenou Laou (Fortschrittspartei des werktätigen Volkes auf Zypern)
AKP	Adalet ve Kalkınma Partisi (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung, Türkei)
APA	American Press Association
AWZ	Ausschließliche Wirtschaftszone
BIP	Bruttoinlandsprodukt
CENTO	Central Treaty Organisation
CIVPOL	Civilian Police
CYP	Zypern
CYPPOL	Cypriot (National) Police
DISY	Dimokratikos Synagermos (Demokratischer Alarm, Zypern)
DIKO	Dimokratiko Komma (Demokratische Partei, Zypern)
EASTMED	Eastern Mediterranean Natural Gas Pipeline
EDEK	Kinima Sosialdimokraton (Bewegung der Sozialdemokraten, Zypern)
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EG/EWG	Europäische (Wirtschafts-)Gemeinschaft(en)
ELAM	Ethniko Laiko Metopo (Nationale Volksfront, Zypern)
ELDYK	Elliniki Dynami Kyprou (Griechische Streitkräfte auf Zypern)
EOKA	Ethniki Organosis Kyprion Agoniston (nationale Organisation griechisch-zyprischer Kämpfer)
EU	Europäische Union
EZB	Europäische Zentralbank
FMPU	Force Military Police Unit
FMR	Force Mobile Reserve
HQ	Headquarters
ISR	Israel
IWF	Internationaler Währungsfonds
NATO	North Atlantic Treaty Organisation
NSA	National Security Agency
PASOK	Panellinio Sosialistiko Kinima (Panhellenische Sozialistische Bewegung, Griechenland)
SOVMEDRON	Soviet Mediterranean Squadron

STRIKEFORSOUTH

Naval Striking and Support Forces Southern Europe

TANAP Trans-Anatolian Natural Gas Pipeline

TAPI Turkmenistan-Afghanistan-Pakistan-Indien-Pipeline

TFSC Türkischer Föderativstaat von Zypern

TPAO Türkiye Petrolleri Anonim Ortaklığı (türkischer Petroleumkonzern)

TMT Türk Mukavemet Teşkilatı (türkische Widerstandsorganisation, Zypern)

TUR Türkei

TRNZ Türkische Republik Nordzypern

UN United Nations

UNESCO United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization

UNFICYP United Nations Peacekeeping Force in Cyprus

UNIFIL United Nations Interim Force in Lebanon

UNO United Nations Organization

UNPA United Nations Protected Area

UNPOL UN Police

- ‘Abd al-Malik bin Marwān, Kalif der Ummayyaden 22 f.
- Abdülhamid I., Sultan des Osmanischen Reiches 52
- Abdülhamid II., Sultan des Osmanischen Reiches 55
- Abū l-Qāsim Muhammad, islamischer Prophet Mohammed 21
- Aḥmad bin Yahyā al-Balādhurī, islamischer Historiker 23
- Aimerich von Lusignan, Aimerich I., König von Zypern, als Aimerich II., König von Jerusalem 32–34
- Akıncı, Mustafa, türkisch-zyprischer Politiker und Präsident der TRNZ 99–101, 104, 128 f.
- Alexander III., König von Makedonien 13, 186
- Alexios I. Komnenos, byzantinischer Kaiser 25
- Anastasiades, Nikos, griechisch-zyprischer Politiker und Präsident der Republik Zypern 99–101, 103 f., 127
- Anastasiadis, Nikos 194
- Annan, Kofi Atta, ghanaischer Politiker und UN-Generalsekretär 96–98, 100, 106, 111–114, 118 f., 131, 133, 142, 189
- Anthemios, Bischof von Salamis 19
- Antigonos I. Monophthalmos, makedonischer Feldherr 13
- Antonio Michele Ghislieri, Papst Pius V. 42
- Atatürk, Kemal 109, 196
- Baibars I., Sultan von Ägypten 36
- Barnabas von Zypern, Apostel 16, 19
- Basileios I., byzantinischer Kaiser 24
- Berengaria von Navarra, Königin von England 29
- Boutros-Ghali, Boutros, ägyptischer Diplomat, Politiker und UN-Generalsekretär 95, 189
- Brindisi, Mario di, Kaperer und Freibeuter 29
- Camocio, Giovanni Francesco 38
- Caterina Cornaro, Königin von Zypern 39
- Çavuşoğlu, Mevlüt, türkischer Politiker und Außenminister der Türkei 101, 103
- Christodoulides, Erzbischof Makarios I. 53
- Christofias, Dimitris, griechisch-zyprischer Politiker und Präsident der Republik Zypern 99, 124 f.
- Cleridis, Glafkos, griechisch-zyprischer Politiker und Präsident der Republik Zypern 91, 95, 111 f.
- Cuéllar, Javier Pérez de, peruanischer Politiker und UN-Generalsekretär 94
- Demetrios I. Poliorketes, makedonischer Feldherr 13
- Denктаş, Rauf, türkisch-zyprischer Politiker und Präsident der TRNZ 89, 91, 93–96, 98, 108 f., 111 f., 114 f., 131–133, 141, 143, 188 f.
- Diokletian, römischer Kaiser, siehe Gaius Aurelius Valerius Diocletianus
- Ecevit, Bülent 131
- Eden, Anthony 61
- Erdoğan, Recep Tayyip, türkischer Politiker und Ministerpräsident und Staatspräsident der Türkei 112, 114, 128 f., 131

- Flavia Iulia Helena**, Mutter Konstantins des Großen 17
- Flavius Arcadius**, oströmischer Kaiser 17
- Flavius Heraclius**, byzantinischer Kaiser Herakleios 20–22
- Flavius Honorius**, weströmischer Kaiser 17
- Flavius Iulius Constantius**, römischer Kaiser Constantius II. 15
- Flavius Petrus Sabbatius Iustinianus**, oströmischer Kaiser Justinian I. 18, 22 f.
- Flavius Theodosius**, römischer Kaiser Theodosius I., der Große 17
- Flavius Valerius Constantinus**, römischer Kaiser Konstantin I., der Große 15, 17, 175 f.
- Flavius Zeno**, oströmischer Kaiser Zenon 19
- Friedrich II.**, Kaiser des Hl. Römischen Reiches deutscher Nation 36
- Gaius Aurelius Valerius Diocletianus**, römischer Kaiser Diokletian 17
- Gaius Iulius Caesar**, römischer Feldherr und Politiker 14
- Gaius Octavius**, erster römischer Kaiser Augustus 14
- Gnaeus Pompeius Magnus**, römischer Feldherr und Politiker 14
- Gottfried von Lusignan**, Graf von Jaffa 32
- Goul, Philippos**, syrisch-orthodoxer Maler 178
- Grivas, Giorgios**, militärischer Widerstandskämpfer und Führer der EOKA 66, 68, 70–75, 79, 81, 197–200
- Guido von Lusignan**, französischer Adeliger, König von Jerusalem und Zypern 32 f.
- Guterres, António**, portugiesischer Politiker und UN-Generalsekretär 101–103
- Harding, John**, britischer Feldmarschall und Gouverneur von Zypern 75
- Heinrich VI.**, Kaiser des Hl. Römischen Reiches 33
- Hopkinson, Henry**, britischer Diplomat und Politiker 61
- Hoveden, Roger von**, englischer Chronist, Priester und Diplomat 28
- Hugo II.**, König von Zypern 33
- Hugo von Antiochia-Lusignan**, König Hugo III. von Zypern, zgl. formal Hugo I. von Jerusalem 33
- Hugo von Lusignan**, König Hugo I. von Zypern 33
- Isaak Doukas Komnenos**, selbsternannter Herrscher von Zypern 28 f., 31
- Jakob I. von Lusignan** 198
- Jakob II.**, König von Zypern 39
- Jellinek, Georg**, österreichischer Staatsrechtler 139
- Johanna Plantagenet**, englische Prinzessin und Halbschwester Richards I. 29
- Johannes Dukas Komnenos**, byzantinischer Stratege und Statthalter Zyperns 27
- Johnson, Lyndon B.**, US-Präsident 83
- Juan d’Austria** (Johann von Österreich), Befehlshaber der spanischen Flotte und Statthalter der habsburgischen Niederlande 43

- Justinian I., oströmischer Kaiser, *siehe* Flavius Petrus Sabbatius Justinianus
- K**abir, Mohammad Humayun, bangladeschischer Offizier und Befehlshaber UNFICYP 162
- Karl V., Kaiser des Heiligen Römischen Reiches 42
- Khair ad-Din Barbarossa, Korsar, Herrscher von Algier und Admiral des Osmanischen Reiches 42
- Kleopatra VII. Philopator, letzte Königin des ägyptischen Ptolemäerreiches 14
- Konrad von Querfurt, Bischof von Hildesheim 33
- Konstantin I. *siehe* Flavius Valerius Constantinus, römischer Kaiser
- Konstantin I., der Große
- Konstantin IX. Monomachos, byzantinischer Kaiser 25
- Konstantinos VII. Porphyrogennetos, byzantinischer Kaiser 24
- Kornésios, Hadjiyorgákis, christlicher Verwaltungsbeamter im Osmanischen Reich 178
- Kotzias, Nikos, griechischer Politiker und Außenminister Griechenlands 101
- Küçük, Fazıl, türkisch-zyprischer Politiker und Vizepräsident der Republik Zypern 132
- Küçük Mehmed, osmanischer Gouverneur 49, 187, 199
- Kyprianos, Archimandrit 49, 187
- Kyprianou, Spyros, griechisch-zyprischer Politiker und Präsident der Republik Zypern 93 f.
- L**ala Kara Mustafa, osmanischer Feldherr 43 f.
- Lasso, Galo Plaza 154
- Lazarus, Bischof von Kition 16
- London, Richard von 31 f.
- Ludwig IX., König von Frankreich 37
- Lund, Kristin, kanadischer Offizier und Befehlshaberin UNFICYP 162
- Lusius Quietus, römischer Feldherr unter Kaiser Trajan 15
- M**ahmud II., Sultan des Osmanischen Reiches 51
- Makarios III., Erzbischof und Präsident der Republik Zypern 61–63, 65, 70, 73, 79, 81, 83, 91, 117, 132, 140, 155, 179, 188, 198, 200
- Manuel I. Komnenos, Kaiser des Byzantinischen Reiches 27 f.
- Máo Zédōng, chinesischer Revolutionär und Politiker 74
- Marcantonio Bragadin, venezianischer Offizier und Gouverneur von Zypern 38, 44
- Marcus Antonius, römischer Feldherr und Politiker 14
- Marcus Ulpius Traianus, römischer Kaiser 15
- Matthäus, Evangelist 19
- Melisende von Tripolis, Schwester Raimunds III. 28
- Mu'āwiya bin Abī Sufyān, erster Kalif der Umayyaden 22
- Mu'āwiya I. 22
- Muhassıl Cil Osman Aga, osmanischer Statthalter auf Zypern 48
- al-Muqtadir, Kalif der Abbasiden 24
- Myriarthés Michail Christodoulos Mouskos alias Makarios III. *siehe* Makarios III.

- Nikephoros II. Phokas, byzantinischer Kaiser 176
- Niketas Chalkutzes, römischer Patrizier 25
- Nikolaus I., Patriarch von Konstantinopel 24
- Nixon, Richard, US-Präsident 83
- Öcalan, Abdullah, Führer und Gründungsmitglied der kurdischen PKK 110
- Oruç Bey, Bruder von Khair ed-Din 42
- Papadopoulos, Tassos, griechisch-zyprischer Jurist, Politiker und Präsident der Republik Zypern 91, 96, 98, 114, 133
- Papagos, Alexandros 61
- Papandreou, Andreas 110
- Paulus von Tarsus, Apostel Paulus 16, 19
- Pearce, Cheryl, australischer Offizier und Befehlshaber UNFICYP 163
- Philipp II., König von Spanien 42
- Philipp II. August, König von Frankreich 29, 31
- Phokas, byzantinischer Kaiser 20, 176
- Ptolemaios I. Soter, makedonischer Feldherr 13
- Raimund III., Graf von Tripolis und Fürst von Galiläa 28
- Rainald von Châtillon, französischer Kreuzfahrer und Fürst von Antiochia 27 f.
- Rapsomates, byzantinischer Gouverneur 25, 28
- Richard I. Löwenherz, König von England 26, 29–32, 186
- Sampson, Nikos, griechisch-zyprischer Putschist und Politiker 83
- Seleukos I. Nikator, makedonischer Feldherr 13
- Selim II., Sultan des Osmanischen Reiches 42
- Sergius Paulus, römischer Feldherr 16
- Sibylle von Jerusalem, Tochter König Aimerichs I. von Jerusalem 32
- Simitis, Konstantinos Kostas, griechischer Politiker und griechischer Premierminister 110
- Sokullu Mehmed Pascha, osmanischer Feldherr und Großwesir 43
- Spehar, Elizabeth, Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs 162
- Talat, Mehmet Ali, türkisch-zyprischer Politiker und Präsident der TRNZ 96
- Thant, Sithu U 156
- Theodosius I., der Große, römischer Kaiser, *siehe* Flavius Theodosius
- Theophilos Erotikos, byzantinischer Stratege und Usurpator 25, 28
- Titus Flavius Vespasianus, römischer Kaiser 15
- T'oros II., Fürst von Armenien 27
- Turgut Reis, türkischer Korsar, Admiral, und Herrscher von Tripolis 42
- Vassiliou, George, griechisch-zyprischer Politiker und Präsident der Republik Zypern 95
- Wilhelm II., normanischer König von Sizilien 29
- Wilhelm von Tyrus, Erzbischof, Chronist und Kanzler des Königreichs Jerusalem 27, 30 f.
- Yılmaz, Mesut, türkischer Politiker und Ministerpräsident der Türkei 110



Autorinnen und Autoren

- Dr. *Hakan Akbulut*, Politikwissenschaft II, Technische Universität Kaiserslautern (hakan.akbulut@sowi.uni-kl.de)
- Akademischer Rat Dr. *Alexandru Ștefan Anca*, Otto-Friedrich-Universität Bamberg (alexandru.anca@uni-bamberg.de)
- Prof. Dr. *Heinz-Jürgen Axt*, Universität Duisburg-Essen und Universität des Saarlandes (heinz-juergen.axt@uni-due.de)
- Oberstleutnant a.D. *Jörg Barandat*, bis September 2019 Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg (editor@watercourse.de)
- Akademischer Rat Dr. Dr. *Markus P. Beham*, LL.M. (Columbia), Universität Passau (markus.beham@uni-passau.de)
- Oberstleutnant Dr. *Stefan Maximilian Brenner*, ZMSBw, Potsdam (stefanmaximilianbrenner@bundeswehr.org)
- Dr. *Dionysios Chourchoulis*, Ionian University, Corfu (d.chourchoulis@gmail.com)
- Prof. Dr. *Irene Etzersdorfer*, Universität Wien (irene.etzersdorfer@univie.ac.at)
- Prof. Dr. *Hubert Faustmann*, Lehrstuhl für Geschichte und Politikwissenschaft, University of Nicosia (UNIC) und Ltr. Büro Friedrich-Ebert-Stiftung Nikosia (faustmann.h@unic.ac.cy)
- Studienrat Hauptmann d.Res. *Thomas Hübner*, Land Sachsen-Anhalt (thomas.huebner2020@web.de)
- Prof. Dr. *Hartmut Matthäus*, Senior Professor of Classical Archaeology, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (hartmut.matthaeus@fau.de)
- Mag. Dr. *Mario Muigg*, Institut für Wissenschaft und Forschung/ Sicherheitsakademie im Bundesministerium für Inneres, Wien (mario.muigg@bmi.gv.at)
- Studienrat *Uli Piller*, Honorarvertreter der (international nur von der Türkei anerkannten) Türkischen Republik Nordzypern in München (uli-piller@t-online.de)
- Wissenschaftlicher Oberrat Dr. *Martin Rink*, ZMSBw, Potsdam (PhilipMartinRink@bundeswehr.org)
- Dr. *Victor N. Roudometof*, University of Cyprus (UCY), Nicosia (roudomet@ucy.ac.cy)
- Hofrat Univ.-Doz. Dr. *Erwin A. Schmidl*, Ltr. Institut für Strategie & Sicherheitspolitik/ LVAK, Wien sowie Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck (erwin.schmidl@gmail.com)
- Dr. *Bruno Schoch*, Leibnitz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt a.M. (schoch@hsfk.de)
- Dr. *Patrick Schollmeyer*, Universität Mainz, IAW Klassische Archäologie (schollme@uni-mainz.de)
- Dr. *Theoharis Stavrides*, Associate Professor, University of Cyprus (UCY), Nicosia (stavridth@ucy.ac.cy)
- Leutnant *Robert Wagner*, Helmut-Schmidt-Universität/ Universität der Bundeswehr, Hamburg (p779483@hsu-hh.de)

Im Juli 2019 ist zwischen der Europäischen Union (EU) und der Türkei ein neuer Streit um Bohrungen nach fossilen Brennstoffen vor der Küste Zyperns entbrannt. Dieser Konflikt stellt eine unmittelbare Folge der bis heute ungelösten, jahrzehntelangen Streitigkeiten zwischen griechischen und türkischen Zypern um die rechtliche Lage und Zukunft der geteilten Insel dar. Die Auseinandersetzung spiegelt die bis heute spürbaren Auswirkungen der Geschichte und der gegenwärtigen politischen Situation Zyperns auf die Beziehungen zwischen Europa und der Türkei wider.

Zypern steht aber nicht nur im Blickwinkel der EU. Auch die Vereinten Nationen richten ihr Augenmerk bis heute auf die Insel.

Österreichische UN-Soldaten haben seit 1964 dort gemeinsam mit Soldaten anderer Nationen den Waffenstillstand überwacht, der ein Wiederaufflammen der Auseinandersetzungen zwischen griechischen und türkischen Zypern verhindern soll.

Die Deutsche Marine wiederum nutzt Zypern seit 2006 als logistische Operationsbasis im Rahmen der Mission UNIFIL im östlichen Mittelmeer, um die Regierung des Libanon bei der Sicherung der Seegrenzen zu unterstützen und örtlichen Waffenschmuggel zu unterbinden.

Der »Wegweiser zur Geschichte. Zypern« ist ein bilaterales Gemeinschaftsprodukt des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr sowie der österreichischen Landesverteidigungsakademie. Er ergänzt inhaltlich den 2009 erschienenen »Wegweiser zur Geschichte. Naher Osten«. 18 Beiträge deutscher, österreichischer und internationaler Wissenschaftler beleuchten die Geschichte Zyperns, die damit einhergehenden aktuellen geo-, sicherheits- sowie wirtschaftspolitischen Konflikt- und Problemfelder rund um die Mittelmeerinsel.

ISBN 978-3-506-79194-8



9 783506 791948

Eine Publikation des Zentrums für
Militärgeschichte und Sozialwissenschaften
der Bundeswehr
im Verlag Brill | Schöningh